Gerhard Wettig
Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 82

Oldenbourg Verlag München 2011

Gerhard Wettig

Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958

Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg
und der Weg zum Berlin-Ultimatum

Oldenbourg Verlag München 2011

Gefördert durch Mittel des BMI im Rahmen eines Projekts der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagentwurf: hauser lacour www.hauserlacour.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN: 978-3-486-59806-3
ISSN 0481-3545

Inhalt

Vorwort 1

Einleitung 3

1. Kursänderungen der Deutschland-Politik 1953/54 9

Ausgangslage 9
Positionsbestimmungen in der Deutschland-Politik 13
Sowjetische Reaktionen auf die Entwicklung in der DDR 17
Das sowjetische Konzept eines „Neuen Kurses" in der DDR 19
Kontroverse im Parteipräsidium 22
Einleitung des „Neuen Kurses" in der DDR 25
Der Aufstand in der DDR und die Reaktionen der UdSSR 27
Auftakt zu Vier-Mächte-Verhandlungen 30
Die Verhandlungen auf der Berliner Konferenz 32
Übergang zur offenen Zwei-Staaten-Politik in Deutschland 37
Leitlinien der sowjetischen Deutschland-Politik 1953/54 39

2. Politische Weichenstellungen 1955–1957 41

Wandel des außen- und sicherheitspolitischen Konzepts 41
Einsetzende sowjetische Entspannungsoffensive 43
Lage am Vorabend der Genfer Gipfelkonferenz 45
Die Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 46
Die Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 48
Bemühen um diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik 49
Beweggründe für das Bemühen um die Bundesrepublik 50
Richtlinien für die Verhandlungen mit Adenauer 54
Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen mit Adenauer 56
Bilanz des ersten Jahres Chruschtschowscher Außenpolitik 58
Revision der außen- und sicherheitspolitischen Leitlinien Stalins 59
Auseinandersetzungen über Stalin 62
Chruschtschows Geheimbericht über Stalin 64

Auswirkungen in der UdSSR und im äußeren Imperium 66
Entwicklungen in der DDR 67
Stabilisierung der Lage in der DDR 69
Moskau und die Auseinandersetzungen in der SED-Führung 72

3. Bemühungen um die Öffentlichkeit und die Opposition in der Bundesrepublik 75

Deutschland in der sowjetischen Westpolitik Mitte der fünfziger Jahre . 75
Forderung nach Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit 77
Instrumentalisierung der deutschen Frage 79
Entwicklungen im Verhältnis zur Bundesrepublik 82
Kurswechsel gegenüber den Sozialdemokraten 83
Zwiespältige Einschätzung der SPD 85
Reaktionen der SPD 87
Östliche Bemühungen um die SPD 89
Kontakte zu sozialdemokratischen und liberalen Politikern in der Bundesrepublik 90
Hoffnung auf innenpolitische Veränderung in Westdeutschland 92
Die Streitfrage Nuklearrüstung 94
Der sowjetische Protest gegen EURATOM 96
Polemik gegen die „Nuklearrüstung" der Bundesrepublik 97
Die UdSSR und das nukleare Dilemma der Bundesrepublik 100
Kurzzeitige Entspannung im Verhältnis zu Bonn 101
Vorentscheidungen im Westen 103
Neupositionierung der sowjetischen Westpolitik 105
Falsche Einschätzung und unbeabsichtigte Wirkung 107
Auftakt zur Kampagne „Kampf dem Atomtod" 109
Entscheidung in Bonn und folgende sowjetische Bemühungen 111
Höhepunkt und Ende der Kampagne „Kampf dem Atomtod" 113
Die Rolle der Nuklearfrage bei Chruschtschows Entschluss zur Auslösung der Berlin-Krise 115

4. Entwicklungen der Berlin-Politik bis November 1958 117

Entwicklung des Berlin-Status 1945–1956 117
Chruschtschows politische Leitvorstellungen 119
Leitlinien gegenüber dem Westen 121
Gedankenaustausch mit der DDR über die Berlin-Frage 123
Verhärtung der Berlin-Position gegenüber den Westmächten 125

Fortdauernder Dissens mit der SED-Führung in der Frage der Grenzschließung ... 126
Verschärfter Konflikt mit dem Westen ... 128
Verhärtete Berlin-Politik ... 130
Veränderungen im Verhältnis zur Bundesrepublik ... 131
Gestärkter Einfluss Ulbrichts in Moskau ... 133
Wachsendes Verständnis für die Wünsche Ulbrichts ... 134
Chruschtschows Richtungsentscheidung ... 139
Stellungnahmen und Beratungen zum geplanten Vorgehen ... 141
Einleitung des Vorgehens ... 144
Chruschtschows eigenmächtiger Entschluss ... 146
Beginnende Auseinandersetzung mit dem Westen ... 148
Führungsinterner Streit um Chruschtschow ... 150
Das Berlin-Ultimatum ... 153

Rückblick und Ausblick ... 155

Quellen- und Literaturverzeichnis ... 159

Abkürzungsverzeichnis ... 187

Personenregister ... 189

Vorwort

Der erste Anstoß zur Untersuchung der sowjetischen Deutschland-Politik während des ersten Jahrfünfts nach Stalins Tod war die in meiner Monographie über das Vorgehen der UdSSR in der Berlin-Krise von 1958 bis 1963[1] offen gebliebene Frage, wieso Chruschtschow nach dem Scheitern der Blockade von 1948/49 zehn Jahre später nochmals den Versuch unternahm, die Westmächte aus West-Berlin zu vertreiben. Angesichts der militärischen Macht der USA, des Zusammenschlusses der westlichen Staaten in der NATO und der wechselseitig vorhandenen nuklearen Potenziale musste ihm von vornherein klar sein, dass er ein großes Risiko einging. Die Frage ließ sich nur anhand der Vorgeschichte klären, in der das deutsche Problem, dessen Angelpunkt die anomale Lage in Berlin war, für den Kreml stets der ausschlaggebende Faktor des Verhältnisses zum Westen insgesamt war. Zunächst war eine gemeinsame Publikation zusammen mit Faina Novik vorgesehen, um in jeweils vier, inhaltlich sich überlappenden Kapiteln unsere teilweise voneinander abweichenden deutschen und russischen Auffassungen darzulegen. Als Faina Novik jedoch jahrelang durch die Pflege ihres kranken Mannes voll in Anspruch genommen war, beschloss die Gemeinsame Kommission, dass mein Manuskript nicht so lange warten müsse, sondern mit einem ergänzenden fünften Kapitel vorher zu veröffentlichen sei. Inzwischen ist die russische Kollegin zur Fortsetzung ihrer Arbeit in der Lage, so dass mit dem Erscheinen ihres Buches in einigen Jahren zu rechnen ist.

Wie die vorangegangene Studie wurde auch diese Untersuchung im Rahmen eines Projekts der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen durchgeführt. Daher gilt an dieser Stelle der erste Dank den beiden Ko-Vorsitzenden Horst Möller und Aleksandr Tschubarjan sowie dem Leiter des deutschen Kommissionssekretariats, Eberhard Kuhrt, der die vom Bundesministerium des Innern zur Verfügung gestellten Sachmittel vermittelte und genehmigte. Diese Unterstützung hat die zahlreich notwendigen Recherchen in Berlin und Moskau und die Finanzierung studentischer Hilfskräfte ermöglicht, auf deren Zuarbeit ich auch deswegen angewiesen war, weil ich von meinem weit draußen auf dem Lande gelegenen Wohnsitz aus keinen ständigen Zugang zu wissenschaftlichen Bibliotheken habe. In diesem Zusammenhang danke ich Larisa Strese-Gassiev und vor allem Anna Becker, deren Hilfe ich nun schon seit vielen Jahren in Anspruch nehme, für ihre unermüdliche Mitwirkung.

Für die Betreuung des Projekts danke ich dem von Horst Möller geleiteten Institut für Zeitgeschichte. Hermann Wentker als Leiter der Abteilung Berlin und

[1] Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006.

Hannelore Georgi als deren Sekretärin haben mich während meiner Forschungsaufenthalte in der Stadt in jeder logistischen und sonstigen Hinsicht unterstützt. Ingrid Morgen, Hildegard Maisinger und Elke Schindler im Münchener Stammhaus leisteten vielfältige administrative Hilfestellung und waren stets, wenn Umdispositionen erforderlich wurden, dazu bereit, diese zusätzliche Mühe auf sich zu nehmen. Das Manuskript ist im Münchener Institut von Udo Wengst und seinen MitarbeiterInnen zur Publikation vorbereitet worden. Im Oldenbourg Verlag war Gabriele Jaroschka damit befasst. Den Genannten sei hier herzlich für diese Beiträge zum Zustandekommen des Buches gedankt.

Ich danke weiterhin für große Unterstützung den Leitungen und MitarbeiterInnen der Archive, die ich für dieses Buch neu benutzt habe: des Archivs der Russischen Föderation für Zeitgeschichte (RGANI) in Moskau, des Bundesarchivs in Berlin (BArch), vor allem der Stiftung Archive Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (SAPMO), und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA), wo ich neben den Beständen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der früheren DDR (MfAA) auch Akten aus Bonn einsehen konnte.

Von Matthias Uhl und Aleksej Filitov erhielt ich wichtige Hinweise. Als die Formulierung des Buches bereits fortgeschritten war, vereinbarten Horst Möller vom Institut für Zeitgeschichte und der Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz, Stefan Karner, eine enge Kooperation, die meiner Weiterarbeit zugute gekommen ist. Vor allem Peter Ruggenthaler hat mir, was das Zusammenwirken mit den Archiven in Moskau anbelangt, mit Rat und Tat sehr geholfen. Weiter ist im kommenden Gedenkjahr der Kennedy-Chruschtschow-Gespräche in Wien und des Mauerbaus in Berlin eine gemeinsame Vorstellung der Publikationen beider Institute geplant. Das betrifft neben dieser Monographie und einer von mir herausgegebenen Dokumentation des Instituts für Zeitgeschichte über Chruschtschows Westpolitik 1961/62 einen Aufsatz- und einen Dokumentenband des Grazer Instituts über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu Beginn der sechziger Jahre. Auf beiden Seiten glauben wir, dass unsere Zusammenarbeit synergetische Effekte haben wird, die der wissenschaftlichen Qualität zugute kommen.

Dank schulde ich vor allem auch meiner Frau Heide, die mich durch ihre Haltung unterstützt und alle Belastungen willig ertragen hat.

Kommen, im Oktober 2010

Gerhard Wettig

Einleitung

Das Thema der Untersuchung ist die sowjetische Politik in Deutschland als dem zentralen Feld des Ost-West-Konflikts in der Zeit vom Tod Stalins bis zur Auslösung der zweiten Berlin-Krise durch Chruschtschow. Es gibt bereits Publikationen, die das Thema partiell behandeln. Besonders wichtig sind das Werk von Vladislav Zubok über das „gescheiterte Imperium" Sowjetunion[1], verschiedene Arbeiten über die DDR-Politik der UdSSR in den Jahren 1953 bis 1955[2], Ausführungen über die Vier-Mächte-Konferenzen von 1954 und 1955[3] und die Verhandlungen mit der Bundesrepublik 1955[4] sowie 1957 bis 1958[5], die Fallstudien von Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali zu Chruschtschows Konfliktverhalten

[1] Vladislav Zubok, A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007.

[2] Faina Nowik, Die sowjetische Deutschland-Politik 1953–1955, in: Gerhard Wettig (Hg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 54–61; Ju. F. Rodovič, Germanskaja problema v 1945–1955 gg. i pozicija SSSR. Koncepcija i istoričeskaja praktika; V.P. Naumov, Byl li zagovor Berii? Novye dokumenty o sobytijach 1953 g., in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1998, S. 17–39; Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 497–529; Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage…" Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte, in: Christoph Kleßmann / Bernd Stöver (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999; F.I. Novik, „Ottepel" i inercija cholodnoj vojny. Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg., Moskau 2001; Mark Kramer, The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavals in East Central Europe, in: Journal of Cold War Studies, 1. Jg., H. 1 (Winter 1999), S. 3–55, H. 2 (Frühjahr 1999), S. 3–38, H. 3 (Herbst 1999), S. 3–66; Gerhard Wettig, Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv, 4/2003, S. 599–614; Mark Kramer, Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953, in: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 80–126.

[3] Hermann-Josef Rupieper, Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 427–453; Nikolaus Katzer, Eine Übung im Kalten Krieg. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1994; Hanns Jürgen Küsters, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000; Heiner Timmermann, Die sowjetische Verhandlungsposition auf der Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Heiner Timmermann (Hg.), Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 161–172.

[4] Gerhard Wettig, Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Eine Untersuchung auf der Basis neuer Archivdokumente, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 14 (2007), S. 341–352; Gerhard Wettig, Konrad Adenauers Besuch in Moskau im September 1955. Konsens und Dissens zwischen UdSSR und DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 185–193; Aleksej Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955. Vor- und Nachspiel im Spiegel der internen sowjetischen Berichte, in: Helmut Altrichter (Hg.), Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 39–56.

[5] Karl-Heinz Schlarp, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, in: Wolfgang Eichwede / Frank Golczewski / Günter Trautmann (Hg.): Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Münster 2000, S. 133–245.

gegenüber dem Westen unter Berücksichtigung der Diskussionen im Kreml[6] sowie die gegensätzlich positionierten Arbeiten von Michael Lemke und Hope Harrison über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen UdSSR und DDR in den Fragen der Deutschland- und Berlin-Politik[7]. Vor diesem Hintergrund geht es darum, die sowjetische Interaktion mit den NATO-Staaten auf dem deutschen Schauplatz umfassend darzustellen. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Vorgänge und Aspekte gelegt, die bisher kaum oder gar nicht behandelt worden sind. Auf das, was schon durch Veröffentlichungen bekannt ist, wird, soweit es nicht Anlass zu kritischer Betrachtung gibt, nur summarisch Bezug genommen[8].

In nahezu allen Darstellungen liegt der Akzent überwiegend oder ausschließlich auf dem „zwischenstaatlichen" Aspekt der sowjetischen Außenpolitik, das heißt auf den Beziehungen von Regierung zu Regierung. Seit der Gründung des Sowjetstaats durch Lenin war aber der „gesellschaftliche" Bereich der internationalen Beziehungen stets ein ebenfalls wichtiges Feld des Handelns. Im Kalten Krieg der Nachkriegszeit suchte die Führung der UdSSR ihre Ziele gegenüber dem Westen nicht zuletzt auch dadurch zu erreichen, dass sie sich in den westeuropäischen Ländern um die Mobilisierung dortiger Kräfte gegen die amtliche Politik bemühte. Als das Land, von dessen Haltung entscheidende Weichenstellungen abhingen, war die Bundesrepublik ein bevorzugtes Ziel derartiger Anstrengungen. Was die Kremlführung in dieser Hinsicht unternahm und welche Absichten sie damit verband, ist bislang kaum untersucht worden. Soweit sich Historiker überhaupt mit derartigem Vorgehen befasst haben, ist normalerweise einfach von Propagandakampagnen die Rede, ohne dass Angaben über die zugrunde gelegte politische Strategie gemacht werden. Um diese Lücke zu schließen, werden in der hier vorgelegten Untersuchung die Aktionen auf der „gesellschaftlichen" Ebene der Deutschland-Politik besonders ausführlich behandelt.

Die Darstellung ist darauf ausgerichtet, die bisherigen Forschungen zu ergänzen. Soweit es sich bei diesen um die – hierzulande hauptsächlich bekannten – Werke in deutscher Sprache handelt, liegen, was die östliche Seite betrifft, zumeist nur SED-Akten zugrunde. Zwar gibt es im Nachlass Ulbrichts auch einige sowjetische Dokumente, weil Chruschtschow – anders als die Führer der KPdSU vor und nach ihm – zuweilen außenpolitische Papiere verbündeten Parteichefs zur Kenntnis gab, doch führt die Beschränkung auf ostdeutsche Quellen fast immer zur Vernachlässigung der sowjetischen Perspektive. Um das zu vermeiden, habe ich in großem Umfang auch Unterlagen aus Moskau herangezogen. Meine – schon vor längerer Zeit durchgeführten – Recherchen im Archiv des russischen Außenministeriums waren der Beschränkung unterworfen, dass keine Findmittel verfüg-

[6] A.A. Fursenko, Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka, Moskau 2006; Aleksandr Fursenko / Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006.

[7] Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995; Hope M. Harrison, Driving the Soviets Up the Wall. Soviet – East German Relations, 1953–1961, Princeton/NJ – Oxford 2003.

[8] Faina Novik bereitet eine Monographie ebenfalls zum Thema der sowjetischen Deutschland-Politik von 1953 bis 1958 vor, die den Schwerpunkt auf die hier nur resümierten Vorgänge legen wird.

bar waren, aufgrund derer hätte bestellt werden können. Daher war ich auf das angewiesen, was man mir nach Nennung der Felder meines Interesses brachte, ohne dass ich erfahren konnte, was mir vorenthalten wurde. Es blieb also unklar, welchen Stellenwert die eingesehenen Materialien vor dem Hintergrund des jeweiligen Gesamtbestandes hatten.

Bei den Chruschtschow-Dokumenten, die mir in den letzten drei Jahren aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung unter der Ägide der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen vom Russischen Staatsarchiv der neuesten Geschichte, dem früheren Zentralarchiv des ZK der KPdSU, zugänglich gemacht wurden, war die Situation ungleich besser. Zwar kamen von vornherein nur die Unterlagen in Betracht, die deklassifiziert worden waren (was bei den Chruschtschow-Beständen kurz zuvor in erheblichem Umfang geschehen war), doch erhielt ich Listen, in denen die Einzelstücke verzeichnet waren, die jeweils eingesehen und kopiert werden konnten. Zwar blieben wichtige Unterlagen, so vermutlich die meisten Protokolle über Unterredungen mit amtlichen Vertretern der USA, gesperrt, doch sind in Russland seit den neunziger Jahren wichtige Aktenstücke einzeln oder in Sammelbänden erschienen, beispielsweise in der Zeitschrift „Istočnik“, in der Dokumentation „Archivy Kremlja“ von Aleksandr Fursenko oder in den Veröffentlichungen der Protokolle der Verhandlungen mit Adenauer im September 1955. Wie Chruschtschow dachte und fühlte, lässt sich zudem den im Russischen Staatsarchiv für neueste Geschichte (RGANI) zugänglichen Aufzeichnungen seiner Gespräche entnehmen, die meist extemporiert wurden und oft sehr impulsiven Charakter hatten[9].

Außer den Hinterlassenschaften der UdSSR bieten auch andere, bisher nicht ausgewertete Archivalien anderer Provenienz Einblick in das sowjetische Denken und Handeln. In dieser Hinsicht sind zuweilen sehr aufschlussreich die Berichte der ostdeutschen Botschaft in Moskau, die sich in den Beständen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der früheren DDR befinden. Wichtige Rückschlüsse auf innersowjetische Zusammenhänge ergaben sich zudem aus den Protokollen von Gesprächen Adenauers mit sowjetischen Diplomaten und Politikern, die im Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus aufbewahrt werden. Überaus wertvoll sind auch die in großer Zahl veröffentlichten sowjetischen, ost- und westdeutschen Geheimdokumente. Dadurch lassen sich nicht nur viele bisher nicht oder nur oberflächlich bekannte Vorgänge aufklären, sondern auch im Blick auf ihre innersowjetischen Begleitumstände und Zusammenhänge beleuchten. Wenn man die seinerzeitigen Geheimakten mit den damals von der UdSSR publizierten, also originär für die Öffentlichkeit bestimmten Stellungnahmen vergleicht, ersieht man, inwieweit die offiziell verbreiteten Informationen der politischen Linie entsprachen oder im Gegensatz dazu standen.

[9] Siehe hierzu die Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis. Die Protokolle der Verhandlungen mit Adenauer wurden im Gedenkjahr 2005 zweimal publiziert: vom Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen und von der Moskauer Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Letztere stellt die Protokolle der sowjetischen und westdeutschen Seite einander gegenüber.

Nach Stalins Tod erklärten seine Nachfolger die Absicht zu „kollektiver Führung". Doch schon wenige Monate danach begann mit dem Sturz Berijas ein Prozess zunehmender Machtkonzentration auf Chruschtschow, der Anfang 1955 auch die Außenpolitik unter seine alleinige Kontrolle brachte und 1957 alle Rivalen endgültig ausschaltete. Das Vorgehen gegen Berija wurde von dessen Widersachern unter anderem mit dem Vorwurf gerechtfertigt, er habe als Verschwörer die DDR „verraten", das heißt das SED-Regime zum Zweck der Vereinigung Deutschlands zu einem demokratisch-kapitalistischen, zu Neutralität verpflichteten Staat preisgeben wollen. Dieser zunächst nur intern gegebenen, später auch öffentlich verkündeten Darstellung folgen unter anderem Faina Novik und Jurij Rodovič. Vladislav Zubok meint, dass sie wohl den Tatsachen entspreche, während insbesondere Mark Kramer zu dem Schluss kommt, dass Berija die DDR keineswegs aufgeben wollte, und Pavel Naumov sogar die Ansicht vertritt, dass es sich nicht um eine Verschwörung Berijas, sondern um eine Verschwörung gegen ihn gehandelt habe.

Demnach wäre die UdSSR auch dann, wenn sich Berija Mitte 1953 im Kreml durchgesetzt hätte, nicht zur Gewährung der deutschen Einheit auf freiheitlicher Grundlage bereit gewesen. In der folgenden Zeit zeigte sich, dass die sowjetische Führung, namentlich Chruschtschow, ein einheitliches Deutschland anstrebte, das ihr Herrschafts- und Gesellschaftssystem annehme. Solange sie das nicht erreichen konnte, war sie um die „Stärkung der Autorität der DDR" und daher um die Festigung der Zweistaatlichkeit bemüht. Sie suchte aber auch, nachdem sie 1955 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufgenommen hatte, Verbindungen zu den sozialdemokratischen und bürgerlichen Opponenten Adenauers zu knüpfen, die Kritik an dessen Westintegrationspolitik übten, weil sie hofften, die UdSSR mit dem Zugeständnis der Neutralität zur Wiedervereinigung unter demokratischem Vorzeichen bewegen zu können. Im Blick darauf hielt man in Moskau am Bekenntnis zur deutschen Einheit fest. Man wollte mit diesen Kräften ein „Bündnis" schließen, um den Bundeskanzler zu stürzen und einen innenpolitischen Wandel in Westdeutschland herbeizuführen. Sowohl die SPD als auch die Kreise um Gustav Heinemann und Helene Wessel lehnten aber das dazu geforderte Zusammenwirken mit den Kommunisten grundsätzlich ab.

Die Führung im Kreml sah eine neue Chance, das erwünschte „Bündnis" zustande zu bringen, als die Eisenhower-Administration die NATO-Strategie auf eine nukleare Grundlage stellte. Wenn der Konflikt zwischen Ost und West auf dem europäischen Schauplatz mit Kernwaffen ausgefochten wurde, hatte die Bundesrepublik kaum Aussicht auf physisches Überleben. Das von Adenauer zur Begründung des Beitrags zur NATO-Verteidigung verwendete Argument, westdeutsche Truppen würden der Allianz eine Abwehr des Angriffs in unmittelbarer Nähe der Ostgrenze ermöglichen und damit dem eigenen Land mehr Schutz bieten, wurde hinfällig. Der Aufbau der Bundeswehr ließ sich nur noch damit rechtfertigen, dass er der Abschreckung des Gegners, mithin der Kriegsverhütung diene. Der Gedanke, die UdSSR werde sich ausgerechnet durch die besonders fürchterlichen Kernwaffen an einem militärischen Vorgehen gehindert sehen, erschien widersinnig. Die sowjetische Seite suchte diese Gefühlslage durch Unterstützung einer Kampagne „Kampf dem Atomtod" in der Bundesrepublik zu nutzen, bei

der es darum ging, die Öffentlichkeit – und vor allem die gegen Adenauer opponierenden Kräfte – davon zu überzeugen, dass der Nuklearrüstung unausweichlich der Krieg und damit die Vernichtung Westdeutschlands folgen würde. Nur wenn man sich zusammen mit der UdSSR erfolgreich dagegen zur Wehr setze, lasse sich das noch verhindern. Vorübergehend gelang es, die Opposition auf diese Linie zu bringen. Als dann jedoch die SPD ausscherte, brach die Kampagne zusammen.

Die Unruhe, die sich nach Chruschtschows Enthüllungen über Stalin auf dem XX. KPdSU-Parteitag 1956 in Ostmitteleuropa verbreitete, nahm in Polen so sehr zu, dass die kommunistische Partei des Landes ihrer nur mit Mühe und mit Zugeständnissen Herr wurde, die Misstrauen im Kreml weckten, und entwickelte sich in Ungarn bis zum offenen Aufstand. Auch in der DDR schienen Regime und System akut bedroht. Walter Ulbricht, der als offenkundiger Stalinist zunächst kaum Sympathien in Moskau genoss, war von Anfang an bemüht, den alten Kurs so wenig wie möglich zu ändern. Im Spätherbst, als man im Kreml das volle Ausmaß der Herausforderung erkannt und sich für die Repression entschieden hatte, nutzte er dies, um sich die Erlaubnis für Unterdrückungsmaßnahmen zu verschaffen. Die sich bereits deutlich regende Unruhe wurde erstickt. Der SED-Chef erschien den Leitern der sowjetischen Politik nun als Garant der Stabilität, der die Position in Deutschland gegenüber dem Westen wahrte, und konnte seine innerparteilichen Rivalen ausbooten, die sich Hoffnung auf Unterstützung aus Moskau gemacht hatten.

Je länger, desto mehr war die DDR jedoch von innen her bedroht. Der massenhafte Exodus dringend gebrauchter junger und qualifizierter Bürger und die darauf zurückgeführte materielle Misere ließen es in Moskau zweifelhaft erscheinen, dass der SED-Staat, wie postuliert, der Ausgangspunkt einer Entwicklung zum sozialistisch vereinigten Deutschland werde. Gleichzeitig erfüllten sich die Erwartungen nicht, welche die Kremlführung auf die Opposition in der Bundesrepublik setzte. Chruschtschow stand vor der Frage, wie man die Dinge wenden könne. Wie schon 1948 bot sich das isoliert mitten im sowjetischen Imperium gelegene West-Berlin als westlicher Schwachpunkt an, an dem sich eine Trendumkehr erzwingen lasse. Hope Harrison hat den Standpunkt formuliert, dass Ulbricht unter Ausnutzung des Tatbestandes, dass sich die UdSSR keinen Zusammenbruch der DDR leisten wollte, den Kremlchef zu seinem Vorgehen veranlasst, ja ihn geradezu vor sich hergetrieben und zu Schritten genötigt habe, die seinem Willen zuwiderliefen. Michael Lemke ist dagegen der Ansicht, dass Chruschtschow seine Entscheidungen aus eigenem Antrieb getroffen hat. Der ostdeutsche Parteichef habe sich unter sowjetischer Kontrolle befunden und demzufolge nur so weit handeln können, wie das von Moskau erlaubt oder geduldet worden sei.

Von den beiden Kontroversen über Berijas Absicht in der Deutschland-Politik und Ulbrichts Rolle in der zweiten Berlin-Krise abgesehen, ist auf die vorstehend genannten Vorgänge in der zeithistorischen Literatur noch kaum Bezug genommen worden. Ihre Untersuchung bildet daher den Schwerpunkt der hier vorgelegten Monographie. Dabei geht es ganz wesentlich um eine Analyse der Wahrnehmungen Chruschtschows als des maßgeblichen sowjetischen Akteurs. Das Bild, das auf dieser Basis entsteht, unterscheidet sich sehr von dem, was man im Westen

glaubte und vermutete. Seine nicht zuletzt auch ideologisch geprägten Anschauungen von der internationalen Welt haben sein außenpolitisches Vorgehen wesentlich bestimmt und ihn vielfach ganz anders handeln lassen, als es westlichen Vernunftstandards entsprochen hätte[10].

[10] Näheres hierzu in meinem Beitrag „Chruščëv außenpolitisches Weltbild und Handeln" in dem Band des Grazer Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, der gleichzeitig mit dieser Monographie erscheinen wird.

1. Kursänderungen der Deutschland-Politik 1953/54

Ausgangslage

Stalin hinterließ seinen Nachfolgern ein schweres politisches Erbe. Vergebens hatte er die Integration der Bundesrepublik in den Westen mit dem Vorschlag einer Wiedervereinigung mittels „gesamtdeutscher Beratung" zu stoppen gesucht. Angesichts ständiger Erfolglosigkeit hatte er das Bemühen aufgegeben und darauf verzichtet, der DDR nach außen ein „bürgerlich-demokratisches" Aussehen[1] zu geben. Die Propaganda hielt zwar weiter am Bekenntnis zur deutschen Einheit fest, aber der in der DDR 1952 eingeleitete Kurs der offenen Militarisierung und des forcierten sozialistischen Aufbaus[2] zeigte, dass der sowjetische Führer keine Aussicht auf baldigen Erfolg im politischen Kampf um Deutschland mehr sah. Zugleich bestand er auf der Fortführung des Korea-Kriegs, obwohl dieser im Stellungskampf erstarrt war, keinen Sieg mehr versprach und das Verhältnis zu China belastete, denn dessen Ressourcen wurden weit stärker beansprucht als die der UdSSR. Stalin wollte die USA in Korea militärisch binden, um sie beim Aufbau eines westeuropäischen Verteidigungssystems zu behindern. Vor diesem Hintergrund wurde die Friedenskampagne völlig unglaubwürdig, mit der Moskau seit 1949 moralische Eroberungen im Westen zu machen suchte. Die Türkei und Griechenland waren durch Stalins territoriale Forderungen in das amerikanische Lager getrieben worden, und sein Bannstrahl gegen Tito hatte das kommunistische Jugoslawien genötigt, die USA um wirtschaftlichen Beistand zu bitten und sich der NATO zu nähern.

Währenddessen waren die Folgen des Zweiten Weltkriegs im Innern der UdSSR keineswegs überwunden. Die seit 1950 intensivierte Rüstung hatte die wirtschaft-

[1] Als „demokratisch und friedliebend" galt in Moskau ausschließlich das eigene Lager. Dem lag Lenins Definition zugrunde, dass Demokratie die „Herrschaft des Volkes" bzw. seines maßgebenden Teils, der Arbeiterklasse, sei, die sich durch die Partei als deren „bewusste Avantgarde" verwirkliche. Auch die Bereitschaft zum Frieden wurde nur Kommunisten zuerkannt mit der Begründung, das sozialistische System gewährleiste den Frieden, während der Kapitalismus, auch als „Imperialismus" bezeichnet, prinzipiell aggressiv und kriegslüstern sei und sich nur durch sozialistische Macht vom Krieg abhalten lasse.

[2] Gerhard Wettig, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 nach sowjetischen Akten, in: Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins, Berlin 1994, S. 83–111; Jürgen Zarusky (Hg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002, S. 63–200 (Dokumente sowie Beiträge von Graml und Wettig); Gerhard Wettig, Vorgeschichte und Gründung des Warschauer Paktes, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 64 (2005) H. 1, S. 159–165; Peter Ruggenthaler (Hg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007. Abweichend davon der Beitrag von Loth in: Zarusky, Die Stalin-Note, S. 19–62; Wilfried Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Göttingen 2007, S. 74–157.

liche Leistungsfähigkeit stark überfordert, eine zunehmende materielle Erschöpfung herbeigeführt und die sozialen Spannungen vergrößert. Das Haushaltsdefizit erreichte abnorme Höhe[3]. Es herrschte extremer Mangel an Lebensmitteln, Wohnraum und anderen existenznotwendigen Gütern; Hunger und Not waren allgegenwärtig. Die Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse schwand, als sich das Elend weiter verstärkte. Das Sowjetregime beruhte auf der Angst, die eine harte, oft willkürlich ausgeübte Repression erzeugte. Vom Leiden der 4 Millionen Gefangenen und 2.5 Millionen Verurteilten, die unter schlimmsten Verhältnissen in der Verbannung leben mussten, blieb kaum eine Familie verschont. Es stellte sich die Frage, wie lange die Sicherheitskräfte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewährleisten konnten. Ein Alarmzeichen waren die Aufstände, die in den Monaten nach Stalins Tod in einer Reihe von Zwangsarbeitslagern ausbrachen[4]. Der neue Innenminister Lawrentij Berija leitete sofort nach seinem Amtsantritt Maßnahmen ein, die Bestrafungswillkür beseitigten, vielen Gefangenen die Freiheit gaben und die Herrschaftsausübung insgesamt etwas milderten.

Die Lockerung des politischen Drucks führte, aufs Ganze gesehen, in der UdSSR kaum zu Unruhe. Im äußeren Imperium war das anders. Dort lebten die Menschen weniger lange unter dem Sowjetregime und empfanden dieses in aller Regel als von außen aufgezwungen. Ihre Bereitschaft zur Hinnahme von Not und Unterdrückung war entsprechend geringer. Die Lage wurde vielfach kritisch[5]. Es kam zu Streiks, die es nach offizieller Auffassung ja überhaupt nicht geben durfte, weil durch den Sozialismus angeblich der Ausbeutung von vornherein der Boden entzogen war. Proteste und Arbeitsniederlegungen verbreiteten sich vor allem in Ungarn[6]. Die bulgarische Regierung sah sich genötigt, der arbeitenden Bevölkerung materielle Erleichterungen zuzusichern. Als diese dann ausblieben, kam es Anfang Mai in Plovdiv, dem industriellen Zentrum des Landes, zu Ausständen. Dem Regime gelang es jedoch, die Ruhe durch geschicktes Verhandeln mit den Arbeitern wiederherzustellen[7]. In der Tschechoslowakei führte eine Währungs-

[3] Ju.N. Žukov, Tajny Kremlja. Stalin, Molotov, Berija, Malenkov, Moskau 2000, S. 606.

[4] V.P. Naumov, K istorii sekretnogo doklada N.S. Chruščëva na XX s-ezde KPSS, in: Novaia i novejšaja istorija, 4/1996, S. 153f.

[5] Jan Foitzik, Ostmitteleuropa zwischen 1953 und 1956, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001, S. 21–34.

[6] János M. Rainer, Ungarn 1953–1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung, in: András B. Hegedüs / Manfred Wilke (Hg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs", 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 137–142; János M. Rainer, Der ‚Neue Kurs' in Ungarn 1953, in: Christoph Kleßmann / Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 71–77; Varga, György T.: Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956, in: Foitzik, Entstalinisierungskrise (Anm. 5), S. 55–56; A.S. Stykalin, Vostočnaja Evropa v sisteme otnošenij Vostok – Zapad (1953 – načalo 1969-ch gg.), in: Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej, hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003, S. 488–490; G.P. Muraško, zusammen mit T.V. Volokitina / T.M. Islamov / A.F. Noskova / L.A. Rogovaja (Hg.), Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg., Bd. II: 1949–1953 gg., Moskau – Novosibirsk 1998, S. 935–938; T.V. Volokitina / G.P. Muraško / D.A. Ermakova (Bearb.), Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953 gg., Bd. II: 1949–1953, Moskau 2002, S. 786–792.

[7] Mark Kramer, The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavals in East Central Europe (Part 1), in: Journal of Cold War Studies, 1. Jg., Nr. 1 (Winter 1999), S. 15–17; Volokitina, Sovetskij faktor (Anm. 6), S. 756–758. Vgl. Bericht von Ljubka Ivanova Bouzdreva über die Unruhen in

umstellung, welche die privaten Ersparnisse kassierte, zu allgemeiner Empörung. In Pilsen, der zweitgrößten Stadt Böhmens, übernahmen Aufrührer die Macht. Nur durch herangeführte Sicherheitskräfte konnte die Partei- und Staatsführung die Kontrolle zurückgewinnen[8]. Aktive Unzufriedenheit trat auch in Polen[9] und Rumänien zutage[10], doch war dort die kommunistische Herrschaft zu keiner Zeit in Gefahr.

In der DDR gab es zunächst keine offenen Proteste, aber es brodelte unter der Oberfläche. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse spitzten sich zu[11]. Missmut und Widerwillen gegenüber dem SED-Regime waren allgemein verbreitet, doch die offene Grenze in Berlin wirkte als Ventil, das den Überdruck entweichen ließ. Die ansteigende Massenflucht nach Westen bedrohte freilich die materiellen und moralischen Grundlagen des SED-Regimes. Nach sowjetischer Feststellung hatten im ersten Halbjahr 1952 57 230 Menschen der DDR den Rücken gekehrt, in den nächsten sechs Monaten waren es bereits 78 831, und im ersten Quartal 1953 – also während einer nur halb so langen Zeit – stieg ihre Zahl auf 84 034[12]. Dennoch lehnte das Präsidium des Ministerrates der UdSSR kurz nach Stalins Tod auf Antrag des ins Amt zurückgekehrten Außenministers Wjatscheslaw Molotow die Bitte der DDR-Regierung ab, den Exodus durch Schließung der Sektorengrenze in Berlin zu stoppen[13]. Die neue sowjetische Füh-

Plovdiv (in engl. Übers.), 7.5.1953, in: Christian F. Ostermann, Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest – New York 2001, S. 86–89.

8 Unterlagen für die Sitzung des Organisationskomitees des ZK der KPČ (in engl. Übers.), 31.7.1953, in: Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 113–127; Kramer, The Early Post-Stalin Succession Struggle (Anm. 7), S. 17–33; Jirí Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung", in: Kleßmann / Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr (Anm. 6), S. 93–103; Stykalin, Vostočnaja Evropa (Anm. 6), S. 918–926; Volokitina, Sovetskij faktor (Anm. 6), S. 758–762, 764–767, 768–772; Karl-Heinz Gräfe, Die Krise des sowjetischen Imperiums und der Neue Kurs in Osteuropa, in: Klaus Kinner (Hg.), Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953, Leipzig 2003, S. 115–117; Jan Foitzik, Berijas Tod. Von der Illusion des Wandels zum Wandel der Illusion, in: Jan Foitzik / Werner Künzel / Annette Leo / Martina Weyrauch (Hg), Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen, Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 2004, S. 117–119.

9 Stykalin, Vostočnaja Evropa (Anm. 6), S. 775–779; Volokitina, Sovetskij faktor (Anm. 6), S. 918–926.

10 Ebenda, S. 939–943.

11 Rolf Stöckigt, Direktiven aus Moskau. Sowjetische Einflussnahmen auf die DDR-Politik 1952/53, in: Jochen Černy (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 81–88; Foitzik, Berijas Tod (Anm. 8), S. 119f.

12 L. Berija an das Präsidium des ZK der KPdSU (in gekürzter Übersetzung), 6.5.1953, in: Sergej Kondraschow, Über Ereignisse des Jahres 1953 und deren Bewertung von Aufklärungsdiensten einiger Länder, in: Heiner Timmermann (Hg.), Juni 1953 in Deutschland. Der Aufstand im Fadenkreuz von Kaltem Krieg, Katastrophe und Katharsis, Münster 2003, S. 26f.

13 Instruktion an General Čujkov und V.S. Semënov, 18.3.1953, in: Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 50f. Das an dieser Stelle als Entwurf bezeichnete Dokument ging nach Billigung durch das Präsidium des Ministerrates an die Adressaten, wie dem um die Begleitstücke ergänzten Original zu entnehmen ist, siehe Christian Ostermann (Hg.), The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany. The Hidden History. Declassified Documents from U.S., Russian, and Other European Archives, publ. by The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center for Scholars and The National Security Archive at the George Washington University, Washington/DC 1996, Document No. 4. Siehe auch Mark Kramer, Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953, in: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hg.), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 87.

rung suchte die Spannung im Verhältnis zu den Westmächten nicht zu vergrößern, sondern zu verringern, und war darum bemüht, der Propaganda für die Einheit Deutschlands Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Seit Frühjahr 1945 hatte sich Stalin zum Vorkämpfer der staatlichen Einheit des besiegten Landes erklärt. Dabei wurden alle Maßnahmen der westlichen Seite, die von der Ausrichtung der Sowjetzone abwichen, als Abkehr vom gesamtdeutschen Konsens, als „Spalterpolitik", hingestellt. Weil sich der Kreml darum bemühte, vor allem die westdeutsche, als „bürgerlich" dominiert angesehene Öffentlichkeit als Verbündeten im Kampf um die nationale Vereinigung zu gewinnen, nannte er die SBZ bzw. DDR ein „bürgerlich-demokratisches" Gemeinwesen, das die westliche Staats- und Gesellschaftsordnung nur durch einige soziale Reformen ergänze. Auf Weisung aus Moskau stellte sich die SED in die Tradition der bürgerlichen Revolution von 1848[14]. Stalin wollte die Verfassung des im Osten geschaffenen, mit gesamtdeutschem Anspruch ausgestatteten Staates ausdrücklich als „Hebel der Vorbereitung der Massen auf die Vereinigung Deutschlands" nutzen[15]. Sie müsse sich am „bürgerlichen" Vorbild von Weimar 1919 orientieren[16].

Dem entsprach, der öffentlichen Darstellung zufolge, die DDR-Verfassung von 1949. Den Kadern machte man freilich klar, dass es sich um eine „Neuschöpfung" handelte, welche die „verhängnisvolle" Dreiteilung der Gewalten durch eine Konzentration der Staatsmacht bei den Repräsentanten des Volkes ersetzte, den alten Staatsapparat zerschlug (wie es Lenin gefordert hatte) und die Wirtschaft der Verfügung des Volkes bzw. seiner Beauftragten unterstellte[17]. Das verbale Bekenntnis zum „bürgerlich-demokratischen" System war, wie Stalin intern erläuterte, „Mimikry". Nach seinen Anweisungen an die SED-Führer galt es, taktisch „elastisch" vorzugehen und die wirklichen Absichten zu maskieren[18]. Die gegenüber dem Publikum vertretene These, die DDR orientiere sich wesentlich an der „bürgerlich-demokratischen" Ordnung des Westens, wurde erst fallen gelassen, als Stalin nicht mehr an eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands in seinem Sinne glaubte und schließlich im Juli 1952 erlaubte, dass Ulbricht den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" verkündete. Fortan fehlte dem Appell an die „bürgerlichen Kräfte" in Deutschland, den Nationalstaat im „Bündnis" mit der DDR wiederherzustellen, das rechtfertigende Argument. Darin sahen die Nachfolger

[14] Bericht des Leiters der 3. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Gribanov, an Minister Vyšinskij über den 2. Deutschen Volkskongress, in: SSSR i germanskij vopros 1941–1949. Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Bd. 3: 6. 10. 1946–15. 6. 1948, Moskau 2003, S. 135.

[15] Stalin im Gespräch mit W. Pieck und O. Grotewohl, 26. 4. 1948, ebenda, S. 631. In gleichem Sinne Ausführungen Grotewohls am 30. 5. und 22. 10. 1948, in: Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. 1: 1945–1949, [Ost-] Berlin 1959, S. 202–207, 254f.

[16] So beispielsweise Molotov auf der Moskauer Sitzung des Rates der vier Außenminister am 2. 4. 1947, in: W.M. Molotow, Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948, Moskau 1949, S. 444f.

[17] Hierzu näher Otto Grotewohl, Deutsche Verfassungspläne, [Ost-]Berlin 1947, insbes. S. 27–31; Rede Grotewohls auf der 5. Sitzung des Deutschen Volksrates, 22. 10. 1948, in: Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band 1, [Ost-]Berlin 1959, S. 254–256.

[18] Auszüge aus dem Gespräch Stalins mit der SED-Führung, 18. 12. 1948, in: V.K. Volkov, Uzlovye problemy novejšej istorii stran central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy, Moskau 2000, S. 133–136.

Stalins ein Hindernis für ihr verstärktes Bemühen, die westdeutsche Öffentlichkeit gegen die Westmächte zu mobilisieren.

Positionsbestimmungen in der Deutschland-Politik

Anders als Stalin 1952 erwartet hatte, war es nämlich den westlichen Regierungen nicht gelungen, die Vereinbarungen über die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis rasch in Kraft zu setzen. Im Frühjahr 1953 war die Ratifizierung durch Frankreich noch ungewiss. Adenauer konnte zwar mit einiger Verzögerung die parlamentarische Billigung der Verträge in Bonn erreichen, aber die Stimmung im Lande schien sich gegen ihn zu wenden, weil ihm viele verübelten, dass er die militärische Bindung an den Westen betrieb und jede Neutralität strikt ablehnte, die, wie man weithin hoffte, der UdSSR die Zustimmung zur Vereinigung auf westlich-demokratischer Basis ermöglichen würde. Wenn sich die Opponenten in Westdeutschland durchsetzten, war mit Gewissheit zu erwarten, dass sich auch die französische Nationalversammlung gegen die Verträge wenden würde. Vor diesem Hintergrund glaubten die Nachfolger Stalins, die „Remilitarisierung" der Bundesrepublik noch durch Mobilisierung der Öffentlichkeit verhindern zu können. Sie wollten deshalb „die Initiative in der deutschen Frage" in der Hand behalten[19]. Es galt daher, den „demagogischen Charakter" des westlichen Vorschlags freier gesamtdeutscher Wahlen zu „entlarven"[20]. Das setzte voraus, dass die UdSSR ihr Eintreten für die deutsche Einheit glaubhaft machte.

Sofort nach Amtsantritt gab Molotow Anweisung, die Wiederaufnahme des im Herbst 1952 abgebrochenen Notenwechsels mit den Westmächten vorzubereiten. Der schnell erstellte Entwurf sah die Forderung nach einer Vier-Mächte-Konferenz über die deutsche Frage „in kürzester Frist" vor. Diese sollte wie gewohnt den „Interessen der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker" und den „Interessen der Gewährleistung einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern" entsprechen. Während man dem Publikum die Bereitschaft zu einer Wiedervereinigung des besiegten Landes auf westlich-demokratischer Grundlage glaubhaft zu machen suchte, machte der Hinweis, die Verträge sähen die „Knechtung" der Bundesrepublik vor und stünden „in unversöhnlichem Gegensatz zu den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam", den kommunistischen Kadern klar, die staatliche Einheit müsse dem Vorbild der DDR folgen[21].

[19] Ja. Malik / G. Puškin an V.M. Molotov, 24.4.1953, AVPRF, f.082, op.41, p.271, d.19, Bl.2–12.
[20] Ja. Malik / V. Semënov / G. Puškin / M. Gribanov an V.M. Molotov, 28.4.1953, AVPRF, f.082, op.41, p.271, d.19, Bl.44–47.
[21] Entwurf einer Note an die drei Westmächte, 9.3.1953, AVPRF, f.082, op.41, p.275, d.49, Bl.3–10. Die UdSSR machte seit der Pariser Sitzung des Außenministerrats im Sommer 1946 geltend, die Deutschland auferlegten vier D's von Potsdam – Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung – würden nur in ihrer Zone verwirklicht. Deren politische Ordnung müsse daher als 1945 von den Siegermächten festgelegte Verpflichtung auch von den westlichen Landesteilen übernommen werden. Näheres bei Gerhard Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999, S.113f. Später wurden zusammen mit dem Potsdamer Abkommen vielfach auch die Beschlüsse von Jalta als Grundlage der Forderung genannt, in der Bundesrepublik müsse der gleiche politische Weg beschritten werden wie in der DDR.

Die Ausführungen entsprachen weithin den Leitlinien aus der Zeit, bevor der sozialistische Aufbau in der DDR verkündet worden war. Als neues Element kam hinzu, dass eine „Erhöhung der Autorität der DDR" für notwendig erachtet wurde. Im Blick darauf sollte die „Gesamtdeutsche Provisorische Regierung", deren sofortige Bildung seit Oktober 1950 gefordert wurde, nicht mehr die Spitze des vereinigten Landes, sondern ein Beratungs- und Koordinationsgremium der beiden Staaten sein. Zwar hieß es nach wie vor, dass durch sie die Einheit hergestellt würde, doch das gleichzeitige Fortbestehen der Regierungen in Ost-Berlin und Bonn und die Aufrechterhaltung ihrer uneingeschränkten Amtsgewalt zeigten, dass das Konzept auf eine Bestätigung der Trennung abzielte. Die Versicherung, die zwischen beide Staaten gestellte „Regierung" würde zu wechselseitiger Annäherung und zuletzt zur Vereinigung führen, war Augenwischerei, denn die vorgesehenen Verhandlungen über einen Zusammenschluss waren angesichts des totalen politischen Gegensatzes von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die ins Auge gefasste Regelung lief auf eine Konföderation ohne Basis einer Gemeinsamkeit hinaus. Angeblich sollte damit die nationale Einheit hergestellt, faktisch aber die Zweistaatlichkeit rechtlich durchgesetzt werden[22].

Für die propagandistische Verwendung des Konzepts war die Lage in der Bundesrepublik entscheidend. Nach Auffassung des Moskauer Außenministeriums lehnte die Regierung in Bonn Vier-Mächte-Verhandlungen über eine Wiedervereinigung ab, ohne dass die Opposition die damit gegebenen Möglichkeiten einer Gegenpositionierung nutzte, denn sie sei wegen der „Verratslinie" der Sozialdemokraten zerstritten. Die SPD-Führung habe bei der sowjetischen Note vom 10. März 1952 nur zum Schein eine ernsthafte Prüfung der Vorschläge verlangt. Der Verzicht auf wirkliche Opposition habe entscheidend dazu beigetragen, „einen erheblichen Teil der Werktätigen Westdeutschlands vom aktiven Kampf gegen die militaristische Politik Adenauers" abzuhalten. Auch seine Gegner im bürgerlichen Lager hätten wegen „Schwankungen und Differenzen" kein wirksames Vorgehen zustande gebracht. Dieser Vorwurf richtete sich vor allem gegen Gustav Heinemann und Helene Wessel, die sich zwar gegen die Westverträge wendeten, jedoch die Zusammenarbeit mit der KPD und Joseph Wirth – einem früheren Zentrumspolitiker im Schlepptau der SED – ablehnten. Dem Bundeskanzler sei es aufgrund der Versäumnisse seiner Widersacher gelungen, die Westverträge durch den Bundestag zu bringen. Das alles habe den erfolgreich begonnenen Kampf um die deutsche Einheit negativ verlaufen lassen[23].

[22] Siehe G. Puškin / M. Gribanov an V.M. Molotov, 18. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 19, Bl. 13–19; Zapiska po germanskomu voprosu, , 21. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 19, Bl. 30–43.

[23] I. Tugarinov an M. Gribanov, 18. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 3–28, in engl. Übersetzung abgedruckt in: Christian Ostermann (Hg.), Uprising in East Germany, 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest – New York 2001, S. 52–66. Zu Wirths Rolle siehe Michael Lemke, Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilman Mayer (Hg.), „Macht das Tor auf." Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 197–203; Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 99–106.

Bevor sich Stalins Nachfolger jedoch der deutschen Frage voll zuwenden konnten, richtete sich ihre Aufmerksamkeit auf die bedrohlich angewachsenen Spannungen zum Westen. Als Vorsitzender des Ministerrates erklärte Georgij Malenkow sofort nach Stalins Tod, man wolle keinen Krieg und keine Konfrontation mit dem Westen. In den Beziehungen zu den USA gebe es keine Frage, die sich nicht auf friedlichem Wege lösen lasse[24]. Im Kreml wurde man sich auch einig darüber, dass man den Korea-Krieg beenden, die Forderungen nach territorialen Veränderungen und Revision der Meerengen-Konvention gegenüber der Türkei fallen lassen und diplomatischen Kontakt zu Titos Jugoslawien anknüpfen wolle[25]. Als der amerikanische Präsident Eisenhower am 15. April auf Drängen seiner Verbündeten öffentlich Verhandlungen in Aussicht stellte und verlangte, die UdSSR müsse ihren guten Willen durch Entspannungspolitik, Beendigung des Korea-Krieges und Bereitschaft zur Erörterung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage beweisen[26], erwiderte man, die „Festigung des Friedens" hänge von der richtigen Lösung wichtiger internationaler Probleme ab. Das gelte vor allem für Korea. Dort müsse man einen Waffenstillstand schließen und auf die Einheit des Landes hinwirken[27].

Auch die Vereinigung Deutschlands wurde als notwendig bezeichnet. Sie lasse sich aber nur „auf demokratischen und friedliebenden Grundlagen" und auf der Basis des Potsdamer Abkommens herstellen, wie es den berechtigten Wünschen „nicht nur in Deutschland, sondern auch jenseits seiner Grenzen" entspreche. Interesse daran habe namentlich das „französische Volk, das mehr als einmal Opfer des deutschen Militarismus gewesen" sei. Wenn der „anglo-amerikanische Block" darauf keine Rücksicht nehme und den bisherigen Weg fortsetze, „indem er die nationale Vereinigung Deutschlands unmöglich macht und dessen westlichen Teil in einen militaristischen Staat verwandelt, in dem die Macht in den Händen der Revanchisten bleibt," dann sei dies ein „fataler Fehler"[28]. Als „friedliebend und demokratisch" galten in Moskau ausschließlich die Staaten des eigenen Lagers, niemals Länder im Westen. Der nachdrückliche Appell an die Nachbarn, vor allem die Franzosen, die als Einzige die Verträge mit der Bundesrepublik noch nicht ratifiziert hatten, setzte einen neuen Akzent, nachdem die UdSSR bis dahin den Widerstand der Westdeutschen gegen die Integration in das atlantische Bündnis als das entscheidende Moment angesehen hatte.

In den folgenden Wochen musste sich der Kreml mit Winston Churchill auseinandersetzen, der im Herbst 1951 die Regierung in London übernommen hatte und seitdem in Moskau auf Wiederherstellung der deutschen Einheit drang. Er war zur militärischen Neutralisierung des vereinigten Deutschlands bereit und forderte, dafür müsse diesem die westlich-demokratische Staats- und Gesellschafts-

[24] Reč' tovarišča G.M. Malenkova, in: Pravda, 10.3.1953. Näheres zu Malenkovs Haltung in den Erinnerungen seines Mitarbeiters L.A. Openkin, Na istoričeskom pereput'e, in: Voprosy istorii KPSS, 1 (Januar 1990), S. 109f.
[25] Vladislav M. Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Günter Bischof / Saki Dockrill (Hg.), Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge 2000, S. 55.
[26] The Chance for Peace, in: Department of State Bulletin, 27.4.1953, S. 599–603.
[27] K vystupleniju prezidenta Ėjzenchauėra (ungezeichneter autoritativer Leitartikel), in: Pravda, 25.4.1953.
[28] Ebenda.

ordnung zugestanden werden. Das hatte die UdSSR abgelehnt[29]. Der Kernpunkt war die Frage der freien Wahlen, die nach sowjetischer Auffassung nicht die Grundlage eines vereinigten Staates bilden konnten. Alle Probleme seien in Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik – also faktisch auf der Basis der Zustimmung des SED-Regimes – zu regeln. Wenn der Westen Wahlen nach seinen Vorstellungen verlange, stelle er damit eine unzulässige „Vorbedingung" für Verhandlungen. Eine „internationale Einmischung" – gemeint war die Überwachung der Wahlen durch die UNO – wurde ebenfalls als unannehmbar abgelehnt. Die UdSSR machte im Frühjahr 1953 zusätzlich geltend, erst nach Abzug der Besatzungstruppen seien freie Wahlen vorstellbar. Gehe die westliche Seite darauf nicht ein, entlarve das den demagogischen Charakter ihrer Position[30].

Churchill war davon überzeugt, dass sich die Großmächte unbedingt einigen müssten, um die Drohung eines Nuklearkriegs abzuwenden. Nach Stalins Tod ergriff er deshalb die Initiative. In einer Unterhausrede am 11. Mai schlug er öffentlich die Herstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage von Demokratie und Neutralität vor[31]. Das lehnte die Kremlführung ab und erklärte, gemäß den Beschlüssen von Jalta und Potsdam müsse stattdessen ein „friedliebender und demokratischer Staat" entstehen. Die Lösung des deutschen Problems werde durch die einseitige Abkehr der Westmächte von diesen Vereinbarungen verhindert. Nur Maßnahmen einer „Entwicklung auf friedliebenden Grundlagen" könnten gewährleisten, dass der Militarismus nicht wieder erstehe. Mit dem Argument, „keinerlei formale Garantien und Verpflichtungen" würden die Deutschen von erneuter Aggression abhalten, wurde das Angebot einer Neutralisierung als wertlos abgelehnt. Die Weigerung Churchills, zunächst die „Separatvereinbarungen bezüglich Westdeutschlands" für ungültig zu erklären, lasse an der Aufrichtigkeit seines Eintretens für die deutsche Einheit zweifeln[32].

Trotz der Zurückweisung des Vorschlags, sich über die Wiedervereinigung auf der Basis der Neutralität zu einigen, wollte die sowjetische Seite die neutralistische Richtung in Westeuropa ermutigen. Im Blick darauf dachte Malenkow an Schritte zum Abschluss des – seit 1949 fast unterschriftsreif vorliegenden – Staatsvertrags

[29] Klaus Larres, Churchill's Cold War. The Politics of Personal Diplomacy, New Haven – London 2002, S. 159–161, 216–222; Klaus Larres, Großbritannien und der 17. Juni 1953, in: Kleßmann / Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr (Anm. 6), S. 161 f, 166–170; Klaus Larres, Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill postwar foreign policy, in: Journal of European Integration History, 1/1996, S. 35f.

[30] Zapiska po germanskomu voprosu, 21. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 30–43; V. Semënov an V.M. Molotov, 2. 5. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 52–55; O dal'nejšich meroprijatijach sovetskogo pravitel'stva po germanskomu voprosu (in engl. Übersetzung), 8. 5. 1953, in: Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 90–95; O dal'nejšich meroprijatijach sovetskogo pravitel'stva po germanskomu voprosu, o. D. [vermutlich 2. Maihälfte 1953], übersetzt wiedergegeben in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 539–543.

[31] Text: Weekly Hansard, Nr. 225 (8. 5.–14. 5. 1955), S. 887–902 (bes. 899–902). Nähere Angaben zu der Initiative bei Klaus Larres, The Road to Geneva 1955: Churchill's Summit Diplomacy and Anglo-American Tension after Stalin's Death, in: Klaus Larres / Kenneth Osgood (Hg.), The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace? Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 142f.

[32] K sovremennomu meždunarodnomu položeniju (ungezeichneter autoritativer Leitartikel), in: Pravda, 24. 5. 1953. Zur Reaktion auf Churchills diplomatischen Initiativen siehe weiterhin A.A. Fursenko, Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka, Moskau 2006, S. 89–92.

mit Österreich. Damit war aber Molotow nicht einverstanden[33]. Ihn plagte Stalins alte Sorge, wenn sich die UdSSR aus diesem Land zurückziehe und gegen das Zugeständnis der Neutralisierung das westlich-demokratische System ausdrücklich akzeptiere, würde das in der DDR Hoffnungen auf eine analoge Regelung für Deutschland wecken und so das SED-Regime destabilisieren[34]. Nach seiner Ansicht kam es, wie er das Außenministerium formulieren ließ, vor allem darauf an, „die Position der DDR [zu] festigen". Zugleich wollte er „zur Konsolidierung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes um die DDR herum beitragen", um die „westdeutschen Revanchisten" zu Zurückhaltung „bei der Entflammung der Kriegspsychose" zu nötigen[35]. Es sollten deshalb eine Notenoffensive und eine Propaganda-Kampagne eingeleitet werden mit der Forderung, Bonn müsse um der nationalen Einheit willen die geplante „Remilitarisierung" aufgeben[36]. Im Zusammenhang damit zeigte Molotow Interesse an Churchills Vorschlag einer Gipfelkonferenz der vier Mächte[37].

Sowjetische Reaktionen auf die Entwicklung in der DDR

Noch zu Lebzeiten Stalins hatte Ulbricht die UdSSR dringlich um Lebensmittellieferungen gebeten. Das lenkte die Aufmerksamkeit der Kremlspitze erstmals auf die Probleme der DDR. „Verantwortliche Funktionäre" aus dem Zentralkomitee der SED und dem Regierungsapparat erhielten von der Besatzungsmacht den Auftrag, die Sache zu untersuchen. Das Ergebnis lag Mitte April vor. Demnach war die wirtschaftliche Lage kritisch. Das wurde wesentlich auf den Kurs des forcierten sozialistischen Aufbaus vom Vorjahr zurückgeführt, der mithin der Überprüfung bedurfte[38]. Auch eine, wie es scheint, unabhängig davon im Auftrag Ulbrichts unterbreitete Analyse stellte besorgniserregende ökonomische Schwierigkeiten

[33] Larres, Churchill's Cold War (Anm. 29), S. 222–232; Uri Bar-Noi, The Soviet Union and Churchill's Appeals for High-Level Talks, 1953–54. New Evidence from the Russian Archives, in: Diplomacy and Statecraft, 1998, S. 114–116.

[34] Vgl. die Angaben zur sowjetischen Reaktion auf den westlichen Vorschlag eines „Kurzvertrags" für Österreich vom 13. 3. 1952, in: Ruggenthaler, Stalins großer Bluff (Anm. 2), S. 115–150.

[35] Zapiska po germanskomu voprosu, 21. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 30–43.

[36] Ja. Malik / G. Puškin an V.M. Molotov, 24. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 19, Bl. 2–12; Aufzeichnung von Ja. Malik / G. Puškin / V. Semënov / M. Gribanov, 28. 4. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 44–47; V. Semënov, Spravka po germanskomu voprosu, 5. 5. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 19, Bl. 31–36; V. Semënov an V.M. Molotov, 2. 5. 1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 52–55, in Kopie wiedergegeben in: Ostermann, The Post-Stalin Succession Struggle (Anm. 13), Document No. 7. Die Entwürfe wurden wiederholt überarbeitet. Zwei in einem anderen Aktenbestand des Außenministeriums (Ministerbüro) aufbewahrte Fassungen in deutscher Übersetzung: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 531–539. Zwei Entwürfe für die Note an die Westmächte: AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 18, Bl. 60–79 (zweiter Entwurf übersetzt in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 546–549). Als Darstellungen vgl. Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 506–513; Vladislav Zubok, Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte, in: Kleßmann / Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr (Anm. 6), S. 35–37.

[37] N.E. Bystrova, SSSR i formirovanie voenno-blokovogo protivostojanija v Evrope (1945–1955 gg.), Bd. II, Moskau 2005, S. 411.

[38] So nach den Angaben des an der Ausarbeitung beteiligten FDJ-Funktionärs Heinz Lippmann in: Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 13. 6. 1956, S. 374.

fest[39]. Die Okkupationsbehörden empfahlen der Führung in Moskau, die Reparationslieferungen auf die Hälfte zu verringern und die Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften – ohne die für die Atomrüstung der UdSSR unverzichtbare Wismut AG[40] – der DDR gegen Entgelt zu übergeben. Das als großzügig zu propagierende Entgegenkommen sollte die Autorität von Regime und Staat in den Augen der Bevölkerung heben[41]. Berija unterbreitete dem Präsidium des Zentralkomitees der Partei (wie das Politbüro seit dem vorangegangenen Herbst hieß) am 6. Mai einen Bericht des Geheimdienstresidenten in Ost-Berlin, Michail Kawersnew. Ein neuer Akzent dieser Vorlage war, dass die Misere weniger auf Machenschaften des Feindes im Westen als auf Fehler des kommunistischen Regimes zurückgeführt wurde. Die Massenflucht und die Desertionen bei den militärischen Bereitschaften, so hieß es, ließen eine tief sitzende Unzufriedenheit mit der mangelhaften Versorgung und mit den 1952 eingeleiteten politischen Maßnahmen erkennen. Davon, dass, wie erhofft, die DDR für die Bundesrepublik Attraktivität entfalte, könne unter diesen Umständen keine Rede sein[42].

Berija betonte, der politische Kurs der SED müsse sich ändern. Das Parteipräsidium erteilte daraufhin den sowjetischen Organen den Auftrag, geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Wie Mark Kramer auf der Basis umfangreicher Quellen in allen Einzelheiten dargelegt hat[43], war seitdem Molotow die treibende Kraft. Er drang auf Abkehr von der forcierten sozialistischen Umgestaltungs- und Repressionspolitik, übte scharfe Kritik an Ulbrichts harter Linie und setzte sich für einen grundlegenden Richtungswechsel ein, der die Bevölkerung von dem Druck befreie, der sie gegen das kommunistische Regime ausrichte. Auf seine Empfehlung hin verurteilte das Parteipräsidium am 14. Mai ausdrücklich Ulbrichts Plädoyer für Lenins Konzept der Diktatur des Proletariats mit der Begründung, es verschärfe die Lage in der DDR und schade dem Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands. Im weiteren Verlauf der Überlegungen und Beratungen im Kreml kam der Außenminister immer ausgeprägter zu der Überzeugung, man müsse die Gewaltmaßnahmen des Vorjahrs aufgeben und die Bedürfnisse der Menschen in der DDR ausreichend berücksichtigen. Berija, der am 6. Mai noch den Einsatz auch von Zwangsmitteln für angebracht gehalten hatte, stimmte ebenso zu wie die anderen Führungsmitglieder einschließlich des Ministerratsvorsitzenden Malenkow und des Sekretärs der Partei, Nikita Chruschtschow. Daher bestand auf der erweiterten Sitzung des sowjetischen Ministerrats am 28. Mai allgemeines Einvernehmen über die

[39] Elke Scherstjanoi, „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben". Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 6/1998, S. 912.

[40] Vgl. Winfried Halder, Was die Russen wirklich wollten. Zur Bedeutung des Uranerzbergbaus in der SBZ/DDR 1945–1954, in: Elke Mehnert (Hg.), ...'s kommt alles vom Bergwerk her. Materialienband zum 7. Deutsch-Tschechischen Begegnungsseminar Gute Nachbarn – Schlechte Nachbarn?, Frankfurt/Main 2005, S. 63–89.

[41] G. Puškin / M. Gribanov an V.M. Molotov, 18.4.1953, AVPRF, f. 082, op. 41, p. 271, d. 19, Bl. 13–19; O dal'nejših meroprijatijach po germanskomu voprosu (deutsche Übersetzung), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 534; O dal'nejših meroprijatijach sovetskogo pravitel'stva po germanskomu voprosu (in engl. Übersetzung), 8.5.1953, in: Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 95f.

[42] Kramer, Der Aufstand in Ostdeutschland (Anm. 13), S. 87f. Vgl. die Auszüge aus der Vorlage in: Kondraschow, Über Ereignisse des Jahres 1953 (Anm. 12), S. 26f.

[43] Kramer, Der Aufstand in Ostdeutschland (Anm. 13), S. 88–95.

Notwendigkeit entschiedener Schritte, um das SED-Regime zum Kurswechsel zu veranlassen. Molotow, Berija und Malenkow wurden beauftragt, eine Erklärung über das Erfordernis weit reichender politischer und ökonomischer Reformen zu formulieren, denen sich Ulbricht dann nicht mehr verschließen könne.

Im Außenministerium wurden anschließend die Einzelheiten des „Neuen Kurses“ für die DDR ausgearbeitet. Der mit der Aufgabe betraute zuständige Abteilungsleiter im Range eines Stellvertretenden Außenministers, Wladimir Semjonow, der die Besatzungsbehörden in Ost-Berlin bis April geleitet hatte und aufgrund eines inzwischen gefassten Präsidiumsbeschlusses diese Position als Hochkommissar wieder übernehmen sollte, wollte lediglich den auf die noch vorhandenen privaten Kleinbetriebe in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft ausgeübten materiellen Druck beendet sehen, die „Überspitzungen auf dem Gebiet der Strafverfolgung“ korrigieren, eine „große Amnestie“ für „wegen nazistischer Verbrechen“ in der frühen Nachkriegszeit Verurteilte und für ungefährliche Straftäter veranlassen und die „Methoden des Administrierens“ unter Verdikt stellen. In erster Linie sollte die SED durch verstärkte politische Arbeit Einfluss auf die Bevölkerung nehmen. Demnach hätte das bisherige Vorgehen nicht grundlegend geändert werden müssen. Das wies Molotow, als ihm die Vorlage am 31. Mai unterbreitet wurde, als nicht dem Auftrag entsprechend zurück[44]. Am folgenden Tag billigte er einen Entwurf, der fundamentale Korrekturen vorsah[45].

Als der Ministerrat die Ausarbeitung am 2. Juni zum Beschluss erhob, nahm er nur kleine Änderungen vor. Die politischen Darlegungen wurden stellenweise etwas knapper formuliert, und in praktischer Hinsicht kamen einige Ergänzungen hinzu. Zum einen sollten die Maßnahmen gegen Privatwirtschaft und Privatkapital nur so weit zurückgenommen werden, wie sie gegen Leute auf unterer und mittlerer Ebene verhängt worden waren. Zum anderen war die vorgesehene Duldung kirchlicher Aktivitäten auch auf die evangelische „Junge Gemeinde“ zu erstrecken, die bis dahin besonders heftiger Verfolgung ausgesetzt gewesen war. Im Entwurf vom 1. Juni hatte es nur gehießen, die „Mängel in der Ausübung des Besatzungsregimes durch sowjetische Truppen“ seien zu beseitigen, und der Hochkommission und der Oberbefehlshaber hätten dafür zu sorgen, „dass der Aufenthalt der sowjetischen Besatzungstruppen möglichst wenig die unmittelbaren Interessen der Zivilbevölkerung beeinträchtigt“. Der Ministerrat fügte hinzu, auch die „Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an die DDR“, vor allem durch Lebensmittellieferungen, sei erforderlich.

Das sowjetische Konzept eines „Neuen Kurses“ in der DDR

Das ostdeutsche Regime wurde aufgefordert, die „auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ gerichteten Maßnahmen der II. SED-Parteikonferenz vom

[44] V.S. Semënov, O položenii v GDR (in deutscher Übersetzung), o.D. [31.5.1953], in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 544f., Originaltext: Ostermann, The Post-Stalin Succession Struggle (Anm. 13), Document No. 10/1, 9 S.

[45] O merach po ozdorovleniju političeskoj obstanovki v GDR (mit handschriftlich eingefügten Korrekturen), o.D. [1.6.1953], in: Ostermann, The Post-Stalin Succession Struggle (Anm. 13), Document No. 10/2, 7 S.

Juli 1952 zu widerrufen. Die „dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen" seien nicht vorhanden gewesen. Ohne gesicherte Rohstoffquellen habe man die „Entwicklung der Schwerindustrie" beschleunigt; ohne Rücksicht auf die Interessen der kleinen Eigentümer sei eine „jähe Einschränkung der Privatinitiative" erfolgt; der „Entzug der Lebensmittelkarten für alle Privatunternehmer und Freischaffenden" und vor allem die „übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne die dafür notwendige Grundlage im Dorf" hätten zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten geführt. Der Kurs der Währung sei stark gefallen, viele Handwerker, Gewerbetreibende und andere Kleineigentümer seien ruiniert und hätten viele Bevölkerungsschichten zu einer ablehnenden Haltung gegen die „bestehende Macht" veranlasst. Etwa 450 000 Hektar lägen brach, weil die Bauern, obwohl sie an ihrem Land hingen, die Scholle verlassen und in Massen nach Westdeutschland gegangen seien. „Zur Gesundung der politischen Lage in der DDR und zur Stärkung unserer Positionen sowohl in Deutschland selbst als auch in der Deutschlandfrage auf der internationalen Ebene und zur Sicherstellung und Ausbreitung der Basis der Massenbewegung für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands" seien darum der SED-Führung und der DDR-Regierung die nachfolgend genannten Maßnahmen „zu empfehlen".

Die zur „Korrektur der entstandenen Lage" notwendigen Schritte wurden einzeln aufgeführt. Die „künstliche Einführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sich in der Praxis nicht bewährt und Unzufriedenheit in der Bauernschaft hervorgerufen haben", war einzustellen. Soweit sie unfreiwillig zustande gekommen waren oder sich als nicht lebensfähig erwiesen hatten, sollten sie aufgelöst werden. Unter den derzeitigen Bedingungen in der DDR seien lediglich Kooperative zur gemeinsamen Bearbeitung des Bodens ohne vergesellschaftete Produktionsmittel angebracht. Wenn man ihnen die nötige Unterstützung gewähre, könnten sie für die anderen Bauern attraktiv werden. Die Maschinen-Ausleih-Stationen sollten gestärkt und möglichst noch ausgeweitet werden „als der wichtigste Hebel der Einwirkung im Dorfe und als Hauptmittel der Hilfeleistung an die werktätigen Bauern bei der Hebung der Produktivität in der Landwirtschaft". Sie müssten auf Leihbasis auch die Privatbetriebe bedienen. Die „Begrenzung und Verdrängung des Privatkapitals" wurde als „verfrühte Maßnahme" verurteilt. Dessen „breite Heranziehung" sei zur Belebung der Wirtschaft „in verschiedenen Zweigen der Klein- und Heimindustrie, in der Landwirtschaft sowie im Handel zweckmäßig". Man dürfe dabei aber keine „Konzentration in größerem Umfang" zulassen. Auch den Privatbetrieben sollten Elektrizität, Roh- und Brennstoffe zugeteilt sowie Kredite gewährt werden. Der Druck der auf ihnen lastenden Steuern, der ihnen faktisch „jeden Anreiz zur Teilnahme am wirtschaftlichen Leben" genommen habe, war zu lockern. Auch sollten Privatunternehmer und Freiberufler wieder Lebensmittelkarten erhalten, also nicht mehr nur auf Käufe in den HO-Hochpreisläden angewiesen sein. Der Ausbau der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterproduktion war zu beenden.

Dem SED-Regime wurde weiter abverlangt, „Maßnahmen zur Festigung der Gesetzlichkeit und der Gewährleistung der demokratischen Rechte der Staatsbürger zu ergreifen, auf harte Strafmaßnahmen zu verzichten, die nicht durch

Notwendigkeit hervorgerufen sind,“ und „die Angelegenheiten der repressierten Staatsbürger zu überprüfen, um die Personen freizulassen, die ohne ausreichende Gründe zur Verantwortung gezogen wurden.“ Dementsprechend sollte auch die Strafgesetzgebung geändert werden. Als „eine der wichtigsten Aufgaben“ wurde der Partei die „Entwicklung der politischen Arbeit unter allen Bevölkerungsschichten unter entschiedener Ausmerzung nackten Administrierens“ zur Pflicht gemacht. Es gehe darum, die Maßnahmen der Regierung dem Volk verständlich zu machen und ihnen in der Bevölkerung Akzeptanz zu verschaffen. Besondere Bedeutung komme der „politischen Arbeit unter der Intelligenz“ zu, um diese für die „aktive Teilnahme an der Durchführung der Maßnahmen zur Festigung der bestehenden Ordnung“ zu gewinnen. Das „nackte Administrieren gegenüber der Geistlichkeit“ und die „schädliche Praxis der groben Einmischung der [Staats-] Macht in die inneren Angelegenheiten der Kirche“ seien zu beenden; alle gegen ihre „unmittelbaren Interessen“ verstoßenden Schritte wie die Konfiskation von Wohltätigkeitseinrichtungen, die Wegnahme kirchlichen Landbesitzes, die Aufhebung von Stiftungen usw. müssten rückgängig gemacht werden, denn dies verstärke nur den religiösen Wahn der zurückgebliebenen Bevölkerungsschichten und das Anwachsen ihrer Unzufriedenheit. Als „Hauptmittel des Kampfes gegen den reaktionären Einfluss der Kirche und der Geistlichkeit“ wurde eine „sorgfältig durchdachte Arbeit des Erläuterns und der kulturellen Aufklärung“ empfohlen.

Der politischen und wirtschaftlichen Lage in der DDR wurde ausdrücklich größte Bedeutung beigemessen – und zwar nicht nur um ihrer selbst willen. Dieser Staat sei auch „einer der wichtigsten Faktoren nicht nur bei der Lösung der allgemeinen Deutschlandfrage, sondern auch bei der friedlichen Regelung der grundlegenden internationalen Probleme“. Daher müsse man „sowohl die realen Bedingungen innerhalb der DDR als auch die Situation in Deutschland als Ganzem und die internationalen Verhältnisse“ berücksichtigen. Der „Kampf um die Vereinigung Deutschlands auf demokratischen und friedliebenden Grundlagen“ sei die derzeitige „Hauptaufgabe“ und verlange von SED und KPD als den „Bannerträgern des Kampfes für die nationalen Hoffnungen des ganzen deutschen Volkes“ eine „flexible Taktik“, die „auf maximale Veruneinigung der Kräfte ihrer Gegner und Ausnutzung aller oppositionellen Tendenzen gegen die käufliche Adenauer-Clique“ abziele. Dabei komme es vor allem darauf an, die westdeutschen Sozialdemokraten mit ihrer großen Gefolgschaft auf klaren Gegenkurs zur Bundesregierung zu bringen und zusammen mit ihnen gemeinsame Aktionen durchzuführen, soweit dies möglich sei[46].

Das sowjetische Aktionsprogramm lässt eine doppelte Zielsetzung erkennen. Die Korrekturen am forcierten sozialistischen Kurs sollten die „bürgerlichen“ Schichten in der DDR zufrieden stellen. Deren Position in der Gesellschaft schien noch zu stark, als dass man sich eine grobe Missachtung ihrer Interessen leisten wollte. Solange das Bürgertum noch ein wichtiger Faktor war, sollte es durch

[46] Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (in DDR-Übersetzung), 2.6.1953, SAPMO-BArch, DY 30/3295, Bl. 3–9 / Wilfriede Otto (Hg.), Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003, S. 38–43. Längere Zitate aus dem russischen Originaltext bei Aleksej Toptygin, Neizvestnyj Berija, Sankt Petersburg – Moskau 2002, S. 278–280.

Konzessionen beschwichtigt werden. Im Blick auf die Bundesrepublik, an deren als bürgerlich dominiert angesehene Öffentlichkeit sich die sowjetische Führung erneut mit Appellen zu wenden gedachte, schien es nötig, den Eindruck einer politischen Ordnung nach ihren Vorstellungen zu erwecken. Nur wenn sich die Westdeutschen davon überzeugen ließen, dass die DDR ihren bürgerlichen Vorstellungen entspreche, konnte man im Kreml hoffen, dass sie dazu bereit sein würden, sich mit dieser zum Kampf um die nationale Einheit zusammenzuschließen.

Kontroverse im Parteipräsidium

Die Kremlführung suchte mit dem Kurswechsel in der DDR zugleich die Öffentlichkeit von ihrer Bereitschaft zu einer akzeptablen Regelung der deutschen Frage zu überzeugen. Das Parteipräsidium setzte sich am 27. Mai mit der Frage auseinander, wie das geschehen sollte, nachdem im Vorjahr die These vom „bürgerlich-demokratischen" Charakter der DDR aufgegeben worden war. Nach Berijas Ansicht war „unter den gegenwärtigen Bedingungen" die auf den Aufbau des Sozialismus gerichtete Politik in der DDR verfehlt. Das zielte, wie sich ein enger Mitarbeiter Malenkows erinnert, auf die ausdrückliche Zurücknahme der Erklärung über den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" ab[47]. Die anderen Führungsmitglieder schienen zuerst einverstanden, doch dann widersprach Molotow. Der Aufbau des Sozialismus dürfe nicht schlechthin, sondern nur so weit verurteilt werden, wie er übermäßig forciert worden sei[48]. Der Außenminister war der Ansicht, ein Widerruf des 1952 abgegebenen öffentlichen Bekenntnisses zum Sozialismus müsse fatale Folgen für die DDR nach sich ziehen. Die Bevölkerung würde das als Absage an das bestehende System auffassen und sich zu Auflehnung dagegen ermutigt sehen. Molotow vertrat diesen Standpunkt, obwohl er genau so wie Berija davon überzeugt war, die SED-Führung sei mit der Proklamierung des Sozialismus zum Schaden der UdSSR von den „gesamtdeutschen nationalen Aufgaben" abgerückt, was „die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht gefördert" habe[49].

Berija soll zusammen mit Malenkow dem Einwand zuerst widersprochen haben. Am nächsten Tag seien beide aber wie zuvor schon alle anderen einverstanden gewesen[50]. Jahrzehnte später erinnerte sich Molotow, Berija habe auf einen Gegenvorschlag hin in abschätzigem Tonfall und mit höhnischem Gesichtsausdruck erklärt: „Die DDR? Was ist diese DDR denn schon? Sie ist nicht einmal ein richtiger Staat. Sie wird nur durch sowjetische Truppen am Leben gehalten, auch

[47] L.A. Openkin, Ottepel. Kak ėto bylo, in: Političeskaja istorija, 4/1991, S. 42.
[48] Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevika F. Čueva, Moskau 1991, S. 333.
[49] Vgl. A.M. Filitov / T.V. Domračëva, Sovetskaja politika v germanskom voprose (1953–1955 gg.), in: M.M. Narinskij (Hg.), Cholodnaja vojna. Novye podchody, novye dokumenty, Moskau 1995, S. 241f.
[50] Ebenda, S. 333f. Diese Feststellung ist – bei unterschiedlicher Darstellung der vorherigen Auseinandersetzungen – auch in den anderen Erinnerungsberichten enthalten: N.S. Chruščëv, Vremja, ljudi, vlast', Bd. 2, Moskau 1999, S. 160 f; A.A. Gromyko, Pamjatnoe, Bd. 2, Moskau 1990 (2. erw. Aufl.), S. 505 f; A.I. Mikojan, Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem, Moskau 1999, S. 584; Wladimir S. Semjonow, Von Stalin zu Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 291.

wenn wir sie ‚Deutsche Demokratische Republik' nennen." Diese verächtliche Äußerung habe allgemeine Empörung hervorgerufen[51]. Angesichts der an den Kategorien von Macht und Gewalt orientierten, generell menschenverachtenden Art Berijas erscheint die Darstellung plausibel. Unklar ist freilich, worauf sich die Erwiderung bezog. Vielleicht war ihm vorgehalten worden, man könne doch die DDR nicht desavouieren, indem man den von ihr proklamierten Sozialismus widerrufe. Rücksichten auf die SED-Führung, so wäre dann die Antwort zu verstehen, brauche man doch nicht zu nehmen.

Was Berija mit der abgelehnten Formulierung genau beabsichtigt hatte, in Anbetracht der Umstände sei die Proklamierung des sozialistischen Aufbaus ein Fehler gewesen, lässt sich den Quellen nicht direkt entnehmen. Es liegen weder Niederschriften der Diskussion am 27. Mai noch Unterlagen aus dem Innenministerium vor; alle diese Nachweise wurden später von den Siegern des folgenden Machtkampfs in der Führung vernichtet[52]. Die zahlreichen Erinnerungsberichte geben wenig Aufschluss, denn sie sind in extremer Weise von der Absicht bestimmt, Berija alles nur denkbare Schlechte nachzusagen, und widersprechen sich in zentralen Punkten so total, dass sie unbrauchbar sind[53]. Die zuverlässigsten Informationen lassen sich den präzisen Aussagen Molotows im Anklageplenum entnehmen[54]. Der Außenminister suchte zwar die Vorwürfe zu erhärten, doch lassen verschiedene Angaben in seinen zeitnahen, extemporierten Ausführungen Rückschlüsse auf ein anders zu bewertendes Geschehen zu. Nicht ohne Grund wurden diese Passagen später entfernt[55].

Molotow führte als einer der Ankläger auf dem ZK-Plenum Anfang Juli 1953 aus, er habe sich auf der Sitzung des Parteipräsidiums am 27. Mai dagegen gewandt, dass Berija in seiner Vorlage als den entscheidenden Grund für die missliche Lage der DDR den „unter den jetzigen Umständen" falschen Kurs auf den „Aufbau des Sozialismus" genannt habe. Auch sei die mündliche Äußerung unannehmbar gewesen, es komme nicht auf den Sozialismus in der DDR, sondern auf die Existenz eines friedlichen Deutschlands an. Darin habe er, Molotow, damals aber „vielleicht [nur] ein[en] Vorbehalt, vielleicht eine Ungenauigkeit des Ausdrucks, eine polemische Übertreibung" oder eine Äußerung gesehen, die auf Unüberlegtheit während

[51] Sto sorok besed s Molotovym (Anm. 48), S. 333. Von einem ähnlichen Vorfall ist die Rede bei V.K. Naumov, Byl li zagovor Berii? Novye dokumenty o sobytijach 1953 g., in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1998, S. 23.

[52] Naumov, K istorii sekretnogo doklada (Anm. 4), S. 152; V.P. Naumov, Bor'ba N.S. Chruščëva za edinoličnuju vlast', in: Novaja i novejšaja istorija, 2/1996, S. 14.

[53] Aleksej Filitov hat fünf völlig voneinander abweichende Darstellungen festgestellt, siehe A.M. Filitov, SSSR i GDR: god 1953-j, in: Voprosy istorii, 7/2000, S. 126.

[54] Ausführungen von V.M. Molotov, 2. 7. 1953, in: V. Naumov / Ju. Sigačëv (Bearb.), Lavrentij Berija. 1953. Stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1999, S. 104. Die hier benutzte Edition enthält im Unterschied zur Wiedergabe des Protokolls in: Izvestija CK KPSS, 1/1991, S. 139–214, 2/1992, S. 141–208, nicht nur den nach zweimaliger Korrektur abschließend festgelegten Text, sondern auch die beiden vorausgegangenen Fassungen. Die obige Darstellung beruht auf der Urfassung des Protokolls.

[55] Die Mitglieder des Zentralkomitees, denen das Protokoll später zuging, sollten die Angaben, die Zweifel an der erhobenen Anklage zu nähren geeignet waren, nicht nachlesen können. Zur zweimaligen Korrektur des Protokolls der ZK-Tagung siehe Vvedenie, in: Naumov / Sigačëv, Lavrentij Berija (Anm. 54), S. 14–16; A.N. Artizov / O.V. Naumov, Nekotorye problemy publikacii dokumentov plenumov CK VKP(b)-KPSS, in: Novaja i novejšaja istorija, 4/1998, S. 71–73.

des Redegefechts beruhte. Auf eine spätere telefonische Nachfrage hin habe Berija die einschränkende Bedeutung seines Ausdrucks „unter den jetzigen Umständen" betont und erläutert, es sei nötig, zunächst Kurs auf den Kapitalismus zu nehmen und erst später auf den Sozialismus zuzusteuern. Den Einwand, die Formulierung könne, ungeachtet des Hinweises auf den augenblicksbedingten Charakter der Kurskorrektur, zu dem Missverständnis führen, die sozialistische Politik sei insgesamt verfehlt, habe er akzeptiert und sei damit einverstanden gewesen, dass der bisherige sozialistische Kurs nur insoweit für falsch erklärt wurde, als es die „Beschleunigung des Aufbaus des Sozialismus" – also das übermäßige Tempo auf dem Weg zum gesetzten Ziel – betreffe. Wenig später habe ihm Berija als Ergebnis der Diskussion im Ausschuss (dem das Parteipräsidium die Redaktion des vorgelegten Entwurfs übertragen hatte) die Formulierung übermittelt, die das Präsidium des Ministerrats als „grundlegende Richtlinie" [für den Neuen Kurs in der DDR] einstimmig gebilligt habe. Demnach waren die sozialistischen Maßnahmen von 1952 rückgängig zu machen, ohne dass der damals verkündete sozialistische Aufbau ausdrücklich widerrufen wurde.

Nach Berijas Sturz am 26. Juni suchten die siegreichen Verschwörer nach Gründen, die eine Verurteilung des bisherigen Führungskollegen ermöglichen würden. An Anklagepunkten war zwar kein Mangel, nachdem dieser an herausragender Stelle an den furchtbaren Untaten der Stalin-Zeit mitgewirkt hatte, doch war Vorsicht geboten, weil seine Widersacher ebenfalls Enthüllungen zu fürchten hatten. Zudem ließ sich die geplante Hinrichtung eines bis dahin hoch angesehenen Führungsmitglieds nur begründen, wenn sich auch ein Kapitalverbrechen anführen ließ, das schlimmer war als alles sonstige Fehlverhalten: Verrat am Sozialismus. Berijas Äußerungen, mit denen er gegen den „Aufbau des Sozialismus" in der DDR und für die deutsche Einheit Stellung genommen hatte, ließen sich dahingehend konstruieren. Man musste nur außer Betracht lassen, dass es sich um eine bloß taktische Frage und eine verbale Formel gehandelt hatte, und den Eindruck erwecken, als sei es um eine grundsätzliche Richtungsentscheidung gegangen.

Ohne Erklärung blieb, wieso keiner während der Auseinandersetzung misstrauisch geworden war und dem Vorgang ernste Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Schließlich waren die Sieger erst nach dem Sturz Berijas darauf gekommen, er habe eine „partei- und regierungsfeindliche Tätigkeit"[56] betrieben[57]. Wie Malenkow, Chruschtschow und Woroschilow ausdrücklich erklärten, war ihnen der Sinn seines Verhaltens erst hinterher aufgegangen[58]. Bis dahin hatte es demnach keine Anzeichen für seinen Willen zum Verrat an der sozialistischen DDR gegeben. Dem Beschluss des Anklageplenums zufolge, war seine Politik der „direkte[n] Kapitulation vor den imperialistischen Kräften" erst nachträglich im Lichte der

[56] So Überschrift und Motto der abschließenden Verurteilung durch das ZK-Plenum: Postanovlenie plenuma CK KPSS „O prestupnych anitpartiijnych i antigosudarstvennych dejstvijach Berija", 7.7.1953, in: Naumov / Sigačëv: Lavrentij Berija (Anm. 54), S. 358–364.

[57] Noch als Chruščëv kurz vor der entscheidenden Sitzung am 26.6.1953 gegenüber Mikojan die Notwendigkeit des Vorgehens gegen Berija begründete, war vom Verratsvorwurf keine Rede, siehe Mikojan, Tak bylo (Anm. 50), S. 586.

[58] Postanovlenie plenuma CK KPSS „O prestupnych anitpartiijnych i antigosudarstvennych dejstvijach Berija", 7.7.1953, in: Naumov / Sigačëv: Lavrentij Berija (Anm. 54), S. 367–375.

inzwischen entlarvten Verbrechen zu erkennen[59]. Ein Moskauer Gericht, das in den neunziger Jahren über einen für Berija gestellten Antrag auf Rehabilitation zu urteilen hatte, kam aufgrund ihm vorliegender umfassender Unterlagen zu dem Schluss, ihm sei zu Unrecht der Vorwurf gemacht worden, er habe die DDR aufgeben wollen[60].

Bis Chruschtschow am 9. März 1963 den „Verrat Berijas“ in einer Rede erwähnte[61], war der Fall eine parteiinterne Angelegenheit, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Danach wurde die These vielfach auch im Westen übernommen. Nach dem Ende der UdSSR wendeten die Söhne Berijas und Malenkows (dem 1955 zur Last gelegt wurde, er sei erst ganz zuletzt von dem Verratsstandpunkt abgerückt) die Anklage ins Positive: Sie schrieben jeweils ihrem Vater eine weitsichtige Politik zu, deren Weiterführung die Sowjetunion vor dem späteren Untergang bewahrt hätte[62]. Auf ähnliche Weise suchten zwei Führungskader des KGB, Pawel Sudoplatow und, ihm folgend, Lew Besymenskij, ihren Chef Berija vor der Geschichte zu rehabilitieren. Wie sie darlegten, hatte dieser unter striktester Geheimhaltung die Entsendung von Agenten nach Washington und Bonn vorbereitet, um eine Übereinkunft über ein neutrales Deutschland unter „bürgerlichem“ Vorzeichen herbeizuführen[63]. Die Darstellung ist voller Auslassungen, Bagatellisierungen, Falschangaben und Unstimmigkeiten und folgt offensichtlichen Rechtfertigungsinteressen[64].

Einleitung des „Neuen Kurses“ in der DDR

Die sowjetische Führung legte, als sie den „Neuen Kurs“ den leitenden Funktionären der SED erläuterte, großen Wert darauf, dass es nicht nur um eine innenpolitische Korrektur, sondern vor allem auch darum gehe, den bürgerlichen Westdeutschen künftige Vereinigungsinitiativen vertrauenswürdig erscheinen zu lassen. Als Vorsitzender des Präsidiums des Ministerrats begründete Malenkow im Namen seiner anwesenden Kollegen die Notwendigkeit, „auf den zu dieser Zeit fehlerhaften Kurs des forcierten Aufbaus des Sozialismus in der DDR zu verzichten“,

[59] Beschluss über die verbrecherische Tätigkeit Berijas, 7.7.1953, ebenda, S. 372.

[60] Stephan Merl, Berija und Chruščëv: Entstalinisierung oder Systemerhalt?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 9/2001, S. 492. Wegen seiner Verbrechen in der Stalin-Zeit wurde aber eine Rehabilitation insgesamt verweigert.

[61] Wiedergegeben in: Izvestija, 10.3.1963.

[62] Sergo Berija, Moj otec – Lavrentij Berija, Moskau 1994. S. 360 f; „Stalin weiß, was er tut“. Sergej Alexejewitsch Gegetschkori über seinen Vater Lawrentij Berija, den Geheimpolizeichef Stalins, in: Der Spiegel, 8/1996, S. 154–155; A.G. Malenkov, O moëm otce Georgiem Malenkove, Moskau 1992. S. 72 f, 101; Malenkov, Andrej: Schvatka s Ežovym, in: Žurnalist (Moskau), S. 65–67.

[63] Pavel Sudoplatov, Razvedka i Kreml'. Zapiski neželatel'nogo dejatelja, Moskau 1996, S. 405–418; Lew Besymenski, Berija will die DDR beseitigen, in: Die Zeit, 15.10.1993; Lew Besymenski, Sowjetischer Nachrichtendienst und Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wolfgang Krüger / Jürgen Weber (Hg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 157–159.

[64] Hierzu näher Elena Egereva, Pavel Sudoplatov, „Iz menja delali kozla otpuščenija“, in: Novoe vremja, 39/1996, S. 40–42; George Bailey / Sergej A. Kondraschow / David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 201 f; Vgl. Gerhard Wettig, Berijas deutsche Pläne im Lichte neuer Quellen, in: Kleßmann / Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr (Anm. 6), S. 61–64; Gerhard Wettig, Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv, 4/2003, S. 604f.

in erster Linie mit dem Erfordernis, Fortschritte auf dem Weg zur deutschen Einheit zu erzielen. Die „Frage der Entwicklungsperspektiven der DDR" könne „nicht getrennt von der Lösung der Frage der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands gesehen werden". Die „Umwandlung Deutschlands in einen friedlichen demokratischen Staat" sei das entscheidende Ziel, das die UdSSR nicht propagandistisch, sondern „in der Wirklichkeit" anstrebe, denn dies sei „eine der wesentlichen Garantien" für den Frieden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. Bleibe das Land stattdessen gespalten, bedeute dies die „forcierte Militarisierung Westdeutschlands" und die „offene Vorbereitung zum neuen Krieg". Unter den derzeitigen Bedingungen lasse sich die nationale Einheit aber nur als „bürgerlich-demokratische Republik", nicht als „Land der Diktatur des Proletariats, gekleidet in die Form der Volksdemokratie," durchsetzen. Daher habe die Sowjetunion Vorschläge unterbreitet „hinsichtlich der Nutzung der Weimarer Verfassung mit [den] bekannten Korrekturen als Muster für die Verfassung des vereinten Deutschlands".

„In wirtschaftlicher Hinsicht", so fuhr Malenkow fort, könne „die DDR nicht als irgendein geschlossenes, vom übrigen Deutschland isoliertes System betrachtet werden." Daher dürfe man nicht „auf mehr oder weniger lange Zeit" zwei sich wechselseitig ausschließende „wirtschaftlich-soziale Grundlagen" – hier Sozialismus, dort Kapitalismus – schaffen. Der Einwand, der schon beschrittene „Weg zum Sozialismus" werde damit plötzlich verlassen, werde durch die Tatsache entkräftet, dass, wie die innere Lage in der DDR, insbesondere die anhaltende Massenflucht, zeige, der bisherige scharfe Sozialismuskurs nicht den Sozialismus erreiche. Vielmehr steuere man so „mit aller Kraft auf eine innere Katastrophe" zu. „Wir sind verpflichtet, der Wahrheit in die Augen zu sehen und zu erkennen, dass ohne die Präsenz der sowjetischen Truppen das existierende Regime in der DDR keinen Bestand hat." Die „Erfahrung des forcierten Aufbaus des Sozialismus in einem Teil Deutschlands" und die „Beschränkung und Austreibung der privatkapitalistischen Elemente in der Stadt und auf dem Land" hätten „zu negativen Ergebnissen" und zu einer „äußerst unglücklich[en]" Lage geführt. Das habe dem Bemühen, „außerhalb Deutschlands das weitere Wachstum der Sympathien breiter Arbeiterschichten für den Sozialismus zu fördern", schweren Schaden zugefügt. Was könnte die bisherige Erfahrung in der DDR denn auch „den Arbeitern in Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern bringen?" Die gemachten Fehler gäben den Feinden des Sozialismus die Möglichkeit, sie „für die Verstärkung ihrer Attacken auf den Sozialismus, auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus und auf die Sowjetunion zu benutzen." Daher müsse die SED die empfohlenen Maßnahmen „schnell und entschlossen durchführen". Auch solle sie ihre Taktik gegenüber der SPD korrigieren. Diese könnte, wenn sie ihr Manövrieren zwischen den Fronten aufgebe, möglicherweise „Adenauer eine Niederlage beibringen und zur Macht gelangen"[65].

[65] Wiedergabe (in dt. Übers.) in: Wilfried Loth (Hg.), Ausführungen von G.M. Malenkov im Namen des Ministerrats der UdSSR beim Empfang der SED-Führung, 2.6.1953, in: Martin Greschat / Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003, S. 49–52.

In den folgenden Gesprächen mit den Vertretern der SED machte die sowjetische Führung deutlich, dass sie sich nicht mit bloßen Modifikationen der bisherigen Politik zufrieden geben wollte. Lasar Kaganowitsch bestand auf einer prinzipiellen „Wendung". Molotow betonte, es habe sehr viele Fehler gegeben, die erkennbar korrigiert werden müssten. Berija meinte, Fehler seien von allen gemacht worden, und forderte, man solle auf gegenseitige Vorwürfe verzichten. Malenkow fügte hinzu, eine „offene Korrektur" sei notwendig. Sie dürfe nicht an Prestigegesichtspunkten scheitern, sonst komme es zur „Katastrophe". Man solle sich an Lenins „Neuer Ökonomischen Politik" von Anfang der zwanziger Jahre orientieren (als der drohende Zusammenbruch des Regimes durch vorübergehende Wiederzulassung privatwirtschaftlicher Betätigung verhindert worden war). Sowjetische Militärs veranlassten zur Entlastung der überforderten DDR-Wirtschaft erhebliche Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungsproduktion. Gleichzeitig sollten die sowjetischen Militärberater von 1000 auf 250–300 verringert werden[66]. Das Personal der Residentur von Berijas Geheimdienst in Ost-Berlin wurde von 2222 auf 328 vermindert[67].

Die sowjetische Führung hatte das 1952 proklamierte Bekenntnis zum Sozialismus zwar nicht widerrufen, erweckte aber bei den angereisten Vertretern der SED den Eindruck, es gelte, um einer aktiven Wiedervereinigungskampagne willen den Weg der sozialistischen Umgestaltung zu verlassen. War damit vielleicht sogar ein Wandel nicht nur der Außendarstellung, sondern auch des Systemcharakters verbunden? Sollte etwa an die Stelle bloßer Propaganda für die deutsche Einheit eine Politik treten, die sie tatsächlich zum Ziel hatte und deswegen dem Westen ordnungspolitische Zugeständnisse zu machen bereit war, um die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis zu verhindern? Dieser Argwohn dürfte zu Ulbrichts beharrlichem Widerstand gegen alle Forderungen der UdSSR wesentlich beigetragen haben. Es kam zu keiner Entscheidung, bis sich das Ost-Berliner Politbüro am 9. Juni durch den neu ernannten Hochkommissar Semjonow zur hastigen Verabschiedung eines Kommuniqués mit entsprechenden „Vorschlägen" an die DDR-Regierung genötigt sah. Zwei Tage später wurde der Beschluss zusammen mit einer Mitteilung über die Aufhebung der kirchenfeindlichen Maßnahmen veröffentlicht. Die Einzelheiten der Durchführung blieben unklar, und die ausschließliche Begründung lautete, man habe „das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern"[68].

Der Aufstand in der DDR und die Reaktionen der UdSSR

Die Bevölkerung erhielt keine weitere Information über die mit dem Politikwechsel verfolgte Absicht, denn das Verlangen, man solle die Öffentlichkeit durch eine Erläuterungskampagne auf die abrupte Wende vorbereiten, war von Semjonow

[66] Notizen von Otto Grotewohl über die Gespräche in Moskau vom 3.–5. 6. 1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953 (Anm. 46), S. 51–57.
[67] Prokop, Siegfried: Intellektuelle im Krisenjahr 1953: Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003, S. 16.
[68] Text: Neues Deutschland / Tägliche Rundschau, 11. 6. 1953.

brüsk abgelehnt worden[69]. In den Tagen danach verhinderte Ulbricht durch heftigen Widerstand Entscheidungen über das konkrete Vorgehen. Die sowjetische Seite ermutigte zwar die Widersacher des Generalsekretärs, griff aber nicht in den Streit ein und trug so zur unklaren Situation bei. Das Parteiorgan „Neues Deutschland", dessen Chefredakteur mit besonderem Nachdruck für Reformen eintrat, brachte Stellungnahmen mit grundlegender Kritik am bisherigen Kurs. Zusammen mit der erklärten Absicht, die nationale Einheit zu fördern, weckte das in der Bevölkerung die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Regimes. Zugleich wurden die Kader, auf die sich die SED-Führung stützte, verunsichert: Wollte die UdSSR die DDR um eines vereinigten neutralen Deutschlands willen aufgeben? Zugleich entstand in der Arbeiterschaft massive Unzufriedenheit wegen der wenig zuvor beschlossenen, gerade jetzt wirksam werdenden Erhöhung der Arbeitsnormen, aufgrund deren sich die Löhne erheblich verminderten. Die Regierung hielt daran fest, weil das ihr aufgenötigte Aktionsprogramm auf Zufriedenstellung nur der bürgerlichen Schichten abzielte. Die Arbeiter, so glaubten die Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin, stünden auf jeden Fall hinter ihnen als den Vertretern ihres „Klasseninteresses". Ihre Wünsche brauchten daher nicht berücksichtigt zu werden. Das war eine eklatante Fehlkalkulation: Der Aufstand des 17. Juni ging von Arbeitern aus. Diese bildeten den harten Kern und bekundeten ihre Ablehnung durch noch zuweilen wochenlang andauernde Streiks[70].

Der Aufstand wurde zwar rasch von sowjetischen Panzereinheiten niedergeschlagen, doch hatte die UdSSR eine psychologische Niederlage erlitten, welche die geplante Propaganda-Offensive für die deutsche Einheit illusorisch machte. Zudem hatte für die Kremlführung das Bemühen um Beruhigung der Lage in der DDR Vorrang. Dazu erschien der beschlossene Politikwechsel nach wie vor notwendig. Damit verband sich zunächst noch Unterstützung für die Kritiker Ulbrichts, die dessen selbstherrliche Position schwächen und umfassende sozialistische Reformen durchführen wollten. Am 23. Juni schickte Semjonow, der ein feines Gespür für die „oben" gehegten Erwartungen hatte, einen Bericht nach Moskau, in dem beides befürwortet wurde[71]. Die sowjetische Haltung änderte sich aber nach der Verhaftung Berijas. Der Anstoß dazu ging allem Anschein nach von Ulbricht aus. Dieser nutzte seine Kontakte in Moskau, um seinen mächtigsten Kritiker, Wilhelm Zaisser, als Komplicen des gestürzten „Verräters" zu diskreditieren. Als Ansatzpunkt diente ihm unter anderem, dass dieser als Minister der

[69] Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hg., eingel. u. bearb. von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek 1991, S. 74.

[70] Vgl. u. a. Torsten Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003; Torsten Diedrich / Hans-Hermann Hertle (Hg.), Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003; Ilko-Sascha Kowalczuk, 17. 6. 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003; Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003; Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003; Karl Wilhelm Fricke / Roger Engelmann, Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.

[71] Spravka. O predloženii tt. Sokolovskogo, Semënova i Judina o sozdavšimsja položenija v GDR (listet auf, inwieweit die Vorschläge Sokolovskijs, Semënovs und Judins vom 23. 6. 1953 nach der eingetretenen Wendung akzeptiert bzw. verworfen wurden), 9. 7. 1953, AVPRF, f. 0457a, op. 41, p. 280, d. 93, Bl. 63–68. Abdruck in: Deutschland Archiv, 1/2000, S. 45–49 (in dt. Übers.) / Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 303–308 (in engl. Übers.).

DDR für Staatssicherheit dem sowjetischen Innenminister Berija zugeordnet gewesen war (der auch über die Geheimdienste geboten hatte)[72]. Ulbricht festigte damit seine Macht, war aber genötigt, den Neuen Kurs in wesentlichen Teilen zu übernehmen, weil der Kreml das als unerlässlich für die innere Stabilisierung des ostdeutschen Staates ansah.

Die Führung in Moskau war zwar mehr denn je der Ansicht, die politische Autorität des SED-Regimes bedürfe der Stärkung, hielt es aber in Anbetracht des Kollapses am 17. Juni für unerlässlich, die Dinge zunächst selbst in die Hand zu nehmen. Ihre Beauftragten entschieden direkt vor allem über die Reorganisation der Sicherheitskräfte und den Aufbau von Betriebskampfgruppen. Das Anleitungs- und Überwachungspersonal wurde in allen Institutionen vermehrt[73]. In großem Umfang entfernte man Funktionäre, die als unzuverlässig galten[74]. Zugleich war die UdSSR bestrebt, durch ostentative Schritte das Ansehen der Ost-Berliner Akteure zu heben. Als Kriegsverbrecher verurteilte deutsche Gefangene wurden amnestiert und den Behörden der DDR übergeben. Erstmals wurde eine Regierungsdelegation zu Verhandlungen nach Moskau eingeladen. Dort sagte man ihr in Gesprächen vom 20. bis 22. August die Befreiung von allen Reparationsverpflichtungen ab 1. Januar 1954, die unentgeltliche Rückgabe der sowjetischen Betriebe im Lande (außer der uranproduzierenden Wismut AG) und eine Verringerung der Besatzungskosten zu. Die Sowjetunion lieferte Nahrungsmittel zur Überwindung der Versorgungsengpässe und erklärte, sie wolle auch weiter „allseitige Hilfe“ leisten[75]. Ulbricht schickte seitdem mehrfach entsprechende Ersuchen

[72] Näheres bei Gerhard Wettig, Der Kreml und die Machtkämpfe in der SED-Führung 1953–1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2008, S. 146–158.

[73] W. Ulbricht an das Präsidium des ZK der KPdSU, 5.8.1953, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/202/64, Bl. 69 f; A. Orlov an G.M. Puškin (mit Anlage), 28.9.1953, AVPRF, f. 089, op. 35, p. 123, d. 11, Bl. 25–30; Aktennotiz der Abteilung für Sicherheitsfragen beim ZK der SED, 9.1.1954, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/12/119, Bl. 1–10; W. Ulbricht an das Präsidium des ZK der KPdSU (mit Anlagen), 24.2.1954, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/202/64, Bl. 146–150; W. Ulbricht, Entwurf des Rechenschaftsberichts an den IV. SED-Parteitag, 3.3.1954, mit folgendem Prüfungsbescheid des ZK der KPdSU, AVPRF, f. 06, op. 13a, p. 36, d. 168, Bl. 1–15; W. Ulbricht an das Präsidium des ZK der KPdSU, 26.9.1954, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/21/119, Bl. 155; Bailey / Kondraschow / Murphy, Die unsichtbare Front (Anm. 63), S. 379–385; Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit (1950–1990), in: Torsten Diedrich / Hans Ehlert / Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 380f.; Roger Engelmann, Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Siegfried Suckut / Walter Süß (Hg.), Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 55–64; Prokop, Intellektuelle (Anm. 67), S. 16.

[74] Berichte über die Entwicklung der KVP, o.D. [Anfang 1954], SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/64, Bl. 73–78, 125–135; Torsten Diedrich, Die Kasernierte Volkspolizei (1952–1956), in: Diedrich / Ehlert / Wenzke, Im Dienste der Partei (Anm. 73), S. 351–357.

[75] Ebenda, S. 78f., 83–87; Bystrova, SSSR i formirovanie (Anm. 37), S. 415f.; 3. Europ. Abt. des Ministeriums für Ausw. Angel. an V. Molotov (mit Vorlage für das Präsidium des ZK der KPdSU), 30.7. und o.D. [Anf. Aug. 1953], AVPRF, f. 06, op. 12, p. 16, d. 264, Bl. 2–7; 3. Europ. Abt. des Ministeriums für Ausw. Angel. an das Präsidium des ZK der KPdSU / G.M. Malenkov / N.S. Chruščëv, o.D. [Anf./Mitte Aug. 1953], AVPRF, f. 082, op. 41, p. 270, d. 15, Bl. 192–197; zeitgenössisch publizierte Dokumente zu den Verhandlungen in Moskau, 20.–22.8.1953, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, [Ost-]Berlin 1957, S. 328–350. Die Modalitäten der Übergabe der sowjetischen Betriebe an die DDR wurden erst im Februar 1954 geregelt (Zaključitel'nyj protokol Germansko-Sovetskoj smešannoj komissii po osuščestvleniju bezvozmezdnoj peredači v sobstvennost' Germanskoj Demokratičeskoj Respubliki 33 sovetskich predprijatij v Germanii, 15.2.1954, PA-MfAA, C 293/75, o. Bl. (2 S. und 2 S. Anlage).

nach Moskau. Schon im März 1954 sah sich die UdSSR zu erneuter Unterstützung veranlasst, um in der DDR Ruhe zu haben[76]. Nachdem sich der Kreml zuvor um maximale Ausbeutung bemüht hatte, war dies eine völlige Wende.

Auftakt zu Vier-Mächte-Verhandlungen

Ungeachtet der aktuellen Probleme, war die Moskauer Führung im Blick auf die langfristigen Perspektiven zuversichtlich. Wie Molotow den leitenden Kadern der KPdSU erklärte, stand man nicht nur an der Spitze eines mächtigen Lagers, das von Nordkorea bis nach Albanien und zur DDR reichte, sondern war auch das führende Land des sozialistischen Fortschritts, das dem Sieg in der ganzen Welt entgegenging. Das lasse die kapitalistischen Staaten um ihre Existenz fürchten. Deshalb hätten sie einen „Klassenagenten" wie Berija als „Desorganisator" in die UdSSR geschickt[77]. Malenkow äußerte, die Feinde im Westen verfolgten „mit größter Sorge das Anwachsen der Kräfte des Kommunismus", während ihr Lager fortlaufender Schwächung unterliege, und fänden sich nicht damit ab, dass immer mehr Länder und Völker sich ihrem Einfluss entzögen. Daraus erwüchsen unausweichlich Spannungen zwischen Kommunismus und Imperialismus. Man dürfe „nicht die geringste Schwäche, keinerlei Schwanken" zeigen. Wenn nötig, sei man zwar zu Verhandlungen bereit, jedoch nur „ohne jegliche Vorbedingungen". Zusicherungen in der Wahlfrage seien bei Gesprächen über ein neutral vereinigtes Deutschland ausgeschlossen. „Einseitige Zugeständnisse" kämen nicht in Betracht, denn die UdSSR sei fest von ihrer Stärke überzeugt[78]. Am 8. August gab der Ministerpräsident den Besitz der Wasserstoffbombe bekannt. Die USA hätten damit auch ihr „zweites Monopol" im Bereich der Kernwaffen verloren[79].

Trotzdem schienen außenpolitische Frontbegradigungen angebracht. Der Waffenstillstand in Korea Mitte des Jahres hatte zwar eine Entlastung herbeigeführt, doch suchte der Kreml die Lage durch Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien und Israel sowie durch Entspannung des Verhältnisses zur Türkei zu verbessern. In Deutschland wollte er wieder aus der Defensive herauskommen. Nach Moskauer Einschätzung, die dann durch den hohen Wahlsieg Adenauers am 6. September ihre Bestätigung erfuhr, bestand jedoch kaum Hoffnung, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit Parolen der nationalen Einheit zur Abkehr von der Integration in das westliche Bündnis zu bewegen. Zudem wirkte sich das vorrangige Bemühen um innenpolitische Festigung der DDR nachteilig aus. Man wollte aber die gesamtdeutsche Karte in der Hand behalten. Deshalb hielt man zu Ulbrichts Enttäuschung an den Überresten des Vier-Mächte-Status von Deutschland, insbesondere des Vier-Mächte-Status der Hauptstadt Berlin, fest. Die offene Lücke in der Grenze zum Westen blieb daher bestehen [80].

[76] F.I. Novik, „Ottepel" i inercija cholodnoj vojny. Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg., Moskau 2001, S. 125–128; Bystrova, SSSR i formirovanie (Anm. 37), S. 445f.
[77] Ausführungen Molotovs auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 2.7.1953, in: Naumov / Sigačëv, Lavrentij Berija (Anm. 54), S. 110f.
[78] Schlusswort Malenkovs auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 7.7.1953, ebenda, S. 357.
[79] Bystrova, SSSR i formirovanie (Anm. 37), S. 420f.
[80] V. Semënov / P. Judin an V. Molotov (in engl. Übers.), 4.7.1953, in: Ostermann, Uprising (Anm. 7), S. 295f.

Molotow hielt Maßnahmen zur „Stärkung der Positionen der Sowjetunion in Deutschland“ und zur „Hebung der Autorität der DDR“ für notwendig, welche die „Basis für die Wiederherstellung der Einheit auf friedliebenden und demokratischen Grundlagen“ bilde. Demnach war die Konsolidierung des SED-Regimes eine unerlässliche Voraussetzung für die künftige staatliche Vereinigung. Aktuell sollten „Erschwernisse für die drei Westmächte“ geschaffen werden „bei ihrer Politik, die Spaltung Deutschlands zu festigen, Westdeutschland zu versklaven und in ein Werkzeug der aggressiven anglo-amerikanischen Pläne in Europa zu verwandeln.“ Gleichzeitig wurde das Projekt eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages mit der DDR erwogen[81]. Das Interesse daran, nach wie vor als Verfechter der deutschen Einheit und der internationalen Verständigung dazustehen, dürfte ein wesentliches Motiv dafür gewesen sein, dass Moskau im September erneut Ulbrichts Antrag auf Schließung der Sektorengrenze in Berlin ablehnte[82]. Als die Westmächte die sowjetische Forderung nach einer Konferenz über die deutsche Frage aufgriffen, stimmte die Kremlführung zu. In der Antwortnote vom 15. August verlangte sie, die Bundesrepublik müsse aus dem westlichen Bündnis herausgehalten werden. Zur Frage der deutschen Einheit äußerte sie sich mit großer Zurückhaltung. Nicht vom Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland, sondern bloß von dessen Erörterung war die Rede, und die zu bildende Gesamtdeutsche Provisorische Regierung sollte gemäß den Entwürfen vom Frühjahr ein koordinierendes und verhandelndes Gremium neben beiden Staatsführungen sein[83].

Im folgenden Notenwechsel war die UdSSR um Verzögerung der Verhandlungen bemüht. Den Versuch der Westmächte, ihr die deutsche Einheit auf der Grundlage freier Wahlen durch Garantien für die sowjetische Sicherheit annehmbar zu machen, beantwortete sie mit dem Verlangen nach Aufbau eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das alle Staaten des Kontinents einschließlich von DDR und Bundesrepublik in einer gemeinsamen Organisation vereinige. Nur auf diese Weise lasse sich die Ausschaltung der vom „deutschen Militarismus“ ausgehenden Gefahr wirksam gewährleisten[84]. Das lief auf Abschaffung der NATO hinaus und war daher für die westliche Seite von vornherein unannehmbar. Malenkow bekräftigte den Standpunkt beim Antrittsbesuch des britischen Botschafters William Hayter, als er die Notwendigkeit betonte, den Frieden durch kollektive Sicherheit zu gewährleisten, und bezweifelte, dass die Entspannungspolitik Churchills die Beziehungen verbessern könnte[85].

Die Forderung nach einem gesamteuropäischen Arrangement der Sicherheit diente dem Zweck, die Aufmerksamkeit von der sowjetischen Unnachgiebigkeit in der deutschen Frage abzulenken. Zugleich wurden Argumente zur Diskreditierung des Verlangens nach freien Wahlen formuliert. Die UdSSR warf dem Westen vor, „bürgerliche“ Ziele zu verfolgen; freie Wahlen würden den Wählern faktisch keine

[81] Vorlage für das Präsidium des ZK der KPdSU, 30. 7. 1953, ebenda, S. 416f.
[82] Draft instructions to Chuikov and Semyonov, 25. 9. 1953, laut Cold War International History Program, Virtual Archive 2.0, Collection East German Uprising.
[83] Text: Pravda, 17. 8. 1953.
[84] N.I. Egerova, Evropejskaja bezopasnost', 1954–1955 gg. Poiski novych podchodov, in: Rossijskaja Akademija Nauk / Institut vseobščej istorii (Hg.), Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja perspektiva. Sbornik statej, Moskau 2003, S. 459–461.
[85] Bar-Noi, The Soviet Union (Anm. 33), S. 120f.

„echte Freiheit" lassen. In Übereinstimmung mit der marxistisch-leninistischen Doktrin, der zufolge das NS-Regime auf dem „bürgerlichen" System beruhte und seine Wiederkehr nur durch klare Abwendung davon zu verhindern war, hieß es, auf dieser Basis fehle jede „Garantie", dass „nicht wieder Putschisten und Faschisten an die Macht" kämen. In Bonn hätten diese bereits das Heft in der Hand. Selbst falls die westliche Seite vielleicht flexibel sei und Kompromisse anbiete, werde sie nur taktische Zugeständnisse machen und die „auf eine konsequente Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens" abzielenden Vorschläge der UdSSR ablehnen. Ein „demokratischer" Charakter der Wahlen sei unter diesen Umständen nicht gewährleistet. Der Kreml suchte den westlichen Vorschlag auch durch inakzeptable Vereinigungsbedingungen auszuschalten: Bevor man Wahlen abhalten könne, müssten die Besatzungstruppen bis auf eng begrenzte Kontingente (zur Ausübung von „Schutzfunktionen") zurückgezogen werden und die Westdeutschen die Verpflichtung zum Abbruch aller Westbindungen übernehmen[86].

Die bevorstehende Vier-Mächte-Konferenz galt allen Beteiligten als Bühne des Bemühens um die Gunst der Öffentlichkeit. In Moskau war man sich darüber klar, dass sich der sowjetische Standpunkt in der Wahlfrage nur schwer vertreten ließ. Obwohl die sowjetische Führung das politische System, um das es dabei ging, als Kernpunkt ansah, wollte sie die gesamtdeutschen Wahlen als Nebenaspekt der europäischen Sicherheit diskutieren. Wie es in ihrer Instruktion für die Verhandlungsdelegation hieß, habe sich die UdSSR zwar im Gegensatz zum Westen seit jeher für freie gesamtdeutsche Wahlen eingesetzt, doch lasse sich das deutsche Problem „nicht isoliert, sondern [nur] in Zusammenhang mit den Aufgaben der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa erörtern". Demnach galt es, die Aufmerksamkeit auf die Gefahren zu lenken, die den europäischen Ländern drohten, wenn die Bundesrepublik in das westliche Bündnis einbezogen würde. Wenn man Westdeutschland „in eine Gruppierung von der Art der ‚Europa-Armee'" (die nach den Pariser Verträgen den Rahmen für die Bundeswehr bilden sollte) eingliedere, würde das „unausweichlich zu einer ernstlichen Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führen" und die „Bildung eines Verteidigungsbündnisses anderer europäischer Staaten zur Gewährleistung ihrer Sicherheit hervorrufen". Deswegen sei das Problem der deutschen Einheit „untrennbar verknüpft mit der Frage der Gewährleistung der Vereinigung Deutschlands auf demokratischen und friedliebenden Grundlagen"[87].

Die Verhandlungen auf der Berliner Konferenz

Alle Stellungnahmen der vier Außenminister in den Sitzungen der Berliner Konferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 gingen augenblicklich an die Presse und

[86] Spravka. Anglo-amerikanskij plan „svobodnych" vyborov v Germanii, 12.1.1954 (von M. Gribanov am 14.1.1954 abgezeichnet), AVPRF, f. 082, op. 42, p. 282, d. 34, Bl. 1–40; M. Gribanov an A.Ja. Vyšinskij (Anlagen zur deutschen Frage in rückblickender Darstellung), 16.7.1954, AVPRF, f. 082, op. 42, p. 287, d. 38, Bl. 2–4.

[87] F. Novik, Sovetskaja politika v otnošenii GDR do i posle 17 ijunja 1953 (po dokumentam Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii). Arbeitspapier für die internationale Konferenz „The Crisis Year 1953 and the Cold War in Europe", Potsdam, 10.–12.11.1996, S. 8f.

hatten damit eher propagandistischen als diplomatischen Charakter. Der britische Außenminister Anthony Eden unterbreitete am fünften Verhandlungstag im Namen auch seiner amerikanischen und französischen Kollegen einen Wiedervereinigungsplan, der zuerst freie Wahlen, dann den Zusammentritt der darauf beruhenden parlamentarischen Versammlung, deren folgende Entscheidungen über den Wortlaut der Verfassung und die Bildung der Regierung sowie zuletzt Aushandlung und Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die Vier Mächte mit deutscher Beteiligung, aber keine außen- und sicherheitspolitischen Auflagen, etwa ein Bündnisverbot, vorsah[88]. Molotow verlangte dagegen, die Beschlüsse über die deutsche Frage müssten sich an den Erfordernissen des „Friedens und der Sicherheit in Europa" orientieren. Die von Eden vorgeschlagenen Wahlen gewährleisteten das nicht. Er gab zudem zu verstehen, mehr als alles andere sei ein richtiges Wahlergebnis notwendig. Die Westmächte sprächen von freien Wahlen, doch die UdSSR habe dazu eine andere Auffassung.

Der sowjetische Außenminister erklärte weiter mit großem Nachdruck, die Westmächte seien aufgrund ihrer Vereinbarungen von 1945 verpflichtet, zusammen mit der Sowjetunion „dem deutschen Volk zu helfen, seinen Staat auf demokratischer und friedlicher Grundlage wieder aufzubauen". Die innenpolitische Gewähr für die friedliche Orientierung Deutschlands lasse sich nicht durch irgendwelche internationalen Abkommen ersetzen, denn diese würden keine „ausreichenden Garantien für die Verhinderung eines neuen Weltgemetzels bieten können". Mit dieser Begründung bestand er auf einer fundamentalen Umgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im ganzen Land und lehnte von vornherein jede als Ersatz angebotene vertragliche Zusicherung, etwa hinsichtlich militärischer Neutralität, als unwirksam ab. Nur innerstaatliche Verhältnisse, die den sowjetischen Wünschen entsprachen, boten demnach der UdSSR die notwendige Sicherheit. Molotow konterte den Eden-Plan mit dem Entwurf eines Friedensvertrags, der vielfach dem Vorschlag Stalins vom 10. März 1952 folgte. Wie damals blieb die entscheidende Frage offen, auf welche Weise die staatliche Einheit hergestellt werden sollte. Gemäß den Ausarbeitungen des Vorjahrs war die geforderte gesamtdeutsche Regierung nicht als landesweites Führungsorgan, sondern als Gremium der Vermittlung zwischen beiden Staaten konzipiert[89]. In den folgenden Debatten wurde keine Annäherung erzielt. Es ging dabei vor allem um Einflussnahme auf die Öffentlichkeit in Frankreich, das die Verträge mit der Bundesrepublik noch nicht ratifiziert hatte und daher über deren Schicksal entschied[90].

[88] Ausführungen von A. Eden (in dt. Übers.), 29. 1. 1954, in: Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [West-] Berlin o. D. [1954], S. 58–61.

[89] Ausführungen von V. Molotov (in dt. Übers.), 1. 2. 1954, ebenda, S. 82–99.Vgl. Novik, „Ottepel" (Anm. 76), S. 104.

[90] Siehe die Erörterungen vom 2.–9. 2. 1954, ebenda, S. 100–182. Zum Gesamtverlauf der Berliner Konferenz siehe Nikolaus Katzer, „Eine Übung im Kalten Krieg". Die Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1994; Hermann-Josef Rupieper, Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 427–453; V.N. Beleckij, Za stolom peregovorov. Obsuždenie germanskich del na poslevoennych soveščanijach i vstrečach, Moskau 1979, S. 313–165; Novik, „Ottepel" (Anm. 76), S. 104–118.

Am 10. Februar sah Molotow den Moment gekommen, um nach einem vor der Konferenz festgelegten Plan[91] das Plädoyer für die deutsche Einheit ausdrücklich fallen zu lassen und den Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen in Europa zur Vorbedingung jeder Einigung zu machen. Mit großer Schärfe polemisierte er gegen die Aufrüstung der NATO und das vorgesehene Bündnis mit der Bundesrepublik, schrieb den Westmächten äußerst aggressive Absichten zu und erklärte, die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa erfordere „vor allem Garantien gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus". Dazu forderte er eine „enge Zusammenarbeit aller europäischen Staaten bei der Nichtzulassung eines Friedensbruches in Europa". Man müsse „konkrete Verpflichtungen der Staaten, Verpflichtungen militärischen Charakters eingeschlossen," vorsehen. Nur auf dieser Grundlage könne man sich weiter um eine Lösung der deutschen Frage bemühen, die zudem nur schrittweise möglich sei. Regelungen kämen nur so weit in Betracht, wie es „den Erfordernissen der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa" entspreche. Das schloss nach seiner Darstellung die „Einbeziehung Deutschlands in militärische Gruppierungen" aus. Es werde „vorläufig in zwei Teile gespalten" bleiben. Molotow sah zugleich eine Änderung des Status quo durch den Abzug der Besatzungstruppen vor „mit Ausnahme von beschränkten Kontingenten, die für die Erfüllung der sich aus den Kontrollaufgaben der vier Mächte ergebenden Überwachungsfunktionen zurückgelassen werden."

Als Alternative zum westlichen Bündnis schlug er einen „Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa" vor. Beteiligen sollten sich „[a]lle europäischen Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung" einschließlich der DDR und der Bundesrepublik, solange es noch nicht „zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates" gekommen sei. An den Besatzungsbefugnissen der Vier Mächte würde sich nichts ändern. Die Sicherheit der Teilnehmerländer sollte durch den Verzicht auf die Anwendung und Androhung bewaffneter Gewalt gewährleistet werden. Bei Kriegsgefahr waren wechselseitige Konsultationen über Gegenmaßnahmen vorgesehen. Ein „bewaffneter Überfall in Europa auf einen oder mehrere Vertragspartner seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten" sollte die Hilfeleistung aller anderen Teilnehmer mit „allen [ihnen] zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich der Anwendung von Waffengewalt" nach sich ziehen, „um den internationalen Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und zu erhalten". Durch „periodische oder gegebenenfalls Sonderberatungen", die „Bildung eines ständigen politischen Beratungsausschusses" mit der Pflicht zur Ausarbeitung von Empfehlungen an die Regierungen und ein „militärisches Beratungsorgan", dessen Kompetenzen späterer Festlegung vorbehalten blieben, sollten die Vertragsziele verwirklicht werden[92].

[91] Geoffrey Roberts, A Chance for Peace? The Soviet Campaign to End the Cold War, 1953–1955, Working Paper No. 57, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, 2008, S. 20f.

[92] Rede von V.M. Molotov auf der Berliner Konferenz, 10.2.1954, in: Die Viererkonferenz (Anm. 88), S. 183–192. Vgl. Novik, „Ottepel" (Anm. 76), S. 116f.

Die geforderte Regelung lief – außer auf Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit[93] – auf Ausschluss der USA und die Schaffung einer Staatengruppe hinaus, in welcher der UdSSR die Rolle der weitaus stärksten und damit dominierenden Macht zufallen musste. Diese Asymmetrie des Kräfteverhältnisses machte die Sicherheit von Teilnehmerländern, die mit sowjetischen Vorstellungen und Forderungen in Konflikt greaten würden, von vornherein zweifelhaft. Zudem schützt, wie die Erfahrung mit dem Völkerbund der Zwischenkriegszeit gezeigt hatte, ein System der kollektiven Sicherheit grundsätzlich nicht vor militärischer Bedrohung. Bei entsprechenden Vereinbarungen bleibt nämlich offen, welcher Staat welcher Gefahr von welcher Seite ausgesetzt sein könnte, und daher lässt sich nicht festlegen, welcher Staat welchem anderen Staat welchen Beistand zwecks Abwendung der Gefahr zu leisten hat. Die Teilnehmerstaaten müssen, wenn ein Aggressionsakt angedroht wird oder erfolgt ist, lediglich in Beratungen darüber eintreten, was zu tun sei. Dabei steht es jedem von ihnen frei, seine eigene Sicht der Lage geltend zu machen und danach die vertraglich fixierte Beistandspflicht konkret zu bestimmen. Im Extremfall führt dies dazu, dass der Bedroher zum Bedrohten erklärt wird und umgekehrt – mit entsprechenden Konsequenzen für das praktische Verhalten. Mithin hat kein Beteiligter die Gewissheit, dass ihn ein System der kollektiven Sicherheit bei Bedarf vor der Anwendung oder Androhung bewaffneter Gewalt schützt. Das kam von vorherein nicht in Betracht für die Westmächte, die mit der NATO ein System zuverlässiger Beistandsleistung besaßen. Die drei westlichen Außenminister betrachteten daher Molotows Projekt nicht als einen ernsthaften Vorschlag[94].

In der folgenden Auseinandersetzung war auf sowjetischer Seite von 32 europäischen Staaten die Rede. Mithin sollten die Teilrepubliken der UdSSR einzeln gezählt werden, um das Stimmengewicht des sozialistischen Lagers zu vergrößern[95]. Molotow bekundete am 15. Februar die Bereitschaft, auch die USA in das System der europäischen Sicherheit aufzunehmen. Das Zugeständnis änderte nichts daran, dass die Ersetzung des NATO-Schutzes durch eine zweifelhafte Garantie und die Entfernung der amerikanischen Truppen aus Europa vorgesehen waren. Wie der sowjetische Außenminister erklärte, richtete sich das Projekt nicht gegen das westliche Bündnis. Die Versicherung, es gehe um eine Alternative zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), sollte den Franzosen das kollektive Sicherheitssystem als analoge Regelung schmackhaft machen, bei der es jedoch keiner „Remilitarisierung Westdeutschlands" bedürfe[96].

In Moskau hieß es unablässig, die UdSSR wolle nur die militärische Konfrontation beseitigen, welche die Völker bedrohe. Ärgerlich aus sowjetischer Sicht war der westliche Einwand, es gehe um die Ausschaltung von EVG und NATO und die Vertreibung der Amerikaner aus Europa. Um diesem Argument zu begegnen,

[93] Diesen Gesichtspunkt hob Molotov in einem ausführlichen Leitartikel des Parteiorgans „Kommunist" hervor. Siehe Egerova, SSSR i formirovanie (Anm. 37), S. 447.
[94] Vgl. Roberts, A Chance for Peace? (Anm. 91), S. 25.
[95] Vojtech Mastny, NATO in the Beholder's Eye: Soviet Perceptions and Policies, 1949–1956, Working Paper No. 35, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C. 2002, S. 48.
[96] Bar-Noi, The Soviet Union (Anm. 33), S. 464f.

beauftragte Molotow seinen Stellvertreter Andrej Gromyko, ein geeignetes Projekt auszuarbeiten. Nach mehreren Entwürfen, die er jeweils sorgfältig geprüft und mit Korrekturen versehen hatte, setzte er sich bei seinen Kollegen im Parteipräsidium dafür ein, den USA die Beteiligung am kollektiven Sicherheitssystem und den Beitritt der Sowjetunion zum westlichen Bündnis vorzuschlagen. Ausführlich erläuterte er, es gehe um eine bloße Propaganda-Aktion. Wahrscheinlich würden die „Organisatoren des Nordatlantikblocks" ablehnen und Einwände vorbringen. In diesem Fall würden sie sich „ein weiteres Mal als Organisatoren eines Militärblocks gegen andere Staaten" exponieren. Das würde die Position der gesellschaftlichen Kräfte stärken, die [im Westen] gegen die EVG kämpfen. Sollten die drei Westmächte wider Erwarten positiv reagieren, wäre dies „ein großer Erfolg" für die Sowjetunion, denn deren Beitritt zum Nordatlantikpakt würde zusammen mit dem Abschluss eines europäischen Vertrages über kollektive Sicherheit unter bestimmten Voraussetzungen den Charakter des atlantischen Bündnisses „radikal verändern" und den EVG-Plänen den Boden entziehen[97].

Die Einschätzung des sowjetischen Außenministers, dass eine radikale Veränderung der NATO zu erwarten war, wenn die UdSSR Mitglied wurde, war wohlbegründet: Dann fehlte nämlich die einheitliche Ausrichtung des Willens, die im Bedrohungsfall die Zuverlässigkeit des Beistands gewährleistete. Überdies wäre nach der geltenden Einstimmigkeitsregel dem Kreml ein Veto in allen Entscheidungen des Bündnisses zugefallen. Aus Moskauer Sicht war das insbesondere geeignet die vorgesehene Beteiligung der Bundesrepublik am militärischen Aufbau zu blockieren[98]. Molotows doppelter Vorschlag wurde am 31. März 1954 den drei Westmächten in Form einer Note übermittelt. Dem ausführlichen Plädoyer für das kollektive Sicherheitssystem folgte das Argument, wenn die UdSSR dem atlantischen Bündnis beitrete und ihm damit alle Mächte der Anti-Hitler-Koalition angehörten, könnte die NATO „ihren aggressiven Charakter verlieren". Sie würde auf diese Weise „wirklich defensiven Charakter erlangen", und es entstünden Bedingungen, welche „die Möglichkeit der Einbeziehung dieses oder jenes Teils Deutschlands in militärische Gruppierungen ausschalten würden". Die Europäer waren mithin allesamt vom „deutschen Militarismus" bedroht, vor dem sie sich nur dadurch schützen könnten, dass sie zusammen mit der UdSSR für ihre Sicherheit sorgten. Diese Sicht sollte in Westeuropa die Vorstellung von der Gefahr aus dem Osten verdrängen[99]. Wie vermutet, lehnten die Westmächte den Vorschlag ab. Die östliche Propaganda erklärte das zur Bestätigung ihrer These vom „aggressiven Charakter" der NATO.

Ungeachtet aller Fehlschläge, hielt Churchill an der Absicht fest, einen Interessenausgleich mit der UdSSR herbeizuführen. Nachdem die sowjetische Seite auf

[97] Roberts, A Chance for Peace? (Anm. 91), S. 28f.

[98] A.M. Filitov, SSSR i germanskij vopros: povorotnye punkty (1941–1961 gg.), in: Cholodnaja vojna 1945 – 1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej, hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003, S. 248f.

[99] Note der UdSSR an die drei Westmächte, 31. 3. 1954, in: A.I. Gribkov, Sud'ba Varšavskogo Dogovora. Vospominanija, dokumenty, fakty, Moskau 1998, S. 192–195 / Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bd. II. November 1953 – Dezember 1955, Bonn 1958, S. 96–100 (in dt. Übers.).

der Berliner Konferenz klar zum Ausdruck gebracht hatte, dass sie die Vereinigung Deutschlands auf westlich-demokratischer Basis nicht zu akzeptieren bereit war und ein europäisches System der kollektiven Sicherheit gefordert hatte, suchte er weiter das Gespräch mit ihr. Anfang Juli 1954 legte er Eisenhower eine Drei-Mächte-Konferenz nahe. Als dieser sich nicht dafür erwärmen konnte, erklärte er, dann werde er zu einer „einsamen Pilgerfahrt" nach Moskau aufbrechen, um zu sehen, ob man mit Malenkow ein Geschäft abschließen könne. Es kam zu einem ernsten Zerwürfnis mit dem Präsidenten. Das hinderte Churchill nicht daran, bei Molotow wegen eines Gipfeltreffens über die deutsche Frage anzufragen. Die Kremlführung ignorierte die Initiative und lud die europäischen Staaten zu Beratungen über ein Sicherheitssystem ein. Die USA erhielten als Macht, die nach sowjetischer Auffassung nichts in Europa zu suchen hatte, keine Einladung. Diese Brüskierung Churchills beendete seine Sonderpolitik, die im westlichen Bündnis große Sorge hervorgerufen hatte. Moskau hatte eine optimale Gelegenheit verpasst, einen Keil zwischen London und Washington zu treiben[100].

Übergang zur offenen Zwei-Staaten-Politik in Deutschland

Die verschärfte Kontrolle über die DDR nach dem 17. Juni 1953 war nur eine vorübergehende Notmaßnahme. Die Kremlführung hielt an der Absicht fest, die Autorität des SED-Staates durch demonstrative Gewährung größerer Selbständigkeit zu heben. Aus dem Scheitern der Verhandlungen auf der Berliner Konferenz zog sie die „Schlussfolgerung", dass die „weitere allseitige Festigung der Deutschen Demokratischen Republik" nunmehr die Hauptaufgabe sei. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit müsse an die zweite Stelle rücken. Die DDR sollte „größere Selbständigkeit in den inneren und äußeren Angelegenheiten" erhalten[101]. Der Wille dazu wurde gegenüber den Westmächten ostentativ zum Ausdruck gebracht, als sich diese bei der sowjetischen Hochkommission um Verbesserung der Bedingungen im innerdeutschen Reiseverkehr und beim Transit von Zivilpersonen zwischen West-Berlin und Bundesrepublik bemühten: Diese Fragen seien eine „innere Angelegenheit des deutschen Volkes selbst", die folglich nur zwischen Vertretern der zwei Staaten besprochen werden könne. Es gebe dafür keine besatzungsrechtliche Zuständigkeit[102]. Am 27. Februar 1954 erhielt Molotow auf seine Anforderung hin Vorschläge der sowjetischen Hochkommission in Ost-Berlin, wie Status und Autorität der DDR-Regierung gehoben werden könnten. Der Kernpunkt dieser Empfehlungen war, dass sie bezüglich der Entscheidung ihrer Angelegenheiten anderen Staaten gleichgestellt werden müsse. Vor allem sei die Kontrolle über die ostdeutschen Behörden zu lockern[103].

Nach interner Aussage war man in Moskau vor allem deswegen an einer Erweiterung der DDR-Befugnisse interessiert, um im Westen die Hindernisse für

[100] Larres, The Road to Geneva (Anm. 81), S. 146–149.
[101] V. Semënov / G. Puškin an V. Molotov, 27. 2. 1954, AVPRF, f. 06, op. 13a, p. 169, d. 36, Bl. 1–3.
[102] Postanovlenie CK KPSS (mit den übersetzten Ersuchen der drei Hochkommissare vom 22. 2. 1954 und den dazu angefertigten Entwürfen des sowjetischen Außenministeriums), 3. 3. 1954, RGANI, f. 3, op. 8, d. 89, Bl. 93–102.
[103] Roberts, A Chance for Peace? (Anm. 91), S. 33.

das Inkrafttreten der Verträge mit Bonn zu vergrößern. Zugleich sollten das „internationale Prestige“ des SED-Regimes gehoben und die „freundschaftlichen Beziehungen“ zur UdSSR und zu den Volksdemokratien gefestigt werden[104]. Wie das Außenministerium im Blick auf den ab 19. März vorgesehenen Besuch der Delegation aus Ost-Berlin in Moskau ausführte, stellten sich zwei Aufgaben: die allseitige Stärkung des sozialistischen Staates und die Intensivierung seiner politischen Arbeit in Westdeutschland. Die SED-Führung solle ihre überschwänglichen Lobeshymnen auf ihre Errungenschaften unterlassen, das Erfordernis der Überwindung bestehender Schwierigkeiten in den Vordergrund stellen und im Westteil des Landes nur demokratische Veränderungen propagieren, also nicht vom Sozialismus sprechen. Politische Bescheidenheit galt angesichts der schwierigen Lage klüger als das Bekenntnis zu kommunistischen Maximalzielen. Um das Ansehen der DDR zu heben und den östlichen Staatenblock insgesamt zu festigen, sei der ostdeutschen Seite größere Selbständigkeit als bis dahin zuzugestehen[105].

Zum Abschluss der Gespräche mit der Ost-Berliner Delegation erklärte die Regierung der UdSSR am 25. März 1954, dass sie zur DDR die gleichen Beziehungen aufnehme wie „mit anderen souveränen Staaten“. Damit bekräftigte sie, ungeachtet des Bekenntnisses zur Einheit in der Einleitung, den Zustand der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Unter Berufung auf die „Interessen des deutschen Volkes“ billigte sie der DDR zu, „nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden“, schränkte dies aber ein. Sie behielt sich die Zuständigkeit vor für alle Fragen der Sicherheit und des Verhältnisses zu den Westmächten, vor allem auch in Bezug auf die mit ihnen geschlossenen Abkommen. Damit behielt sie die Kompetenzen an den Zugängen West-Berlins und in anderen heiklen Angelegenheiten in der Hand und konnte weiterhin auf östlicher Seite die alleinige Kontrolle des Deutschland-Konflikts ausüben. Die Rechte der DDR wurden ausdrücklich an die Voraussetzung gebunden, dass diese, wie zugesagt, ihren Verpflichtungen „aus dem Potsdamer Abkommen über die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates“ und in Bezug auf den „zeitweiligen Aufenthalt der sowjetischen Truppen“ nachkomme[106]. Drei Tage später bestätigte dies die DDR-Regierung in einer öffentlichen Erklärung[107].

Die sowjetischen Behörden beendeten die bisherige Praxis, der ostdeutschen Seite alle Beschlüsse bis hin zu nebensächlichen Verwaltungsakten wie die Verordnung über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche detailliert vorzuschreiben. In wichtigen Dingen richtete sich das SED-Regime dagegen nach wie vor nach den Moskauer Vorstellungen[108]. Die sowjetische Erklärung vom 25. März setzte kein unmittelbar geltendes Recht, sondern bedurfte noch ausführender Be-

104 Novik, „Ottepel“ (Anm. 76), S. 128.
105 Bystrova, SSSR i formirovanie (Anm. 37), S. 444f.
106 Zajavlenie Sovetskogo pravitel'stva ob otnošenijach meždu Sovetskim Sojuzom i Germanskoj Demokratičeskoj Respublikoj, 26. 3. 1954, PA-MfAA, C 293/75, o. Bl. (4 S.) / Dokumente zur Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954, S. 303 f (dt. Übers.).
107 Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954, S. 304–306.
108 Siehe z. B. W. Ulbricht an das Präsidium des ZK der KPdSU (in russ. Übers.), 1. 6. 1954, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/70, Bl. 2f.

schlüsse der UdSSR[109]. Erst im August 1954 wurden die von den Besatzungsbehörden erlassenen Befehle und Anordnungen weithin aufgehoben[110]. Als Voraussetzung dafür hatte die DDR in Übereinstimmung mit der schon früher akzeptierten Verpflichtung, gemäß dem Potsdamer Abkommen eine „demokratische und friedliebende" Entwicklung zu gewährleisten, zuvor die sowjetischen Bestimmungen in eigene Normen umformuliert. Wegen des Vorbehalts der UdSSR bezüglich des Verhältnisses zu den Westmächten blieb Ulbrichts Bemühen erfolglos, die Volkskammermitglieder aus Ost-Berlin zu Abgeordneten zu machen. Gemäß dem Vier-Mächte-Status von 1945 firmierten sie weiter als „Vertreter" des „demokratischen Sektors"[111]. Auch die nach dem 17. Juni verstärkte sowjetische Penetration der ostdeutschen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane blieb im Wesentlichen bestehen, doch war ab Mitte 1954 nur noch von „Empfehlungen" die Rede[112].

Der Entschluss der UdSSR, der DDR erklärtermaßen „souveräne Rechte" zuzusprechen, lief auf ein nachdrückliches Bekenntnis zur separaten Eigenstaatlichkeit Ostdeutschlands hinaus. Bei dem Bemühen um Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis rückte die UdSSR die Forderung nicht mehr nach der deutschen Einheit, sondern nach einem europäischen Sicherheitssystem ins Zentrum. Nachdem sich am 17. Juni 1953 gezeigt hatte, dass Vereinigungsparolen die Bevölkerung auf ein Ende des SED-Regimes hoffen ließen und damit die angestrebte Konsolidierung der DDR hemmten, wollte der Kreml kein Risiko mehr eingehen und erklärte die deutsche Einheit zu einer bis auf Weiteres nicht aktuellen Perspektive. Intern ging man davon aus, man müsse an einem zweistaatlichen Deutschland festhalten, bis das sozialistische Lager die Oberhand gewonnen habe.

Leitlinien der sowjetischen Deutschland-Politik 1953/54

Die Nachfolger Stalins formulierten ihre Deutschland-Politik von Anfang an unter dem Eindruck der von ihrem Vorgänger kaum beachteten Krise, die der „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" in der DDR hervorrief, und zogen daraus die Konsequenz, der Festigung des SED-Regimes gebühre absoluter Vorrang. Sie wollten zwar weiter die deutsche Karte gegen die Westintegration der Bundesrepublik ausspielen, sahen aber bei diesem propagandistischen Bemühen wegen der Haltung der ostdeutschen Bevölkerung Vorsicht geboten. Besonders klar sah dies Außenminister Molotow. Er betonte sofort nach seinem Amtsantritt das Erfordernis, die „Autorität der DDR" zu stärken, und vertrat gegenüber dem

[109] Vgl. V. Molotov an das ZK der KPdSU (mit Anlagen), 10.4.1954, AVPRF, f.06, op.13, p.169, d.15, Bl.7–9.

[110] Torsten Diedrich, Die bewaffnete Sicherung des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates bei der Schaffung von Grundlagen des Sozialismus und im Ringen um ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland, Dissertation (A) am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, Potsdam 1989, S.93.

[111] W. Ulbricht an B. Mirošničenko, 3.7.1954, AVPRF, f.082, op.42, p.290, d.66, Bl.42; B. Mirošničenko an G. Puškin, 13.7.1954, AVPRF, f.082, op.42, p.290, d.66, Bl.41. Die Ablehnung des Ersuchens ergibt sich daraus, dass bei der Neufassung des Volkskammergesetzes am 4.8.1954 in diesem Punkt die alte Version beibehalten wurde.

[112] Bystrova, SSSR i formirovanie (Anm.37), S.445.

brutalen, ohne jedes Gefühl für andere handelnden Machtmenschen Berija den Standpunkt, man müsse zwar die rabiat-sozialistischen Maßnahmen vorerst zurücknehmen, weil diese Unmut und Opposition nach sich zögen, dürfe aber die SED-Führung nicht durch Abrücken vom Bekenntnis zum Sozialismus desavouieren. Er fürchtete zu Recht das Missverständnis, die UdSSR wolle das kommunistische Regime um der Schaffung eines neutral vereinigten deutschen Staates willen aufgeben. Mit dieser Auffassung setzte er sich im Kreml durch, doch gravierende Fehler bei der öffentlichen Präsentation des „Neuen Kurses" in der DDR ließen den Eindruck, den er vermeiden wollte, trotzdem entstehen – mit der Folge des Aufstands am 17. Juni 1953.

Seitdem war die Kremlführung bestrebt, ihre Position in Deutschland durch eine konsequent auf Festigung der Spaltung abzielende Politik wiederherzustellen. Am propagandistischen Bekenntnis zur Einheit hielt sie zwar weiter fest, bestand aber mit unmissverständlicher Deutlichkeit darauf, eine Vereinigung sei nur in Verhandlungen mit der DDR, also aufgrund eines Einvernehmens mit dem SED-Regime, zu erreichen. Sie stattete dieses mit wichtigen Attributen voller Staatlichkeit aus und stärkte es damit nicht nur nach innen, sondern gab ihm auch gegenüber dem Westen unwiderruflichen Charakter. Vor allem jedoch machte sie statt der deutschen Frage das Projekt eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa zum Angelpunkt ihrer Westpolitik. Der Kampf gegen die Integration der Bundesrepublik in den Westen wurde nunmehr in diesen Kontext gerückt. War bis dahin für den Fall eines Verzichts darauf eine baldige Vereinigung – freilich ohne Angaben zu den politisch entscheidenden Modalitäten – positiv in Aussicht gestellt worden, so warnte man jetzt nur noch, eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen des westlichen Bündnisses würde alle noch bestehenden Möglichkeiten zur Wiedergewinnung der nationalen Einheit endgültig zerstören. Inwieweit es solche Möglichkeiten überhaupt noch gab, wurde nicht erörtert.

Die sowjetische Führung war nach wie vor bestrebt, das westliche Bündnis auszuschalten und die westliche Öffentlichkeit in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Dazu bedurfte es einer motivierenden Perspektive, die dem angesprochenen Publikum eine Lösung drängender Probleme verhieß. Als der Kreml die Hoffnung nicht mehr auf die deutsche Einheit gerichtet sehen wollte, formulierte er das Konzept des europäischen Systems der kollektiven Sicherheit. Dieses sei geeignet, die Konfrontation zwischen Ost und West zu überwinden und die internationale Spannung von Grund auf zu beseitigen. Diese Argumentation beruhte auf der Prämisse, der Konflikt sei durch die „aggressiven Bestrebungen" der „Imperialisten" im Westen entstanden, deren antisowjetische militärische Gruppierung den Streit hervorgerufen habe. Demgegenüber diene die Politik der UdSSR allein dem Frieden und stelle daher von vornherein keine Bedrohung für andere dar. Wenn man das Gegenüberstehen beseitige und eine gemeinsame Sicherheitswahrung vereinbare, sei die Feindschaft überwunden. Deren wirkliche Ursache, der Systemkonflikt und die damit verbundene sowjetische Vorstellung des „internationalen Klassenkampfes", blieb außer Betracht.

2. Politische Weichenstellungen 1955–1957

Wandel des außen- und sicherheitspolitischen Konzepts

Die Sowjetunion hatte nach Stalins Tod die Vorbereitungen für einen Krieg mit dem Westen eingestellt, mit dessen baldigem Ausbruch bis dahin gerechnet worden war. Ihre Führung ging zwar weiter davon aus, dass die NATO aggressive Absichten gegen die UdSSR und das sozialistische Lager hege, mithin eine militärische Bedrohung darstelle, suchte aber trotzdem das Verhältnis zu entspannen und den Konflikt in die Bahn einer „friedlichen Koexistenz" zu lenken. Das war nicht länger als taktische Aushilfe, sondern mittlerweile als permanente Strategie gedacht[1]. Wie später erläutert wurde, wollte man die „imperialistischen Mächte" zwingen, die „Forderungen der Völker nach Beendigung des kalten Krieges, nach Wegen zur Regelung ungelöster internationaler Probleme durch Verhandlungen" zu erfüllen. In diesem „Kampf für den Frieden", der zugleich ein „Kampf für den Sozialismus" war, sollten die „Möglichkeiten zur Schwächung und Untergrabung des Systems imperialistischer Kriegsblocks" genutzt werden, um die sowjetische Position durch eine „konsequente und elastische Verwirklichung" der „Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zu festigen und die westliche „Politik ‚von der Position der Stärke aus'" (*politika „iz pozicii sily"*) zu entlarven sowie zum Scheitern zu bringen. Das lasse die „Notwendigkeit eines verstärkten ideologischen Kampfes gegen die Aggressoren" und der „breitesten Ausnutzung der Möglichkeiten zur Mobilisierung der werktätigen Massen, der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der demokratischen Intelligenz der kapitalistischen sowie der abhängigen und kolonialen Länder" entstehen. Die bisher geltenden ideologischen Handlungsmuster und Zielvorgaben waren weiter maßgebend. Daher kam „ideologische Abrüstung", also ein Verzicht auf unabänderliche Gegnerschaft zum Westen, nicht in Betracht[2].

Wenn irgend möglich, war zu vermeiden, dass sich die heftige Auseinandersetzung zwischen beiden Weltsystemen in einem Krieg entladen würde. Der sowjetischen Führung standen die ungeheuren Opfer und Zerstörungen der Jahre 1941 bis 1945 vor Augen, und sie war sich dessen bewusst, dass ein militärischer Konflikt unter den seither eingetretenen Umständen auch im günstigsten Fall mit noch weit schlimmeren Folgen verbunden sein würde. Der Vorsitzende des Ministerrats, Georgij Malenkow, erklärte am 12. März 1954, ein solcher mit Kernwaffen

[1] Das hatte Malenkov im Einvernehmen mit den anderen Führungsmitgliedern schon am 9. März 1953 bei der Beisetzung Stalins betont.

[2] Schreiben des Außenministeriums der UdSSR zu außenpolitischen Fragen (Material zur Tagung am 6. Januar 1956), SAPMO-BArch, DY 30/3473, Bl. 16–20.

geführter Konflikt würde die „Vernichtung der Weltzivilisation" bedeuten[3]. Das ging den Führungskollegen zu weit, denn es widersprach der ideologischen Überzeugung, dass der Sozialismus zu weltweitem Sieg vorherbestimmt sei. Er konnte demnach unmöglich von Vernichtung bedroht sein. Außenminister Wjatscheslaw Molotow machte sich zum Sprecher seiner Kollegen, als er erklärte, die UdSSR werde in einem Krieg zwar große Verluste erleiden, aber als funktionsfähiger Staat überleben und über den Gegner triumphieren, wenn sie alle Kräfte „zur Vernichtung des Kapitalismus, zur Vernichtung der Bourgeoisie" mobilisiere. Malenkow sah sich in der Kriegsfrage mit dem Vorwurf eines „groben Fehlers" konfrontiert. Das war ein Hauptargument, mit dem ihm Anfang 1955 die Befähigung zum Amt des Ministerratsvorsitzenden aberkannt wurde[4].

Die Nachfolge trat Nikolaj Bulganin an. Parteichef Nikita Chruschtschow hatte damit nicht nur einen Rivalen ausgeschaltet, sondern auch einen Gefolgsmann auf einen wichtigen Posten gesetzt. Wenig später kam er auf dem Weg zur Macht einen weiteren Schritt voran: Er nahm Molotow die Kontrolle über die Außenpolitik aus der Hand. Dieser blieb zwar Minister, musste sich aber nach Leitlinien richten, die oft nicht seinen Vorstellungen entsprachen. Der Parteichef hatte die Mehrheit im Präsidium des ZK der KPdSU hinter sich, als er damit unzufrieden war, dass die unter Stalin bedrohlich gewordenen Spannungen zum Westen lediglich verringert wurden, und darauf bestand, dass jetzt noch weitere Korrekturen vorzunehmen seien. Er überzeugte die anderen Führungsmitglieder davon, dass man den Bruch mit Josip Broz Tito heilen und die überfällige Österreich-Regelung[5] vornehmen müsse. Der jugoslawische Staatschef sei gegen seinen Willen ins westliche Lager getrieben und durch die Haltung der UdSSR sogar zu einem Militärpakt mit den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei veranlasst worden. Österreich sei als neutraler Staat in die Unabhängigkeit zu entlassen. Man

[3] Vojtech Mastny, NATO in the Beholder's Eye, Working Paper Nr. 35, Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center, Washington/DC, March 2002, S. 46.

[4] Protokoll der Diskussion auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 31.1.1955, Cold War International History Project. Virtual Archive, Collection Post-Stalin succession struggle (mit Quellenangabe RGASPI, f. 2, op. 1, d. 127, o. Bl.); Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU, 31.1.1955, SAPMO-BArch, DY 30/3534, Bl. 23–26 (russ.), 18–22 (dt. Übers.); Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 8.2.1955, in: Stenogramma zasedanija partijnoj gruppy Verchovnogo soveta, 8.2.1955, in: Istočnik, 6/2003, S. 29–37 (mit Quellenangabe RGASPI, f. 52, op. 1, d. 285, Bl. 1–34). Vgl. P. Naumov, Bor'ba N.S. Chruščëva za edinoličnuju vlast', in: Novaja i novejšaja istorija, 2/1996, S. 13; N.I. Egerova, Evropejskaja bezopasnost', 1954–1955 gg. Poiski novych podchodov, in: Rossijskaja Akademija Nauk / Institut vseobščej istorii (Hg.), Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja perspektiva. Sbornik statej, Moskau 2003, S. 458; Vladislav M. Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Günter Bischof / Saki Dockrill (Hg.), Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge 2000, S. 57, 60 f; N.E. Bystrova, SSSR i formirovanie voenno-blokovogo protivostojanija v Evrope (1945–1955 gg.), Bd. II, Moskau 2005, S. 433f. Malenkov wurde als Vorsitzender des Ministerrates abgelöst, blieb aber Mitglied des Parteipräsidiums, also des höchsten Führungsgremiums, weil ihn die Gruppe um Chruščëv als Gegengewicht zu Molotov behalten wollte.

[5] Bereits im Herbst 1949 war unter den vier Besatzungsmächten Einvernehmen über die Bedingungen der Aufhebung der Okkupation erzielt worden, nachdem die westlichen Regierungen den sowjetischen Vorschlägen zugestimmt hatten. Stalin hatte es jedoch kurz darauf abgelehnt, Österreich in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dem lag vor allem die Sorge zugrunde, dass ein Vertrag, in dem die UdSSR ein westlich-demokratisches Land gegen die Zusicherung von dessen Neutralität freigebe, in der DDR entsprechenden Hoffnungen Auftrieb geben und damit das SED-Regime destabilisieren würde.

brauche keine Sorge mehr zu haben, dass die DDR dadurch destabilisiert werde, denn diese sei im Innern konsolidiert und zugleich fest in das sozialistische Lager eingebunden. Dagegen sei zu befürchten, dass die Westmächte ihre österreichischen Besatzungsgebiete mit der Bundesrepublik vereinigten und dauerhaft in das atlantische Bündnis eingliederten.

Einsetzende sowjetische Entspannungsoffensive

Auf Chruschtschows Initiative hin fanden ab Mitte April 1955 in Moskau Verhandlungen mit einer österreichischen Delegation über den ausstehenden Staatsvertrag statt. In diesem verzichteten die Vier Mächte am 15. Mai auf die weitere Okkupation und akzeptierten die Erklärung, mit der sich die Alpenrepublik zu permanenter Neutralität verpflichtete[6]. Vom 9. bis 12. Juli legten Chruschtschow und Bulganin in Belgrad den Streit mit der jugoslawischen Partei bei, ohne aber das enge Verhältnis der Zeit vor 1948 wiederherstellen zu können[7]. Tito rückte zwar vom Balkan-Pakt mit den NATO-Staaten Griechenland und Türkei ab, ging auf mehr Abstand zum Westen und näherte sich der UdSSR an, blieb aber außerhalb des sowjetischen Lagers und wahrte in jeder Hinsicht seine Unabhängigkeit. Beide Übereinkünfte waren Bestandteil einer Entspannungsoffensive, mit der die Kremlführung die Öffentlichkeit für sich einzunehmen und die Regierungen im Westen in die Enge zu treiben suchte.

In diesem Vorgehen kam eine prinzipielle Neuorientierung der Außenpolitik zum Ausdruck. Stalin hatte freundliche Beziehungen nur zu solchen Staaten für möglich erachtet, die sich ausdrücklich zur UdSSR bekannten und sie aktiv unterstützten. Alle anderen galten grundsätzlich als Systemgegner, die in Verbindung zum feindlichen Westen standen oder denen man doch zumindest nicht trauen durfte. Chruschtschow dagegen war gegenüber den neutralen und nichtgebundenen Ländern positiv eingestellt, weil sie zum „Lager des Imperialismus" – zur NATO und anderen westlichen Zusammenschlüssen – auf Distanz gingen. Mit

[6] Hierzu u. a. Günter Bischof, Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leaverage of the Weak, Houndmills – London 1999, S. 130–148; Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von Staatsvertrag und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005, S. 127–150; Vojtech Mastny, The Launching of the Warsaw Pact and Soviet Grand Strategy, in: Arnold Suppan / Gerald Stourzh / Wolfgang Mueller (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz und nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity, Wien 2005, S. 145–162; Rostislav Sergeev, Wie der Durchbruch in der österreichischen Frage erreicht wurde, ebenda, S. 195–213; Günter Bischof, Österreichische Neutralität, die deutsche Frage und europäische Sicherheit 1953–1955, in: Rolf Steininger / Jürgen Weber / Günter Bischof / Thomas Albrich / Klaus Eisterer (Hg.), Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und Deutsche Frage in den Fünfzigern (= Tutzinger Schriften zur Politik 2), München 1993, S. 133–176; Michael Gehler, From Nonalignment to Neutrality. Austria's Transformation during the First East-West Détente, 1953–1955, in: Journal of Cold War Studies, H. 4, 7. Jg. (Herbst 2005), S. 104–137; Michail Prozumenščikov, Nach Stalins Tod. Sowjetische Österreich-Politik 1953–1955, in: Stefan Karner / Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955, Graz – Wien – München 2005, S. 729–753; Aleksandr Čurilin, Wie die „Österreich-Frage" gelöst wurde, ebenda, S. 773–783.

[7] Vgl. die handschriftliche Aufzeichnung von Chruščëvs mündlichem Bericht über die Verhandlungen in Belgrad, o. D., SAPMO-BArch, NY 4215/112, Bl. 109–121; Zapiski N. Chruščëva v Prezidium CK KPSS, 8. 10. 1956, in: Istočnik, 6/2003, S. 38–58.

großer Erwartung begrüßte er die Blockfreienbewegung, die am 18. bis 24. April 1955 auf einer Konferenz in Bandung aus der Taufe gehoben wurde. Ihr gehörten viele Entwicklungsländer, die kommunistischen Staaten Asiens und die antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen des Maghreb an. Aufgrund ihrer Frontstellung gegen die westlichen Kolonialmächte galten sie als Verbündete im „antiimperialistischen Kampf". Chruschtschow erkannte auch, dass er außerhalb des bipolaren Konfliktfelds mit geringeren Risiken und größeren Chancen rechnen konnte. Durch die Unterstützung von Staaten und Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt suchte er dem Westen Abbruch zu tun, und er glaubte auch, diese würden sich in wachsender Anzahl von den Vorteilen des sowjetischen Systems überzeugen lassen. Das veranlasste ihn oft zu großzügigem Entgegenkommen, wenn ihn aus der Dritten Welt Ersuchen um Wirtschafts- und/oder Rüstungshilfe erreichten.

Dazu kam eine aktive Abrüstungspolitik. Die Westmächte wurden aufgefordert, „die Fortsetzung der Aufrüstung, besonders durch die Produktion der Atomwaffen, de[n] Bau der Vielzahl amerikanischer Militärbasen auf fremdem Boden, die Bildung aggressiver Militärblocks unter Führung [der] USA und Englands, de[n] Abschluss der Pariser Verträge, die die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Aufnahme in die NATO vorsehen", zu stoppen. Auch in diesem Kontext machte er geltend, an die Stelle der gegeneinander gerichteten Blöcke müsse ein gemeinsames System der kollektiven Sicherheit in Europa treten[8]. Im Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen unterbreitete die sowjetische Delegation Grundsätze für eine Beschränkung der konventionellen Rüstungen. Danach sollten die USA, die UdSSR und die Volksrepublik China ihre Streitkräfte in diesem Bereich zunächst nicht über den Stand von Ende 1955 erhöhen und danach innerhalb von drei Jahren auf je 1 bis 1,5 Millionen Mann verringern. Für Großbritannien und Frankreich wurden jeweils 650 000 Soldaten vorgesehen. Allen anderen Staaten – also auch der Bundesrepublik und der DDR – wurden maximal 150 00 bis 200 000 zugebilligt. Ein weiteres Abkommen sollte aus beiden deutschen Staaten und nicht näher bezeichneten Nachbarländern eine Sonderzone mit intensiver Inspektionskontrolle, vollständigem Verbot von Atomwaffen und verminderter Militärpräsenz der drei Westmächte bzw. der Sowjetunion machen[9]. Diese Initiative war im Unterschied zu früheren Vorschlägen ernst gemeint und entsprang dem konzeptionell und finanziell motivierten Bestreben, den Akzent auf das nukleare Arsenal zu verlagern. Zugleich ging es darum, die Verfügung der NATO über das Territorium der Bundesrepublik in Frage zu stellen.

Die Entspannungspolitik ermöglichte es Chruschtschow, die westlichen Regierungen unter Druck zu setzen und einen Keil in die atlantische Allianz zu treiben, denn die Haltung der Verbündeten zu seinen Initiativen war unterschiedlich. Während sich die USA und die Bundesrepublik skeptisch bis ablehnend verhielten, waren Großbritannien und Frankreich mit Unterstützung der anderen Mit-

[8] Schreiben des Außenministeriums der UdSSR zu außenpolitischen Fragen (Material zu der Tagung am 6. Januar 1956), SAPMO-BArch, DY 30/3473, Bl. 15–30 (Zitat auf Bl. 17).

[9] Vorschlag der Sowjetregierung: Abkommen über die Einschränkung der herkömmlichen Waffen und der Streitkräfte, o. D. [1955/56], SAPMO-BArch, DY 30/3508, Bl. 87–93.

gliedsländer geneigt, auf die Politik der UdSSR einzugehen. In Washington und Bonn befürchtete man, wenn man sich auf die sowjetischen Vorschläge einlasse, würde das den Aufbau der noch im Planungsstadium befindlichen Bundeswehr verhindern, das westdeutsche Territorium zum Objekt eines gegen die Allianz gerichteten Entwaffnungsprozesses machen und zur Konsolidierung der deutschen Teilung führen. Daher sahen die Akteure in Washington keinen Grund, sich um rasche Ergebnisse in der Abrüstungsfrage zu bemühen. Angesichts der entstandenen Differenzen bemühten sie sich um ein Einvernehmen im Bündnis. Zusammen mit den Regierungen in London und Paris gelang es ihnen, die Krise durch Schaffung einer Konsultationsstruktur zu überwinden, die allen Mitgliedsländern die Vertretung ihrer Interessen ermöglichte[10].

Lage am Vorabend der Genfer Gipfelkonferenz

Nachdem den Westmächten durch die Pariser Verträge die Sorge genommen war, dass die UdSSR die Integration der Bundesrepublik in die atlantische Allianz in Frage stellen könnte, gab Präsident Dwight D. Eisenhower den Widerstand gegen eine Gipfelkonferenz der Vier Mächte auf, deren wichtigstes Thema zweifellos die deutsche Frage sein würde. Chruschtschow, der sich schon seit längerem um eine Zusammenkunft der Vier Mächte auf höchster Ebene bemüht hatte, konnte sich dort der internationalen Öffentlichkeit als Chef der sowjetischen Außenpolitik präsentieren und zugleich versuchen, die Welt von seinen Plänen, vor allem vom Projekt des kollektiven Sicherheitssystems für Europa, zu überzeugen. Eine Erschwernis war freilich, dass die westliche Forderung nach Wiedervereinigung durch freie Wahlen außerordentlich populär war, er dieser jedoch keinesfalls nachkommen wollte, weil er am SED-Regime festhielt.

Der Plan des nach Churchills krankheitsbedingtem Rücktritt ins Amt gekommenen britischen Premierministers Anthony Eden konfrontierte den sowjetischen Parteichef mit dem Ansinnen, sicherheitspolitische Konzessionen des Westens mit der Vereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu honorieren. Dem Sicherheitsbedürfnis der UdSSR sollte zwar nicht durch einen deutschen Austritt aus der NATO, wohl aber dadurch entsprochen werden, dass die von der DDR übernommenen Gebietsteile des vereinigten Deutschlands von Truppen des westlichen Bündnisses frei bleiben sollten. Folglich würde die Allianz nicht bis zur polnischen Grenze an Oder und Neiße reichen. Darüber hinaus sollte der Forderung nach „Abzug der ausländischen Streitkräfte“ und militärischem Auseinanderrücken teilweise entsprochen werden. Der amerikanische Außenminister John F. Dulles lehnte diese Zugeständnisse ab, stimmte aber dem Eden-Plan zu, weil er ihn für propagandistisch nützlich hielt und seine Ablehnung durch die UdSSR voraussah. Im Gegensatz dazu hielt Eisenhower eine solche Vereinbarung für

[10] Christian Nünlist, Die westliche Allianz und Chruschtschows Außenpolitik, in: Torsten Diedrich / Winfried Heinemann / Christian Ostermann (Hg.), Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch, 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 13–16, 20f. Klaus Larres, The Road to Geneva 1955: Churchill's Summit Diplomacy and Anglo-American Tension after Stalin's Death, in: Klaus Larres / Kenneth Osgood (Hg.), The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace? Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 14

sowohl möglich als auch annehmbar. Chruschtschow sah in dem Projekt einen Versuch des Westens, die UdSSR auf der Basis der verhassten „Politik von der Position der Stärke aus" zu behandeln. Er trumpfte mit der Verfügung über Militärmacht auf, die er aber in Wirklichkeit gar nicht besaß[11].

Als das Präsidium der KPdSU über das Verhandlungskonzept beriet, sah es als Themen der Konferenz die Abrüstung, das Verbot der Atomwaffen und Probleme in Asien vor. Besondere Wichtigkeit maß es dem Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit für Europa bei. Falls die Westmächte den sowjetischen Vertragsentwurf vom 10. Februar 1954 weiter ablehnten, könne man flexiblere Reglungen zur Außerkraftsetzung von NATO und Warschauer Pakt ins Auge fassen. Die Kremlführung war sich darüber klar, dass die andere Seite auf Behandlung auch des Eden-Plans dringen werde, den sie vor allem wegen der Forderung, die deutsche Einheit müsse auf der Basis freier Wahlen erfolgen, von vornherein als nicht verhandelbar ansah. Das müsse aber verschleiert werden, denn man dürfe nicht den Eindruck erwecken, gegen die deutsche Einheit zu sein. Man solle daher so tun, als ob es keine prinzipiellen Einwände gegen den Eden-Plan gäbe, man sich mithin auf eine entsprechende Vereinbarung einigen könnte. Auf das zu erwartende westliche Plädoyer für freie Wahlen unter internationaler Kontrolle sei zu erwidern, dass die „Deutschen selbst" ihre nationale Frage in die Hand nehmen und sich deshalb zu Annäherung und Zusammenarbeit bereit finden müssten. Das lief faktisch darauf hinaus, dass die deutschen Organe in Ost und West gemäß ständigem sowjetischem Verlangen seit 1948 über die Modalitäten der Vereinigung befinden sollten[12].

Die Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955

Auf der Genfer Gipfelkonferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 hielt sich die sowjetische Delegation an das beschlossene Konzept und war nicht bereit, die Tagesordnung zu erweitern. Als der amerikanische Präsident nach einer positiv verlaufenen Sondierung bei seinem Weltkriegskameraden Marschall Georgij Shukow[13] den Vorschlag unterbreitete, Transparenz und Vertrauen bei den Verhandlungen über Abrüstungsprobleme durch vereinbarte „offene Himmel" herzustellen, war Chruschtschow wütend. Er warf Eisenhower vor, das laufe auf den Versuch hinaus, ihn zum Narren zu machen. Das sei ein offensichtliches Spionage-Instrument. Den Beratern, die ihm das eingegeben hätten, sei das klar gewesen. Der Präsident könne nicht erwarten, dass er, Chruschtschow, diesen Vorschlag ernst nehme[14].

[11] Alekandr Fursenko / Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006, S. 36–42. Zu Chruščëvs Auffassung siehe seine Äußerungen gegenüber einer Delegation der französischen Radikalen und Radikalsozialisten, 9. 9. 1957, RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 78f.

[12] Heiner Timmermann, Die sowjetische Verhandlungsposition zur Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Heiner Timmermann (Hg.), Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 166–171. Bei diesen Ausführungen handelt es sich um eine zusammenfassende Wiedergabe der vom Parteipräsidium verabschiedeten Instruktionen an die Konferenzdelegation.

[13] Protokoll des Gesprächs G.K. Žukov – D. Ėjzenchauėr, 20. 7. 1955, in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1999, S. 104–114.

[14] Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 11), S. 46.

Zu Beginn der Konferenz führte der Vorsitzende des Ministerrats, Nikolaj Bulganin, aus, die unter Beteiligung aller europäischen Staaten und der USA angestrebte „Organisierung eines kollektiven Sicherheitssystems" sei der „beste Weg zur Sicherung des Friedens und zur Abwendung einer neuen Aggression in Europa". Als ersten Schritt befürwortete er einen Verzicht auf Verstärkung der dort stationierten Streitkräfte. In einer zweiten Phase sollten die Bündnisverträge beider Seiten voll außer Kraft gesetzt, die auf ihrer Basis gebildeten Staatengruppierungen aufgelöst und durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt werden. Danach solle es keine fremden Truppen auf dem Territorium europäischer Länder mehr geben. Zugleich plädierte er für Neutralität und Beseitigung der – von der NATO verfügten – Einschränkungen des Handels zwischen Ost und West. Gegen die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Basis freier Wahlen unter internationaler Kontrolle machte er versteckt geltend, „die Frage, welches soziale und wirtschaftliche System in einem beliebigen Staat besteht", sei eine „interne Angelegenheit seines Volkes"[15].

In den Verhandlungen verlangte die sowjetische Seite kategorisch eine Übereinkunft über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Dieses zentrale Problem müsse gelöst werden, ehe man über Details wie die deutsche Frage sprechen könne. Gegen eine Erörterung der Modalitäten einer Vereinigung machte sie auch geltend, das sei ein Thema für die anstehenden Gespräche mit Adenauer in Moskau. Der Bundeskanzler war nach sowjetischer These als deutscher Politiker zur Diskussion darüber befugt, während den Westmächten das Recht zu einer solchen „Einmischung" in innerdeutsche Dinge grundsätzlich abgesprochen wurde. Im Verhältnis zu ihnen gehe es wesentlich darum, die Situation in Europa durch die Einrichtung eines kollektiven Sicherheitssystems zu befrieden[16]. In einer abschließenden Stellungnahme bekräftigte Bulganin nochmals, die wichtigste Frage auf der Konferenz sei die europäische Sicherheit, und wiederholte in allen Einzelheiten, wie diese Regelung aussehen sollte[17].

In der Direktive, welche die Regierungschefs für die Tagung der Außenminister im Herbst formulierten, wurde ein „Sicherheitspakt für Europa oder für einen Teil Europas" ins Auge gefasst. Weiter hieß es in genereller Form, man sei in Erkenntnis der „gemeinsamen Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen übereingekommen, dass die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutsch-

[15] Eröffnungserklärung des Ministerpräsidenten Bulganin, 18.7.1955, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik [hinfort: dzd], III. Reihe, Band 1, bearb. von Ernst Deuerlein, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn – [West-]Berlin 1961, S. 166–178.

[16] Vgl. u. a. Entwurf für einen Gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit (Grundprinzipien) auf der Konferenz der Regierungschefs der Vier Mächte in Genf, (dt. Übers.), 20.7.1955, ebenda, S. 181–191; Heads of Government Meeting 1955, in: Foreign Relations of the United States 1955–1957, Vol. V: Austrian State Treaty, Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955, Department of State Publication 9454, Washington/DC 1988, S. 368–521; Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 11), S. 43–47; Hanns Jürgen Küsters, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000, S. 725–738; Christian Nünlist, Die westliche Allianz und Chruschtschows Außenpolitik (Anm. 10), S. 18–22.

[17] Schlusserklärung des Ministerpräsidenten Bulganin, 23.7.1955, in: dzd (Anm. 15), III. Reihe, Bd. 1, Bonn – [West-]Berlin 1961, S. 205–210.

lands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeigeführt werden soll“[18].

Die sowjetische Delegation war mit diesem Wortlaut vollauf zufrieden. Das klang gut und erweckte den Eindruck, als hätte sich die UdSSR zur Verständigung in der deutschen Frage bereit erklärt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Kautschukformulierung, die der Kreml in seinem Sinn auslegen konnte und bei früheren Gelegenheiten auch schon so ausgelegt hatte. Das galt auch für das Bekenntnis zu „freien Wahlen“, das die sowjetische Seite mehrfach abgelegt hatte mit der Maßgabe, dass sowohl die Modalitäten als auch die vorher nötigen grundlegenden Entscheidungen von den Vertretern beider deutscher Staaten zu vereinbaren seien. Die Tatsache, dass die vier Regierungschefs nicht im Einvernehmen voneinander schieden, kam klar darin zum Ausdruck, dass ihre Direktive die strittige Kardinalfrage offen ließ, ob sich die Außenminister mit der deutschen Frage sofort oder erst nach Verständigung über das kollektive Sicherheitssystem befassen sollten. Der Öffentlichkeit blieben die Differenzen verborgen, so dass sich Euphorie über die vermeintliche Einigung verbreitete. Im Blick auf die DDR hielt Chruschtschow das für bedenklich. Daher machte er auf der Rückreise aus Genf Station in Ost-Berlin, um der dortigen Bevölkerung klar zu machen, dass mit einem Aufgehen ihres Staates in einem demokratisch wiedervereinigten Deutschland nicht zu rechnen war[19].

Die Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955

In der ersten Phase der Genfer Außenministerkonferenz vom 28. Oktober bis 4. November 1955 legten die Westmächte den Eden-Plan in abgeänderter Form vor. Wenn Deutschland sich vereinigen dürfe und sich nach den Wahlen für die NATO entscheide, könne dem sowjetischen Interesse durch Schaffung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Ost-West-Scheidelinie und ein Arrangement kollektiver Sicherheit entsprochen werden, um sie hinsichtlich der Wiedervereinigung zu beruhigen. Das westliche Bündnis würde die Verpflichtung zur Verteidigung der UdSSR übernehmen, wenn diese von einem seiner Mitglieder angegriffen werden würde. Molotow war an dem angebotenen Entgegenkommen interessiert und musste sich dann der Frage stellen, ob die Sowjetunion nach dieser Befriedigung seines Sicherheitsbedürfnisses bereit sei, dem verbalen Bekenntnis zur Einheit und Selbstbestimmung der Deutschen Taten folgen zu lassen. Das konnte er aufgrund seiner Instruktionen nicht bejahen und wurde zur Erörterung der damit entstandenen misslichen Lage nach Hause zurückgerufen[20].

Als Molotow dem Parteipräsidium daraufhin Rede und Antwort stand, wollte er den Schaden, den seine ablehnende Stellungnahme dem Image sowjetischer Verständigungsbereitschaft zufügte, durch einen Wiedervereinigungsvorschlag beheben. Wenn die Westmächte zum Abzug ihrer Truppen bereit wären und auf die

[18] Direktive der Regierungschefs an die Außenminister (engl./franz./russ./dt.), 23. 7. 1955, ebenda, S. 213–219.
[19] Rede Chruschtschows auf einer Großkundgebung in Ost-Berlin (russ./dt.), 26. 7. 1955, ebenda, S. 227–236.
[20] Fursenko / Naftali, Khrushchev’s Cold War (Anm. 11), S. 51f.

Pariser Verträge, mithin die Bundeswehr, verzichteten, sollte die UdSSR demnach der deutschen Einheit auf der Basis freier Wahlen zustimmen. Der Außenminister machte deutlich, dass er den Vorschlag nur als taktische Finte betrachtete, denn der Westen würde darauf nicht eingehen. Die Sowjetunion würde, ohne etwas zu verlieren, eine gute Verhandlungsposition für das Bemühen gewinnen, vor allem auf Annullierung der Westverträge mit der Bundesrepublik zu bestehen. Chruschtschow und die anderen Führungsmitglieder bezweifelten jedoch die Ablehnung durch die Gegenseite. Selbst ein so heftiger Gegner wie Dulles sei zu gefährlichen politischen Manövern fähig, und die Anhänger der sowjetischen Politik in Deutschland und anderswo würden in Verwirrung gestürzt. Die Risiken für das vorgeschlagene Bluff-Angebot erschienen zu groß [21].

Zurück in Genf, sah sich der Außenminister daraufhin zu dem Eingeständnis genötigt, der UdSSR sei die Wiedervereinigung weniger eilig als vor allem den Briten. Gleichwohl verhandelten die Westmächte, die sich in ihrer Hoffnung auf eine positive Antwort aus Moskau getäuscht sahen, noch eine Woche lang weiter, um etwaige Chancen für Abrüstungsvereinbarungen auszuloten. Aber auch dabei kam es nicht zu Ergebnissen; die Konferenz scheiterte völlig. Die durch das Schlusskommuniqué der Gipfelkonferenz im Sommer geweckte Erwartung der Öffentlichkeit, dass drängende Probleme, vor allem die Deutschland-Frage, vor ihrer Regelung stünden, wurde bitter enttäuscht.

Bemühen um diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik

Schon im Frühjahr 1954 hatten sowjetische Funktionäre in Ost-Berlin überlegt, ob sich nicht auf der Grundlage diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik mehr Einfluss auf deren innere Entwicklung gewinnen lasse[22]. Als die Kremlführung im Januar 1955 Westdeutschland vom Beitritt zur NATO abzuhalten suchte, griff sie darauf zurück und erklärte sich zur Normalisierung des Verhältnisses zu Bonn bereit. Das komme jedoch nur in Betracht, wenn die Westverträge nicht ratifiziert würden. Dadurch wolle die UdSSR „nicht nur für eine weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik" sorgen, sondern auch „durch gemeinschaftliche Bemühungen der friedliebenden europäischen Staaten [also der sozialistischen Länder] zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen"[23]. Diese Offerte war nicht geeignet, die Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Bündnis zu verhindern. Als dieser Schritt am 5. Mai 1955 vollzogen wurde, reagierte die östliche Seite mit der – seit dem Spätherbst 1954 vorbereiteten – Konstituierung des Warschauer Pakts und

[21] Ebenda, S. 52–54; Protokollnotizen des Präsidiums des ZK der KPdSU, 6. und 7. 11. 1955, in: A.A. Fursenko (Hg.), Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. Bd. 1: Černovnye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, Moskau 2003, S. 58–61.

[22] O nastroenijach v Zapadnoj Germanii v pol'zu normalizacii otnošenij s Sovetskim Sojuzom [an Botschafter Puškin gesandte Ausarbeitung der sowjetischen Hochkommission], 21. 4. 1954, AVPRF, f. 082, op. 42, p. 284, d. 12, Bl. 54–56.

[23] Erklärung der sowjetischen Regierung, 15. 1. 1955, in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, II. Teil: November 1953 – Dezember 1955, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, S. 185–188 (Zitate auf S. 188).

mit heftiger Polemik gegen die „Revanchisten“ und „Kriegstreiber“ in Bonn. Es war daher eine Überraschung, dass die sowjetische Regierung Bundeskanzler Adenauer am 7. Juni zu Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen nach Moskau einlud[24].

In der Note, die am Tag der Übergabe in Moskau publiziert wurde, hieß es, eine „auf gegenseitigem Vertrauen und friedlicher Zusammenarbeit“ beruhende Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses sei sowohl um „des Friedens und der europäischen Sicherheit“ als auch der Bevölkerung beider Staaten willen erforderlich[25]. Die UdSSR verzichtete auf die Forderung, dann müssten auch die beiden deutschen Staaten Beziehungen zueinander aufnehmen, und ging damit von vornherein das Risiko ein, dass die DDR aus dem verlangten Normalisierungsprozess ausgeschlossen wurde. Ihr Interesse an einer Übereinkunft mit der Bundesrepublik war so groß, dass sie damit lockte, die deutschen Gefangenen freizugeben, die von ihren Militärtribunalen als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren[26].

Es war höchst ungewöhnlich, dass die Sowjetunion als Staat mit weit größerem Gewicht die Initiative ergriff und dazu noch eine Belohnung in Aussicht stellte. Die war freilich nötig, wenn der Kreml ein diplomatisches Band zur Bundesrepublik knüpfen wollte. Zu Recht ging Chruschtschow zwar davon aus, dass führende Kreise in Bonn einschließlich des Bundeskanzlers daran interessiert sein würden, kannte aber auch die Gründe, die aus westdeutscher Sicht dagegen sprachen und eine Ablehnung rechtfertigten. Deren Hauptmotiv war der amtliche, im Grundgesetz festgelegte Standpunkt, dass nur die Bundesrepublik über eine demokratische Legitimation in Deutschland verfügte und allein für die gesamte Nation sprach. Demnach durfte die DDR unter keinen Umständen anerkannt werden. Damit war jedoch zu rechnen, sobald in Moskau zwei deutsche Botschaften bestanden. Der sowjetischen Führung lag so viel an der Annahme ihres Angebots, dass sie auf diese – von ihr keineswegs gebilligte – Auffassung Rücksicht nahm und überdies die politischen Widerstände in Bonn durch eine Lockung der Gefangenenfreigabe zu konterkarieren suchte.

Beweggründe für das Bemühen um die Bundesrepublik

Von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen versprach man sich im Kreml große Vorteile. Die „weitsichtigsten bürgerlichen Politiker“ in der Bundesrepublik kämen mehr und mehr zu der Ansicht, sie könnten „nur durch Geschäftsverbindungen und normale politische Beziehungen mit der Sowjetunion und anderen

[24] Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 7.6.1955, in: dzd (Anm. 15), III. Reihe, Bd. 1, Bonn – [West-]Berlin 1961, S. 76–78 (russ. Originaltext), 78–80 (dt. Übers.).

[25] Ebenda; Vizit kanclera Adenauėra v Moskvu. 8 – 14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy, bearb. von A.V. Zagorskij, hg. von der Moskauer Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Moskau 2005, S. 28–30 (russ. Originaltext), 31–33 (dt. Übers.).

[26] Werner Kilian, Adenauers Reise nach Moskau, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i.B. 2005, S. 191–200, 223 f; Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 348; Gerhard Wettig, Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Untersuchung auf der Basis neuer Archivdokumente, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 14 (2007), S. 341–352.

Ländern des demokratischen Lagers ihre Position bekräftigen und sich von sklavischer Abhängigkeit befreien“[27]. Zugleich sah man sich zu Hoffnungen berechtigt aufgrund der Tatsache, dass die Sozialdemokraten die Westverträge als Hindernis der Wiedervereinigung ablehnten, mit der Sowjetunion eine Übereinkunft über die deutsche Einheit anstrebten und deshalb einen Neutralitätsstatus befürworteten. Dieses politische Potenzial gelte es zu aktivieren. Die Erwartungen wurden beflügelt durch eine Denkschrift des SPD-Vorstandsmitglieds Herbert Wehner. Darin wurde die Regierung der UdSSR dazu aufgefordert, „direkte Verhandlungen zur Regelung von Fragen, die sich aus der [von Moskau kurz zuvor erklärten] Beendigung des Kriegszustandes ergeben, einzuleiten“. Der Autor, so meinte man im Kreml, sei wie andere „Bonner politische Kreise“ davon ausgegangen, die Bundesregierung wolle nach Erlangung der Souveränität aufgrund der Westverträge „ihre Einstellung zur Sowjetunion scharf ändern und einen direkten Kontakt mit ihr aufnehmen“, um „die Möglichkeiten einer Übereinkunft zur Wiedervereinigung zu klären“[28].

Als Initiator des Angebots an die Bundesregierung erläuterte Chruschtschow der besorgten SED-Führung, man gehe „davon aus, dass sich in der letzten Zeit in politischen und Geschäftskreisen Westdeutschlands die Aktionen für die Herstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion verstärkt haben. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland würde in Westdeutschland das Wachstum der Bewegung gegen die bestehende Abhängigkeit der Bonner Regierung von den USA fördern und eine Unterstützung für die Kräfte sein, die für die Durchführung eines unabhängigeren außenpolitischen Kurses eintreten“. Der sowjetische Parteichef ließ dabei die Möglichkeit einer negativen Antwort aus Bonn offen. Aber auch dann würde das Anerbieten nützlich sein, da es „die Verstärkung der Bewegung in Westdeutschland für die Herstellung direkter Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland fördern und dort die Unzufriedenheit mit der heutigen Politik der Regierung verstärken“ würde[29].

Die Kremlführung in Moskau glaubte bei der SPD „positive Veränderungen“ zu erkennen, die zu einer fundamentalen Wende führen würden[30]. Demgemäß

[27] Ivan Kobljakov, „Über die Bewegung für die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion in Westdeutschland (russ.)“, zitiert von Aleksej Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955. Vor- und Nachspiel im Spiegel der internen sowjetischen Berichte, in: Helmut Altrichter (Hg.), Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 45 f.

[28] Ebenda, S. 47.

[29] N.S. Chruščëv an das ZK der SED, 7.6.1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8 f (dt. Übers.). Der russische Originaltext des Zitats findet sich auf Bl. 11 f und ist bei F.I. Novik, Ustanovlenija diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG, in: Otečestvennaja istorija, 6/1995, S. 108 f, sowie F.I. Novik, „Ottepel“ i inercija cholodnoj vojny. Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg., Moskau 2001, S. 186 unter Hinweis auf die Signatur AVPRF, f. 06, op. 14, p. 13, d. 184, Bl. 48 f wiedergegeben.

[30] Obzor ėkonomičeskogo i političeskogo položenija Germanskoj federativnoj Respubliki i Zapadnogo Berlina v 1955 godu ([retrospektiver] Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlins im Jahr 1955), 21.2.1956, AVPRF, f. 0742, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 2–4. Der Hinweis auf den Wandel in der SPD bezieht sich vor allem darauf, dass der Parteivorsitzende Ollenhauer und andere führende Sozialdemokraten den „Paulskirchen-Appell“ unterstützten, der wegen vermeintlicher Chancen einer Wiedervereinigung zum Verzicht auf die Wiederbewaffnung aufforderte.

hatte die sowjetische Führung am 7. März 1955 den Beschluss gefasst, sich um Kontakte zur SPD zu bemühen[31]. Damit verband sich die Erwartung, der Bundeskanzler werde angesichts einer wachsenden Opposition bald nicht mehr in der Lage sein, seine Politik vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Der gegen ihn gerichtete Trend lasse sich verstärken, wenn man die Bundesrepublik – voraussichtlich gegen den Willen ihrer westlichen Verbündeten – zunächst zur Aufnahme von Beziehungen und anschließend zu weiteren Schritten der Annäherung an die UdSSR veranlasse. Daraus sollten sich zudem Spannungen zwischen Bonn und den westlichen Hauptstädten entwickeln, welche die Abkehr vom Westkurs zusätzlich vorantreiben würden[32].

Als Chruschtschow im Parteipräsidium das Angebot an Bonn durchsetzte, erklärte er, in Anbetracht der inneren Festigkeit der Bundesrepublik bestehe keine Aussicht mehr, durch Appelle an die Bevölkerung den Sturz Adenauers zu betreiben und einen Wechsel des außenpolitischen Kurses herbeizuführen[33]. Daher wurde dieses Ziel mittels Anpassung an die bestehende Lage angestrebt. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wollte man einen „gewaltigen Hebel der Einwirkung auf die inneren Verhältnisse in Westdeutschland" in die Hand bekommen[34]. Die zu errichtende Botschaft war als Stützpunkt gedacht, von dem aus Einfluss auf innenpolitische Entwicklungen zu nehmen sei. Die Bundesrepublik lasse sich dadurch allmählich aus der „Abhängigkeit von den USA" lösen und zur Teilnahme an einem System kollektiver Sicherheit in Europa bewegen. Zwar galten der Bundeskanzler und die Bundesregierung als „reaktionär", mithin als kaum zur Revision ihrer Politik bereit, doch schien die sowjetische Präsenz zusammen mit dem Westapparat der SED und dem von ihm kontrollierten Netzwerk der KPD[35] geeignet, Einwirkungen auf die gesellschaftlichen Kräfte zu erlauben. Vor allem dem Direktkontakt zu Adenauers demokratischen Gegnern im Lande wurde große Bedeutung beigemessen[36].

[31] Vladislav Zubok, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–1961, in: Wolfgang Krieger / Jürgen Weber (Hg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 125f.

[32] Diese Erwartung kam besonders deutlich hinterher zum Ausdruck, vgl. Auszug aus einem Schreiben von Botschafter König aus Moskau, 4. 3. 1957, PA-MfAA, A 3010, Bl. 79 (Wiedergabe sowjetischer Aussagen).

[33] Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 27), S. 45–47.

[34] Aussage Gromykos auf der Abendsitzung des ZK-Plenums der KPdSU am 25. 6. 1957, in: N. Kovalëv / A. Korotkov / S. Mel'čin / Ju. Sigačëv / A. Stepanov (Bearb.), Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1998, S. 231; Aussage Chruščëvs auf der Tagessitzung des ZK-Plenums der KPdSU am 29. 6. 1957, ebenda, S. 533. Wiedergabe der Ausführungen auf dem ZK-Plenum und Darstellung des Kontexts bei Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 33), S. 48f.

[35] Eine zentrale Rolle spielte der von der SED ins Leben gerufene, finanzierte und kontrollierte Bund der Deutschen, dessen wichtigstes bürgerliches Aushängeschild Reichskanzler a.D. Joseph Wirth war. Näheres bei Michael Lemke, Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilman Mayer (Hg.), „Macht das Tor auf." Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 176–180; Georg Herbstritt, Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges, Frankfurt/Main 1993; Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, Berlin 1999, S. 96–114.

[36] N.S. Chruščëv an das ZK der SED, 7. 6. 1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8 f (dt. Übers.), 11 f (russischer Originaltext).

In einer ersten Phase war daran gedacht, die „Unzufriedenheit mit der heutigen Politik der Regierung" zu verstärken und die Bundesrepublik zu einer „unabhängigeren Außenpolitik" zu veranlassen[37]. Auf längere Sicht sollten die Bindungen an die USA und das westliche Bündnis immer mehr geschwächt und zuletzt völlig beseitigt werden. Im Endergebnis sollte sich Westdeutschland einem System kollektiver Sicherheit anschließen, das die Vorherrschaft der UdSSR auf dem gesamten europäischen Kontinent gewährleisten würde[38]. Chruschtschow hoffte dabei auf Verbündete nicht nur in der SPD, sondern auch im bürgerlichen Lager. Von den bürgerlichen Gegnern des Bundeskanzlers schienen vor allem Gustav Heinemann, Martin Niemöller und Helene Wessel wichtig. In dem neutralistischen Deutschland-Plan Karl Georg Pfleiderers vom Frühjahr 1954 sah man den Auftakt zu einer Entwicklung, in deren Verlauf sich sogar die weit rechts stehende FDP von Adenauer abwenden würde. Auf diesen Wandel drangen, so glaubte man im Kreml, die sie tragenden Wirtschaftskreise, die einer sich abzeichnenden ökonomischen Krise durch verstärkten Warenaustausch mit den kommunistischen Staaten zu begegnen suchten[39].

Die maßgebenden Vertreter des westdeutschen Kapitals hatten nach Moskauer Einschätzung sehr großes Interesse am Osthandel. Das ziehe entsprechende außenpolitische Präferenzen nach sich. Die Hoffnung richtete sich vor allem auf die „verständigungsbereiten Kreise" von Konzernen wie Krupp und Klöckner oder der Firma Otto Wolff sowie auf norddeutsche Politiker und Unternehmer, von denen man annahm, dass sie der amtlichen Politik wegen negativer Folgen für den Warenverkehr kritisch gegenüberstanden[40]. Die Tatsache, dass sich einige Industrielle aus der Bundesrepublik bereits um Kontakte zur UdSSR bemüht und gegen die von den USA verfügten Osthandelsrestriktionen gewandt hatten[41], schien die Annahme zu bestätigen.

Die „westdeutsche Bourgeoisie" suche „eine selbständige Linie in ihren ökonomischen Verbindungen mit ausländischen Staaten und in der Außenpolitik durchzuführen" und scheue dabei nicht vor gelegentlichen direkten Gegensätzen zur Position der Westmächte zurück. Das schien eine Grundlage für den „Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands" bei gleichzeitigem „Kurs auf die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik" zu bieten[42]. Von sekundärer, aber keineswegs geringer Bedeutung für die sowjetischen Führer war der Wunsch, den Handel zu verstärken und Kredite für dringend benötigte Lieferun-

[37] Ebenda; Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference (Anm. 4), S. 66f.

[38] N.S. Chruščëv an das ZK der SED, 7.6.1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8 f (dt. Übers.), 11 f (russischer Originaltext); A. M. Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A.A. Gromyko, pomoščnika L.I. Brežneva, Ju.V. Andropova, K.U. Černenko i M.S. Gorbačëva Moskau 1994, S. 100 f; William Taubman, Khrushchev. The Man and his Era. New York – London 2003, S. 354.

[39] Aufzeichung des MfAA der DDR, HA II/1, 9.6.1954, PA – MfAA, A 3018, Bl. 5–15.

[40] Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001 (2. Aufl.), S. 26f.

[41] Aufzeichnung des MfAA der DDR, HA II/1, über eine sowjetische Pressekonferenz, 3.3.1954, PA – MfAA, A 3018, Bl. 1–4.

[42] B. Ponomarëv in Molotovs Auftrag gegenüber der Partei- und Staatsführung der DDR, Anfang Januar 1956, lt. Michael Lemke, Ein Desaster für die SED? Wahrnehmungen, Bewertungen und Folgen der Adenauer-Reise nach Moskau, in: Altrichter, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 34), S. 260.

gen zu erhalten[43]. Deren – nach den Erfahrungen mit der Weimarer Republik für sicher gehaltener – Wunsch nach Öffnung des großen, zudem von kapitalistischen Konjunkturzyklen unberührten und damit krisenfesten sowjetischen Markts werde sie unausweichlich zur Weitergabe von technischem Know-how und zu finanziellen Konzessionen an die UdSSR veranlassen[44].

Richtlinien für die Verhandlungen mit Adenauer

Auf Veranlassung des Parteipräsidiums formulierte das sowjetische Außenministerium Mitte August Entwürfe für Instruktionen an die sowjetische Delegation[45]. Die abschließende Fassung wurde am 7. September gebilligt. Die Verhandlungen mit dem Bundeskanzler sollten zur Vereinbarung eines Botschafteraustauschs führen. Man sah voraus, die andere Seite könnte möglicherweise versuchen, der Entscheidung durch Überweisung der Frage an eine zu bildende bilateralen Kommission auszuweichen. Das müsse unbedingt abgelehnt werden. Zudem wurde eine Übereinkunft über baldige Folgeverhandlungen vorgesehen, von denen sich die UdSSR eine Festlegung auf Konditionen der Meistbegünstigung, einen bargeldlosen Zahlungsverkehr, ein Abkommen für 1956 bis 1960 über einen Warenaustausch großen Umfangs, die Entwicklung wissenschaftlicher, technischer und kultureller Zusammenarbeit und viele wechselseitige Besuche durch gesellschaftliche Delegationen versprach.

Als heikler Punkt, auf den man geschickt reagieren müsse, galt die Wiedervereinigungsfrage, die Adenauer zweifellos ansprechen werde. Ihm dürfe keine Gelegenheit geboten werden, sich und die Regierungen der drei Westmächte als Verfechter der deutschen Einheit darzustellen und die UdSSR, die auf der Fortdauer des SED-Regimes bestand, als Widersacher erscheinen zu lassen. Vielmehr sei klarzustellen, dass die Sowjetunion weiter für die Vereinigung Deutschlands zu einem „friedliebenden und demokratischen Staat" eintrete und mit ihren Vorschlägen zur Annäherung und Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR den Weg dazu weise. Die Hindernisse, die derzeit bestünden, seien gegen ihren „Wunsch und Willen" entstanden. Sie habe nie einen Zweifel daran gelassen, dass der Abschluss der Verträge über die Einbeziehung Westdeutschlands in das atlantische Bündnis mit den Erfordernissen der deutschen Einheit unvereinbar sei. Solle es zur Vereinigung kommen, müssten die Positionen der Sowjetunion und der DDR ebenfalls berücksichtigt werden. Falls der Bundeskanzler auf seinem Standpunkt insistiere, sei geltend zu machen, dass nur die „Deutschen selbst" ihr nationales Problem lösen könnten. Die Frage der Einheit dürfe von der UdSSR keinesfalls als Thema der Verhandlungen akzeptiert werden.

Die sowjetische Delegation sollte zudem hervorheben, man messe der „selbständigen Rolle der Deutschen Bundesrepublik in den internationalen Angelegenheiten große Bedeutung" bei. Das war als indirekte Aufforderung gedacht, den

[43] N.S. Chruščëv, Vremja, ljudi, vlast', Bd. 2, Moskau 1999, S. 236.
[44] Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference (Anm. 4), S. 62.
[45] Proekt ukazanij k peregovoram s pravitel'stvennoj delegaciej Germanskoj Federal'noj Respubliki, 15. 8. 1955, Vypuska iz protokola No. 141 zasedanija Prezidiuma CK KPSS ot 18 avgusta 1955 g., RGANI, f. 3, op. 10, d. 168, Bl. 29–37.

Konsens mit den Westmächten nicht zum Richtpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Damit sollte Bonn zwar die Distanzierung von seinen Verbündeten nahe gelegt werden, doch auf die Forderung nach Widerruf der Westverträge und Austritt aus der NATO sollten die sowjetischen Unterhändler ausdrücklich verzichten. Eine derart direkte Äußerung der politischen Absicht würde von vornherein auf Ablehnung stoßen und könnte zum Scheitern der gesamten Verhandlungen führen. Es sollte lediglich darauf hingewiesen werden, es sei „angebracht, auch unter den gegenwärtigen Bedingungen nach realen Wegen zur Lösung der deutschen Frage und zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu suchen". Dazu werde es „weiterer Schritte zur Milderung der internationalen Spannung und Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa" bedürfen. Diese Schritte dürften nicht allein der Zukunft überlassen bleiben. Das solle man dem Bundeskanzler bereits jetzt zu verstehen geben, auch wenn darüber noch keine konkreten Vereinbarungen anstanden. Wenn er sich abweisend verhielt, sollte zunächst ein Sicherheitspakt mit weniger Staaten ins Auge gefasst werden[46].

Private westdeutsche Gesprächspartner hatten in Moskau wiederholt darauf hingewiesen, es würde in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik sehr positiv vermerkt werden, wenn die von sowjetischen Militärgerichten verurteilten Gefangenen nach Hause zurückkehren könnten. Gemäß Weisung des Parteipräsidiums befassten sich das Außen-, Justiz- und Innenministerium, der KGB und die Staatsanwaltschaft mit der Frage der ausländischen Strafgefangenen und legten am 8. Juni 1955 – einen Tag vor der Note an die Bundesregierung – einen Plan vor, nach dem die deutschen Häftlinge entweder in ihre Heimat zu entlassen oder, soweit ihre Taten eine Amnestie nicht vertretbar erscheinen ließen, an die DDR zur weiteren Strafverbüßung zu übergeben waren. In vager Form hieß es, die Sache stehe mit den künftigen Beziehungen zur Bundesrepublik in Verbindung. Dieser Aspekt war aber politisch ausschlaggebend. Das Parteipräsidium veranlasste daher eine Umarbeitung[47]. Am 14. Juli sah es die Entlassung der Verurteilten grundsätzlich vor[48].

Als Chruschtschow dies der SED-Führung mitteilte, machte er klar, dass sich der Kreml im Blick auf Adenauer die Hände völlig frei halten wollte[49]. Er hatte aber nicht vor, darüber mit dem Bundeskanzler eine Übereinkunft zu treffen[50]. Vielmehr wolle man, wenn „die Verhandlungen endgültig abgeschlossen" seien[51], die Verurteilten als großherzige Geste freigeben. Spreche die Bonner Delegation

[46] Postanovlenie CK KPSS. Ukazanija k peregovoram s pravitel'stvennoj delegaciej Germanskoj Federal'noj Respubliki, 7.9.1955, Vypuska iz protokola No. 146 zasedanija Prezidiuma CK KPSS, 7.9.1955, RGANI, f. 3, op. 8, d. 295, Bl. 38–45.

[47] Andreas Hilger, Stalins Justiz auf dem Prüfstand? Deutsche „Kriegsverurteilte" zwischen Repatriierung und Rehabilitierung, 1953–2002, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1/2004, S. 136–138.

[48] Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 34), S. 48f.

[49] N.S. Chruščëv an das ZK der SED (dt. Übers.), 14. Juli 1955, SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 301 f; Beate Ihme-Tuchel, Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 459f.

[50] Vgl. die sowjetische Antwort vom 19.8.1955, wiedergegeben in: dzd (Anm. 15), III. Reihe, Bd. 1, Bonn – [West-]Berlin 1961, S. 277, auf das entsprechende Verlangen in der Bonner Note vom 12.8.1955 (ebenda, S. 262 f).

[51] Postanovlenie CK KPSS (handschriftlich korrigiert), 7.9.1955, RGANI, f. 3, op. 8, d. 295, Bl. 34.

das Thema vorher an, werde man erklären, die Frage berühre beide deutsche Staaten und bedürfe der Beratung mit der DDR[52]. Auf alle Fälle sollte gewährleistet sein, dass die Öffentlichkeit die Heimkehr der Gefangenen auf dem moralischen Konto der UdSSR verbuchte und nicht Adenauers Verhandlungsführung zuschrieb[53].

Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen mit Adenauer

Vom 8. bis 14. September 1955 verhandelten Chruschtschow, Bulganin und Molotow mit dem Bundeskanzler. Dieser schlug – mutmaßlich aus innenpolitischen Rücksichten – zunächst vor, die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einer bilateralen Kommission zu übertragen. Gemäß den festgelegten Richtlinien bestanden seine sowjetischen Gesprächspartner darauf, die Entscheidung müsse unverzüglich getroffen werden. Wie Adenauer nicht anders erwartet hatte, stieß sein Verlangen nach einer Vereinbarung über die deutsche Wiedervereinigung auf der Basis freier Wahlen auf Ablehnung, doch wurde den Deutschen prinzipiell ein Recht auf staatliche Einheit zugestanden. Man sei bereit, diese Frage künftig zu erörtern. Nicht zu verkennen war freilich, dass hinsichtlich aller konkreten Einzelheiten völliger Dissens bestand. Der Bundeskanzler drängte nicht weiter und berief sich in den folgenden Jahren, wann immer die UdSSR eine Diskussion über freie gesamtdeutsche Wahlen verweigerte, auf die grundsätzliche Gesprächszusage.

Die sowjetischen Führer verzichteten ihrerseits darauf, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zum Thema zu machen. In Bonn glaubte man daraufhin, sie hätten sich mit der Mitgliedschaft in der westlichen Allianz abgefunden. Adenauer und seine Delegation übersahen, dass ihre Gesprächspartner den Wunsch nach Revision der Entscheidung für die Beteiligung am atlantischen Bündnis mehrfach indirekt zu erkennen gaben. So sprach Bulganin gleich zu Anfang davon, man müsse im Interesse beider Völker und der Sicherheit in Europa die Hindernisse auf dem Weg friedlicher Zusammenarbeit entfernen[54]. Wenig später hob er die Notwendigkeit von Frieden und Sicherheit hervor und erläuterte, dass die „Politik aus der Position der Stärke heraus" – eine übliche Charakterisierung des westlichen Bestrebens, der UdSSR mit der NATO ein militärisches Gegengewicht entgegenzustellen – dazu in Widerspruch stehe[55]. Chruschtschow wies

[52] V CK KPSS. Ukazanija k peregovoram s pravitel'stvennoj delegaciej Germanskoj Federal'noj Respubliki, 15. 8. 1955, RGANI, f. 3, op. 8, d. 284, Bl. 36f.

[53] So auch nach den vorangegangenen Überlegungen: N.S. Chruščëv an das ZK der SED (dt. Übers.), 14. 7. 1955, SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 301 f, wiedergegeben bei Beate Ihme-Tuchel, Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 459 f; Annähernd gleichlautend die vom sowjetischen Außenministerium ausgearbeitete Formulierung im Instruktionsentwurf vom 15. 8. 1955: RGANI, 3, 10, 168, Bl. 36f.

[54] Stenogramma pervogo zasedanija pravitel'stvennych delegacij SSSR i GFR, 9. 9. 1955, in: Vizit kanclera Adenauėra (Anm. 25), S. 49 / Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov, bearb. von A.V. Torkunov / R.A. Sergeev / A.A. Achtamzjan, hg. von Moskovskij gosudarstennyj institut meždunarodnych otnošenij (universitet) MID Rossii, Moskau 2005, S. 17.

[55] Stenogramma vtorogo zasedanija pravitel'stvennych delegacij SSSR i GFR, 10. 9. 1955, in: Vizit kanclera Adenauėra (Anm. 25), S. 62 f / Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij (Anm. 54), S. 30f.

auf vorangegangene sowjetische Warnungen an die Bundesregierung vor den Westverträgen und dem Beitritt zur atlantischen Allianz hin und wandte sich dagegen, dass man die deutsche Frage auf diese Weise lösen wolle. Die Einheit lasse sich keinesfalls auf der Basis der westlichen Forderung herstellen, dass Deutschland der NATO angehören müsse. Wenn die UdSSR ihrerseits nicht die Annullierung der Westverträge verlange, so nur darum, weil dies „ebenfalls irreal" wäre und nach einem Ultimatum klingen würde. Man gehe von den realen Umständen aus, die bisher entstanden seien. Damit brachte Chruschtschow zum Ausdruck, dass er die Beteiligung am westlichen Bündnis zwar aktuell nicht in Frage stellte, aber längerfristig am Ziel ihrer Beseitigung festhielt [56].

Auch Molotow betonte, die Westverträge verhinderten die nationale Einheit, die den Deutschen so wichtig sei. Er hoffe, diese würden in ihrer Mehrheit einsehen, dass die Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Gruppierungen, die sich gegen die UdSSR und andere friedliebende Staaten richteten und die Militarisierung des Landes zur Folge hätten, nicht zur Überwindung der Spaltung führe[57]. Die Bonner Delegation ließ umgekehrt keinen Zweifel daran, dass jede Erörterung von Regelungen „europäischer Sicherheit", welche die Mitgliedschaft in der NATO irgendwie berühren könnten, auf feste Ablehnung stieß. Die sowjetische Seite verzichtete daher auf den in den Verhandlungsrichtlinien vorgesehenen Versuch, die Haltung der Bundesregierung zum Abschluss eines Sicherheitspakts genauer zu erkunden. Die Kremlführung kam in keiner Weise dem Ziel näher, die Bundesrepublik vom atlantischen Bündnis abzukoppeln. Sie hielt aber an der Hoffnung fest, dass man durch die Einrichtung einer Botschaft in Bonn wesentlichen Einfluss auf die inneren Entwicklungen in Westdeutschland gewinnen werde.

Adenauer bestand beharrlich auf der Freigabe der verurteilten Gefangenen. Während Chruschtschow und Bulganin dies immer wieder direkt ablehnten, suchte Molotow, wie in einer Ausarbeitung seines Ministeriums vorgesehen worden war, die Sache dadurch auf ein totes Gleis zu schieben, dass er eine dreiseitige Erörterung zusammen mit der DDR forderte. Als sein Gesprächspartner, ein leitender Beamter des Auswärtigen Amtes in Bonn, sich damit einverstanden erklärte, war er sichtlich überrascht[58]. Bulganin stimmte dem zwar zu, verschob die entsprechenden Gespräche aber bis nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Damit war die Sache faktisch vom Tisch, denn auf beiden Seiten wollte man die Gefangenenfrage noch während der laufenden Verhandlungen entscheiden[59].

Der Bundeskanzler gab zu verstehen, er lasse notfalls die gesamten Verhandlungen scheitern, wenn seinem Verlangen nicht entsprochen werde. Das bewog

[56] Stenogramma vtorogo zasedanija pravitel'stvennych delegacij SSSR i GFR, 10. 9. 1955, in: Vizit kanclera Adenauėra (Anm. 25), S. 69 f / Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij (Anm. 54), S. 42f.

[57] Stenogramma vtorogo zasedanija pravitel'stvennych delegacij SSSR i GFR, 10. 9. 1955, in: Vizit kanclera Adenauėra (Anm. 25), S. 73 / Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij (Anm. 54), S. 48f.

[58] Wilhelm G. Grewe, Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main 1979, S. 243.

[59] Sowjetisches Wortprotokoll der Sitzung der Regierungschefs, 12. 9. 1955 (Beginn um 16 Uhr), in: Vizit kanclera Adenauėra (Anm. 25), S. 118–121 / Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij (Anm. 54), S. 85–90.

die sowjetischen Führer zuletzt dazu, nach harter Auseinandersetzung nachzugeben. Sie bestanden aber darauf, dass darüber keine Vereinbarung geschlossen werden könne. Auf diese Weise hielten sie sich formal an die Instruktion des Parteipräsidiums, der zufolge diese Frage kein Gegenstand der Regelung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sein durfte. Sie boten aber ihr Ehrenwort an. Adenauer akzeptierte, obwohl er das Motiv der anderen Seite nicht kannte. Deren Hoffnung, ihm werde der politische Bonus verwehrt bleiben, die Gefangenen herausgeholt zu haben, erfüllte sich nicht. Die Öffentlichkeit ließ sich nicht davon überzeugen, es habe sich um ein sowjetisches Entgegenkommen aus freien Stücken gehandelt. Die vorangegangenen langen und heftigen Auseinandersetzungen, über welche die nach Moskau mitgereisten westdeutschen Journalisten unterrichtet worden waren, riefen den Eindruck hervor, dass die Entlassungen allein Adenauer zu verdanken seien. Im Kreml war man davon unangenehm überrascht, denn an der sich daraus ergebenden innenpolitischen Stärkung des Bundeskanzlers konnte man nicht interessiert sein. Die absolute Mehrheit, die er in der Bundestagswahl von 1957 errang, beruhte nicht zuletzt auch auf dem Glorienschein des Helden, der die Befreiung der Gefangenen gegen alle Widerstände erkämpft habe.

Bilanz des ersten Jahres Chruschtschowscher Außenpolitik

Die sowjetische Führung scheint nicht nur vorher, sondern auch nachträglich unterschätzt zu haben, wie sehr sie Adenauer durch ihre Zusage innenpolitisch stärkte. Auch intern war nur von den Erfolgen die Rede, während alles Negative unerwähnt blieb. Das galt auch im Blick auf die Belastungen, die man im Verhältnis zur DDR hingenommen hatte – wie insbesondere den von vornherein geleisteten Verzicht auf deren Anerkennung durch die Bundesrepublik und die auf dieser Basis formulierte Bonner Hallstein-Doktrin (der die UdSSR nicht widersprach) oder die Verweigerung einer Abstimmung der Positionen Moskaus und Ost-Berlins in der Kriegsgefangenenfrage. Auch sonst wurde auf sowjetischer Seite nur über die positiven Ergebnisse berichtet. Die Misserfolge – namentlich die kategorische Zurückweisung der Idee eines kollektiven Sicherheitssystems – wurden mit Schweigen übergangen. In helles Licht rückten dagegen die propagandistischen Erfolge der Entspannungsoffensive, die freundlichen Reaktionen in der Dritten Welt und die Abnahme des westlichen Einflusses in den internationalen Beziehungen. Als besonders wichtig wurde in Moskau hervorgehoben, dass man die Bundesregierung in „geschickter Ausnutzung der Lage“ zur Normalisierung ihrer Beziehungen zur UdSSR genötigt habe. Das sei von der westdeutschen Bevölkerung weithin begrüßt worden und habe die sowjetische Position in der Bundesrepublik wesentlich gestärkt[60].

Anfang 1956 zog das sowjetische Außenministerium demzufolge eine sehr positive Bilanz. Die UdSSR und die mit ihr verbundenen Staaten hätten „bedeutende

[60] Obzor ėkonomičeskogo i političeskogo položenija Germanskoj Federal'noj Respubliki i Zapadnogo Berlina v 1955 godu (Anlage zum Schreiben von Botschafter G. Puškin in Ost-Berlin an den stellv. Außenminister V. Semënov, 21.2.1956), AVPRF, f.0742, op.1, p.1, d.1, Bl.2.

Erfolge im Kampf für die Festigung ihrer außenpolitischen Positionen und für die Festigung des Friedens errungen". Ihr Vorgehen habe „wichtige internationale Bedeutung" besessen und „zu dem Wachstum der Autorität der Länder des sozialistischen Lagers und zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen beigetragen". Die Erfolge wurden primär zurückgeführt auf die Fixierung der österreichischen Neutralität, die Versöhnung mit Titos Jugoslawien, die Bildung des blockfreien Lagers in Asien und Afrika, die Stärke des Antikolonialismus, die in den Ländern der Dritten Welt zunehmende antiwestliche Tendenz und die daraus erwachsende Zusammenarbeit mit der UdSSR, den zurückgehenden Einfluss der USA und ihrer Verbündeten in der UNO und die sich mehrenden Sympathien für die Friedenspolitik Moskaus in der westlichen Öffentlichkeit. Die Stellung der Sowjetunion habe sich gefestigt, besonders in den Fragen der europäischen Sicherheit und Deutschlands. Erneut sei deutlich geworden, dass die „berüchtigte Politik [des Westens] ‚von der Position der Stärke aus' keine feste Grundlage besitzt"[61].

Revision der außen- und sicherheitspolitischen Leitlinien Stalins

Im Blick auf den XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 diskutierte die sowjetische Führung neue Leitlinien. In der Außen- und Sicherheitspolitik war sie sich einig, das „Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung" unter Berufung auf Lenin zur strategischen Generallinie zu erklären. Demnach sollte der Verzicht auf bewaffnete Gewalt keine zeitweiligtaktische Aushilfe in bestimmten Situationen mehr sein, sondern das sowjetische Verhalten dauerhaft bestimmen[62]. Alle Führungsmitglieder waren überzeugt, dass der Sozialismus mit historischer Notwendigkeit dem Sieg entgegenging. Sie stritten darüber, ob, wie es im Entwurf des Parteitagsdokuments hieß, der Krieg generell vermeidbar sei. Lasar Kaganowitsch wandte ein, die bisherige These der Unvermeidlichkeit des Krieges sei ein objektives Gesetz der Geschichte, das sich nicht durch bewusstes Wollen aufheben lasse. Molotow lehnte die vorgeschlagene Formulierung zwar nicht rundweg ab, wollte sie aber mit dem Hinweis relativieren, dass der Friede nur dann „aufrechterhalten und gefestigt" werde, wenn „die Völker die Sache der Wahrung des Friedens in ihre Hände" nähmen. Mit der rhetorischen Frage, ob sie denn nicht „bis zu Ende" nach der dazu nötigen Macht greifen müssten, gab er der Meinung Ausdruck, der Sozialismus bedürfe notfalls auch der gewaltsamen Durchsetzung. Anastas Mikojan vertrat die Auffassung, die „Stalin-Formel" [von der Unvermeidlichkeit des Krieges] sei „unvollständig". Demnach gab es auch andere Möglichkeiten des Übergangs zum Sozialismus. Georgij Malenkow war der gleichen Ansicht. Dmitrij Schepilow unterstützte ihn mit dem Argument, man dürfe der Propaganda der Gegner, die UdSSR sehe in Krieg und Bürgerkrieg Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele, keine Nahrung geben. Als

[61] Schreiben des Außenministeriums der UdSSR zu außenpolitischen Fragen (Material zu der Tagung am 6. Januar 1956), o. D., SAPMO-BArch, DY 30/3473, Bl. 15–17.
[62] Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 30. 1. 1956, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 21), S. 90f.

Standpunkt der Mehrheit wurde festgelegt, der Krieg bleibe aufgrund des aggressiven Wesens des „Imperialismus" – also des Westens – zwar weiter möglich, sei aber nicht unausweichlich.

Das Problem des Gewaltgebrauchs kam erneut zur Sprache, als die These erörtert wurde, der Übergang zum Sozialismus müsse nicht, wie bis dahin behauptet, stets mit Waffen erfolgen, sondern könne sich auch friedlich vollziehen. Gänzlich neu war dies nicht: Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Stalin eine friedliche Systemtransformation in den besetzten osteuropäischen Ländern ins Auge gefasst. Dabei war er freilich davon ausgegangen, dass – anders als in Russland nach dem bolschewistischen Putsch 1917 – die Macht schon von der Roten Armee erobert war und damit in den Händen der Verfechter des Sozialismus lag, so dass sie nur noch zur Veränderung der zivilen Ordnung eingesetzt werden musste. Wenn seine Nachfolger nunmehr auf den gleichen Gedanken zurückgriffen, konnten sie in keinem der Länder, in denen sich künftig eine sozialistische Option ergeben mochte, mit derartigen Voraussetzungen rechnen. Das Argument, in Großbritannien und Skandinavien hätten Sozialisten Mehrheiten im Parlament gewonnen, mithin sei auf dieser Basis eine sozialistische Wende möglich, überzeugte Kaganowitsch und Molotow nicht. Die dortigen Parteien verträten keinen echten Sozialismus. Mikojan verteidigte aber die Ansicht, es gebe einen „evolutionären Entwicklungsweg der Revolution", und wandte sich dagegen, dass es stets zu einer „blutvergießenden Revolution" kommen müsse. Die „Hauptfrage" sei doch nicht die Art des Vorgehens, sondern die „Relation der Klassenkräfte"[63].

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XX. Parteitag am 15. Februar 1956 sprach Chruschtschow einleitend von einer sich weiter verschärfenden „allgemeinen Krise des Kapitalismus". Diesem sei es nicht gelungen, seine inneren Konflikte zu überwinden und Stabilität zu erlangen. Zwar sei bei der Produktion und beim technischen Fortschritt kein Stillstand eingetreten, doch fehle der Wirtschaft eine gesunde Grundlage. Zudem sorgten der Kurs der Militarisierung, der Kampf um Märkte und die durch den Aufstieg Westdeutschlands und Japans gewachsenen zwischenstaatlichen Rivalitäten für Labilität[64]. Der Parteichef legte auch ein Friedensprogramm vor. Danach sollten die Beziehungen zwischen den Großmächten verbessert, Kriegsherde beseitigt oder verhindert, die Spannung vor allem im Verhältnis zur Bundesrepublik vermindert, nach neuen Wegen zur Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa gesucht und Maßnahmen zum Verbot der Kernwaffen, zur Regelung der deutschen Frage und zur Verständigung mit allen Staaten ergriffen werden. Er erklärte auch eine Zusammenarbeit mit den USA vor allem um der Abrüstung willen für notwendig. Diese habe aber in Washington bisher noch nicht die gebührende Unterstützung gefunden. Statt mehr Rüstung sei mehr Handel erforderlich[65].

[63] Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 30.1.1956, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 21), S. 88–93.

[64] Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14.2.1956, in: XX s-ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 14–25 fevralja 1956 g. Stenografičeskij otčët, Bd. I, Moskau 1956, S. 14–20.

[65] Ebenda, S. 28–38. Der Westhandel sollte ökonomische und technologische Defizite beheben. Die UdSSR verlangte vor allem eine Aufhebung des Embargos der NATO-Staaten für die strategischen Güter der COCOM-Liste.

Chruschtschow erläuterte, etwaige Bedrohungen des Friedens gingen nicht von der UdSSR aus. Diese benötige die Ressourcen anderer Staaten nicht und beabsichtige keinen „Export der Revolution". Der Sieg des Sozialismus werde nicht „auf dem Wege der bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der kapitalistischen Staaten", sondern im Wettbewerb der Systeme errungen, der die dortigen Werktätigen von den Vorteilen überzeugen werde, die ihnen die Errichtung einer neuen Ordnung bringe. Die „Verhinderung des Krieges in der gegenwärtigen Epoche" sei daher möglich. Der Lehrsatz, dass es zum militärischen Konflikt kommen müsse, stamme aus einer anderen Zeit, in der andere Voraussetzungen bestanden hätten. Inzwischen gebe es „mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über ernstliche Mittel verfügen, um eine Entfesselung des Krieges durch die Imperialisten zu verhüten." Sollten diese ihn trotzdem anzufangen suchen, müsse man „den Aggressoren vernichtenden Widerstand leisten und ihre abenteuerlichen Pläne zunichte machen"[66].

Chruschtschow legte auch dar, der Übergang zum Sozialismus könne auf unterschiedliche Weise erfolgen. Nicht immer sei er mit Bürgerkrieg verbunden. Die Anhänger Lenins würden von ihren Feinden gerne als „Verfechter der Gewalt immer und unter allen Umständen" hingestellt. Richtig sei lediglich, dass die „revolutionären Marxisten" im Gegensatz zu den Reformisten die „Notwendigkeit einer revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft" anerkennten. Das mache in der Tat „für eine Reihe von kapitalistischen Ländern die gewaltsame Zertrümmerung der bürgerlichen Diktatur und die damit verbundene heftige Verschärfung des Klassenkampfes unausweichlich". Aber ob dieser Kampf mehr oder weniger heftig tobe und Formen der Gewalt annehme, hänge vom „Ausmaß des Widerstands der Ausbeuter, vom Gewaltgebrauch der Ausbeuterklasse" ab. „Die Eroberung einer stabilen parlamentarischen Mehrheit, die sich auf eine revolutionäre Massenbewegung des Proletariats stützt, würde für die Arbeiterklasse einer Reihe von kapitalistischen und ehemals kolonialen Ländern Bedingungen schaffen, welche die Durchführung grundlegender sozialer Umgestaltungen ermöglichen würden." Wenn dagegen der Kapitalismus einen mächtigen militärisch-polizeilichen Apparat in der Hand habe, könne sich der Übergang zum Sozialismus nur „unter den Bedingungen eines heftigen Revolutions- und Klassenkampfes" vollziehen[67].

Mikojan betonte in seiner Parteitagsrede, in den innen- wie außenpolitischen Entwicklungen sei ein friedlicher Verlauf möglich. Das hänge vom Kräfteverhältnis ab. Nicht nur das mächtige sowjetische Lager, sondern auch die vom kolonialen Joch befreiten Völker Asiens und Afrikas und die sehr einflussreiche „Arbeiterklasse" in Ländern wie Frankreich und Italien seien Faktoren, die dem Ausbruch des Krieges hemmend entgegenwirkten[68]. Das amtliche Fazit lautete, dass, der später üblichen Formel zufolge, das Gebot der „friedlichen Koexistenz" für die „Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung" galt. Es betraf damit weder die innerstaatlichen Verhältnisse in westlichen Ländern und

[66] Ebenda, S. 36–38.
[67] Ebenda, S. 38–40.
[68] Reč' tov. Mikojana A.I., ebenda, S. 301–327.

Kolonialreichen noch die Situation innerhalb des sozialistischen Lagers, also auch nicht den dortigen zwischenstaatlichen Bereich (wie im weiteren Verlauf des Jahres die sowjetische Militärintervention in Ungarn zeigen sollte).

Auseinandersetzungen über Stalin

Stalins Nachfolger sahen sich von seinem innenpolitischen Erbe in doppelter Weise betroffen. Sie waren nicht nur Zeugen und Komplicen seiner geradezu wahnhaften Verfolgungspraxis gewesen, sondern hatten auch selbst in Angst und Schrecken gelebt. Die Rückkehr zur „sozialistischen Gesetzlichkeit" nach seinem Tod hatte die moralische Autorität von Regime und System nicht wiederhergestellt. Die massenweise erfolgten Haftentlassungen und die Rehabilitationsverfahren der Partei, die den willkürlich „Repressierten" die Ehre zurückgeben sollten, ließen die Rechtsbrüche einem größeren Personenkreis bekannt werden[69]. Vor diesem Hintergrund hielten es viele Führungsmitglieder für richtig, durch ein Zeichen zu bekunden, dass die Vergangenheit nicht wiederkehre. Deren Schrecken seien nicht dem Sozialismus, sondern persönlicher Verfehlung zuzuschreiben. Man müsse daher zu Stalin auf Distanz gehen. Dagegen sprach jedoch, dass die Abkehr von ihm Loyalitäten zerstören und das kommunistische Regime von Grund auf erschüttern mochte, weil er sich als „weiser Führer" zum Inbegriff des Systems gemacht hatte. Deshalb war 1953 Stalins Terror zwar beendet, aber nicht verurteilt worden. Das ließ sich je länger, desto schwerer aufrechterhalten. Chruschtschow wollte zwar nicht an der Ehre des Diktators rühren[70], trat aber im Oktober 1955 dafür ein, die innenpolitische Orientierung eindeutig auf eine andere Linie festzulegen, um Verfechter des früheren Kurses daran zu hindern, sich Unklarheiten zunutze zu machen[71].

Die Kremlführung erörterte daher im Vorfeld des XX. Parteitags das Verhältnis zu Stalin. Nachdem sie die Bildung von 83 Kommissionen verfügt hatte, welche die Verurteilungen in den Zwangsarbeitslagern überprüfen und über Entlassungen entscheiden sollten[72], entspann sich eine Diskussion darüber, wie man den verstorbenen Führer darstellen solle. Für eine unverändert positive Bewertung seiner Person und seines Wirkens sprachen sich die gleichen Präsidiumsmitglieder aus, die sich auch gegen die politischen Neuorientierungen gewandt hatten. Molotow lehnte jede Kritik an Stalin ab mit dem Argument, man müsse ihn doch „als großen Führer anerkennen". Kaganowitsch meinte, man könne zwar „viel überprüfen", aber dieser habe „30 Jahre an der Spitze" gestanden. Molotow forderte daraufhin, man dürfe „nicht verschweigen, dass Stalin der große Fortsetzer der Sache Lenins

[69] V.P. Naumov, K istorii sekretnogo doklada N.S. Chruščëva na XX s-ezde KPSS, in: Novaja i novejšaja istorija, 4/1996, S. 149–151; N.A. Barsukov, XX s-ezd v retrospektive Chruščëva, in: Otečestvennaja istorija, 6/1996, S. 169–172; N.A. Barsukov, XX s-ezd KPSS i ego istoričeskie real'nosti, Moskau 1991, S. 39.

[70] Ebenda, S. 29.

[71] Naumov, Bor'ba N.S. Chruščëva (Anm. 4), S. 14.

[72] Wiedergabe des einschlägigen Auszugs aus dem Sitzungsprotokoll in: Wladislaw Hedeler, Das Referat Nikita Chruščëvs „Über den Personenkult und seine Folgen" auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Vorgeschichte. Betrachtung im Lichte neuer Quellen, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/2001, S. 12.

war". Mikojan entgegnete, man könne „den Verstand verlieren", wenn man bedenke, was alles geschehen sei. Maksim Saburow stimmte ihm bei mit der Frage, wenn die inzwischen eruierten Angaben stimmten, sei das denn „etwa Kommunismus?". So etwas dürfe „man nicht entschuldigen". Malenkow sprach sich dafür aus, „richtig auf die Tatsachen [zu] sehen" und das dann „der Partei [zu] sagen". Michail Perwuchin erklärte, sie alle hätten damals Bescheid gewusst, aber nichts tun können, und seien jetzt „verpflichtet, dies der Partei zu erklären sowohl auf dem Parteitag als auch auf dem [folgenden ZK-]Plenum".

Kliment Woroschilow und Molotow warnten, man dürfe „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten". Chruschtschow antwortete mit weit ausholenden Ausführungen. Man müsse „alles im Interesse der Partei klären". Mit der Bemerkung, dass Jagoda und Jeshow (die in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die Massenverfolgungen durchgeführt hatten) „keinen Dreck am Stecken" hätten, wies er die Schuld allein Stalin zu. Dieser sei zwar „der Sache des Sozialismus verbunden" gewesen, sei aber „mit barbarischen Mitteln" vorgegangen und habe „die Partei vernichtet". Er sei „kein Marxist" gewesen, habe „alles Heilige, was dem Menschen eigen ist, weggewischt" und „alles seinen Launen untergeordnet". Zugleich meinte er, man solle auf dem Parteitag „nicht über den Terror sprechen", sondern die „Linie bestimmen" und „Stalin seinen Platz zuweisen", indem man die Losungen und die Literatur bereinige. Man solle „Marx und Lenin hernehmen". Auf dieser Basis müsse „das Feuer auf den Personenkult verstärkt werden"[73]. Auf den normalen Sitzungen des Parteitags, über die man der Öffentlichkeit berichten würde, wollte er Stalin beiseite lassen. Die Abkehr von ihm und seiner Politik sollte nur indirekt zum Ausdruck kommen.

Das Parteipräsidium bildete eine Kommission zur Untersuchung der Repression Ende der dreißiger Jahre gegen Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees. Am 9. Februar lag das Ergebnis vor. Die bestürzende Feststellung, dass nur wenige überlebt hatten, während die anderen schuldlos liquidiert worden waren, bewog Chruschtschow, Perwuchin und Mikojan zu der Schlussfolgerung, Stalin sei „als Führer demontiert" und „[u]ntauglich". „Was ist das für ein Führer, der alle umbringt. Man muss den Mut aufbringen, die Wahrheit zu sagen". Nun müsse man „darüber nachdenken, was und wie man es dem Parteitag sagt". Andernfalls wäre man dort „unehrlich". Pjotr Pospelow solle einen Bericht ausarbeiten, der die Ursachen des Fehlverhaltens nenne: Personenkult und die Konzentration der Macht in den „unehrlichen Händen" eines Einzelnen. Das könne zum Schluss geschehen. Die Antragsteller wollten auch das bis dahin geheim gehaltene Testament Lenins (in dem dieser vor Stalin gewarnt hatte) drucken und an die Delegierten verteilen lassen. Molotow stimmte zu, wandte aber ein, Stalin sei „der Fortsetzer Lenins", und die Anwesenden hätten 30 Jahre unter ihm gelebt. Auch habe er das Land industrialisiert und eine „große Partei" geschaffen. Er stimme mit Kaganowitsch darin überein, dass man zwar dem Vorschlag „nicht widersprechen" könne, aber „kaltblütig an die Sache herangehen" müsse und kein „Chaos" entstehen lassen dürfe.

[73] Auszugsweise Wiedergabe des Sitzungsprotokolls vom 1. 2. 1956, ebenda, S. 13f. Vgl. Barsukov, XX s-ezd v retrospektive Chruščëva (Anm. 69), S. 172–174.

Bulganin stellte sich auf die Seite Chruschtschows und meinte, man müsse „die Rolle Stalins in zwei Etappen darstellen". In der zweiten Phase sei er kein Marxist mehr gewesen. Woroschilow sprach sich dafür aus, „alles viel gründlicher vor[zu] bereiten und vorsichtig vor[zu]gehen", denn „jeder Patzer" würde „Folgen haben". Bis 1934 (als Stalin die Verfolgung von den „Klassenfeinden" auf leitende Parteifunktionäre ausdehnte) sei er „ein guter Kerl" gewesen und habe eine insgesamt richtige Politik betrieben, danach aber die Macht an sich gerissen, wofür man „einzelne Beispiele anführen" könne. Als Ideologie-Experte stimmte Michail Suslow der Bewertung nach Maßgabe zweier Etappen zu und wollte das Schicksal der ZK-Delegierten zum Ausgangspunkt der Kritik machen. Malenkow setzte sich für ein offenes Wort auf dem Parteitag ein und betonte, „[k]ein Hinweis auf den Kampf gegen die Feinde" könne „die Vernichtung der Kader erklären". Nach seiner Ansicht sollte man weder von zwei Etappen sprechen noch „ein gesondertes Referat über Stalin halten". ZK-Sekretär Awerkij Aristow meinte, in der UdSSR habe man „einen Gott schaffen" wollen, und „ein Teufel" sei „dabei herausgekommen". Man müsse „die Wahrheit ohne Wenn und Aber sagen". Saburow wandte sich gegen das „Tricksen" von Molotow, Kaganowitsch und Woroschilow. Es gebe „nur einen Stalin und nicht zwei", und es handele sich auch nicht um bloße „Mängel", sondern um „Verbrechen", über die man die „ganze Wahrheit" sagen müsse. Chruschtschow fasste die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Sache dem Parteitag mitgeteilt werden müsse. Es gelte aber, die Nuancen zu berücksichtigen. „Wir haben alle mit Stalin gearbeitet, das darf uns nicht die Hände binden. Wir müssen uns nicht schämen." Mit dem Vorgehen gegen Berija 1953 habe man Handlungsfähigkeit bewiesen und „den Weg für die Aktion freigemacht". Nun stelle sich die Frage, wer die Sache vortragen solle[74].

Chruschtschows Geheimbericht über Stalin

Auf dem XX. KPdSU-Parteitag war von Stalin nur einmal die Rede, als man der verstorbenen kommunistischen Führer gedachte. Der Umstand, dass er ohne Hervorhebung neben die KP-Chefs der Tschechoslowakei und Japans gestellt wurde, machte ebenso wie das Ausbleiben der früher obligatorischen Lobeshymnen den Wandel der offiziellen Haltung deutlich. Kein Redner nahm seinen Namen in den Mund. Das galt auch für Mikojan, der aber unverkennbar Kritik an ihm übte, als er von den theoretischen Fehlern in einer seiner Schriften sprach[75]. Das Parteipräsidium ließ währenddessen von Pospelow einen Bericht über Stalins Personenkult entwerfen, dessen Ergebnisse am Ende des Parteitags außerhalb der Tagesordnung präsentiert werden sollten. Nach Fertigstellung wurde der Text mehrfach besprochen. Chruschtschow fügte Zusätze und Korrekturen an. Mit großer Mehrheit wurden die Bedenken gegen eine Unterrichtung der Partei über die begangenen Verbrechen abgelehnt, doch ging die Debatte darüber bis zuletzt weiter. Chruschtschow erhielt den Auftrag, den Bericht auf einer Geheimsitzung vorzutragen. Am

[74] Auszugsweise Wiedergabe des Sitzungsprotokolls vom 9.2.1956, in: Hedeler, Das Referat Nikita Chruščëvs (Anm. 72), S. 15f.
[75] Ebenda, S. 5.

Abend des 25. Februar wurden dazu nur die sowjetischen Delegierten des Parteitags und die ZK-Sekretäre eingeladen. Die ausländischen Kommunisten blieben ausgeschlossen und wussten nicht einmal, dass die Zusammenkunft stattfand[76].

Die Mitglieder des Parteipräsidiums glaubten in ihrer Mehrheit, sich durch eine entschlossene Abkehr von Stalin legitimieren zu können[77]. Bei vielen von ihnen, etwa Chruschtschow oder Mikojan, kamen persönliche Betroffenheit und moralischer Abscheu hinzu[78]. Sie teilten zwar nicht die Bedenken Molotows und seiner beiden Gesinnungsgenossen, dass der politische Ruf des Sozialismus unwiderruflich Schaden nehme, meinten aber, dass sie als frühere Mitarbeiter Stalins sorgfältig darauf achten mussten, nicht als mitschuldig an seinen Untaten zu erscheinen. Auch sollten der kommunistische Herrschaftsanspruch und die sowjetischen Errungenschaften gegenüber der Außenwelt dadurch hochgehalten werden, dass man Stalins entsprechende Verdienste uneingeschränkt würdigte. Die Anklage sollte auf die willkürliche Verfolgung der eigenen Kader, die fatalen politischen und militärischen Fehlentscheidungen sowie das zuweilen unnötig harte, mithin kontraproduktive Vorgehen beschränkt werden. Die Ausübung von Zwang und die repressiven Akte im Umgang mit Widersachern seien ohne Vorbehalt grundsätzlich zu bejahen. Als Beweggrund aller Verbrechen galt der „Personenkult", der Stalin bewogen habe, nur sich selbst und seine Launen gelten zu lassen und weder der Partei noch dem Marxismus-Leninismus ein eigenes Gewicht beizumessen.

Bei der abschließenden Formulierung des Berichts suchte Chruschtschow das negative Bild der Persönlichkeit Stalins nicht nur durch Begrenzung der Anklagepunkte, sondern auch durch den Hinweis aufzuhellen, seine Tätigkeit sei durch die „Liebe zu den Werktätigen" und das Bestreben motiviert gewesen, „die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen". Demnach hatte er „große Verdienste um die Partei, die Arbeiterklasse und die internationale Arbeiterbewegung". Auch bei seinen Untaten habe ihn die Überzeugung geleitet, dass sein Vorgehen notwendig sei „zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen gegen die Umtriebe der Feinde und die Angriffe des imperialistischen Lagers". Er habe alles betrachtet „aus der Position der Interessen der Arbeiterklasse, der Interessen des werktätigen

[76] Ebenda, S. 17–19. Vgl. Naumov, K istorii sekretnogo doklada (Anm. 69), S. 162–165; A.A. Fursenko, Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka, Moskau 2006, S. 56–60.

[77] Nach der Einschätzung von Vladislav Zubok, Die sowjetrussische Gesellschaft in den sechziger Jahren, in: Stefan Karner / Natalja Tomilina / Alexander Tschubarjan / Viktor Iščenko / Michail Prozumenščikov / Peter Ruggenthaler / Oldřich Tůma / Manfred Wilke (Hg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Bd 1: Beiträge, Köln – Weimar – Wien 2008, S. 826, glaubte Chruščëv, durch eine gezielte Distanzierung von Stalin könne er den Weg zu einem besseren Sozialismus öffnen.

[78] Wie es scheint, fühlte man sich in ungewolltes Unrecht verstrickt, als man entdeckte, dass Repressionsakte, an denen man sich seinerzeit nicht nur unter Zwang, sondern auch in der Überzeugung ihrer Notwendigkeit beteiligt hatte, auf bloßer Willkür beruhten. Zudem hatte man sich mehrfach auch selbst bedroht gesehen. Wie Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur gegen stalinistische dogmatische Politik , Berlin 1994 (2. Aufl.), S. 70f, berichtet, äußerte Chruščëv Ende Juli 1959 bei seinem DDR-Besuch auf der Rückreise aus Genf gegenüber Manfred von Ardenne, sie beide hätten „Glück gehabt", denn sie seien Stalin nicht zum Opfer gefallen. Im Geheimbericht sollte zuerst auch von einem – als bezeichnend angesehenen – Vorfall die Rede sein, bei dem Stalin dem versammelten Politbüro erklärt habe, sie fürchteten doch wohl, er werde sie erschießen, um ihnen dann zu versichern, das sei nicht seine Absicht, siehe Naumov, K istorii sekretnogo doklada (Anm. 69), S. 164f.

Volkes [und] der Interessen des Sieges des Sozialismus und Kommunismus". Das sei nicht das Verhalten eines starrköpfigen Despoten *(samodur)* gewesen. Er habe vielmehr geglaubt, im höheren Interesse zu handeln. Das sei die „wahre Tragödie"[79].

Auswirkungen in der UdSSR und im äußeren Imperium

Die Teilnehmer der Geheimsitzung am 25. Februar, zu der nur die sowjetischen Delegierten geladen waren, hörten voller Entsetzen, was ihnen Chruschtschow vortrug. In deprimierter Stimmung gingen sie auseinander. Die Ausführungen wurden unter dem Siegel strengster Geheimhaltung gemacht. Nur die Partei dürfe davon wissen, die breite Öffentlichkeit dagegen nichts erfahren. Der Text ging anschließend zuerst an hohe Funktionäre und wurde dann auch unteren Rängen bekannt gegeben. Die Reaktion darauf war uneinheitlich. Die meisten waren geschockt. Viele von ihnen wollten nicht glauben, was sie erfuhren. Schließlich war ihnen der verstorbene Führer bis dahin stets als in höchstem Maße weise, gut und gerecht dargestellt worden. Nun aber hieß es, dass viele der von ihm als „Volksfeinde" liquidierten Personen in Wirklichkeit unschuldig und sogar treue Leninisten gewesen waren! Andere Parteimitglieder – eine weit geringere Anzahl – begrüßten die Abkehr von Stalin und das daraus resultierende politische „Tauwetter". Soweit die Bevölkerung durch Gerüchte etwas erfuhr, kam verschiedentlich Unruhe auf[80].

Chruschtschow erschrak über die Wirkung seiner Ausführungen. Er hatte geglaubt, die gegen Stalins Willkürakte gerichtete Verurteilung werde den Sozialismus nicht diskreditieren, sondern legitimieren, und merkte nun, mehr in Bewegung gebracht zu haben als beabsichtigt. Er verstärkte das Bemühen, die Verbrechen nur dem Personenkult zuzuschreiben[81]. In dieser Absicht war sein Referat schon den Parteiorganisationen zur Kenntnis gegeben worden[82]. In der Führung sah er sich dem Vorwurf Molotows und seiner Gesinnungsgenossen ausgesetzt, er habe mit der Entstalinisierung dem Sozialismus schweren Schaden zugefügt[83]. In amtlichen Rundschreiben, die den Apparat der KPdSU zur Verstärkung des Kampfes gegen parteifeindliche und antisowjetische Tendenzen aufriefen[84], kam die Sorge zum Ausdruck, die Zerstörung des Stalin-Mythos desavouiere das Regime. Als ein junger Wissenschaftler auf der Versammlung seiner Parteiorganisation demokratische Veränderungen forderte, hielt man das im Kreml für so gravierend, dass man in einem eigens gefassten Beschluss die Stellungnahme verurteilte, die Parteiorganisation auflöste, den Redner und seine Sympathisanten ausschloss

[79] O kul'te ličnosti i ego posledstvijach. Doklad Pervogo sekretarja CK KPSS tovariščа Chruščëva N.S. XX s-ezdu KPSS, in: Izvestija CK KPSS, 3/1989, S. 128–170 (Zitate auf S. 163).
[80] Michail Prozumenščikov, Ereignisse, die die kommunistische Welt erschütterten. Zum 50. Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2006, S. 53f.
[81] Aleksej Adžubej, Krušenie illjuzij. Vremja v sobytijach i licach, Moskau 1991, S. 145.
[82] Mark Kramer, Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 17–18/2006, 24. 4. 2006, S. 8.
[83] Naumov, Bor'ba N.S. Chruščëva (Anm. 4), S. 19, 20f.
[84] Aleksandr Jakovlev, Sumerki, Moskau 2003, S. 256f.

und festlegte, in der KPdSU dürften nur noch die verbleiben, die sich voll mit ihrer Generallinie identifizierten und für die Durchsetzung ihrer Entscheidungen einsetzten. Der Parteichef geriet durch Emanzipationsbestrebungen in der Intelligenz, heftige Proteste von Stalin-Anhängern und zunehmende Ablehnung in Führungskreisen in die Klemme. Um dem zu begegnen, zog er engere Grenzen für die Abkehr von der Vergangenheit und die politischen Lockerungen. Ab Mitte des Jahres lautete der Vorwurf gegen Stalin nur noch, er sei ein Despot mit schlechtem Charakter gewesen und habe fälschlich behauptet, dass sich der Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft gesetzmäßig verschärfe. Auch hieß es entschuldigend, der verurteilte „Personenkult" sei auf den „Klassenkampf" mit dem Westen und die „kapitalistische Einkreisung" der UdSSR zurückzuführen[85].

Noch weit mehr als in der Sowjetunion führte Chruschtschows Rede zu Folgen in den abhängigen osteuropäischen Staaten, obwohl der Kreml große Vorsicht bei der Unterrichtung walten ließ. Die Delegationen der ausländischen kommunistischen Parteien wurden vor ihrer Abreise aus Moskau in groben Zügen über die Thesen des Referats informiert. Ihre Führungskader durften zu Hause eine speziell für sie angefertigte Version in der jeweiligen Sowjetbotschaft gegen Quittung lesen. Außer in Polen blieb die Information zunächst überall auf die obersten Parteispitzen beschränkt[86]. Ungeachtet dieser Restriktion, verbreitete sich die Nachricht besonders in den führenden Kreisen. Vor allem aber gelangte die Geheimrede über Israel an den amerikanischen Geheimdienst CIA, der den Text der „New York Times" zur Veröffentlichung weitergab. Westliche Sender, die sich an das Publikum in Osteuropa wandten und vor allem in Ostmitteleuropa viele Hörer hatten, brachten Chruschtschows Ausführungen wortwörtlich. Die kommunistischen Führungen gerieten unter innenpolitischen Druck. In Warschau etwa sahen sich die Machthaber mit heftiger Kritik konfrontiert und genötigt, die ihnen übersandte Fassung der Geheimrede in den Parteiorganisationen verlesen zu lassen. In Polen und anderen Ländern verbreitete sich Unruhe[87].

Entwicklungen in der DDR

In der DDR geriet Ulbricht in Schwierigkeiten. Er hatte sein Regime mit betonter Berufung auf Stalin legitimiert, sich als dessen „bester Schüler" feiern lassen und war dessen Beispiel sowohl in seinem Führungsstil als auch beim Kult um seine Person gefolgt. Der SED-Chef hätte Chruschtschows Rede am liebsten totge-

[85] Naumov, Bor'ba N.S. Chruščëva (Anm. 4), S. 16 f; Horst Schützler, Der XX. Parteitag der KPdSU und die Konfliktsituation im Lande, in: Prokop, Siegfried (Hg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 132–135; Jan Foitzik, Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa. Verlauf, Ursache und Folgen, in: Roger Engelmann / Thomas Großbölting / Hermann Wentker (Hg.), Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 55.

[86] Jerzy Holzer, Die Geheimrede Chruschtschows und ihre Rezeption in Ostmitteleuropa, in: Hans Henning Hahn / Heinrich Olschowsky (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 13–17; Hedeler, Das Referat Nikita Chruščëvs (Anm. 72), S. 8 f; Mark Kramer, Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 17–18/2006, 24. 4. 2006, S. 8–10.

[87] Ebenda; Aleksandr Fursenko / Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006, S. 87.

schwiegen, sah aber, dass dies nicht machbar war. Er konnte eine Verurteilung des bisherigen Kurses nicht vermeiden, wollte aber alles beim Alten lassen und entschied sich für bloß verbale Korrekturen. Die Parteizeitung „Neues Deutschland" erklärte am 4. März unter Hinweis auf die Schauprozesse in der UdSSR von 1936 bis 1938 und auf theoretische Fehler in einer Spätschrift, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus[88]. Auch diese bagatellisierende Version ließ das Publikum in der DDR aufmerken, dem man den sowjetischen Führer bis dahin als den Vollender des ideologischen und politischen Werkes von Marx, Engels und Lenin dargestellt hatte. Nachdem die Zeitungen in West-Berlin am 17. März Chruschtschows Ausführungen wiedergegeben hatten, reagierte der Parteichef sofort mit einer Erklärung gegen den „Dogmatismus" der – bis dahin als ideologischer Leitstern geltenden – Schrift „Kurzer Lehrgang der KPdSU", in der sich Stalin als der Führer dargestellt hatte, der stets die allein richtige Entscheidung getroffen und gegen alle Widerstände durchgesetzt habe[89]. Es ließ sich aber – zumal in Anbetracht der vom deutschen Westen hereinwirkenden Medien – nicht verbergen, dass dies eine totale Verharmlosung der Kurskorrektur Moskaus war. Das zog bis weit in die Partei hinein große Unzufriedenheit und heftige Kritik nach sich. Ulbricht war als maßgebender Spitzenfunktionär und Verfechter eines kompromisslos harten Kurses der hauptsächliche Adressat des Missmuts[90].

Der SED-Chef sah sich genötigt, die aus Moskau übermittelte Version der Geheimrede übersetzen und vor den Mitgliedern des Zentralkomitees verlesen zu lassen. Auf folgenden parteiinternen Veranstaltungen dosierte er die Informationen über die sowjetische Abkehr von Stalin mit großer Vorsicht und warnte vor der Tendenz, darüber zu diskutieren. Trotzdem kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über Stalins Fehlverhalten und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Um die Diskussion zu begrenzen, veranlasste Ulbricht die SED-Führung zu einer Stellungnahme des Inhalts, es habe zwar einige Fehler gegeben, doch gelte es, eine „Fehlerdiskussion" zu vermeiden und die „marxistisch-leninistische Geschlossenheit" der Partei zu wahren. Demnach war ernstliche Kritik nicht statthaft. Das Fazit lautete: „Die Generallinie unserer Partei war und ist richtig". Mit diesen und ähnlichen Minimalkorrekturen konnte sich Ulbricht freilich nicht vom Ruch des Stalinisten befreien. Im Kreml stellte man die Frage, ob er nicht so wie etwa Matyás Rákosi in Ungarn abgelöst werden müsse. Zudem mochte sich die oppositionelle Stimmung in der DDR, die durch Chruschtschows Kritik an Stalin Auftrieb erhalten hatte, durch Entfernung des besonders unbeliebten Parteichefs abbauen lassen. Seine Kritiker in der SED stießen im Kreml auf Sympathie[91].

[88] Walter Ulbricht, Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: Neues Deutschland, 4. 3. 1956.

[89] Antwort auf Fragen der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED (Auszug aus der Diskussionsrede Ulbrichts), in: Neues Deutschland, 18. 3. 1956.

[90] Jürgen Wendler, Die Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1952 bis 1958. Publizistisches Erscheinungsbild und Hintergründe der Wiedervereinigungsrhetorik, Köln 1991, S. 426.

[91] Hope Harrison, Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU. Die Verhinderung politischer Korrekturen in der DDR, 1956–1958, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 46 f; Peter Grieder, Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro 1956–1958, in: Thomas Klein / Wilfriede Otto / Peter Grieder, Visionen, Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Teil II, Frankfurt/Oder 1997, S. 589 f; Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, Frankfurt/Main 1985, S. 328; Wilfriede Otto,

Fred Oelßner legte Anfang Juli ein Papier vor, in dem Ulbricht des Personenkults und des persönlichen Regimes beschuldigt wurde. In der Partei bis hinauf zum Zentralkomitee herrsche großer Unmut. Nur aus Angst werde das nicht offen ausgesprochen. Diese Kritik stieß im Politbüro der SED auf eisiges Schweigen. Zwar gab es in der Führung nicht wenige Funktionäre, die der gleichen Ansicht waren, doch der SED-Chef hatte, nachdem er im Sommer 1953 die Angriffe nur mit Mühe hatte abwehren können, für eine sichere Mehrheit an der Parteispitze gesorgt. Zudem erfüllte die Erschütterung der kommunistischen Herrschaft in den östlichen Nachbarstaaten, vor allem der kurz zuvor ausgebrochene, nur in einer blutigen Aktion niedergeschlagene Arbeiteraufstand in Posen, die Politbüromitglieder mit Sorge und ließ sie vor jeder Infragestellung der bestehenden Verhältnisse zurückschrecken[92]. Das galt auch für den zweiten Mann in der Partei, Karl Schirdewan, der zwar keine stalinistisch belastete Vergangenheit hatte und daher als personelle Alternative hätte in Betracht kommen können, doch die nahezu gleiche politische Linie vertrat[93]. In Moskau stieß die stalinistische Orientierung, Selbstherrlichkeit und Selbstbeweihräucherung Ulbrichts zwar auf wenig Sympathie, doch schien Vorsicht gegenüber der Veränderungstendenz angebracht. Schritte zur Beschränkung seiner Macht, so fürchtete die sowjetische Führung, würden seinen Widersachern in der DDR und im Westen einen Triumph verschaffen, der sie zur Forderung nach völliger Amtsenthebung, vielleicht gar zu Angriffen gegen das sozialistische System ermutigen würde[94].

Stabilisierung der Lage in der DDR

Das kommunistische Regime in der DDR war mit drei Herausforderungen konfrontiert. Zum einen kritisierten ideologisch geprägte Parteiintellektuelle die SED-Führung im Namen eines besseren Sozialismus, von dessen Konkretisierung sie aber meist nur sehr vage Vorstellungen hatten. Wolfgang Harich und Walter Janka arbeiteten dazu Ideen aus, machten sich aber keine Gedanken darüber, wie diese praktisch zu verwirklichen und politisch durchzusetzen seien[95]. Bei den Trägern solcher Stimmungen handelte es sich um kleine Kreise, die nicht untereinander vernetzt und ohne Kontakt zur Bevölkerung waren. Zum zweiten ermutigte der antistalinistische und nationale Aufbruch, der in Polen Władysław Gomułka im Oktober 1956 an die Macht brachte, Studenten, gelegentlich auch Lehrkräfte an

Ansätze kritischer Geschichtsreflexionen, in: Siegfried Prokop (Hg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 29–31; Karl Schirdewan, Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen, Visionen, Autobiographie, Berlin 1998, S. 256.

92 Wilfriede Otto, Ansätze kritischer Geschichtsreflexionen 1956, in: Prokop, Siegfried (Hg.), Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 28–30; Stefan Wolle, Revolte im Hörsaal. Die Humboldt-Universität im Jahr 1956, in: Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat, 19/2006, S. 9–11; Hope M. Harrison, Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 45 f; Andreas Malycha / Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 139–141.

93 Werner Müller, Karl Schirdewan – ein Stalinist mit preußischer Disziplin, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 2008, S. 69–77.

94 Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 126.

95 Als Darstellung eines Sympathisanten, der sich mit den Vorstellungen Harichs identifiziert, siehe Siegfried Prokop, Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997.

den Universitäten vieler Städte, vor allem Ost-Berlins, dazu, ein Ende der ständigen geistigen Gängelung zu fordern. Das entsprach der im Volk verbreiteten Stimmung. Das Regime befürchtete einen politischen Flächenbrand, der umso bedrohlicher erschien, als die Funktionäre vor Ort durch das wachsende Gefühl der fehlenden Massenbasis entmutigt wurden und die Staatssicherheit außerstande war, die Lage an den Hochschulen unter Kontrolle zu bekommen[96]. Drittens war die SED-Führung besorgt wegen der kritischen Versorgungslage. Die Unzufriedenheit vor allem der Arbeiter ließ das Schlimmste erwarten. Beginnende Streiks und Proteste in den Fabriken wurden als Alarmzeichen wahrgenommen[97].

Ulbricht wandte sich am 6. November mit einer dramatisierenden Schilderung der Lage an Chruschtschow. Die Lage sei „zur Zeit sehr ernst". Es gebe „politisch sehr schlechte Diskussionen". Dadurch werde „die Arbeit des Gegners" sehr erleichtert. Es gelte, „unter allen Umständen" eine weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage zu vermeiden. Die DDR bedürfe dringend der Unterstützung. Zugleich bemühte er sich um ein Plazet für hartes Durchgreifen[98]. Ulbricht hatte den richtigen Zeitpunkt gewählt. Nachdem ihn der sowjetische Parteichef noch am 24. Oktober wegen Unterdrückungspolitik gerügt hatte[99], war er im Zusammenhang mit dem Entschluss vom 31. Oktober zur bewaffneten Niederschlagung der ungarischen „Konterrevolution" völlig anderen Sinnes geworden. Er glaubte nun, man dürfe gegenüber feindlichen Tendenzen keine Schwäche zeigen, sondern müsse mit aller Härte vorgehen. Auch hatte er die Absicht, gegenüber den Parteien des sowjetischen Lagers „mehr Feingefühl an den Tag zu legen, der Meinung der Genossen mehr zuzuhören und mehr Einfluss auf sie zu nehmen, sie aber nicht zu kommandieren"[100]. Das hieß: Der SED-Chef durfte handeln, wie er es für richtig hielt. Chruschtschow ließ sich von Ulbricht davon überzeugen, dass in der DDR Gefahr im Verzug sei, der man mit allen Mitteln begegnen müsse. Er hielt auch von sich aus ein repressives Vorgehen für richtig. Im Blick auf Ungarn äußerte er intern, man hätte besser einige Leute rechtzeitig einsperren sollen[101]. Zugleich schwächte er seine Kritik an Stalin weiter ab[102].

Ulbricht hatte sich seit Frühjahr 1956 auf den Gebrauch bewaffneter Gewalt vorbereitet. Die Volkspolizei war für den Häuser- und Straßenkampf ausgebildet worden. Die Alarm- und Einsatzpläne für den Ernstfall im Innern waren neu be-

[96] Ausführliche Berichte über diese Vorgänge finden sich in den Akten SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/904/432, DY 30/IV 2/904/433 und DY 30/IV 2/65/2. Zu den Sorgen in führenden SED-Kreisen siehe auch Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster 2003, S. 463f.

[97] Stefan Wolle, Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 5/1991, 25.1.1991, S. 42–49.

[98] Ulbricht und Grotewohl an Bulganin und Chruščëv, 6.11.1956, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 2/510, Bl. 6f.

[99] Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen (Anm. 94), S. 151.

[100] „Esli skazal ‚a', to nado govorit' i ‚b'". Stenogramma sobranija partijnogo aktiva 4 nojabrja 1956 g., in: Vestnik, 6/2003, S. 73f.

[101] Schirdewan, Aufstand gegen Stalin (Anm. 92), S. 256.

[102] Vadim V. Zagladin, Der erste Erneuerungsimpuls. Eine Betrachtung des XX. Parteitags der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 31; N.A. Barsukov, XX s-ezd v perspektive Chruščëva, in: Otečestvennaja istorija, 6/1996, S. 176.

arbeitet, Mobilisierungsmaßnahmen eingeleitet worden. Die Kampfgruppen wurden im Herbst in Bereitschaft versetzt. Ihr Aufmarsch in Ost-Berlin am 2. November auf dem Höhepunkt der Spannungen sollte zusammen mit weiteren Aktionen der Öffentlichkeit die Entschlossenheit zum rücksichtslosen Vorgehen im „Kampf gegen die Konterrevolution" vor Augen führen. Wie üblich, lastete die SED-Führung die materiellen Mängel, die bestehende Unzufriedenheit und alle abweichenden Meinungen westlicher Einwirkung an und rechtfertigte damit das scharfe Vorgehen gegen jedwede Abweichler. Es wurden 73 angebliche Agenten westlicher Geheimdienste verhaftet. Etwas später begannen Prozesse sogar gegen parteitreue Kritiker wie Harich. Wer aus der politischen Reihe tanzte, galt als gefährlicher Opponent, dessen feindliche Einstellung sich auf die ganze Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft, übertragen könne. Man müsse den ersten Anfängen wehren, bevor es zu einer Entwicklung wie in Ungarn komme. Insgesamt suchte Ulbricht die politische Kontrolle dadurch wiederherzustellen, dass er sowohl massiven Gewaltgebrauch androhte als auch die materielle Versorgung verbesserte.[103].

Dementsprechend beschloss das SED-Politbüro am 8. November „Maßnahmen zur Unterdrückung der konterrevolutionären Aktionen". Die Begründung lautete, man müsse sich gegen die „Machenschaften des Klassengegners" wenden, der den „Arbeiter-und-Bauern-Staat" untergraben und den Frieden gefährden wolle. Nach dem festgelegten Drei-Stufen-Plan sollten gegen „Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung" die Kräfte der Volkspolizei, der Staatssicherheit und der Kampfgruppen landesweit „zunächst nur mit einfachen polizeilichen Mitteln" vorgehen. Die Verwendung der Nationalen Volksarmee war dabei auf „Einzelfälle" zu begrenzen. Wenn dies nicht zum Erfolg führte, wurde an einen gezielten Einsatz des ostdeutschen Militärs „in erster Linie in geschlossenen Einheiten" ins Auge gefasst. Falls auch das ohne Wirkung blieb, sollten auf Bitte der DDR-Regierung die im Lande stationierten sowjetischen Truppen eingreifen[104]. Die UdSSR unterstützte das drohende Verhalten, indem sie nachts Panzer durch mehrere Großstädte rollen ließ[105].

Gestützt auf die Zusage materieller Hilfe aus Moskau, suchte Ulbricht die wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR zu verbessern. Er bemühte sich etwa um die Abstellung von Versorgungsmängeln und dekretierte eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbuße, dazu Erhöhungen der Alters-, Witwen-, Waisen-, Inva-

[103] Rüdiger Beetz, Die „Rebellion der Intellektuellen" in der DDR 1956/58, in: Inge Kircheisen (Hg.), Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 126–141; Stefan Wolle, Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 5/1991, #[Datum], S. 42–51; Torsten Diedrich / Rüdiger Wenzke, Mit „Zuckerbrot und Peitsche" gegen das Volk. Die DDR und ihre bewaffneten Kräfte im Krisenjahr 1956, in: Winfried Heinemann / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 444f.

[104] Beschluss des Politbüros der SED über Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen (mit Anlage: Anleitung zur Ausarbeitung einer Alarmordnung), 8. 11. 1956, DY 30/J IV 2/2/511, Bl. 8–16.

[105] Igor F. Maximytschew, Eine wenig bekannte Seite des 17. Juni 1953, in: Heiner Timmermann (Hg.), Juni 1953 in Deutschland. Der Aufstand im Fadenkreuz von Aufstand, Katastrophe und Katharsis, Münster 2003, S. 115.

liden- und Unfallrenten sowie der Kinderzuschläge[106]. Die Doppelstrategie wirkte: Ab Mitte November verstummte die Kritik an der amtlichen Politik zusehends; die Unruhe legte sich[107]. Der rasche Erfolg wurde entscheidend dadurch erleichtert, dass es – anders als in Polen und Ungarn – zwischen den opponierenden Intellektuellen und den unzufriedenen „Massen" keine Verbindung gab, mithin keine Basis gemeinsamen Interesses entstand. Die Unruhe an den Universitäten war aus der Sicht des Regimes am gefährlichsten, weil sie sich am ehesten auf die breite Bevölkerung ausdehnen konnte, wurde aber früh genug beendet, ehe es dazu kommen konnte.

Moskau und die Auseinandersetzungen in der SED-Führung

Erst nachdem die Situation überwunden war, die der gesamten SED-Führung Angst machte, wurde Ulbricht von seinen Kritikern und Rivalen an der Spitze der Partei herausgefordert. Im Unterschied zu den Altstalinisten, die 1956 in Polen und Ungarn von der Macht entfernt wurden, musste er daher im innerparteilichen Ringen die Unzufriedenheit im Lande nicht als Negativfaktor einkalkulieren. Auch kam ihm zugute, dass ihm der Kreml die Entschiedenheit und die Schnelligkeit, mit der die Unruhe in der DDR überwunden worden war, als Verdienst anrechnete. Die Zeit, als sich in Moskau die stalinistische Orientierung des SED-Chefs gegen ihn geltend machen ließ, war vorbei. Das verkannte Schirdewan, als er sich Ende Dezember den Vorwürfen anschloss, die Oelßner erneut gegen Ulbricht erhob[108].

Für Chruschtschow hatte die Entstalinisierung mittlerweile nur noch nachrangige Bedeutung. Er erklärte öffentlich, die kürzlichen Ereignisse hätten „überzeugend bewiesen, dass der Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens im Augenblick die wichtigste Aufgabe" sei. Die „Intrigen der imperialistischen Aggressoren", die nach seiner Ansicht die Erschütterung des sozialistischen Systems im äußeren Imperium verursacht hatten, seien an der „Wachsamkeit der Völker" gescheitert. Den Imperialisten sei es vor allem deswegen nicht gelungen, „ihre Pläne zu verwirklichen", weil „die Kräfte, die für den Frieden einstehen, jetzt stark genug sind, um die Aggressoren zu zügeln". Die „Feinde der Arbeiterklasse" scheuten „nicht vor den heimtückischsten Aktionen zurück, um innerhalb der kommunistischen Bewegung Uneinigkeit zu stiften und die Einigkeit dieser kommunistischen und Arbeiterparteien zu beeinträchtigen". In dieser Absicht hätten sie „vor allem die Idee des sogenannten ‚Nationalkommunismus' in die Welt gesetzt". Daher gelte es, „die Wachsamkeit gegenüber den Verschwörungen der Feinde des Sozialismus zu erhöhen". Wachsam sein müsse man auch gegenüber denjenigen, „die unter der Maske der Freundschaft und unter dem Banner des

[106] Beschluss des SED-Politbüros über Arbeitszeitverkürzung, 6.11.1956 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 2/510, Bl. 8–12; Beschluss des SED-Politbüros über Erhöhung der Altrenten, 8.11. 1956 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/ 2/511, Bl. 5–7.

[107] Diedrich / Wenzke, Mit „Zuckerbrot und Peitsche" gegen das Volk (Anm. 103), S. 455–460; Joachim Krüger, Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluss des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4/1992, S. 75–78.

[108] Malycha / Winters, Die SED (Anm. 92), S. 141f.

Kampfes für den Sozialismus versuchen, die sozialistischen Reihen zu zersetzen und damit bewusst oder unbewusst den Interessen des Imperialismus dienen, deren Ziel es ist, die revolutionären Kräfte zu zerschlagen“[109]. Damit waren alle Befürworter einer duldsamen sozialistischen Politik unter Verdacht gestellt.

Ulbricht hatte bereits im Oktober 1956 begonnen, seine Position in der SED-Führung weiter auszubauen. Er provozierte einen Konflikt mit dem Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, der eng mit Schirdewan verbunden war. Die Auseinandersetzung endete damit, dass die Macht des Stasi-Chefs empfindlich beschnitten wurde[110]. Die Spannungen im Politbüro erreichten Ende 1956 ein Ausmaß, das es dem sowjetischen ZK-Präsidium richtig erscheinen ließ, Mikojan auf eine Informationsreise nach Ost-Berlin zu schicken[111]. Anschließend wurde die SED-Führung vom 4. bis 10. Januar 1957 nach Moskau eingeladen. Damit erhielt Schirdewan als Mitglied der ostdeutschen Delegation Gelegenheit, seine Beschwerden gegen Ulbricht vorzutragen. Er ließ sich aber überreden, darauf zu verzichten, obwohl er als Minderheit im heimischen Politbüro ein Interesse daran hätte haben müssen. Er hielt auch noch still, als Chruschtschow zu erkennen gab, dass er sich auf eine Diskussion der Führungsfrage eingestellt hatte[112]. In der Folgezeit gab es zwar weiter sowjetische Kritik an der Politik Ulbrichts[113], doch lobte ihn der Kremlchef als „bewährten Führer“ und „treuen Kämpfer für Demokratie und Sozialismus“ und stellte zufrieden fest, die SED habe alle Versuche zur Revision leninistischer Grundsätze entschieden abgewehrt[114]. Damit war die Haltung Moskaus klar. Ulbricht konnte daran gehen, Schirdewan und Wollweber völlig auszuschalten.

Mit der Parteinahme gab die sowjetische Führung das seit 1945 stets verfolgte Bemühen auf, die Macht Ulbrichts durch ein potentes politisches Gegengewicht an der Spitze der SED zu beschränken, um ihn nicht zu stark und unabhängig werden zu lassen. Das entsprach der Idee Chruschtschows, die Gefolgschaftsstaaten dadurch im Innern zu konsolidieren, dass er den Machthabern größere Selbständigkeit zubilligte. Nach seiner Einschätzung lag es nicht am sozialistischen System, wenn die Menschen unzufrieden waren und sich empörten, denn der Sozialismus, so war er aufgrund der marxistisch-leninistischen Ideologie überzeugt, diente ja gerade dem Interesse des Volkes. Sofern das jeweilige Regime unnötige Fehler vermied, konnte demnach innenpolitische Unruhe nur noch aufgrund nationaler Ressentiments gegen die Herrschaft der UdSSR entstehen. Das sollte durch Rücksichtnahme auf die Selbständigkeitsbedürfnisse der anderen sozialistischen Länder verhindert werden. Ulbrichts Position gegenüber dem Kreml wurde

[109] Interview N.S. Chruschtschows zum Jahreswechsel, in: Neues Deutschland, 1.1.1957.
[110] Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale (Anm. 96), S. 463–469; Ernst Wollweber, Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/1990, S. 366–369; Roger Engelmann, Ernst Wollweber (1898–1967). Chefsaboteur der Sowjets und Zuchtmeister der Stasi, in: Dieter Krüger / Armin Wagner (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 200–204.
[111] Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht (Anm. 78), S. 114f.
[112] Ebenda, S. 122f.
[113] Schirdewan, Ein Jahrhundert Leben (Anm. 98), S. 254f.; Wollweber, Aus Erinnerungen (Anm. 101), S. 374f.; Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 335.
[114] Martin Jänicke, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964, S. 88 (Fn. 90).

dadurch enorm gestärkt. Vor diesem Hintergrund konnte er es sich in der Berlin-Krise ab November 1958 erlauben, seine Interessen auch dann zu vertreten, wenn sie nicht mit denen der Sowjetunion übereinstimmten.

3. Bemühungen um die Öffentlichkeit und die Opposition in der Bundesrepublik

Deutschland in der sowjetischen Westpolitik Mitte der fünfziger Jahre

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die sowjetische Seite stets bemüht gewesen, die Bildung einer Gegenmacht in Europa zu verhindern. Als die wichtigsten Länder des Kontinents, die nicht in ihre Abhängigkeit geraten waren, 1947 auf der Basis des Marshall-Plans begannen, ihre Wirtschaftskraft koordiniert mit amerikanischer Hilfe wiederherzustellen, sah Stalin darin eine nicht hinzunehmende Herausforderung und reagierte äußerst heftig. Der Abschluss des Nordatlantikvertrags am 5. April 1949, durch den sich die USA auf dem europäischen Kontinent sicherheitspolitisch engagierten, und der Aufbau der Militärorganisation des Bündnisses seit Anfang 1951, der die UdSSR erstmals mit einer substantiellen westlichen Truppenmacht konfrontierte, ließ die Beseitigung der NATO zum Hauptziel der Moskauer Politik werden[1]. Von Anfang an war für den Kreml die Zugehörigkeit Westdeutschlands zu dem sich formierenden westlichen Lager der Angelpunkt des Konflikts, weil nur dadurch der Westen eine ausreichende geostrategische Basis und genügend Ressourcen zur Behauptung des Festlands gegen die Sowjetunion erhielt, die ihrerseits über die Tiefe des Raumes und ein großes Potenzial an Industrie und Menschen verfügte.

Die sowjetische Führung suchte Westdeutschland zunächst mit der Aussicht auf nationale Einheit aus dem westlichen Lager herauszulocken. Als sich am 17. Juni 1953 gezeigt hatte, dass dies mit unerwarteten Risiken für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die DDR – mithin für das äußere Imperium insgesamt – verbunden war, ging man in Moskau dazu über, ein europäisches System der kollektiven Sicherheit zu propagieren, das an die Stelle des westlichen Bündnisses treten sollte. Zwar wurde mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der auf dieser Grundlage geplanten Bewaffnung der Bundesrepublik durch die französische Nationalversammlung im August 1954 ein erster Erfolg errungen, doch einigten sich die NATO-Staaten mit Westdeutschland schon am 5. Oktober in den Londoner Neun-Mächte-Verhandlungen darauf, dass dessen militärischer Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung auf dem Wege der direkten Aufnahme in die NATO erfolgen werde. Am 23. Oktober wurde die abschließende Übereinkunft in Paris getroffen. Der Kreml wurde von der Schnelligkeit überrascht, mit der die westliche Seite die Krise überwand. Erst danach, vom 29. November bis 2. Dezember 1954, kamen die Vertreter der sozialistischen Länder in Moskau zu einer Beratung zusammen. Ihr Thema war die „Organisierung

[1] Vgl. das rückblickende Urteil bei Oleg Grinevskij, Perelom. Ot Brežneva k Gorbačëvu, Moskau 2004, S. 86.

eines [Gegen-]Systems der kollektiven Sicherheit in Europa“[2]. Falls die Pariser Verträge ratifiziert würden, wollte man „gemeinsame Maßnahmen bei der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos sowie auch andere Maßnahmen“ durchführen, um die Verteidigungsfähigkeit zu stärken[3].

Die Verträge im Westen traten nach ihrer Billigung durch die Parlamente aller beteiligten Staaten am 5. Mai 1955 in Kraft. Kurz danach, am 14. Mai, schloss die UdSSR mit ihren Gefolgschaftsstaaten den Warschauer Pakt. Die DDR wurde als Vollmitglied beteiligt. Die russischen, polnischen, tschechischen und deutschen Fassungen des Vertrags wurden für gleichermaßen gültig erklärt, stimmten jedoch in einem wesentlichen Punkt nicht überein. Der deutsche Text legte eine Beistandsverpflichtung in dem Umfang fest, der „ihnen“, das heißt den Vertragspartnern, richtig erschien, während nach dem Wortlaut in den anderen drei Sprachen der betreffende Staat jeweils selbst darüber zu entscheiden hatte, inwieweit er Hilfe leisten wollte[4]. Ulbricht erkannte, dass da ein wichtiger Unterschied gemacht wurde, nahm jedoch die Benachteiligung widerspruchslos hin[5]. Die ostdeutsche Seite wurde zunächst auch nicht an dem Vereinten Kommando (das ohnehin faktisch nur in sowjetischer Hand lag) beteiligt, weil über ihren militärischer Beitrag erst später entschieden werde[6]. Damit sollte die Fiktion aufrechterhalten werden, dass die DDR bislang nicht über Streitkräfte verfüge und diese erst als Gegengewicht zur „Remilitarisierung“ im Westteil des Landes aufstelle. Am 25. September 1955 sah eine Verfassungsänderung Streitkräfte vor; am 18. Januar 1956 dekretierte ein Gesetz die Bildung der Nationalen Volksarmee. Als solche wurden die bis dahin als „Kasernierte Volkspolizei“ firmierenden Verbände in das östliche Bündnis eingegliedert[7].

Das SED-Regime bekannte sich damit offen zum Aufbau einer Koalitionsarmee, die im Falle eines Krieges die sowjetische Armee zu unterstützen hatte. Zugleich wurde das militärische Personal vermehrt, das nach dem 17. Juni 1953 gegenüber dem Stärkeziel von 1952 erheblich reduziert worden war. Beides rief in der DDR bis hinein in die Reihen der Partei Widerwillen hervor. Es herrschten

[2] V.M. Molotov auf der Moskauer Außenministerkonferenz, 30. 11. 1954, wiedergegeben in: Jürgen Wendler, Die Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1952 bis 1958. Publizistisches Erscheinungsbild und Hintergründe der Wiedervereinigungsrhetorik, Köln 1991, S. 265; Rückblickende Aussage N.S. Chruščëvs in Verhandlungen mit Guy Mollet und Christian Pineau, 17. 5. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 589, Bl. 64 f.

[3] Moskauer Beschluss der sozialistischen Staaten, 2. 11. 1954, in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Teil II, Bonn 1958, S. 172–178.

[4] Warschauer Vertrag, 14. 5. 1955, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen [hinfort: dzd], III. Reihe, Bd. 1, Frankfurt/Main 1961, S. 37–41 (dte. Fassung), 41–44 (russ. Fassung).

[5] Vojtech Mastny, NATO in the Beholder's Eye: Soviet Perceptions and Policies, 1949–1956, Working Paper Nr. 35, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C. 2002, S. 59.

[6] Erklärung der Regierung der DDR über den Weg der deutschen Nation zur Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. V, [Ost-]Berlin 1958, S. 120–126.

[7] Zur Vorgeschichte und zur Umwandlung der KVP in die NVA siehe Torsten Diedrich / Hans Ehlert / Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 339–369, 423–432.

weithin pazifistische Einstellungen vor, und von den jungen Männern, die man zum Eintritt in die militärischen Verbände zu bewegen suchte, waren nur wenige dazu bereit. Wer sich von den amtlichen Werbern unter Druck gesetzt fühlte, entzog sich meist durch die Flucht nach Westen, was trotz Schließung der innerdeutschen Grenze Ende Mai 1952 nach wie vor über Berlin möglich war. Um den Exodus nicht noch weiter zu verstärken, wagte es das SED-Regime nicht, eine Wehrpflicht zu dekretieren. In der Bevölkerung und gelegentlich sogar in der Truppe wurde die Ansicht zum Ausdruck gebracht, Deutsche dürften die Waffe nicht gegen Deutsche wenden. Dazu kam eine weit verbreitete Sympathie für den Westen, welche die Durchführung der amtlichen Kampagne gegen die Pariser Verträge außerordentlich erschwerte[8].

Forderung nach Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit

Der am 14. Mai 1955 abgeschlossene Warschauer Pakt entsprach formal dem auf der Moskauer Beratung vom 29. Oktober bis 2. November 1954 vorgesehenen Modell der kollektiven Sicherheit, hatte aber faktisch den Charakter einer multilateralen Allianz gegen die NATO, denn die Beteiligten wurden nicht auf das Ziel der Sicherheitsgewährleistung im Blick auf noch nicht vorhersehbare Herausforderungen, sondern klar auf den gegebenenfalls militärisch zu führenden Kampf gegen den Westen ausgerichtet. Dem Zusammenschluss lagen mithin gemeinsame Vorstellungen zugrunde, welche die Orientierung und das Vorgehen bestimmten. In militärischer Hinsicht war das östliche Bündnis zunächst kaum von Bedeutung. Es gab seit langem bilaterale Beistandsverträge der Sowjetunion mit den anderen Staaten des sozialistischen Lagers außer der DDR[9]. Zudem hatte Stalin sei im Januar 1951, ohne dass davon etwas nach außen gedrungen war, zur Bildung eines multilateralen Komitees zur Festlegung und Koordinierung ihrer militärischen Anstrengungen sowie eines Gremiums zur Beratung der Regierungen veranlasst.[10]

Die neue Organisation fügte dem bestehenden Zustand im Grunde nichts hinzu, war also in sachlicher Hinsicht überflüssig. Auch in Moskau sah man das so, wie sich zum Beispiel daran zeigte, dass man dem Westen in den folgenden Monaten und Jahren ständig die Auflösung des Warschauer Pakts anbot, wenn dieser dafür auf die NATO verzichte. Erst ab 1961 wurden der östlichen Bündnisorganisation wichtige militärische Aufgaben zugewiesen. 1955 ging es wesentlich darum, die Aufnahme der Bundesrepublik in das atlantische Bündnis mit der Schaffung

[8] O vnutripolitičeskom položenii v Germanii. Germanskaja Demokratičeskaja Respublika, o. D. [Mai/Juni 1955], RGANI, f. 5, op. 28, d. 329, Bl. 42–59; Iz dnevnika Sovetnika Posol'stva SSSR v GDR, Orlova, A.L. Zapis' besedy s sekretarëm CK SEPG K. Chagerom, o. D. [spätestens 23. 6. 1955], RGANI, f. 5, op. 28, d. 325, Bl. 256–261.

[9] In der späten Kriegs- und frühen Nachkriegszeit hatte die UdSSR mit allen Volksdemokratien Beistandspakte abgeschlossen. Im Falle der DDR sorgte die Präsenz sowjetischer Truppen im Umfang von ca. 500 000 Mann für eine intensive Kontrolle und Penetration des einheimischen Militärs.

[10] Gerhard Wettig, Stalins Aufrüstungsbeschluss. Die Moskauer Beratungen mit den Parteichefs und Verteidigungsministern der „Volksdemokratien" vom 9. bis 12. Januar 1951 (mit dem rumänischen Protokoll der Moskauer Beratungen), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/2005, S. 635–650.

eines optischen Gegengewichts zu beantworten[11] und eine Basis für die Propagierung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems zu haben, das angeblich den Bedürfnissen der Staaten in Ost und West gleichermaßen diente. Damit biete sich eine attraktive Alternative zur Konfrontation der Militärblöcke[12]. Der Vorschlag sollte in den westeuropäischen Ländern und in der westdeutschen Öffentlichkeit die Ablehnung gegenüber der Integration der Bundesrepublik in die atlantische Allianz fördern und auf diese Weise dazu führen, dass die Verfügung der NATO über das Gebiet und Potenzial des Landes in Frage gestellt wurde, das für ihr Verteidigungssystem unerlässlich war.

Im Blick auf die bevorstehende Genfer Gipfelkonferenz hatte das Außenministerium der UdSSR einen detaillierten Zwei-Stufen-Plan ausgearbeitet. In der ersten zwei- bis dreijährigen Etappe sollten die beiden Bündnisse weiter bestehen bleiben, und ihre Teilnehmerstaaten in Ost und West sich dazu verpflichten, auf militärische Gewalt zu verzichten, alle Streitigkeiten friedlich zu regeln und ihre militärischen Potenziale einzufrieren. Anschließend wurde vorgesehen, dass die neue blockübergreifende Organisation alle Sicherheitsaufgaben übernahm. Im Zusammenhang damit waren die Streitkräfte zu verringern, die Atomwaffen zu verbieten und die ausländischen Truppen abzuziehen[13]. Anfang Juli bemühte sich Chruschtschow vergeblich, den französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure und seinen Außenminister Christian Pineau für das Projekt zu gewinnen[14]. Der sowjetische Versuch auf dem Außenministertreffen im Herbst, die britische und französische Seite zu Schritten zu bewegen, die in anderer Weise die Durchführung der Verträge mit der Bundesrepublik und so zumindest die weitere Konsolidierung der NATO hemmen würden, scheiterte ebenfalls[15].

Der Forderung nach einem System der kollektiven Sicherheit lag die Prämisse zugrunde, wenn die Staaten von Ost und West in einer gemeinschaftlichen Organisation vereint wären, würde damit der Konflikt zwischen ihnen beendet sein. Das wiederum beruhte auf der Annahme, dass nicht der Antagonismus der Herrschafts- und Gesellschaftssysteme, sondern der auf einen Angriffskrieg ausgerichtete Kurs der atlantischen Allianz die Ursache des Widerstreits sei. Wenn dieses aggressive Bündnis beseitigt werde und ein wechselseitiges Arrangement an seine Stelle trete, seien Frieden und Einvernehmen gewährleistet. Faktisch ging es dem Kreml in Fortsetzung seiner seit 1945 stets verfolgten Politik darum, in Europa

[11] Erst dadurch, dass die NATO über eine vertragliche Basis verfügte, die das Aufenthaltsrecht der verbündeten Truppen auf dem unverzichtbaren westdeutschen Territorium gewährleistete und zudem das militärische Potenzial der Bundesrepublik einbrachte, war die Funktionsfähigkeit ihres Verteidigungssystems dauerhaft gesichert.

[12] N.S. Chruščëv im Gespräch mit deutschen Friedensgruppen, 19.11.1956, RGANI, f.52, op.1, d.557, Bl.43f.; Vojtech Mastny / Malcolm Byrne (Hg.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991 (Einleitungsteil), Budapest – New York 2005, S.5. Vgl. die Angaben zur Instruktion für die sowjetische Delegation vom 13.7.1955 bei Heiner Timmermann, Die sowjetische Verhandlungsposition auf der Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Heiner Timmermann (Hg.), Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S.167f.

[13] N.I. Egerova, Evropejskaja bezopasnost', 1954–1955 gg. Poiski novych podchodov, in: Rossijskaja Akademija Nauk / Institut vseobščej istorii (Hg.), Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja perspektiva. Sbornik statej, Moskau 2003, S.473f.

[14] Ebenda.

[15] Ebenda, S.476f.

außer dem sowjetisch geführten Lager keine davon getrennte andere Staatengruppierung zuzulassen, die als ein von Moskau unabhängiger Zusammenschluss Gewicht geltend machen konnte.

Instrumentalisierung der deutschen Frage

Chruschtschow, der nach Malenkows Entmachtung[16] und Durchsetzung des Staatsvertrags mit Österreich und des Besuchs in Jugoslawien gegen Molotows Widerstand[17] auch die außenpolitische Linie voll bestimmte[18], sah seine Erwartung enttäuscht, dass sich in den westlichen Hauptstädten Sympathie für die Idee der kollektiven Sicherheit wecken lasse. Auch der Versuch, die Abrüstungspolitik zum Instrument im Kampf gegen die NATO zu machen, führte zu keinem Ergebnis[19]. Ein Erfolg erschien daher nur dann erreichbar, wenn sich die innenpolitischen Verhältnisse im Westen änderten. Das galt vor allem für die Bundesrepublik, deren Territorium und Truppenpotenzial für den Westen von entscheidender Bedeutung waren. Wenn die UdSSR das atlantische Bündnis in Frage stellen wollte, musste sie hier ansetzen[20]. Damit stellte sich die Frage, welche Kräfte sich in Westdeutschland mobilisieren ließen, die fähig und bereit sein würden, dem Westkurs der Regierung Adenauer den Boden zu entziehen. Als die Kremlführung die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit zum Angelpunkt seiner Europa-Politik gemacht hatte, war sie davon ausgegangen, dass ihr Konzept der deutschen Einheit „auf der Basis des Potsdamer Abkommens", das heißt nach dem Modell der DDR[21], in der Bundesrepublik auf absehbare Zeit keine Zustimmung finden werde. Mithin war, wie Chruschtschow westlichen Gesprächspartnern unumwunden erklärte, vorerst nicht an eine Vereinigung der beiden Staaten zu denken[22].

[16] Stenogramma zasedanija partijnoj gruppy Verchovnogo soveta SSSR, 8.2.1955, in: Istočnik, 6/2003, S. 29–37.

[17] Aussage Chruščëvs auf der Tagessitzung des ZK-Plenums der KPdSU am 29.6.1957, in: N. Kovalëv / A. Korotkov / S. Mel'čin / Ju. Sigačëv / A. Stepanov (Bearb.), Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957. Stenogramma ijun'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1998, S. 533; Vladislav M. Zubok, The Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007, S. 99, 102 f, 108 f; Vladislav M. Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Günter Bischof / Saki Dockrill (Hg.), Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge/La. 2000, S. 57–59.

[18] Näheres bei Aleksandr Fursenko / Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006, S. 25–32.

[19] Zubok, Soviet Policy Aims at the Geneva Conference (Anm. 17), S. 63f.

[20] N.S. Chruščëv im Gespräch mit deutschen Friedensgruppen, 19.11.1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 32 f, 34.

[21] Diese Interpretation der in Potsdam vereinbarten Prinzipien Entnazifizierung, Entflechtung, Entmilitarisierung und Demokratisierung machte die UdSSR erstmals auf der Pariser Sitzung des Außenministerrates im Frühjahr und Sommer 1946 geltend. Hierzu näher Gerhard Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999, S. 110–114; Gerhard Wettig, Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953, The Harvard Cold War Studies Book Series 7, Lanham – Boulder/CO – New York – Toronto – Plymouth/UK 2008, S. 102–104.

[22] N.S. Chruščëv im Gespräch mit einer Delegation der Stadt Paris, 18.12.1958, RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 111, 117; N.S. Chruščëv im Gespräch mit dem französischen Industriellen M. Boussac, 3.9.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 127; Haltung der sowjetischen Seite auf der Genfer Gipfelkonferenz laut Bericht von Außenminister J.F. Dulles auf der 256. Sitzung des National Security Council in Washington, 28.7.1955, in: Foreign Relations of the United States, 1955–1957, Vol. V: Austrian State Treaty, Summit and Foreign Ministers Meetings 1955, Washington 1988, S. 530f.

Adenauer konnte die Wiederbewaffnung und die damit verknüpfte Integration in das westliche Bündnis nicht zuletzt deswegen gegen alle innenpolitischen Widerstände durchsetzen, weil die UdSSR am SED-Regime unbedingt festhielt und selbst dann nicht zum Gespräch über eine Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen bereit war, wenn ihr dafür ein neutrales Deutschland angeboten wurde. Ohne freie Wahlen war die staatliche Einheit für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik unannehmbar. Von den Opponenten des Bundeskanzlers stimmten nur die Kommunisten dem seit 1948 in wechselnden Varianten vertretenen sowjetischen Standpunkt zu, die nationale Einheit müsse unter Ausschluss der Westmächte von den Deutschen selbst, das heißt praktisch von den Behörden bzw. Regierungen beider Seiten, ausgehandelt werden. Anfang der fünfziger Jahre wurde diese Auffassung noch nicht mit voller Klarheit ausgesprochen. Ab 1954 ließen die sowjetischen Stellungnahmen daran nicht mehr den geringsten Zweifel[23]. Dennoch hofften viele innenpolitische Opponenten des Bundeskanzlers, der Kreml könnte seine Haltung ändern, wenn man sich für den Fall der Vereinigung zur Neutralität zwischen den Militärblöcken bekenne. Im Blick darauf schienen mit der sowjetischen Seite Kontakte angebracht, die mit den deutschen Kommunisten in West und Ost strikt abgelehnt wurden.

Chruschtschow versicherte der SED-Führung, die sozialistischen Staaten bildeten aufgrund der übereinstimmenden „Klassenpositionen" eine „untrennbare Einheit" und müssten daher „auf der internationalen Arena als einheitliche Front, als mächtige Kraft auftreten". Auf dieser Basis verpflichtete er die DDR zu einer umfassend koordinierten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit und stimmte mit Ulbricht darin überein, die SED müsse mit allen ihr verfügbaren in der Bundesrepublik für die „Einstellung jeder Propaganda und jeder Vorbereitung des Atomkriegs in Deutschland" und für einen „Vertrag der kollektiven Sicherheit in Europa" kämpfen. Zugleich sollte das Ost-Berliner Regime die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten „normalisieren" und sich um Vereinbarungen mit der Bundesrepublik bemühen. Eine Wiedervereinigung kam von vornherein nicht in Betracht, solange das System auf westlicher Seite den Vorstellungen Chruschtschows nicht entsprach. Der Verzicht auf die „Remilitarisierung Westdeutschlands" und auf dessen Verwandlung „in eine NATO-Basis" reichte daher nicht aus. Trotzdem war man sich in Moskau und Ost-Berlin darüber einig, dass man Vorschläge „in der Richtung der Neutralität Deutschlands" machen sollte, um den Eindruck zu erwecken, man könnte sich über die Einheit verständigen, wenn nur die Bundesrepublik die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis aufgebe. Die so geweckten nationalen Hoffnungen sollten „eine Differenzierung in der Sozialdemokratie und in den bürgerlichen Parteien Westdeutschlands ermöglichen"[24].

[23] Ausführungen N.S. Chruščëvs auf der Sitzung der Regierungsdelegationen von UdSSR und DDR, 19. 9. 1955, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 2–5; N.S. Chruščëv im Gespräch mit deutschen Friedensgruppen, 19. 11. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 35–38; N.S. Chruščëv im Gespräch mit den SPD-Führungsmitgliedern Carlo Schmid und Fritz Erler, 16. 3. 1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 51, 56, 59f.

[24] Protokoll der Beratungen UdSSR – DDR, o. D. [Mitte Januar 1956], DY 30/3473, Bl. 83–106 (Zitate auf Bl. 84, 80).

Dementsprechend gaben sich beide östliche Führungen den Anschein, dass sie mit allem Nachdruck für die staatliche Vereinigung einträten. Damit wollten sie die SPD, die zwar die Ausrichtung der Bundesrepublik auf den Westen billigte, aber auf Herstellung der nationalen Einheit auf der Basis einer Neutralitätsregelung hoffte, zum entschlossenen Widerstand gegen den NATO-Kurs veranlassen. Die geforderten innerdeutschen Verhandlungen sollten als Weg erscheinen, der allmählich zur immer weitergehenden Annäherung und schließlich zur vollen Einheit führe. Um das glaubhaft zu machen, warf man im Sommer 1957 das Stichwort „Konföderation" in die öffentliche Diskussion. Am 26. Juli unterbreitete Ost-Berlin dazu einen Vorschlag[25], der im sowjetischen Außenministerium ausgearbeitet worden war[26].

Dem durch den Konföderationsbegriff hervorgerufenen Eindruck, dass es um einen engeren Zusammenschluss gehe, widersprachen Einzelbestimmungen, mit deren Beachtung durch das breite Publikum man wohl nicht rechnete. Danach sollte „vorerst keine über den beiden Staaten stehende selbständige Staatsgewalt" geschaffen und „jedes Herrschaftsverhältnis des einen über den anderen Staat" ausgeschlossen werden. Dem Gesamtdeutschen Rat aus Vertretern der Volkskammer und des Bundestages waren zudem nur beratende und empfehlende Funktionen zugedacht; ihre Vereinbarungen sollten überdies keine bindende Wirkung für die Seiten haben, die sie vertraten. Folglich konnten die DDR-Beauftragten Übereinkünfte treffen, ohne dass die SED-Führung dazu stehen musste. Als „weitere Schritte in Richtung Wiedervereinigung" wurden Übereinkünfte über eine Rüstungsbeschränkung, ein Ausscheiden aus den Bündnissen und einen militärischen Abzug der Vier Mächte vorgesehen. Ebenso standen Regelungen über wirtschaftliche Verbindungen und das Zoll-, Währungs-, Verkehrs- und Nachrichtenwesen auf dem Programm. Die Regierung in Ost-Berlin sollte zur gewünschten Entwicklung durch Erklärung ihrer Bereitschaft beitragen, ohne sich damit zu irgendetwas bindend zu verpflichten. Gespräche über die inneren Verhältnisse in beiden Staaten wurden von vornherein ausgeschlossen. Insgesamt zielte der Vorschlag darauf ab, das SED-Regime vom Odium der Feindschaft gegen die nationale Einheit zu befreien, der DDR zur Anerkennung zu verhelfen und den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zur Vorbedingung des Dialogs über deutsche Fragen zu machen. Im Vertrauen auf die Stabilität der sozialistischen Ordnung und die Festigkeit der Bindungen an die UdSSR war Chruschtschow zudem bereit, den verlangten Rückzug der westlichen Truppen aus Westdeutschland mit einer Zurücknahme seiner Streitkräfte zu honorieren.

[25] Text: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Anm. 6), S. 124f. Siehe auch die Ausführungen Chruščëvs im Gespräch mit Carlo Schmid und Fritz Erler, 5. 5. 1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 617, Bl. 51, 54. Zur Rolle des Konzepts in der Politik der DDR: Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 98f., 141f.; Wendler, Die Deutschlandpolitik der SED (Anm. 2), S. 454–456.

[26] A.M. Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A.A. Gromyko, pomoščnika L.I. Brežneva, Ju.V. Andropova, K.U. Černenko i M.S. Gorbačëva, Moskau 1994, S 102; V.M. Falin, Bez skidok na obstojatel'stva. Političeskie vospominanija, Moskau 1999, S. 74–76.

Entwicklungen im Verhältnis zur Bundesrepublik

Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Bonn im Herbst 1955 hoffte man in Moskau weithin, die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik würden sich fortan stärker in sowjetischem Sinne entwickeln. Die Mitgliedschaft in der NATO werde weniger wichtig werden und nicht von Dauer sein. Sobald die Bundesregierung ihre mit den Westverträgen angestrebten Ziele – vor allem den Erwerb der Souveränität – erreicht habe, werde das hinter ihr stehende „Großbürgertum" vom Bündnis mit dem Westen wieder abrücken[27]. Dem lag die Annahme zu Grunde, die – in der östlichen Propaganda ständig beschworene – „Versklavung" der Bundesrepublik durch die Westmächte sei für deren führende Kreise ein fundamentales Ärgernis. Zugleich glaubte man an ein so starkes Interesse der „bürgerlichen Kräfte" an Osthandel und Rapallo-Politik wie während der Weimarer Republik. Dazu kam die aus der Stalin-Zeit stammende Vorstellung, dass mit einer wachsenden Entfaltung „zwischenimperialistischer Widersprüche" – das heißt zwischenstaatlicher Konflikte aufgrund systembedingt im Westen entstehender gegensätzlicher Bestrebungen – zu rechnen sei.

Die Reserve, die man in Westdeutschland nicht nur auf offizieller Seite zeigte, enttäuschte im Kreml. Intern beklagte man, die „regierenden Kreise der BRD" legten eine scharf ablehnende Haltung zur Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses an den Tag und weigerten sich „faktisch", die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Als Ausdruck besonderer Feindseligkeit wurden kritische Berichte und Stellungnahmen der westdeutschen Presse und die – analog zu den Beschränkungen für die Diplomaten in Moskau verfügte – Auflage für die sowjetischen Botschaftsangehörigen gewertet, sich nur innerhalb einer 40-km-Zone um Bonn zu bewegen[28]. Die Missachtung dieser Auflage setzte ihren Chef Sorin, der instruktionsgemäß sein besonderes Augenmerk auf den Aufbau und die Bewaffnung der Streitkräfte sowie die Haltung der Wirtschaftskreise zum Osthandel richtete[29], dem amtlichen Vorwurf aus, er halte sich nicht an die Vorschriften. Auf Anweisung des Parteipräsidiums beschwerte er sich daraufhin bei Außenminister von Brentano darüber, dass er in seiner Tätigkeit behindert werde. Das sei durch nichts gerechtfertigt und erzeuge eine ungünstige, das normale Arbeiten verhindernde Atmosphäre[30].

Dem sowjetischen Doppelstandard, nach dem die andere Seite nicht die gleichen Maßnahmen treffen durfte wie die UdSSR, lag der – generell vertretene – Standpunkt zugrunde, dass nicht Reziprozität, sondern Gleichbehandlung vor

[27] Aleksej Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955. Vor- und Nachspiel im Spiegel der internen sowjetischen Berichte, in: Helmut Altrichter (Hg.), Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 55; Oleg Grinevskij, Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, S. 217.

[28] Razvitie sovetsko-germanskich otnošenij za period vremeni s dekabrja 1955g. po ijun' 1958g. (Anlage zum Schreiben von P. Orlov an I.I. Il'ičëv, 19. 8. 1958), AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 14, Bl. 43f.

[29] Ebenda.

[30] Proekt ukazanij poslu SSSR v GFR t. Zorinu na ego telegrammy iz Bonna No. 141 i 146, RGANI, f. 3, op. 10, d. 224, Bl. 93–95; Postanovlenie CK KPSS, 8. 2. 1956, RGANI, f. 3, op. 8, d. 382, Bl. 111–124.

Ort gelten müsse[31]. Die westlichen Diplomaten in der Sowjetunion hatten demnach keinen Grund zur Klage, solange sie nicht gegenüber Kollegen benachteiligt wurden. Umgekehrt beanspruchte die UdSSR für ihre Vertretungen im Westen eine genauso gute Behandlung, wie sie die anderen Botschaften erfuhren. Es dürfe keine Diskriminierung geben. Demnach hatten die sowjetischen Repräsentanten in den westlichen Ländern ein Recht auf die dort üblichen Freiheiten, ohne dass man deswegen in Moskau umgekehrt zu irgendetwas verpflichtet war.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik wurde auch nicht, wie man im Kreml erwartet hatte, zum Auftakt eines umfangreichen Warenaustauschs auf der Basis von Vorzugskonditionen für die UdSSR. Von wenigen Branchen abgesehen, war das westdeutsche Interesse am Handel mit der Sowjetunion gering. Bestimmend für Bonn war primär das politische Interesse an einem einigermaßen auskömmlichen Verhältnis zur östlichen Großmacht. Zudem stieß Moskaus Drängen auf Fixierung großer Lieferkontingente, die sich als feste Posten bei der eigenen Wirtschaftsplanung einkalkulieren ließen, wegen fehlenden Eigenbedürfnisses auf Ablehnung. Man wollte zwar nicht abweisend erscheinen, aber keinesfalls gegen Osthandelsrestriktionen der NATO verstoßen oder von sowjetischen Energie- und Rohstofflieferungen abhängig werden. Zudem nahm Adenauer generell auf die – schon während seiner Verhandlungen in Moskau zu Tage getretene – Sorge verschiedener Verbündeter Rücksicht, das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion könnte enger werden, als sich mit der Allianz vereinbaren lasse. Mithin hielt er Zurückhaltung gegenüber der UdSSR für angebracht und zögerte den vorgesehenen Abschluss eines Handelsvertrags hinaus. Er begründete seine Haltung mit dem Argument, in den Vereinbarungen vom September 1955 sei nur von einer Ausweitung des Warenaustauschs (die in gewissem Maße bereits selbstläufig eintrat) und von künftigen Gesprächen über „Fragen der Entwicklung des Handels“ die Rede gewesen.

Kurswechsel gegenüber den Sozialdemokraten

Soweit möglich, wollte der Kreml Kontakte zu den Sozialdemokraten in Westeuropa knüpfen, um sie für seine Zwecke zu „benutzen“[32]. Diese Parteien galten seit jeher als besonders wichtig. Zusammen mit den Kommunisten betrachtete man sie als Repräsentanten der – für politisch entscheidend erachteten – „Arbeiterklasse“ und war sich dessen bewusst, dass sie in den meisten Ländern bei den „werktätigen Massen“ über weit größeren Einfluss verfügten. Nach Ausbruch des Kalten Krieges hatte Stalin sie als „Klassenverräter“ angesehen, gegenüber denen nur eine „Strategie von unten“ in Betracht kam. Demnach sollten die Kommunisten die Kontrolle übernehmen, indem sie an der jeweiligen Führung vorbei die Kader, Mitglieder und Anhänger hinter sich bringen sollten. Dieses Rezept hatte in den sowjetisch besetzten Ländern funktioniert, weil sich die Kommunisten dort auf

[31] Vgl. die analoge sowjetische Argumentation zur Frage der Botschaftspublikationen: Vypuska iz protokola No. 41 zasedanija Prezidiuma CK KPSS, 20. 9. 1956, RGANI, f. 3, op. 11, d. 113, Bl. 147–154.

[32] Ausführungen von N.S. Chruščëv auf einer Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der auswärtigen Länder, 27. 6. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 81.

die militärische Macht der UdSSR stützen konnten. In Westeuropa jedoch war das Bemühen am Widerstand der „sozialdemokratischen Massen" gescheitert, die – anders als im sozialistischen Lager – nicht durch Zwang gefügig gemacht werden konnten. Nach Chruschtschows Worten waren die Kommunisten in Frankreich zwar stark genug, um zusammen mit anderen Linkskräften die Mehrheit zu haben, konnten sie aber nicht realisieren, weil die in Frage kommenden Parteien ein Bündnis ablehnten, um nicht „gefressen" zu werden, weil ihnen mittels Beeinflussung von Anhängern und Mitgliedern politisch der Boden entzogen würde. Mikojan meinte, eine „Strategie von unten" schrecke als ein auf ihre Zersetzung ausgerichtetes Vorgehen von der Bereitschaft zu Gemeinsamkeit ab. Daher ersetzte das ZK-Präsidium diese Vorgehensweise durch eine „Strategie von oben", also eine Kooperation auf der Führungsebene, welche die organisatorische Integrität des Partners nicht gefährdete[33].

Demgemäß wurde auf dem XX. Parteitag der KPdSU die „Einheit von oben" zur Richtschnur des Umgangs mit den Sozialdemokraten gemacht. Die „Einheit der Arbeiterklasse" sollte künftig nicht mehr dadurch erreicht werden, dass die Kommunisten auf die Mitglieder und Anhänger der anderen Seite Einfluss zu nehmen suchten. Die „Arbeiterparteien" des Westens sollten durch Kooperation mit den Führern der Partner auf den gewünschten Kurs gebracht werden. Soweit dem Schwierigkeiten entgegenstanden, suchte man der Bereitschaft durch Veränderung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse nachzuhelfen. Im Blick auf die gemeinsam zu vertretende politische Linie durften keine Zugeständnisse in prinzipiellen Fragen gemacht werden; die Orientierung sollte sich nur auf der anderen Seite ändern. Vor allem war zu verhindern, dass „unredliche Leute" die Kontakte zu „subversiver Tätigkeit in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder" und zur „Veränderung des Systems in der UdSSR" nutzten[34]. Die Entscheidung, „von oben" her Einfluss zu nehmen, schloss Kontakte zu Abweichlern in den Reihen der Sozialdemokraten keineswegs aus. Diese schienen sogar unerlässlich, um Druck auf die Spitze auszuüben. Anders als bis dahin richtete sich das Bemühen jedoch auf einen Haltungswandel nicht mehr „unten", sondern „oben".

Die Neuausrichtung der auswärtigen Politik auf der „gesellschaftlichen" Ebene hatte für den Umgang mit den innenpolitischen Widersachern Adenauers weit reichende Folgen. Anders als die SED-Funktionäre, welche die von ihnen gesteuerten kommunistischen Organisationen als ausschlaggebendes Instrument im Ringen um die westdeutsche Bevölkerung betrachteten[35], hielt man im Kreml die Einflussnahme auf die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften für ausschlaggebend[36]. Gemäß den Beschlüssen des XX. Parteitags wies die Internationale Ab-

[33] Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 30.1.1956, in: Aleksandr Fursenko (glavn. red.), Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964, t. 1: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, Moskau 2003, S. 88f., 90.

[34] Ausführungen von N.S. Chruščëv im Gespräch mit führenden Vertretern der Kommunistischen Partei Belgiens, 7.7.1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 548, Bl. 5.

[35] Gerhard Wettig, Konrad Adenauers Besuch in Moskau im September 1955: Konsens und Dissens zwischen UdSSR und DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 185–193.

[36] A.M. Filitov, SSSR i germanskij vopros: povorotnye punkty (1941–1961 gg.), in: Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej, hg. von Rossijskaja akademija

teilung des ZK der KPdSU die SED und ihre Hilfsorganisationen am 7. März 1956 an, sich intensiv um Kontakte zur SPD zu bemühen[37]. Das stieß auf geringe Bereitschaft in Ost-Berlin, denn man warf den Führern der Sozialdemokraten vor, sie hielten die Westverträge für „bindendes Recht" und sähen die Regierung in Bonn als legitim an. Das sei ein „großer Schritt zur gemeinsamen Außenpolitik" mit Adenauer und zur aktiven Beteiligung an der „Durchführung der Pariser Verträge" und der „Wiederaufrüstung Westdeutschlands"[38]. Diese Haltung wurde in Moskau nicht akzeptiert. Eine prinzipiell ablehnende Einstellung gegenüber dem westdeutschen Establishment insgesamt galt als kontraproduktiv, denn man wollte sich alle Kontakt- und Einwirkungsmöglichkeiten offen halten. Wie Chruschtschow auf dem XX. Parteitag betont hatte, sollte ein kooperatives Verhältnis mit den Sozialisten des nichtkommunistischen Spektrums angebahnt werden, um die Spaltung der Arbeiterklasse zu beenden und alle Kräfte für das Ringen um kollektive Sicherheit in Europa und inneren Wandel in den westlichen Ländern zu mobilisieren[39]. Die SED-Führung sah sich auf ihrer III. Parteikonferenz vom 24. bis 30. März 1956 zu dem Beschluss genötigt, Kontakt zur SPD zu suchen, um sie als Kampfgefährten gegen den Westen zu gewinnen[40]. An den Münchener Parteitag der westdeutschen Sozialdemokraten im Sommer 1956 richtete die KPdSU ein freundliches Telegramm ohne die früher üblichen Beschimpfungen[41].

Zwiespältige Einschätzung der SPD

Trotzdem lehnte die sowjetische Führung jedwede Konzession an den Standpunkt der SPD und anderer „Verbündeter" ab. Nur die eigene Politik sollte Grundlage der angestrebten Kooperation sein. Die Bereitschaft, dies zu akzeptieren, war das

nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003, S. 250 f; N.S. Chruščëv an das ZK der SED (dt. Übers.), 7.6.1955, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 8f. (dt. Übers.), 11f. (russ. Originaltext). Russische Zitate aus dem Dokument bei F.I. Novik, „Ottepel" i inercija cholodnoj vojny. Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg., Moskau 2001, S. 186f. (unter Hinweis auf die Signatur AVPRF, f. 06, op. 14, p. 13, d. 184, Bl. 48f.). Deutsche Übersetzung bei Beate Ihme-Tuchel, Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen der SED und der KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 458f.

[37] Vladislav Zubok, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–1961, in: Wolfgang Krieger / Jürgen Weber (Hg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 125f.

[38] Bemerkungen zur SPD-Politik. Aufzeichnung für eine Besprechung am 14.11.1955, SAPMO-BArch, NY 4182/1.306, Bl. 2.

[39] Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, SAPMO-BArch, NY 4182/1.210, Bl. 169–171.

[40] Političeskoe pis'mo o nekotorych voprosach ideologičeskoj raboty SEPD v svjazi s itogami XX-go s-ezda KPSS i III konferencii SEPG, 16.6.1956, RGANI, f. 5, op. 28, d. 426, Bl. 138f. Vgl. Michael Lemke, Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956 bis 1960, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 365–369; Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 392–394; Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 219; Wendler, Die Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1952 bis 1958 (Anm. 2), S. 373–376; Hans-Joachim Spanger, Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982, S. 71–76. Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen, die durch die sowjetische Kurskorrektur ausgelöst wurden, siehe Lemke, Eine neue Konzeption? (Anm. 40), S. 361–368.

[41] Christoph Meyer, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 195f.

Kriterium für die Unterscheidung zwischen positiven und negativen Tendenzen bei den westdeutschen Sozialdemokraten. Sie lehnten die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ab und bekundeten grundsätzliche Zustimmung zu einem System kollektiver Sicherheit, waren demnach in sowjetischer Sicht geeignete Partner. Als Bestätigung dieser Beurteilung wurde vermerkt, dass sich im Frühjahr 1956 führende Persönlichkeiten der Partei, darunter ihr Vorsitzender, Erich Ollenhauer, auf Betreiben des linken Flügels an der – außerhalb des parlamentarischen Rahmens agierenden und gegen die Westverträge der Bundesrepublik gerichteten – „Paulskirchen-Bewegung" beteiligten und überdies erklärten, die militärische Bindung an den Westen vertiefe die deutsche Spaltung und mache die staatliche Einheit illusorisch. Die Vereinigung, so hofften die führenden Sozialdemokraten, lasse sich auf freiheitlicher Basis erreichen, wenn die Bundesrepublik auf die beschlossene Bewaffnung im Rahmen des atlantischen Bündnisses verzichte. Der Konsens mit der SPD hinsichtlich Neutralität und kollektiver Sicherheit hinderte die Führung im Kreml aber nicht daran, sich heftig gegen diese Partei zu wenden, soweit diese von der sowjetischen Linie abwich. Sie verlangte insbesondere totalen Widerstand gegen die Westorientierung Bonns. Wenn die Bundesregierung nicht zur Umkehr bereit war, sollten an ihre Stelle Kräfte treten, die den Kurs völlig änderten. Nur auf dieser Basis erschien ein „Bündnis" interessant.

Von wenigen Einzelpersonen abgesehen, waren die westdeutschen Sozialdemokraten nicht gewillt, wegen der Wiedervereinigungsfrage den Konsens der demokratischen Parteien aufzukündigen und die Westverträge ohne Rücksicht auf die verfassungsmäßige Ordnung zu bekämpfen. Moskau rügte dies als inkonsistente und schwankende Haltung. Insbesondere sei es nicht konsequent, sich gegen Adenauers Politik zu wenden und ein Gespräch mit der Sowjetunion über die deutsche Einheit zu suchen, aber den Kontakt mit den Kommunisten abzulehnen. Die Lösung des Problems erfordere doch gemeinsame Aktionen mit ihnen. Nur wenn man den Sozialdemokraten zu einer klaren, in sich stimmigen Position verhelfe, könne man, wie beiderseits gewollt, den Bundeskanzler entmachten. Das politische Potential der SPD reiche dazu zwar aus, werde aber bislang nicht in der erforderlichen Weise mobilisiert. Anders als die Basis verlange, mache die Führung keine ernsten Schritte zur Verhinderung der Westverträge. Sie sabotiere den politischen Generalstreik und ergreife „alle Maßnahmen, um die außerparlamentarischen Aktionen der Werktätigen einzuschränken". Die von ihr eingeleitete Sammlung von Unterschriften unter das Paulskirchen-Manifest lenke nur „die Massen von aktiven Aktionen ab"[42]. Auf Unverständnis stieß im Kreml auch, dass sich die SPD trotz grundsätzlicher Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft an den Beratungen über die Gesetze zur Regelung des militärischen Aufbaus beteiligte.

Weiterhin war es für die Akteure in Moskau unbegreiflich, dass die Sozialdemokraten zwar in der Wiedervereinigungsfrage den Konsens mit der UdSSR suchten, aber selbst dann, wenn sie an der mangelnden Entschlossenheit und Klarheit ihrer Parteioberen gegenüber der Regierung in Bonn Kritik übten, die

[42] Informationsbericht von Botschafter Puškin „Über die Lage in der SPD (russ.)" an das ZK der KPdSU, 4./5.3.1955, in einem ausführlichen Zitat wiedergegeben bei Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 27), S. 42.

sowjetische Politik in aller Regel nicht akzeptierten. Viele seien nur „aus pazifistischen Gründen" gegen den „Militarismus" und verstünden nicht, dass der militärische Aufbau in der DDR notwendig sei und nicht in Widerspruch zum Bemühen um Abrüstung stehe. Stattdessen glaubten sie einfach: „Armee ist Armee, ganz gleich wo und unter welchen Bedingungen." Die mit Adenauer vereinbarte Entlassung der „Kriegsverbrecher" habe sich negativ ausgewirkt: Sie habe den „Chauvinismus neu entfacht" und den Militarismus gefördert. Auch war die sowjetische Seite darüber verärgert, dass ihr erklärter Wille zur deutschen Einheit weithin als unglaubwürdig galt. In der SPD bezweifele man, dass, wie vom Kreml versichert[43], der geforderte Aufbau eines Systems der kollektiven Sicherheit die nationale Spaltung überwinde, und glaube, das sei Sache der Vier Mächte (nach westlicher These), während man selbst nichts tun könne (ungeachtet der östlichen Appelle, die Teilungssituation durch Verhandlungen beider Staaten zu beenden)[44].

Dem Kreml ging es nicht um die nationalen Belange der Deutschen. Der SPD-Führung wurde vorgeworfen, sie verschweige „den Massen, dass der Frieden und die Sicherheit des deutschen Volkes sowie der europäischen Völker durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus [in der Bundesrepublik] bedroht" sei, der „seine Wurzeln in der Herrschaft der Monopol- und Bankherren" – mithin im westlichen System – habe[45]. Chruschtschow hatte daher auf dem XX. Parteitag der KPdSU von der „Notwendigkeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische" gesprochen. Nur die „Formen der sozialen Revolution", die unausweichlich früher oder später eintreten werde, seien „unterschiedlich". Je nach Lage werde es zu einem gewaltsamen oder einigermaßen friedlichen Verlauf kommen. Die zweite Option bestehe, wenn es die Möglichkeit des „parlamentarischen Wegs" gebe[46]. In diesem Sinne suchte die sowjetische Seite „an alle Berührungspunkte anzuknüpfen" und die Kontakte „auf allen Ebenen zu vervielfachen". Gleichzeitig sollte die „kritische Auseinandersetzung" mit der politischen Linie des SPD-Vorstands verstärkt werden, „die der Arbeiterklasse und dem Gedanken der Aktionseinheit Schaden zufügt"[47].

Reaktionen der SPD

Bei den westdeutschen Sozialdemokraten gab es aufgrund früherer Erfahrungen starke Widerstände gegen eine derartige „Kooperation zwischen den beiden Arbeiterparteien". Vor Hitlers Machtergreifung hatte sich die KPD mit der NSDAP gegen die Demokratie verbündet, und 1946 war die SPD in der Sowjetzone durch

[43] Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14.2.1956, in: XX s-ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 14–25 fevralja 1956 goda. Stenografičeskij otčët, Bd. I, Moskau 1956, S. 29.
[44] Arbeitspapier vom 12.11.1955, SAPMO-BArch, NY 4182/1.306, Bl. 15–18.
[45] Ebenda, Bl. 18f.
[46] Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14.2.1956, in: XX s-ezd (Anm. 43), S. 36, 38–41.
[47] F. Ebert, Die Politik der SPD und die Politik und Taktik der SED, 27.12.1956, SAPMO-BArch, NY 4182/1.306, Bl. 90.

die erzwungene Fusion mit den dominierenden, weil von der Besatzungsmacht unterstützten Kommunisten ausgeschaltet worden. Ihre Funktionäre und Mitglieder waren, soweit sie sich nicht total unterwarfen, danach härtester Verfolgung bis hin zur physischen Liquidation ausgesetzt worden. Nach Ansicht des 1952 verstorbenen, aber auch weiterhin maßgebenden ersten westdeutschen Parteivorsitzenden, Kurt Schumacher, ging es den Kommunisten nicht um sozialistische Politik, sondern um Durchsetzung einer despotischen Fremdherrschaft. Man lehnte daher jede Gemeinsamkeit und sogar jeden Kontakt ab. Um der Wiedervereinigung willen, die von der Zustimmung des Kreml abhing, suchte man aber zugleich eine Verständigung mit der UdSSR, die strikt auf die Außen- und Sicherheitspolitik beschränkt bleiben und keine Konzessionen in Fragen der inneren Verhältnisse einschließen sollte.

Im Blick auf das Verhalten zur Sowjetunion gab es zwei Haupttendenzen in der SPD. Fritz Erler wandte sich scharf gegen alle Schritte, welche die Gemeinsamkeit der Demokraten in der Bundesrepublik stören und den innen- wie außenpolitischen Westkurs gefährden könnten. Er war zwar mit dem parteioffiziellen Vorschlag einer vertraglich zu gewährleistenden Sicherheit einverstanden, hielt aber die Garantie des Westens, vor allem der USA, für entscheidend. Er wollte den Vorbehalt gegenüber der Westbindung klar auf den militärischen Bereich beschränkt sehen und bejahte sogar die Mitgliedschaft in der NATO, falls die UdSSR den Bündnisverzicht nicht mit der staatlichen Einheit auf freiheitlicher Basis zu honorieren bereit sei[48]. Mit dem Hinweis, damit nicht die Zugehörigkeit zur atlantischen Allianz zu billigen, beteiligte er sich führend an den Entscheidungen über die Wehrgesetzgebung[49].

Herbert Wehner dagegen räumte dem Ziel der Vereinigung Vorrang ein und suchte deshalb vor allem anderen eine Verständigung mit der UdSSR. Er glaubte, der Kreml sei prinzipiell zu einem demokratischen Gesamtdeutschland bereit, wenn nur seinem Interesse an einem System kollektiver Sicherheit entsprochen werde. Zugleich distanzierte er sich scharf vom SED-Regime, dessen schlechtes Beispiel den „reaktionären Kreisen in Westdeutschland" helfe, Stimmung gegen die SPD als den anderen Teil der Arbeiterbewegung zu machen. Die sowjetische Ausrichtung auf das „verfehlte Experiment DDR" hielt er für einen Irrweg. Durch den Aufstand vom 17. Juni 1953 sah er sich in der Meinung bestärkt, dass diese Politik zum Scheitern verurteilt sei und dass sich die Moskauer Führung zu einer Wiedervereinigung ohne Rücksichtnahme auf Ost-Berlin verstehen werde, wenn man ihr nur entsprechende Garantien biete. Das wiederholt versäumt zu haben, machte er der Bundesregierung zum Vorwurf[50]. Der Parteivorsitzende, Ollenhauer, schwankte zwischen den Auffassungen Erlers und Wehners.

[48] Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983, S. 91–95; Lothar Wilker, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 26f., 31, 49–57; Fritz Erler, Politik für Deutschland. Eine Dokumentation, hg. und eingel. von Wolfgang Gaebler Stuttgart 1968, S. 460–467, 478.
[49] Ebenda, S. 490–506.
[50] Meyer, Herbert Wehner (Anm. 41), S. 175–191.

Östliche Bemühungen um die SPD

Der Hoffnung auf sowjetisches Einlenken lag unausgesprochen die Prämisse zu Grunde, die Sicherheitsfrage lasse sich vom Systemgegensatz trennen. Im Kreml war man nicht dieser Ansicht. Intern ließ man keinen Zweifel daran, dass man unter allen Umständen am SED-Regime festzuhalten gedachte und die DDR als Grundlage des künftigen Gesamtdeutschlands ansah. Von Wehners Kurs versprach man sich jedoch Unterstützung im Kampf gegen die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik und suchte daher seiner Richtung zum Durchbruch in der Partei zu verhelfen. Der Kreml warnte die Sozialdemokraten vor der Bündnispolitik Adenauers, vor „Remilitarisierung", Wehrgesetzgebung, Einführung der Militärdienstpflicht und – in den folgenden Jahren – vor dem Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften EWG und EURATOM sowie vor allen Vorkehrungen für den Fall des Nuklearkrieges. Das sei eine „Politik von der Position der Stärke aus", die eine Konfrontation herbeiführe. Zudem zerstöre die Bundesregierung die Aussicht auf nationale Einheit und riskiere physische Vernichtung. Demnach erzeugte das Bemühen um ein Gegengewicht zur sowjetischen Macht unerträgliche Spannung und Gefahr.

Die Mitglieder und Anhänger der SPD sollten daher auf einen „klareren", „konsequenteren" Kurs dringen. Um die Kritiker der Parteiführung zu sammeln und ihren Argumenten Geltung zu verschaffen, gründete die SED eine „Sozialdemokratische Aktion", die jedoch nicht mehr erreichen konnte, als ostdeutsche Emissäre mit Adressen von Ansprechpartnern zu versorgen und politische Reisen in die DDR zu organisieren[51]. Wichtiger waren einige Abweichler wie Wolfgang Abendroth und Fritz Baade, die für die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime eintraten und mit dessen finanzieller Hilfe „Die Andere Zeitung" herausbrachten. Zwar konnten sie den angestrebten Meinungsumschwung in der Partei nicht herbeiführen, doch war deren offizielles Organ, der „Neue Vorwärts", monatelang genötigt, sich mit diesem Blatt auseinanderzusetzen[52]. Die SED bemühte sich intensiv um Linksabweichler in der SPD und suchte durch ein Netz von Verbindungsleuten Kontakte zu Ollenhauer und Wehner zu knüpfen[53].

Der unmittelbare Erfolg war freilich gering. Das Angebot der DDR-Führung vom 26. April 1956, Sozialdemokraten aus der Haft zu entlassen, wenn die SPD ihre „Agentenzentrale" Ostbüro auflöse, stieß auf scharfe Ablehnung[54]. Briefe an den Parteivorstand und an das Präsidium des Münchener Parteitags[55] wurden

[51] Karl-Heinz Schmidt, Die Deutschlandpolitik der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2130.

[52] Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Bad Godesberg – Lichtenstein 1965, S. 215–217.

[53] Michael Lemke, Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilmann Mayer (Hg.), „Macht das Tor auf". Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 229.

[54] Helmut Bärwald, Das Ostbüro der SPD, Krefeld 1991, S. 123f.; Wendler, Die Deutschlandpolitik der SED (Anm. 2), S. 376.

[55] W. Ulbricht an den Parteivorstand der SPD, 30. 6. 1956, SAPMO-BArch, DY 30/3542, Bl. 50–52; ZK der SED an den Parteitag der SPD, 7. 7. 1956, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 2, 2. Halbbd., Frankfurt/Main – [West-]Berlin 1963, S. 574–582.

ignoriert. Der Hinweis auf die außerordentliche Bedeutung der „Fragen der Entspannung in Deutschland und der Sicherung des Friedens" für die „Arbeiterklasse" und die „ganze deutsche Nation" und die Erwartung, „dass es gelingen möge, in dieser Situation die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen zurückzustellen", führten nicht zur erhofften Spaltung in der SPD. Die Agitation der Kommunisten in den Untergliederungen hatte kaum Wirkung[56]. Das Bemühen um Einflussnahme auf die Parteijugend „Die Falken" steckte noch in den Anfängen[57]. Resonanz fand nur die Studentenzeitung „Konkret", die von Klaus Rainer Röhl, dessen KPD-Mitgliedschaft nicht bekannt war, mit finanzieller Unterstützung der SED herausgegeben wurde. Zum Erfolg beim Publikum trug wesentlich bei, dass die vorgebliche politische Unabhängigkeit des Blattes durch ein paar antikommunistische Artikel scheinbar erwiesen wurde[58].

Kontakte zu sozialdemokratischen und liberalen Politikern in der Bundesrepublik

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Valerian Sorin, bemühte sich zunächst vergeblich um Kontakte. Erst allmählich konnte er politische Verbindungen knüpfen. Als erste Gäste suchten ihn im Juni 1956 Mitglieder des SPD-Vorstands auf. Ollenhauer äußerte sich dabei positiv zu einem vorangegangenen Schreiben Bulganins an Adenauer, das für Abrüstung, vor allem im nuklearen Bereich, plädierte sowie von sowjetischen Truppenreduzierungen, unter anderem in der DDR, berichtete[59], und stimmte der Forderung der UdSSR nach Beendigung des Wettrüstens zu. Parteivorstandsmitglied Wilhelm Mellies trat für eine Truppenbeschränkung in Mitteleuropa ein und erklärte, das werde dem Bundeskanzler „den Boden unter den Füßen entziehen und den Sozialdemokraten sowie allen Gegnern der Aufrüstung Deutschlands günstige Positionen sichern". Die Anregung des Botschafters, die deutsche Frage in inoffiziellen Verhandlungen mit der SED zu erörtern, griff er zwar nicht auf, lehnte sie aber auch nicht ab, wie es dem demokratischen Konsens in der Bundesrepublik entsprochen hätte. Sorin zog daraus den Schluss, die SPD sehe im Gegensatz zur Bundesregierung die Unausweichlichkeit direkter Verhandlungen mit der DDR letztlich ein[60]. Anschließend setzte ein ständiger

[56] In den Akten der SED findet sich nur ein einziges Dokument, das einen Sympathieerfolg auf lokaler Ebene erkennen lässt: Arnold [ohne Nennung des Nachnamens] aus Bremen an O. Grotewohl, 21.6.1956, SAPMO-BArch, NY 4090/638, Bl. 205.

[57] Linienführung für die weitere Arbeit mit den Falken (nicht beschlossene Ausarbeitung), März 1956, SAPMO-BArch, DY 24/13407, o. Bl. (15 S.); handschriftliche Aufzeichnung über den Aufenthalt einer Delegation der Falken in Leipzig und Dresden, 6.–12.8.1956, SAPMO-BArch, DY 24/13407, o. Bl. (13 S.); handschriftlicher Bericht, o. D. [Herbst 1956] , SAPMO-BArch, DY 24/13407, o. Bl. (3 S.).

[58] Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 9–11; Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte KONKRET, Hamburg 2006, S. 95–130.

[59] N.A. Bulganin an K. Adenauer, 6.6.1956, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 2, 1. Halbbd., Frankfurt/Main – [West-]Berlin 1963, S. 458–460 (russ. Originaltext), 460f. (dt. Übers.). Die sowjetischen Maßnahmen zielten auf Umrüstung ab: Chruščëv wollte die UdSSR durch Verlagerung von konventioneller Quantität auf Raketen- und Nuklearqualität zugleich militärisch stärken und wirtschaftlich entlasten.

[60] Aktenvermerk von DDR-Botschafter König über Gespräch mit V. Zorin im sowjetischen Außenministerium, 10.9.1956, PA – MfAA, A 17545, Bl. 181; Information aus dem ZK der KPdSU laut K. Schirdewan an O. Grotewohl, 26.6.1956, wiedergegeben in: Heinz Niemann /

Gedankenaustausch ein. Die Botschaft gab den Sozialdemokraten politische Argumente an die Hand. In Moskau war man überzeugt, damit den Widerstand gegen die militärische Integration der Bundesrepublik in die NATO erheblich zu verstärken[61].

In der zweiten Jahreshälfte knüpfte die östliche Seite weitere Kontakte. In der Hoffnung auf Fortschritte zur Wiedervereinigung hatte Bundesfinanzminister Fritz Schäffer schon im Juni 1955 Verbindung zum sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin gesucht, war jedoch nur von Stasi-Kadern politisch taxiert worden, was durch die Teilnahme des bayerischen Landsmanns General Vincenz Müller an der Unterredung kaschiert wurde. Mit Wissen Adenauers führte Schäffer am 20. Oktober 1956 das dabei angestrebte Gespräch in der Botschaft Unter den Linden, bei dem auch ein Führungsmitglied der Blockpartei NDPD anwesend war[62]. Wehner, der den SED-Sekretär des „Ausschusses für Deutsche Einheit", Wilhelm Girnus, bereits Anfang 1954 am Rande der Berliner Außenministerkonferenz und dann erneut im Oktober 1956 in der Lüneburger Heide getroffen hatte, kam mit diesem ein weiteres Mal am 10. November in West-Berlin zusammen, um auf die Freilassung inhaftierter Sozialdemokraten in der DDR zu dringen. In diesem Gespräch setzte er sich für einen Dialog mit den ostdeutschen Kommunisten ein, weil er glaubte, damit einer Verschärfung der Repression aufgrund der Geschehnisse in Polen und Ungarn entgegenwirken zu können. Auch hier suchte sich die Stasi ein Bild des westdeutschen Politikers zu verschaffen. Weder die östliche Seite noch der Sozialdemokrat erreichten ihr Ziel: Wehner war nicht bereit, mit dem Leiter der SED-Parteikontrollkommission, Hermann Matern, in Ost-Berlin zusammenzutreffen, und die politischen Gefangenen, um deren Freilassung er sich bemühte, blieben weiter in Haft[63].

Das zur Führung seiner Partei in Opposition stehende SPD-Mitglied Fritz Baade übte am 10. Dezember 1956 vor der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin scharfe Kritik an der Politik der Bundesregierung, befürwortete die Vereinigung beider deutscher Staaten trotz ihrer unterschiedlichen ordnungspolitischen Orientierung, sprach sich für ein System kollektiver Sicherheit aus und äußerte die Hoffnung auf „Ausschaltung Adenauers" bei der nächsten Bundestagswahl[64]. Die FDP war wegen wachsender Spannungen im Verhältnis zum Bundeskanzler an Ostkontakten besonders interessiert. Im Juli und Oktober 1956 führte sie Gespräche mit der „liberalen" DDR-Blockpartei LDPD, nachdem ihr Vorsitzender, Thomas Dehler, schon vorher von der Bundesregierung direkte Gespräche mit der UdSSR über die deutsche Frage gefordert und für den Fall ihrer Weigerung unmittelbare Kontakte mit der DDR nicht ausgeschlossen hatte.

Siegfried Prokop, Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR, Berlin 1995, S. 39f.; Lemke, Eine neue Konzeption? (Anm. 40), S. 369.

61 Večernee zasedanie plenuma CK KPSS (Aussage Gromykos bei Diskussion der sowjetischen Außenpolitik), 25. 6. 1957, in: Kovalëv u. a., Molotov, Malenkov, Kaganovič (Anm. 17), S. 231.

62 Lemke, Einheit oder Sozialismus? (Anm. 40), S. 399f.

63 W. Girnus an W. Ulbricht, 20. 11. 1956, SAPMO-BArch, DY 30/3542, Bl. 73–77; Meyer, Herbert Wehner (Anm. 41), S. 193. Zu Wehners DDR-Kontakten auch ebenda, S. 193f.

64 Paul Verner, Information über den Vortrag von Prof. Baade an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 10. 12. 1956, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/275, o. Bl. (5 S.).

Am 18. Dezember betonten maßgebliche Führer der FDP während eines Empfangs für Botschafter Smirnow und seine Mitarbeiter, ihr Ziel sei die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion. Sie wandten sich gegen die einseitige Ausrichtung auf die USA, die den nationalen Interessen Deutschlands schade. Der Austritt ihrer Partei aus der Regierungskoalition im März sei auf den Dissens über den außenpolitischen Kurs, vor allem gegenüber der UdSSR, zurückzuführen. Die Freidemokraten betonten die Notwendigkeit, das wechselseitige Verhältnis zu verbessern, denn ohne die Sowjetunion lasse sich die deutsche Frage nicht lösen. Sie wandten sich aber gegen die Forderung nach Verhandlungen mit der DDR-Regierung über die deutsche Einheit, weil deren Politik die Vereinigung verhindere. Ihre Partei habe gleichwohl erste Schritte zur Anknüpfung von Kontakten unternommen und einen für westdeutsche Verhältnisse mutigen Vorschlag für Verhandlungen mit der LDPD vorgelegt. Die FDP-Politiker klagten darüber, wie sich diese verhalte, und äußerten die Bitte, ihr sowie der SED eine andere Haltung nahezulegen. Den militärischen Aufbau in der Bundesrepublik begründeten sie mit bestehender Furcht vor der UdSSR und der Existenz der DDR-Armee[65].

Hoffnung auf innenpolitische Veränderung in Westdeutschland

Im Sommer 1956 glaubte die östliche Seite eine insgesamt positive Tendenz in der SPD feststellen zu können. Deren Nein zur Koalition mit der CDU/CSU nach den kommenden Wahlen, die Forderung nach außerparlamentarischen Aktionen und die Tätigkeit der Karl-Marx-Gesellschaft, die das Wirken von Leuten wie Abendroth ermögliche, weckten vor dem Münchener Parteitag Erwartungen. Nach dessen Abschluss hieß es, seine „Entschließungen und Reden" stellten gegenüber früher einen Fortschritt dar und böten „Anknüpfungspunkte für die weitere Entwicklung des Kampfes gegen die Aufrüstung, gegen den Militarismus und [für] die Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage". Insbesondere werde der vorgesehene Aufbau einer 500 000-Mann-Armee auf der Grundlage der Wehrpflicht verurteilt. Allerdings seien keine Festlegungen erfolgt, „was die SPD in den nächsten Monaten bis zu den Wahlen hinsichtlich all der entscheidenden Fragen zu tun" gedenke. Alles werde „vertröstet", bis man danach die Regierungsgeschäfte übernehmen wolle. Auch fehle eine Stellungnahme „gegen die Faschisierung der Bundesrepublik und den Militarismus"[66]. Wie hervorgehoben wurde, boten sich „zahlreiche neue Möglichkeiten für die Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse", d. h. von Kommunisten und Sozialdemokraten. Zu den Gemeinsamkeiten, die man zu nutzen hoffte, gehörten das Verlangen nach „Revision der Pariser Verträge" und „Wiederaufhebung des Wehrgesetzes" sowie nach Verhandlungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten über die „Herstellung normaler Beziehungen" und die Stellungnahmen „gegen

[65] Vertrauliches sowjetisches Papier (russ. Originaltext), o. D. [vor 28. 12. 1956], SAPMO-BArch, DY 30/3495, Bl. 2–4.
[66] Kurze Einschätzung des Münchener Parteitages, o. D. [Spätsommer 1956], SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.02/90, Bl. 17, 20.

das Adenauer-Regime", für die „Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten" in der Bundesrepublik, für die „Beendigung der Ära Adenauers", für die „Erhaltung der demokratischen Reformen in der DDR" und deren Anerkennung als „sozialistische Errungenschaften"[67].

Auf sowjetischer Seite glaubte man eine insgesamt günstige Entwicklung in der Bundesrepublik feststellen zu können. Sorin erklärte intern, die Haltung der Bevölkerung gegenüber der UdSSR sei freundlich. Nur die oberen Kreise um Adenauer und vor allem im Auswärtigen Amt hätten „sich absolut feindselig gezeigt"[68]. Deren Position schien jedoch ins Wanken zu geraten. Nach Einschätzung von Außenminister Dmitrij Schepilow war das Prestige des Bundeskanzlers im Rückgang begriffen. Die Gegenkräfte würden immer stärker, seien aber bedauerlicherweise „sehr zersplittert" und noch weit von einer „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" entfernt. Zudem sei die Politik der SPD-Führung schwankend und gehe „jeder Entscheidung aus dem Weg". Ihre Angriffe seien mehr gegen die Person Adenauers als gegen die CDU gerichtet[69]. Der Bonner „Prawda"-Korrespondent, Pawel Naumow, dessen Urteil bei Chruschtschow großes Gewicht hatte, berichtete von wachsenden politischen Schwierigkeiten Adenauers im In- und Ausland. Er sei weithin isoliert; die verstärkte Kritik der Öffentlichkeit lasse ein „Abrücken bestimmter Schichten der westdeutschen Bourgeoisie von der Politik ‚von der Position der Stärke aus'" erkennen. Deren Preisgabe werde mit zunehmender Deutlichkeit gefordert. Im Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr seien „gewisse bourgeoise Kreise Westdeutschlands bestrebt, sich von der im Volk unpopulären Politik der Bonner Regierung zu lösen"[70].

Im Winter 1956/57 zeichneten sich erste Erfolge des ostdeutschen Bemühens um die SPD-Jugendorganisation „Die Falken" ab. Eine ihrer Stellungnahmen wandte sich scharf gegen das kapitalistische System und bescheinigte der UdSSR und den sozialistischen Staaten eine „fortschrittliche" Ordnung, die den Massen die Möglichkeit gebe, „ein besseres Leben und vor allem politische und kulturelle Freiheit offener und mit mehr Erfolg zu fordern. Wenn diese sich in einigen östlichen Ländern, so in Polen und Ungarn, gegen die „Diktatur von Managern und Bürokraten" aufgebäumt hätten, dann sei dies „nicht gegen die Wirtschaftsordnung als solche", sondern „vorwärts zur sozialistischen Demokratie" gerichtet gewesen[71]. Nach Ost-Berliner Einschätzung ließen auch zahlreiche regionale und lokale Gruppen den Willen zu Aktionen gegen „Remilitarisierung" und „Atombewaffnung" erkennen und unterhielten oft enge Kontakte zu den Sendboten der SED. Verabredungen über die Freilassung politischer Gefangener in der DDR, gemeinsamer Druck auf die SPD-Führung, Linksabweichler nicht aus der Partei zu entfernen, und ein zunehmender Konsens, das Ziel der nationalen Einheit er-

[67] Einschätzung des SPD-Parteitages, 13. 8. 1956, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.02/90, Bl. 8.
[68] Aktenvermerk von DDR-Botschafter König über Gespräch mit V. Zorin im sowjetischen Außenministerium, 10. 9. 1956, PA – MfAA, A 17545, Bl. 182.
[69] Aktenvermerk von DDR-Botschafter König über Gespräch mit Außenminister D. Šepilov, 19. 10. 1956, PA – MfAA, A 146, Bl. 75–78.
[70] P. Naumov, Obščestvennost' zapadnoj Germanii trebuet otkaza ot politiki „s pozicii sily", in: Pravda, 30. 7. 1956.
[71] Manifest der Sozialistischen Jugend Deutschlands, Die Falken, o. D. [1956/57], SAPMO-BArch, DY 24/13346, o. Bl. (6 S.).

fordere den Kampf gegen den „starren" Westkurs Adenauers und für die Beseitigung der NATO, seien zur Basis wechselseitigen Vertrauens geworden. In der Sicht der DDR gab es freilich bei der anderen Seite noch „Unklarheiten", die der Überwindung bedurften[72].

Auf das Verbotsurteil des Verfassungsgerichts in Karlsruhe gegen die KPD reagierte die UdSSR mit scharfem Protest. Es handele sich um „einen volksfeindlichen Akt, der die elementaren Rechte des deutschen Volkes mit Füßen tritt und auf die Unterdrückung der Friedenskräfte und auf die Stärkung des aggressiven, die Sicherheit der europäischen Völker bedrohenden deutschen Militarismus abzielt." Der Schritt stehe in Parallele zum Vorgehen Hitlers. Dieser habe zuerst den Widerstand der KPD ausgeschaltet und dann „mit der forcierten Wiederaufrüstung Deutschlands" begonnen, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und schließlich, „durch die Nachsicht der Westmächte begünstigt", damit begonnen, „in fremde Territorien einzudringen und den zweiten Weltkrieg zu entfesseln". Dieser Weg werde „mit Unterstützung der imperialistischen Kräfte des Westens" erneut beschritten[73]. Im Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestages wandte sich auch Wehner gegen das Verbot, das die Kommunisten nur in den Untergrund treibe. Seinen Vorschlag, die anlaufenden Hochverratsprozesse gegen ihre Funktionäre einzustellen, um dem Bemühen um Freilassung politischer Gefangener in der DDR Nachdruck zu verleihen, lehnten sowohl der Vorstand der SPD als auch die Bundesregierung ab[74].

Die Streitfrage Nuklearrüstung

Eisenhower hatte in den amerikanischen Wahlen vom Herbst 1952, aus denen er als Präsident hervorging, „mehr Knall für den Dollar" versprochen. Demnach sollten die konventionellen Streitkräfte weithin durch eine weniger kostspielige Verteidigung mit Kernwaffen ersetzt werden. In den folgenden Jahren wurden nukleare Interkontinental- und Gefechtsfeldsysteme eingeführt. In Westeuropa wurden 1954 die ersten Kurzstreckenwaffen stationiert. Auch der Kreml wollte die wirtschaftlichen Belastungen durch die Rüstung verringern. Chruschtschow reduzierte die Truppen und bemühte sich um ein machtvolles Kernwaffenarsenal, das er ebenfalls als den letztlich allein entscheidenden Faktor des militärischen Kräfteverhältnisses ansah. Die sowjetischen Anstrengungen führten freilich erst ab Ende der fünfziger Jahre zu hinreichend brauchbaren Interkontinental- und Gefechtsfeldsystemen[75]. Der Kremlchef wollte die militärischen Ausgaben auf die allein als

[72] Siehe insbes. FDJ-Bezirksleitung, Abt. Westberlin, Bericht über Gespräch mit dem Sekretär der dortigen Falken, Gen. H. Ristock, SAPMO-BArch, DY 24/13346, o. Bl. (3 S.); Linienführung für die weitere Arbeit mit den Falken, o. D. [März/April 1957] , SAPMO-BArch, DY 24/13346, o. Bl. (10 S.); Über welche Probleme wir eine Auseinandersetzung mit den Falken führen (handschriftliche Aufzeichnung), Linienführung für die weitere Arbeit mit den Falken, o. D. [März/April 1957], SAPMO-BArch, DY 24/13346, o. Bl. (12 S.); [Wiedergabe von Ausführungen auf einer Versammlung der Falken], o. D. [Mai 1957] , SAPMO-BArch, DY 24/13346, o. Bl. (6 S.).

[73] Erklärung des ZK der KPdSU, 29. 8. 1956, in: dzd (Anm. 4), III Reihe, Bd. 2, 2. Halbbd., S. 686–689 (russ. Originaltext), 689–692 (dt. Übers.).

[74] Meyer, Herbert Wehner (Anm. 41), S. 197–199.

[75] Matthias Uhl, Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958–1962, München 2008, S. 198. Vgl. Chruščëvs Aussage gegenüber dem französ-

wichtig angesehene Nuklearrüstung konzentrieren und zugleich Mittel für eine Wohlstandspolitik im Rahmen des Systemwettstreits erübrigen[76]. In Washington ging es darum, die NATO-Streitkräfte durch Einführung der nuklearen Gefechtsfeldsysteme zu stärken, um auf dieser Grundlage die amerikanischen Verbände in Europa ausdünnen oder sogar vollständig zurückziehen zu können. Wie das Manöver „Carte Blanche" vom 20. bis 28. Juni 1955 erstmals zeigte, war bei einem Einsatz von Kernwaffen eine großflächige Verwüstung in Deutschland zu erwarten. In kürzester Zeit würden unerträglich hohe Verluste an Menschenleben und Existenzgrundlagen eintreten. Folglich war nunmehr das Überleben weit stärker bedroht als in einem konventionell-militärischen Konflikt, auf den man sich bis dahin eingestellt hatte. Das galt auch dann, wenn die NATO-Strategie vollen Erfolg haben würde[77].

Adenauer sah, dass sich die Bundesrepublik der Umstellung der Kriegsfallplanung auf den möglichen Einsatz von Kernwaffen auf dem Gefechtsfeld nicht dauerhaft entziehen konnte, wenn sie – wie er es für unerlässlich hielt – am westlichen Bündnis festhielt. Das brachte ihn in innenpolitische Schwierigkeiten. Er hatte den militärischen Aufbau und die Beteiligung an der Allianz mit dem sicherheitspolitischen Argument durchgesetzt, die Verstärkung der NATO durch die Bundeswehr werde einen entscheidenden Zuwachs an Sicherheit bringen. Die westdeutschen Verbände würden dauerhaft die Präsenz eines starken amerikanischen Truppenkontingents gewährleisten und damit eine Vorneverteidigung ermöglichen, die das Land auch im Falle militärischer Kämpfe zu schützen geeignet sei. Jetzt aber war beides in Frage gestellt. Die Sicherheit der Bundesrepublik hing nunmehr ausschließlich davon ab, dass der Krieg durch die nukleare Abschreckung verhindert wurde, weil der Gegner die dann zu erwartende großflächige Vernichtung scheute. Darauf setzte Adenauer, aber es war fragelich, ob die Bevölkerung diese Gewissheit teilte. War das nicht der Fall, erschien die Beteiligung am Bündnis nicht mehr moralisch gerechtfertigt.

Die UdSSR ließ frühzeitig die Absicht erkennen, sich diese Lage zunutze zu machen. Sie suchte der westdeutschen Bevölkerung das Schicksal vor Augen zu halten, das ihr drohe, wenn, wie aufgrund der „Aggressivität" der „Imperialisten" im Westen mit einiger Gewissheit zu erwarten sei, der Krieg ausbreche. Wenn ein militärischer Konflikt bisher ausgeblieben sei, gehe das auf das Bemühen der friedliebenden Sowjetunion und der sozialistischen Staaten zurück. Wenn es gemäß westlicher Absicht zum Krieg komme, werde sich zeigen, dass die Beteiligung an der NATO und ihrer Strategie für die Bundesrepublik glatten Selbstmord bedeute. Das Schreckensszenario bezweckte, die Bundesrepublik aus der atlantischen Allianz herauszubrechen oder zumindest als ersten Schritt die Bundeswehr auf

sischen Politiker Édouard Daladier am 9. 9. 1957, die Frage des militärischen Einsatzes nuklearer Kurzstreckenraketen in Europa sei „seit langem entschieden" (Protokoll des Gesprächs, RGANI, f. 9, op. 1, d. 590, Bl. 84).

[76] Matthew Evangelista, „Why Keep Such an Army?" Khrushchevs Troop Reductions, Cold War International History Project, Working Paper No. 19, Washington/DC, December 1997, S. 2–8, 13 f, 17–26; Aufzeichnung Chruščëvs über weitere Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte für das Präsidium des ZK der KPdSU, 8. 12. 1959, in. Vestnik, 3/2006, S. 101–104.

[77] Näheres bei Catherine McArdle Kelleher, Germany & the Politics of Nuclear Weapons, New York – London 1975, S. 35–43; Haftendorn, Sicherheit und Entspannung (Anm. 48), S. 161.

eine konventionelle Rolle zu beschränken, der ihren Beitrag zur Verteidigung in Frage stellen würde. Um dem drohenden Selbstmord zu entgehen, sollten sich die Westdeutschen gegen das Bündnis und seinen nuklearen Irrsinn wenden. Dabei wurde Adenauer in der Öffentlichkeit die Absicht unterstellt, er wolle sein Land der Vernichtung durch die Kernwaffen ausliefern. Intern freilich war Chruschtschow der Ansicht, dass der Bundeskanzler als Regierungschef des westlichen Frontstaates den Krieg noch mehr fürchte als die politischen Führer der anderen westeuropäischen Staaten[78].

Der sowjetische Protest gegen EURATOM

Die erste Gelegenheit zur Polemik gegen die „Pläne der westdeutschen Atombewaffnung" bot der Kremlführung das Projekt der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) 1956. Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg wollten der 1951 begründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montan-Union) Vereinigungen in den Bereichen Wirtschaft und Kernenergie folgen lassen. Weil damit eine weitere Gruppierung in Aussicht stand, an der die UdSSR nicht beteiligt war, nahm Chruschtschow auch gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Stellung, obwohl er die ökonomischen Interessen seines Landes nicht beeinträchtigt sah[79]. Mit besonderer Heftigkeit wandte er sich gegen EURATOM. Er warf der französischen Regierung vor, sich für ein Vorhaben einzusetzen, das die Politik der Konfrontation fortsetze. Dies berge eine „ernsthafte Gefahr für die friedliebenden Staaten in Europa und vor allem für Frankreich". Die „militaristischen Kreise Westdeutschlands" erhielten dadurch „weit reichende Möglichkeiten zur Produktion von Atomwaffen". Sie würden „ohne Zweifel" in der neuen Organisation dominieren. Das sei nur durch Annahme des sowjetischen Vorschlags zur „Schaffung eines gesamteuropäischen Organs zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke" zu verhindern[80]. Den Einwand, die Bundesrepublik habe in den Pariser Verträgen auf die Produktion nuklearer Waffen verzichtet, ließ Chruschtschow nicht gelten. Sie könne sich diese auch auf andere Weise, etwa durch Erwerb im Ausland, beschaffen und werde Frankreich „in baldiger Zukunft" mit einer Atombombe überraschen. Durch den Besitz von Kernwaffen werde sie die Vorherrschaft in Westeuropa erlangen. Deswegen müsse man vorsichtig sein, wenn es um ihre Versorgung mit atomarer Energie gehe. Auch als die französische Seite mit Nachdruck erklärte, sie wolle die Westdeutschen in eine europäische Gemeinschaft eingliedern, damit sie sich nicht bilateral an die USA bänden, und lehne jeden Zugang Bonns zu Kernwaffen entschieden ab, schwächte der Kremlchef seinen Protest nicht ab[81].

[78] Oleg Grinevskij, Tysjača odin den' Nikity Sergeeviča, Moskau 1998, S. 27f.
[79] Chruščëv im Gespräch mit UNO-Generalsekretär U Thant, 28. 8. 1962, in: Vestnik, 6/2003, S. 157.
[80] Aufzeichnung über die Verhandlungen Bulganins, Chruščëvs und Molotovs mit Ministerpräsident Guy Mollet und Außenminister Christian Pineau, 16.–19. 5. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 589, Bl. 34f.
[81] N.S. Chruščëv gegenüber Guy Mollet und Christian Pineau, 16. 5. 1956, RGANI, 52, 1, 589, Bl. 14 f; Ausführungen N.S. Chruščëvs und V.M. Molotovs in Verhandlungen mit Guy Mollet und Christian Pineau, 17. 5. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 589, Bl. 49 f, 61, 67f.

Am 12. Februar 1957 warnte Molotow die Westeuropäer öffentlich, die Bundesrepublik wolle die führende Rolle bei der Kernenergie- und vor allem Kernwaffenproduktion an sich reißen[82]. Am 16. März protestierte die UdSSR in aller Form gegen die bevorstehende Unterzeichnung der Römischen Verträge über die Gründung der und der beiden Europäischen Gemeinschaften EURATOM und EWG. Die Verwirklichung dieser Pläne würde „unvermeidlich zur weiteren Vertiefung der Spaltung Europas und zur Verstärkung der Spannung in Europa führen, die Anbahnung einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Grundlage bedeutend erschweren und das Auftreten neuer Schwierigkeiten bei der Lösung des Problems der gesamteuropäischen Sicherheit nach sich ziehen“ und „auf dem Weg zur Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes“ schaffen. Auch seien „neue ernste Hindernisse auf dem Wege zur Wiederherstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes“ zu erwarten. Die geplante Atomgemeinschaft solle die Bundeswehr „mit allen modernen Waffenarten einschließlich der Atomwaffe“ versorgen und den „revanchelüsternen Kreisen Westdeutschlands“ die Ansammlung von Materialien und Rohstoffen ermöglichen, die ihnen die Produktion eigener Kernwaffen erlaubten und so „den Weg zur Vorbereitung neuer militärischer Abenteuer“ bahnten. Das schaffe eine „ernste Gefahr für die Völker Europas“[83].

Polemik gegen die „Nuklearrüstung“ der Bundesrepublik

Nach dem Grundsatzbeschluss des westlichen Bündnisses vom Dezember 1956, die Strategie in Europa an den nuklearen Vorgaben der USA auszurichten, verschärfte die Kremlführung ihre Vorwürfe an die Adresse Bonns. Bulganin beschuldigte Adenauer, er habe zwar in den Moskauer Verhandlungen 1955 den Willen zum Aggressionskrieg in Abrede gestellt, unterstütze aber nunmehr den Plan, die Bundeswehr in fremdem, vor allem amerikanischem Interesse für Angriffszwecke einzusetzen. Nachdem die Stationierung ausländischer Truppen in Westdeutschland auf Jahrzehnte hinaus vertraglich fixiert worden sei, treffe er jetzt „direkte Vorbereitungen zur Verwendung des Territoriums Westdeutschlands als Aufmarschraum für einen Atomkrieg“[84]. Als sich die öffentliche Diskussion der Frage zuwandte, ob die Streitkräfte des Landes atomar ausgerüstet werden sollten, begann eine massive Polemik gegen die angebliche Übertragung der Kernwaffen an die „westdeutschen Militaristen und Revanchisten“. Die Kampagne steigerte sich weiter, als der NATO-Rat Ende 1957 konkret die Ausrüstung der Verbündeten, namentlich der der Bundesrepublik, mit Nuklearträgern vorsah, deren Sprengköpfe freilich im Bedarfsfall von den Amerikanern freigegeben werden sollten.

[82] Bericht Šepilovs an den Obersten Sowjet (Auszug), 12. 2. 1957, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. II, [Ost-]Berlin 1963, S. 364–369.

[83] Erklärung des sowjetischen Außenministeriums zu den Plänen für eine Europäische Atomgemeinschaft und eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, 16. 3. 1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 483–489.

[84] Bulganin an Adenauer, 5. 2. 1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 299–305 (russ. Originaltext), 305–315 (dt. Übersetzungen von Bundesregierung und TASS). Zitat nach TASS.

Chruschtschow wusste, dass die – von der Propaganda als tödliche Gefahr für die Sicherheit der Völker beschworene – Verfügungsgewalt der westdeutschen Seite ausgeschlossen wurde[85]. Wie ein Leitungskader des Außenministeriums notierte, sah er daher im Unterschied zu vielen seiner Diplomaten keinen Grund zu der Befürchtung, die Bundesrepublik werde in den Besitz von Atomwaffen kommen. Er habe sich aber den Anschein einer solchen Sorge gegeben, um einen entscheidenden Schlag gegen die NATO zu führen. Anfang April 1957 habe Chruschtschow die politische Linie im ZK-Präsidium festgelegt. „Mir scheint, dass er [Adenauer] Alarm schlägt und dies ganz schlau dreht. Nach allen Regeln der Kunst führt er die sowjetische Bedrohung vor, aber Kernwaffen wird man ihm so oder so nicht geben. Also stärken sie die NATO, um ihm das Maul zu stopfen. Können wir etwas dagegen unternehmen? Schwerlich, auch wenn wir uns mit voller Kraft anstrengen. Die Antikriegskampagne müssen wir voll aufdrehen. In der ganzen Welt ein Geschrei erheben, dass die deutschen Militaristen jetzt nach Kernwaffen greifen, um ihre revanchistischen Absichten zu verwirklichen. Unsere Zeitungsleute können das sehr gut. Und [auch] an der Front des Friedenskampfes [im Westen] muss etwas geschehen. Damit soll sich die Internationale Abteilung [des ZK] befassen“[86].

Wie die Medien der UdSSR, der DDR und ihrer Sympathisanten in westlichen Ländern seitdem aller Welt verkündeten, sollte den aggressiven Kräften in der Bundesrepublik das Instrument zur Entfesselung eines die Welt tödlich bedrohenden Nuklearkriegs in die Hand gegeben werden. Gegen diese Gefahr müssten alle vernünftig Denkenden ihre Kräfte vereinen. Gegenüber dem westeuropäischen Publikum legte man den Akzent auf die These, die westdeutschen „Militaristen“ hätten es auf einen Kernwaffenkrieg abgesehen, um die Gebiete zurückzuerobern, die sie 1945 verloren hätten. Durch das mit dem Vorhaben verbundene Risiko der Selbstvernichtung ließen sie sich nicht daran hindern[87]. Die Perspektive der „Entfesselung eines atomaren Weltkriegs“ durch westdeutsche Akteure wurde zum ständig bemühten Schreckbild[88]. Chruschtschow hatte bei dieser Angstkampagne klare Ziele vor Augen. Es ging ihm darum, die Mitwirkung der Bundesrepublik in der atlantischen Allianz zu diskreditieren, die Redu-

[85] Chruščëv erklärte Mao in Peking, die Amerikaner gäben den Deutschen die auf ihrem Boden stationierten Kernwaffen nicht in die Hand (Četvërtaja beseda N.S. Chruščëva s Mao Czėdunom, 3.8.1958, in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 127). Der amerikanische Botschafter in Warschau betonte nachdrücklich, dass die Bundeswehr nur Kernwaffenträger, aber keine Sprengköpfe erhalten werde (Wanda Jarząbek, „W sprawach niemieckich nasz głos musi mieć swą wagę...“ Problem niemiecki w polskiej polityce zagranicznej od października 1956 r. do rozpoczęcia tzw. drugiego kryzysu berlińskiego w listopadzie 1958 r., in: Dzieje najnowsze, XXXIII 2001, S. 122).

[86] Grinevskij, Tauwetter (Anm. 27), S. 36, 219–221. Grinevskijs Darstellung beruht auf Tagebucheintragungen. Im vorliegenden beruft er sich auf Informationen, die er nach der Sitzung von Anwesenden erhielt.

[87] Appell des Obersten Sowjets der UdSSR an den Bundestag in Bonn [nach dessen Billigung des Vorhabens, die Bundeswehr mit Nukleareträgern auszurüsten], 31.3.1958, in: Die sowjetische Außenpolitik. Akten und Dokumente des Obersten Sowjets der UdSSR 1956–1962, Moskau 1962, S. 65–71.

[88] Vgl. Gespräch Ulbricht – Pervuchin, 23.6.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 76 (rolik 8873), Blattangabe unleserlich; W. Ulbricht auf V. SED-Parteitag, 10.7.1958 (mit dem sowj. ZK-Apparat abgestimmt), SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/V 9, Bl. 7–9; Interview Chruščëvs in der Wochenzeitung „Die Zeit“, 26.9.1958.

zierung und Entfernung der ausländischen, vor allem amerikanischen Truppen in Westeuropa einzuleiten, das „gesamte aggressive NATO-Paktsystem“ zu untergraben, die Tendenzen der Bündnispartner zu einer „selbständige[n], neutrale[n] Politik“ zu verstärken, Vereinbarungen der UdSSR mit westlichen Partnern gegen die Bonner Politik zu ermöglichen und den Opponenten des Bündnisses in Westdeutschland zum Durchbruch zu verhelfen[89]. Das sollte zur Beseitigung der Militärstützpunkte „in Deutschland“ und zum Abzug der Streitkräfte von dort führen[90].

Auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen die „Atomrüstung“ der Bundesrepublik im Frühjahr 1958 erklärte er im persönlichen Gespräch, die internationale Sicherheit werde von der NATO und den Nuklearwaffen der USA bedroht, ohne die westdeutsche Seite in diesem Zusammenhang zu erwähnen[91]. Nach seinem Urteil befanden sich alle westeuropäischen Kernwaffenstützpunkte in der Hand der USA[92]. Bei den nuklearen Kurzstreckensystemen auf dem potenziellen Gefechtsfeld sah er keine offenen Fragen[93]. Eine Äußerung Ulbrichts, die „Hitlerschen Generäle“ wollten ihren entscheidenden Einfluss in der NATO nutzen, um Westdeutschland zur „vierten Nuklearmacht“ zu machen, bewog ihn weder zur Bestätigung noch zur Beschwörung der westdeutschen Gefahr[94]. In der Tat erhielt die Bundeswehr nur Nuklearträger, während die Sprengköpfe in amerikanischem Gewahrsam verblieben[95]. Die nunmehr auch atomare Herausforderung, der sich die sowjetische Führung auf dem europäischen Kontinent gegenübersah, ging nicht von der Bundesrepublik, sondern vom atlantischen Bündnis und seiner Führungsmacht aus. Die Ängste und Ressentiments der Völker aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs ließen es Chruschtschow propagandistisch vorteilhaft er-

[89] Siehe insbesondere Chruščëv auf der Sitzung der Regierungsdelegationen von UdSSR und DDR, 19.9.1955, RGANI, f.52, op.1, d.557, Bl.9 f; Chruščëv im Gespräch mit deutschen Friedensgruppen, 19.11.1956, RGANI, f.52, op.1, d.557, Bl.32; Vorschlag der Sowjetregierung zu Fragen, die zur Erörterung auf einer Konferenz unter Teilnahme der Regierungschefs aufgeworfen werden sollen (Übers. aus dem Russ.), o.D. [Frühj. 1958], PA – MfAA, A 17610, Bl.274–288; Politischer Brief [der DDR-Botschaft in Moskau] 1/1958, 20.1.1958, PA – MfAA, A 148 Bd.6, Bl.301; Chruščëv im Gespräch mit den SPD-Führungsmitgliedern Carlo Schmid und Fritz Erler, 16.3.1959, RGANI, f.52, op.1, d.586, Bl.49 f; Chruščëv im Gespräch mit Redakteuren von SPD-Zeitungen, 5.5.1959, RGANI, f.52, op.1, d.617, Bl.58 f; Chruščëv im Gespräch mit Botschafter Kroll, 18.1.1960, RGANI, f.52, op.1, d.586, Bl.77.

[90] Das erklärte z.B. Gromyko unverblümt auf der Genfer Vier-Mächte-Konferenz, siehe Telegram From the Foreign Ministers Meeting to the Department of State, 16. und 21.5.1959, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1958–1960, Vol. VIII, Dep. of State Publ. 10039, Washington/DC 1993, S.711, 732f.

[91] Gespräch N.S. Chruščëvs mit Dag Hammarskjöld, 27.3.1958, RGANI, f.52, op.1, d.579, Bl.150–170; N.S. Chruščëv auf der Konferenz der Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 21.5.1958, RGANI, f.52, op.1, d.443, Bl.146–160.

[92] Chruščëv im Gespräch mit dem französischen Industriellen M. Boussac, 3.9.1959, RGANI, f.52, op.1, d.590, Bl.131.

[93] Chruščëv im Gespräch mit Funktionären der französischen Radikalen und Radikalsozialisten, 9.9.1957, RGANI, f.52, op.1, d.590, Bl.84.

[94] Gespräch Chruščëv – Ulbricht, 31.3.1961, RGANI, f.52, op.1, d.557, Bl.113–128.

[95] Hierzu näher Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie, München 2006, S.199–245; Hans-Gerd Pöttering, Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975, S.124–133; Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993, S.31–38.

scheinen, trotzdem von einer Bedrohung durch die „westdeutschen Militaristen und Revanchisten" zu sprechen[96].

Die UdSSR und das nukleare Dilemma der Bundesrepublik

Besondere Bedeutung kam der Einflussnahme auf die westdeutsche Bevölkerung zu. Die Vernichtung, welche die Bundesrepublik im Falle eines nuklearen Konflikts zu gewärtigen hatte, bot der östlichen Propaganda hervorragende Ansatzpunkte. Sie schürte die Angst, indem sie die Beteiligung an der atlantischen Nuklearstrategie als etwas hinstellte, das mit völliger Gewissheit zum Krieg führe. Die Tatsache, dass es dem Westen um Abschreckung vom Krieg ging, wurde ignoriert. Die Mobilisierung der Westdeutschen gegen die Strategie der NATO war aus sowjetischer Sicht deswegen von entscheidender Bedeutung, weil ihr Land das Territorium bildete, auf dem die für das Gefechtsfeld bestimmten Kernwaffen der USA untergebracht werden mussten. Wenn das verhindert wurde, stand die westliche Allianz ohne das vorgesehene Instrumentarium da. Deshalb verständigte sich Chruschtschow mit Ulbricht darauf, „die Politik Adenauers in den Augen des deutschen Volkes zu entlarven". Es galt demnach, den Bundeskanzler „zu isolieren, seine Politik in den Augen der westdeutschen Bevölkerung unpopulär zu machen und ihn zu zwingen, sich von seinen alten Konzeptionen loszusagen". Man müsse auf ihn „einwirken in dem Sinne, dass er gezwungen ist, die Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen". Das lasse sich nur erreichen, wenn er isoliert werde und seine Autorität bei der Bevölkerung sinke. Die „Entlarvung seiner Pläne" würde ihn „in eine durchaus schwierige Situation bringen"[97].

Das Dilemma der westlichen Nuklearabschreckung, dass man im Kriegsfall die Perspektive unermesslicher Vernichtung akzeptieren musste, wurde der Bevölkerung voll bewusst gemacht, als 18 bekannte Atomforscher in Göttingen am 12. April 1957 gegen die Einführung von Kernwaffen Stellung nahmen und erklärten, sich auf keinen Fall daran zu beteiligen[98]. Das fand weithin Zustimmung und Unterstützung, vor allem seitens der von der Theologie Karl Barths geprägten Bruderschaften in der evangelischen Kirche um Gustav Heinemann und Martin Niemöller sowie vieler Gewerkschaften[99]. SPD und FDP fassten Beschlüsse gegen die Atombewaffnung. Sogar in der CDU/CSU gab es bis hin zu Mitgliedern der Bundesregierung Bedenken gegen Adenauers Politik. Die sowjetische Führung unterstützte die Kritik, indem sie öffentlich vor einer „Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen" warnte. Das wäre „äußerst gefährlich", zumal auch Kernwaffen der Westmächte zur Stationierung vorgesehen seien. Dadurch würde die Bundesrepublik zum „Hauptaufmarschraum" und zur „Hauptstoß-

[96] Grinevskij, Tysjača i odin den' (Anm. 78), S. 28.
[97] Gespräch N.S. Chruščëv – Walter Ulbricht / Hermann Matern, 5. 12. 1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 84; Kratkij zapis' peregovorov. S partijno-pravitel'stvennoj delegaciej GDR, 9. 6. 1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 61.
[98] Göttinger Appell 18 führender Atomwissenschaftler, 12. 4. 1958, in: [Keesings] Archiv der Gegenwart, XXVII. Jahrgang (1957), S. 6385.
[99] Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970, S. 81–97, 102f.

kraft" für den Atomkrieg, den die NATO vorbereite. Käme es zum Einsatz von Kernwaffen, würde Westdeutschland unvermeidlich von den „heftigsten und konzentriertesten Schlägen dieser Waffe" getroffen und „gänzlich zu einem Friedhof werden"[100].

Mit Argumenten dieser Art rief die östliche Seite seitdem die Westdeutschen zum Kampf gegen die Nuklearstrategie des atlantischen Bündnisses auf. Unablässig wurde an die Bundesregierung appelliert, auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu verzichten und die amerikanischen Kernwaffen zu entfernen, denn bei Fortsetzung des bisherigen Kurses, den ihr die „Imperialisten" in den USA und die „Revanchisten" zu Hause aufnötigten, habe das Land keine Chance des Überlebens. Demnach stand die Bundesrepublik vor der Wahl, auf die Beteiligung an der NATO-Strategie zu verzichten oder sich sehenden Auges in den Untergang zu stürzen. Als Botschafter Kroll ausführte, die Bundesregierung wolle zwar abrüsten, habe aber militärische Verpflichtungen [gegenüber dem Bündnis], erwiderte Chruschtschow, die UdSSR sei genötigt, „gegen diese Verpflichtungen Raketen aufzustellen" mit der Folge, dass die westdeutsche Seite durch ihre Verpflichtungen der Vernichtung ausgeliefert werde[101]. Gegenüber Gesprächspartnern aus Westeuropa betonte er, dass ihnen die Amerikaner in einem Krieg doch gar nicht helfen könnten, denn das europäische NATO-Territorium würde schon vor einem möglichen Eingreifen der USA ausgelöscht sein[102].

Kurzzeitige Entspannung im Verhältnis zu Bonn

Während der Kreml zu verschleiern suchte, dass seine Appelle auf politische Kapitulation abzielten, war Adenauer bemüht, die Konsequenzen der westlichen Nuklearstrategie im Kriegsfall möglichst wenig ins Licht zu rücken. Nachdem die Öffentlichkeit wegen der Spannung zur Sowjetunion und der damit assoziierten Kriegsgefahr vielfach stark beunruhigt war, suchte er gegenzusteuern. Im Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst, welche die Unionsparteien allein zu bestehen hatten, weil die FDP aus der Koalition ausgeschieden und weithin auf Gegenkurs gegangen war, sollte den Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden. Um den Vorwurf einer feindlichen Haltung gegenüber der UdSSR zu entkräften, bekundete der Bundeskanzler Interesse an besseren Beziehungen und erklärte sich zu den bis dahin verschleppten Verhandlungen über einen Handelsvertrag bereit. Im Kreml weckte er damit Hoffnung auf Entgegenkommen in den Fragen des Warenaustauschs und auf Aufweichung des Politik der Westintegration. Wie man

[100] Note der UdSSR an die Bundesrepublik Deutschland (dt. Übers.), 27.4.1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 651–654.

[101] Gespräch N.S. Chruščëv – H. Kroll, 18.1.1960, RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 76.

[102] Siehe etwa Uhl, Krieg um Berlin? (Anm. 75), S. 36–38. Die Drohungen eskalierten im Zusammenhang mit der Berlin-Krise, vgl. u. a. Gespräch N.S. Chruščëv – S. Markezinis, 27.4.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 569, Bl. 10–12; Gespräch N.S. Chruščëv – Redakteure von SPD-Zeitungen, 5.5.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 617, Bl. 49f. Sogar gegenüber den USA, die der UdSSR in Wirklichkeit nuklearstrategisch weit überlegen waren, operierte der sowjetische Parteichef mit verbalen Drohungen: Gespräch N.S. Chruščëv – Averell Harriman, 23.6.1959, auszugsweise wiedergegeben in: John Lewis Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 242; Gespräch N.S. Chruščëv – M. Boussac, 3.9.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 131.

meinte, ging die neue Haltung auf innenpolitischen Druck und auf den Einfluss führender Wirtschaftskreise zurück. Auch wenn man nicht glaubte, dass sich damit eine grundlegend gewandelte Sicherheitspolitik verband, hoffte man auf eine „taktische Wendung", die „gewisse Selbständigkeitsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus gegenüber dem amerikanischen Imperialismus" nach sich ziehe. Das ließ Adenauers Politik zeitweilig in einem freundlicheren Licht erscheinen[103].

Nach Moskauer Einschätzung sah sich der Bundeskanzler nun zu größerer Nachgiebigkeit genötigt. Das wollte man nutzen und milderte die Polemik[104]. Zugleich bemühte sich die sowjetische Botschaft in Bonn weiterhin stark um Kontakte zu Adenauers Opponenten, vor allem zur SPD. Ollenhauers Versuch, auf einer langen Reise durch die USA amerikanische Vorbehalte gegen sich abzubauen und zu Hause für seine Partei Wählerstimmen zu gewinnen, wurde aufmerksam registriert[105]. Zudem zog man die Sozialdemokraten zwar der CDU/CSU vor, hatte aber Zweifel, ob ihre Ziele mit den eigenen wirklich so weit übereinstimmten, wie man vermutet oder zumindest erhofft hatte. Kämpften sie denn wirklich ernsthaft gegen die Nuklearstrategie, oder arbeiteten sie nicht eher auf eine Koalition mit den Regierungsparteien hin[106]? Die SED-Führung wurde beauftragt, zur Klärung der Frage die Entwicklung der SPD systematisch zu beobachten[107]. Auch suchte das DDR-Regime massiv die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Kleingruppen von Studenten und Jugendfunktionären wurden dorthin geschickt, um auf Partei- und Jugendveranstaltungen das Gespräch auf die Atomrüstung und den NATO-Kurs zu lenken[108]. Die von Ost-Berlin gesteuerte KPD forderte die Wähler auf, für einen Stopp der Aufrüstung, die Abschaffung der Wehrpflicht, den Austritt aus der NATO und die Teilnahme an einem europäischen Sicherheitspakt zu stimmen[109]. Die Anstrengungen hatten wegen der heftigen Ablehnung, die dem ostdeutschen Regime und dem Kommunismus entgegenschlugen, nur geringe Wirkung.

Die sowjetische Hoffnung auf einen Politikwandel an der Spitze der Bundesrepublik war von kurzer Dauer. Im Laufe des Frühjahrs kam die Kremlführung zu

[103] Auszug aus einem Aktenvermerk über eine Besprechung im sowjetischen Außenministerium am 4.2.1957, PA – MfAA, A 734 Bd. 1, Bl. 59f.

[104] Äußerungen Bulganins in Ost-Berlin lt. Neues Deutschland, 5.3.1957; Verschlüsseltes Telegramm von Botschafter Haas an das Auswärtige Amt, 5.3.1957, PA – AA, B 12 Bd. 466, o. Bl. (2 S.); Verschlüsseltes Telegramm von Botschafter Haas an das Auswärtige Amt, 13.3.1957, PA – AA, B 12 Bd. 466, o. Bl. (4 S.). Vgl. u. a. Aufzeichnung über das Gespräch Adenauer – Botschafter Smirnov, 8.2.1957, Archiv der StBKAH, III/54, Bl. 126–133; Aufzeichnung über das Gespräch Adenauer – Botschafter Smirnov, 7.3.1957, Archiv der StBKAH, III/70, o. Bl. (11 S.); N.V. Bulganin an K. Adenauer , 18.3.1957, PA – MfAA, A 734 Bd. 1, Bl. 74–76 (russ. Originaltext), 79f. (dt. Übers.) / dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 498f. (russ. Originaltext), 499–502 (dt. Übers.).

[105] Information über die USA-Reise Ollenhauers vom 10. Februar bis 1. März 1957, PA-MfAA, A 17226, Bl. 141–148.

[106] Aktenvermerk von DDR-Botschafter König über Unterredung mit Aleksandrov, 18.4.1957, PA – MfAA, A 3010, Bl. 83–88.

[107] Aktenvermerk A. Kundermann über Gespräch O. Winzer – O. Seljaninov am 19.2.1957, PA – MfAA, A 17714, Bl. 53.

[108] Ausführungen von StS Franz Thedieck, 27.7.1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 1297.

[109] Programm der KPD zu den Bundestagswahlen, 21.3.1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 2, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 511–520.

der Überzeugung, der Bundeskanzler nehme wieder eine „‚schärfere' Haltung" ein[110]. Nachdem er zunächst guten Willen demonstriert hatte, schob er den Beginn der zugesagten Verhandlungen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Kooperation zunächst bis Juli hinaus und suchte dann seine Wahlaussichten durch die Forderung nach Freigabe der „in der UdSSR weiter zurückgehaltenen Deutschen" zu verbessern. Im Kreml bestritt man heftig, dass es solche Leute noch gebe[111]. Nunmehr verschärfte sich der sowjetische Ton. Vor dem Hintergrund dieser Spannungen erhob man in Moskau gegen Adenauer und seinen Außenminister den Vorwurf, sie hätten es auf den Besitz von Kernwaffen abgesehen. In Bonn reagierte man empört: Das sei eine üble Unterstellung[112].

Vorentscheidungen im Westen

Im Wahlkampf nutzte der Bundeskanzler Erklärungen der SPD zur Nuklearfrage, in denen es Übereinstimmungen mit dem Moskauer Standpunkt gab[113], um die Oppositionspartei als prosowjetisch hinzustellen. Ein Aufruf der illegalen KPD, für die Sozialdemokraten zu stimmen, diente ihm zur Begründung des Vorwurfs, diese bildeten eine Einheitsfront mit den Feinden der Demokratie und der Bundesrepublik. Da auch die FDP Einwände gegen den NATO-Kurs erhob, präsentierte sich die CDU/CSU als die einzige politische Kraft, die sich in Treue zum demokratischen Westen gegen die kommunistische Gefahr wende. Mit diesen Anschuldigungen lenkten die Unionsparteien die Aufmerksamkeit der Wähler von der Nuklearrüstung ab. Diese blieb ein heikles Thema. Auf viele Weise suchte der Bundeskanzler eine ausführliche Debatte darüber vor den Wahlen zu verhindern. Auf seine Bitte hin verzichteten die USA vorerst darauf, im Bündnis Schritte zur Durchführung des Strategiewechsels einzuleiten[114]. Adenauer suchte die innenpolitischen Opponenten auch dadurch zu besänftigen, dass er ihnen verbal entgegenkam und die Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung betonte. Zudem leitete er im Zusammenwirken mit der SPD, die eine Verbesserung sozialer Leistungen nicht ablehnen konnte, eine Rentenreform auf der Grundlage des so genannten „Generationenvertrags" ein, die den zahlreichen Empfängern stark erhöhte Bezüge bescherte.

Adenauers vielfältiges Bemühen hatte Erfolg: Bei den Bundestagswahlen im September 1957 erhielt die CDU/CSU zum ersten und einzigen Mal die absolute Mehrheit. Damit hatte der Bundeskanzler eine parlamentarische Basis, mit der er den Auseinandersetzungen über die Nuklearstrategie gelassen entgegensehen konnte. In Moskau, wo man mit seiner Niederlage und mit der Bereitschaft der „starken" linken Kräfte in der SPD zu „loyale[n] Beziehungen" gerechnet hat-

110 Aktenvermerk von DDR-Botschafter König über Unterredung mit Aleksandrov, 18.4.1957, PA – MfAA, A 3010, Bl. 83–88.
111 Ebenda; Hausmitteilung der Abt. Sowjetunion im MfAA, 3.4.1957, PA – MfAA, A 3010, Bl. 82.
112 Memorandum of Conversation, Palais Schaumburg, 4.5.1957, in: FRUS 1955–1957 (Anm. 90), Vol. XXVI, Washington/DC 1992, S. 238.
113 Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 99), S. 105f.
114 Thoß, NATO-Strategie (Anm. 95), S. 354–362.

te[115], war die Enttäuschung groß. Der Kreml verstärkte seine Anstrengungen zur Mobilisierung der westdeutschen Öffentlichkeit. Der seit Jahren propagierte Vorschlag, die Konfrontation der Bündnisse durch ein gemeinsames System der kollektiven Sicherheit zu ersetzen, entsprach zwar dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei, fand aber sonst kaum Resonanz. Der „Rapacki-Plan" einer kernwaffenfreien Zone beiderseits der Trennlinie, den Polen am 2. Oktober 1957 vorlegte, zielte ebenfalls darauf ab, die Bundesrepublik auf Distanz zur NATO zu bringen, ohne freilich ihre Bindung an das Bündnis direkt in Frage zu stellen[116].

Der Verzicht auf die Austrittsforderung war ein wesentlicher Grund dafür, dass sich Moskau zuerst kritisch verhielt. Die Deutschland-Experten im Außenministerium erkannten aber die Chance, für den bescheideneren Vorschlag mehr Unterstützung zu gewinnen, und hofften, dies könnte zu einem politischen Durchbruch im Kampf um die atomare Abrüstung und die Anerkennung der Grenz- wie Herrschaftsverhältnisse in Osteuropa führen. Chruschtschow ließ sich von der Aussicht überzeugen, dass sich auf diese Weise die Bindung der Bundesrepublik an die westliche Allianz schwächen lasse. Er unterstützte daraufhin die polnische Initiative[117]. Auch sah er, dass sich die UdSSR von einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa militärische Vorteile versprechen konnte: Während die Kernwaffen der USA bis jenseits des Atlantik zurückgenommen werden müssten, würde der zentraleuropäische Hauptschauplatz des Geschehens den Nuklearsystemen der Sowjetunion weiter direkt ausgesetzt bleiben und damit weiter das Kräfteverhältnis in Europa wesentlich bestimmen. Den Westdeutschen versicherte die sowjetische Seite, wenn sie auf die Kernwaffen verzichteten, würden sie im Kriegsfall von den ihnen sonst drohenden nuklearen Schlägen und massiven Zerstörungen verschont bleiben[118].

Nach Adenauers Wahlsieg beschloss der NATO-Rat im Dezember 1957 die Ausstattung der verbündeten Truppen, vor allem der Bundeswehr, mit nuklearen Trägersystemen. Kurz vor dieser Entscheidung hatte Bulganin den Bundeskanzler öffentlich vor atomarer Bewaffnung gewarnt und den innenpolitischen Widerstand mit der Erklärung anzuheizen versucht, im atlantischen Bündnis bahne sich eine Rollenverteilung an, bei der die einen (die USA) „Dollars und Kriegsgerät" zur Verfügung stellen und die anderen (die Staaten Westeuropas, vor allem die Bundesrepublik) „das Kanonenfutter liefern und ihr Territorium dem ersten, dem [westlichen] Aggressor geltenden Gegenschlag [der UdSSR] aussetzen" sollten. Diesem Zweck diene der „Beschluss über neue Maßnahmen zur Lagerung amerikanischer Kern- und Raketenwaffen auf dem Territorium der westeuropäischen Länder und zur Ausrüstung der Armeen der NATO-Länder, einschließlich der

[115] So N.S. Chruščëv im August 1957 lt. Karl Schirdewan, Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Autobiographie, Berlin 1998, S. 254.

[116] A. Rapacki vor der Vollversammlung der UNO, 2. 10. 1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 1681–1686.

[117] Grinevskij, Tauwetter (Anm. 27), S. 221f.; Jarząbek, „W sprawach niemieckich…" (Anm. 85), S. 123; Mastny / Byrne, A Cardboard Castle? (Einleitungsteil) (Anm. 12), S. 10f.

[118] Appell des Obersten Sowjet der UdSSR (Auszug), 31. 3. 1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 940; Erklärung des stellv. Ministerpräsidenten der UdSSR, A. Mikojan, in Bonn, 26. 4. 1958, ebenda, S. 1067.

Bundesrepublik Deutschland, mit diesen Waffen“[119]. In Moskau glaubte man zwar nicht, Adenauer oder andere westliche Regierungschefs umstimmen zu können, rechnete aber damit, dass zwischen ihnen Konflikte geschürt werden könnten. Nach sowjetischer Einschätzung boten die nuklearmilitärischen Fragen die Möglichkeit, Zwist zwischen den Verbündeten zu säen[120].

Neupositionierung der sowjetischen Westpolitik

Chruschtschow hoffte, die Opposition gegen die westliche Verteidigungspolitik durch die Bereitschaft zum Abzug der sowjetischen Truppen von ausländischen Territorien zu stärken. Dabei ging er von der Überzeugung aus, dass der Sozialismus in der DDR und in den Volksdemokratien fest verankert sei. Die Krisen von 1956 in den ostmitteleuropäischen Gefolgschaftsstaaten erschütterten diese Gewissheit nicht. Selbst unmittelbar nach dem Ungarn-Aufstand erklärte er sich zum Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa bereit, falls die Westmächte die militärische Präsenz auf dem Boden anderer Staaten ebenfalls aufgäben. Die UdSSR müsse freilich zuvor die Ordnung in den zu räumenden Ländern wiederhergestellt haben[121]. Mit der Zubilligung größerer Selbständigkeit an die kommunistischen Regime meinte er den Grund für die Unzufriedenheit in den „Bruderländern“ beseitigt zu haben. Der Gedanke, das sozialistische System als solches könnte zu den innenpolitischen Widerständen geführt haben, lag ihm aufgrund seines Glaubens an die marxistisch-leninistische Ideologie gänzlich fern. Sein Vertrauen darauf, nach den Korrekturen an der früheren Politik seien Ruhe und Stabilität eingetreten, war so stark, dass er 1958 die sowjetischen Verbände ohne westliche Gegenleistung aus Rumänien zurückzog und 1959 auch Warschau und Budapest einen einseitigen Abzug vorschlug, den die dortigen Parteichefs aber ablehnten, weil sie auf die bewaffnete Anwesenheit der UdSSR nicht verzichten wollten. Chruschtschow ließ das Vorhaben fallen; er wolle die Verbündeten nicht drängen[122].

Auf der zwischenstaatlichen Ebene suchte der Kreml den NATO-Beschluss vom Dezember 1957 durch eine Gipfelkonferenz zu konterkarieren, auf der über einen Friedensvertrag mit Deutschland – mithin auch über den sicherheitspolitischen Status der zwei Teilstaaten – verhandelt werden sollte. Die Eisenhower-

[119] N.V. Bulganin an K. Adenauer, 10.12.1957, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 3, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 19 S. 2037–2042 (russ. Originaltext), 2042– 2055 (dt. Übersetzungen des Bundespresseamtes und der sowjetischen Botschaft). Zitat nach der Übersetzung der sowjetischen Botschaft.

[120] CK KPSS. O perspektivach realizacii rešenij dekabr'skoj sessi Soveta NATO otnositel'no ukreplenija ėtoj organizacii, RGANI, f. 5, op. 30, d. 276, Bl. 5–13.

[121] Chruščëv im Gespräch mit der Sekretärin des Weltfriedensrats, Isabella Blum, 8.12.1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 548, Bl. 37.

[122] Pervaja beseda N.S. Chruščëva s Mao Czė-dunom, 31 ijulja 1958 g., in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 125; Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Parteichefs Novotný sowie seines Außenministers David über die Moskauer Beratungen der Warschauer-Pakt-Staaten am 4., 9. und 20.2.1960, in: Michal Reiman / Petr Luňák (Hg.), Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech, Brünn 2000, S. 138, 142; Evangelista, „Why Keep Such an Army?“ (Anm. 76), S. 16.

Administration nahm den sowjetischen Vorschlag vom 8. Januar 1958[123] mit Zurückhaltung auf. Sie ging zwar grundsätzlich darauf ein, wandte sich aber gegen Erwartungen der Öffentlichkeit, um sich keinem Zugzwang auszusetzen. Chruschtschow deutete das Verlangen nach sorgfältiger Vorbereitung der Tagesordnung als Verzögerungstaktik, die auf Verhinderung abziele. Durch scheinbar bekundete Bereitschaft zum diplomatischen Gespräch wollten die USA die Wachsamkeit der UdSSR einschläfern. Auch verknüpften sie mit der Forderung nach Wiedervereinigung die „Bedingung der Leugnung des Bestehens zweier souveräner deutscher Staaten" und wollten die Frage „ohne sie, hinter ihrem Rücken im Interesse nur des einen deutschen Staates" regeln. Das seien „keine ernsthaften Verhandlungen". Man müsse vielmehr die Existenz von „Staaten mit verschiedener innerer Struktur" zugrunde legen und auf der Basis des Einvernehmens hierüber die friedliche Koexistenz gewährleisten und die sich stellenden Probleme lösen[124].

In der Sicht des sowjetischen Parteichefs war die amerikanische Haltung Ausdruck einer üblen Politik „aus der Position der Stärke". Die USA hielten am Kalten Krieg fest und schüfen „Bedingungen des Wettrüstens und der Annäherung an den Krieg". Sie wähnten sich im Alleinbesitz der Fähigkeit zum Gewaltgebrauch, doch ziehe die Stärke bzw. Gewalt der einen Seite die der anderen nach sich. Die UdSSR beabsichtige zwar keinen Angriff, müsse sich aber ein nüchternes Urteil bewahren und ihrer Verantwortung für die Sicherheit der sozialistischen Länder gerecht werden. Sie könne keine einseitigen Vorschläge akzeptieren. Wenn ihre auf Liquidierung des Kalten Krieges, Rüstungsreduzierung und friedliche Koexistenz ausgerichteten Schritte aufseiten der NATO keine positive Resonanz fänden, sehe sie sich genötigt, durch die Schaffung entsprechender Bedingungen zu verstehen zu geben, dass die andere Seite einen von ihr entfesselten Krieg verlieren würde. Man verfüge über alle modernen Waffen und habe Erdsatelliten und ballistische Raketen gestartet. Daher müsse „jeder vernünftige Mensch" die Lage richtig einschätzen und auf Anheizung der Atmosphäre verzichten. Die USA jedoch zeigten mit ihren Vorschlägen, dass sie ihr Vorgehen weiter auf militärische Stärke gründen wollten. Ihre „Politik des Aufbaus von Stützpunkten auf fremdem Territorium" ziele auf „Einengung" – so die Wiedergabe des westlichen Terminus *containment* – des sozialistischen Lagers ab. Dieser Begriff gebe freilich die Absicht nur unzureichend wieder, denn die Amerikaner wollten „die in den sozialistischen Ländern die von den Völkern dieser Länder errichtete sozialistische Ordnung liquidieren". Mit der ausdrücklichen – jedoch unzutreffenden – Begründung, die überlegene Raketentechnik sei auf seiner Seite, wies Chruschtschow dies zurück. Die UdSSR werde dazu nie bereit sein[125].

[123] Bulganin an Eisenhower, 8.1.1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 58–68 (dt. Übers.). Siehe weiterhin N.V. Bulganin an D. Eisenhower, 1.2.1958, ebenda, S. 502– 520 (dt. Übers.); N.V. Bulganin an D. Eisenhower, 3.3.1958, ebenda, S. 605–612 (dt. Übers.); Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der USA, 24.3.1958, ebenda, S. 845–850 (dt. Übers.); Predloženija sovetskogo pravitel'stva po voprosam oslablenija meždunarodnoj naprjažënnosti, o.D. [1958], AAN, KC PZPR XI A/281, Bl. 502–516; Pamjatnaja zapiska, 28.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30/350 f, Bl. 16–21 / AAN, KC PZPR XI A/281, Bl. 520–525.

[124] Aufzeichnung Chruščëvs, 21.5.1958, RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 138–140.

[125] Ebenda, Bl. 136 f, 140–142.

Ungeachtet der gegensätzlichen Standpunkte, erzielten die beiden Führungsmächte im April 1958 eine prinzipielle Übereinkunft über ein Treffen der Außenminister. Die amerikanische Seite zog jedoch ihre Zustimmung zurück, als Mitte Juni der ungarische Ministerpräsident vom Herbst 1956, Imre Nagy, hingerichtet wurde. Angesichts dieses als Provokation angesehenen Schrittes sah sich Washington nicht in der Lage, sofort zur Tagesordnung überzugehen[126]. Als die USA das Gespräch wieder aufnahmen, führte Ärger wegen Konflikten im Nahen Osten zu neuen Verzögerungen. Zudem gab es Streit über die Tagesordnung. Die UdSSR wollte nur über den Abschluss eines Friedensvertrages mitsamt der Anerkennung beider deutscher Staaten, die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone, die Liquidierung der ausländischen Stützpunkte und Truppenpräsenzen und die Entfernung der amerikanischen Kernwaffen aus ganz Westeuropa sprechen. Dagegen berief sich Washington auf die in Genf 1955 erklärte grundsätzliche sowjetische Bereitschaft, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu erörtern, und bestand auf einer Diskussion über die politischen Verhältnisse in den Gefolgschaftsstaaten der Sowjetunion. Kontrovers war auch der Teilnehmerkreis. Der Kreml bestand darauf, dass Polen und die Tschechoslowakei am Verhandlungstisch Platz nehmen müssten, um die Parität zu den drei Westmächten herzustellen[127].

Falsche Einschätzung und unbeabsichtigte Wirkung

Die sowjetische Führung bemühte sich mit großer Energie, einen westdeutschen Beschluss zur Beteiligung an der Nuklearstrategie der NATO zu verhindern. Ihren Erklärungen zufolge, war insgesamt eine Kehrtwendung der Bundesregierung geboten. Folge sie weiter den militärischen Vorstellungen der USA, würde bei dem dann unausweichlichen kriegerischen Konflikt „infolge der verheerenden Wirkung der Kernwaffen und der Verbreitung der Radioaktivität auf einem [so] kleinen und dicht besiedelten Territorium wie Westdeutschland nichts am Leben bleiben“[128]. In gleichem Sinne äußerte sich Chruschtschow gegenüber zwei westdeutschen Journalisten. Er erklärte dem Zeitungsverleger Axel Springer und dem Chefredakteur von dessen Blatt „Die Welt“, Hans Zehrer, die Bundesrepublik müsse „sich vor allem von den Plänen abgrenzen, die ihre Einbeziehung in die Vorbereitungen zum Atomkrieg vorsehen: von der Errichtung amerikanischer Atom- und Raketenstützpunkte auf ihrem Territorium [und] von der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen“[129].

[126] Michael Jochum, Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn 1996, S. 104f.

[127] Aufzeichnung über die Sitzungen des Präsidiums des ZK der KPdSU am 27.2. und 24.4.1958, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 33), S. 295, 306 f; Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 5.5.1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1097f. (dt. Übers.); Vorschläge der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 5.5.1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 2 (Anm. 82), S. 604–608 (Auszüge in dt. Übers.).

[128] N.V. Bulganin an K. Adenauer, 8.1.1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 27–33 (russ. Originaltext), 33–41 (dt. Übers.).

[129] Interview von N.S. Chruščëv mit Axel Springer und Hans Zehrer, 29.1.1958, ebenda, S. 454–456.

Springer hatte sich in Moskau als Kritiker der westlichen Nuklearstrategie vorgestellt, die, wie er glaubte, Deutschland ins Unglück stürze. Die größte Gefahr sah er in der Beteiligung der Bundesrepublik an der Nuklearstrategie der NATO. Auch stand ihm das Problem der nationalen Einheit vor Augen. Diese dürfe nicht durch einseitige Westbindung unmöglich gemacht werden. Er wusste natürlich, dass sich die sowjetische Führung 1955 klar zur Zwei-Staaten-Politik bekannt hatte, hoffte aber, aufgrund des XX. Parteitags und der Erfahrungen in Polen und Ungarn sei der Kreml inzwischen davon abgerückt und zu einer Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage bereit, wenn man ihm militärische Neutralität zugestehe[130]. Den Wunsch nach einem Gespräch mit Chruschtschow begründete Springer mit dem Hinweis, „Die Welt" plane im Blick auf die kommende Bundestagssitzung zur Frage der Beteiligung an der Nuklearstrategie der NATO eine Kampagne der Kritik an der amtlichen Politik. Er fügte hinzu, er wolle seine Gedanken zur Deutschland-Politik umfassend vortragen, um zu erfahren, was der sowjetische Ministerpräsident dazu meine. Ihm wurde bedeutet, die Unterredung werde nicht so verlaufen. Er solle die Fragen, über die er zu sprechen gedenke, vorher formulieren und einreichen[131].

Daraufhin fand kein spontaner Gedankenaustausch statt, wie ihn Chruschtschow sonst liebte. Stattdessen trug der Kremlchef den zwei Journalisten detailliert vorbereitete Stellungnahmen zu den gestellten Fragen vor. Die Sorge Springers, dass sich für die Deutschen eine atomare Katastrophe anbahne, wurde nachdrücklich bekräftigt und daraus der Schluss gezogen, die Bundesrepublik müsse sich von der westlichen „Politik der Stärke" abwenden und eine „Politik der Vernunft" wählen, die „sich von den eigenen nationalen Interessen und von den Interessen der Festigung des Friedens leiten" lasse und die sowjetischen Vorschläge zur schrittweisen Reduzierung, zuletzt völligem Abzug der ausländischen Truppen unterstützen. Die Westverträge Bonns, so wurde zu verstehen gegeben, müssten außer Kraft gesetzt werden. Ein Friedensvertrag müsse geschlossen werden, der die Wiederherstellung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Deutschlands, die Festlegung seiner Grenzen und den Abzug aller fremden Streitkräfte von seinem Territorium vorsehe. Die Ausarbeitung dieses Vertrags solle mit Beteiligung beider deutscher Staaten und unter Berücksichtigung dessen erfolgen, „dass gegenwärtig in Deutschland zwei deutsche Staaten existieren". Das würde „dem deutschen Volk klare Perspektiven für die zukünftige Entwicklung Deutschlands" geben.

Den Aussagen zur Frage der deutschen Einheit folgte ein Angriff auf den Status quo in Berlin. Die Lage dort sei „nicht als normal zu bezeichnen". Der Tatbestand, dass die Stadt „bekanntlich" die Hauptstadt der DDR sei und ihr westlicher Teil „eine Art Insel" bilde, stelle „einen der krankhaftesten Auswüchse des kalten Krieges" dar. Schuld daran seien die Westmächte, die „auf jede Art" ihre Besatzungsrechte in West-Berlin betonten und dessen Territorium „weitgehend für die Durchführung von Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und

130 Hans-Peter Schwarz, Axel Springer. Die Biografie, Berlin 2009 (2. Aufl.), S. 253, 260f.
131 Aktenvermerk [von Botschafter König] über Unterredung mit dem stellv. sowjetischen Außenminister Zorin, 29. 3. 1958, PA-MfAA, A 148 Bd. 6, Bl. 358.

andere sozialistische Staaten“ ausnutzten. Zur Korrektur der so dargestellten Situation wurde zweierlei für erforderlich erklärt. Die beiderseitigen deutschen Behörden in der Stadt müssten die gegenwärtige Spannung „unbedingt“ durch kooperatives Vorgehen beseitigen. Weiterhin würde es die UdSSR begrüßen, wenn die Bundesregierung in Bonn und der Senat in West-Berlin sich um eine Regelung der Probleme auf eine für die DDR annehmbare Weise bemühen würden. Allem Anschein nach glaubte man im Kreml, dass sich die Deutschen im Westen in einem grundlegenden Interessengegensatz zu den Westmächten wegen deren Besatzungsrechte befänden und auf dieser Grundlage bereit seien, zusammen mit der SED-Führung gegen die Präsenz der Westmächte in der Stadt Front zu machen. Die beiden Gesprächspartner, die sich bei Chruschtschow als Kritiker der Westintegrationspolitik eingeführt hatten, erschienen als geeignete Adressaten für diesen Appell[132].

Das war eine totale Fehleinschätzung. Alle innenpolitischen Opponenten der Bundesregierung außer den Kommunisten sahen ebenfalls in der östlichen Seite einen Feind, gegen den die Freiheit West-Berlins verteidigt werden müsse. Ein gemeinsames Vorgehen zusammen mit dem SED-Regime zur Vertreibung der Westmächte, die allgemein als Schutzmächte der Stadt betrachtet wurden, war daher unter keinen Umständen zu erwarten. Die irrige Wahrnehmung, dies wäre möglich, gehört zu den Vorstellungen, aufgrund deren Chruschtschow Ende des Jahres seine Attacke gegen die westliche Berlin-Präsenz einleitete. Der Aufruf zur deutsch-deutschen Aktionseinheit gegen die Besatzungsrechte der Westmächte fiel bei Springer auf besonders schlechten Boden. Er war zwar für die Mahnung zum Widerstand gegen die Nuklearstrategie der NATO aufgeschlossen, weil ihn das in seiner Ansicht bestätigte, war aber entsetzt über den sowjetischen Standpunkt zur Deutschland- und Berlin-Frage. Nicht nur wurde sein Fünf-Phasen-Wiedervereinigungsplan ignoriert, den er dem Gespräch hatte zugrunde legen wollen, sondern er sah auch die Hoffnung enttäuscht, dass man in Moskau für das Anliegen der nationalen Einheit Verständnis habe. Chruschtschows Darlegungen standen in völligem Gegensatz zu seiner Erwartung. Daraufhin stellte sich Springer fortan voll auf die Seite des Westens und wandte sich mit allem Nachdruck gegen die Ambitionen der UdSSR. Wie sein Biograph Hans-Peter Schwarz nachweist, vollzog er nach dem Zusammenstoß mit dem Kremlchef eine „antisowjetische Wende“. Ab März 1958 ging er auf Gegenkurs sogar zur Anti-Atomtod-Kampagne, zu deren Zielen er sich zuvor vehement bekannt hatte[133].

Auftakt zur Kampagne „Kampf dem Atomtod“

Nachdem die sowjetische Führung im Sommer 1957 Botschafter Sorin durch Andrej Smirnow ersetzt hatte, knüpfte dieser erfolgreich Kontakte vor allem zu Kritikern und Opponenten Adenauers. Nach einer ausführlichen Bundestagsdebatte, in der die Regierungsparteien den Willen zur Durchführung des NATO-Beschlus-

[132] Gespräch Chruščëv – Springer / Zehrer, 29.1.1958, in: N.S. Chruschtschow, Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, [Ost-]Berlin 1960, S. 44–61.
[133] Schwarz, Axel Springer (Anm. 130), S. 265–290.

ses bekräftigt hatten, suchte ihn Ollenhauer auf, um sich mit ihm zu beraten. Nach der Unterredung sprach ihm der SPD-Vorsitzende für seine Anregungen seinen „sozialdemokratischen Dank" aus[134]. Molotow betonte auf einer Tagung des KPdSU-Zentralkomitees, solche „Argumentationshilfen" für die westdeutschen Sozialdemokraten seien sehr wichtig: Dadurch lasse sich die westdeutsche Aufrüstung erheblich verzögern[135]. Kurz nach dem Gespräch mit Smirnow erklärte der SPD-Chef die Absicht seiner Partei, sich mit einer „Aufklärungskampagne" an die Öffentlichkeit zu wenden. Die organisatorischen Vorbereitungen wurden zuerst Mellies, später Walter Menzel übertragen. Mitte Februar fand eine erste Zusammenkunft „kampfbereiter" Kräfte statt. Neben den sozialdemokratischen Veranstaltern waren führende Persönlichkeiten von FDP und Zentrum sowie aus dem politischen Umfeld Gustav Heinemanns, aus verschiedenen Gewerkschaften und evangelischen Landeskirchen, dazu Kritiker der amtlichen Politik aus der Wissenschaft und an den Universitäten beteiligt.

Die Versammelten billigten die vorgelegten Dokumente in den wesentlichen Punkten und stimmten einer detaillierten Marschroute für die ersten Etappen des Vorgehens sowie einem Aufruf an die Bevölkerung zu. Die Formulierungen wurden anschließend redigiert und veröffentlicht. Als Koordinationsgremium fungierte ein Ausschuss „Kampf dem Atomtod". Die Hoffnung auf eine „breite Welle des Widerstandes" wurde gedämpft, als der FDP-Vorsitzende die Unterschrift verweigerte. Die „Göttinger 18", auf deren Beteiligung man gehofft hatte, waren nicht erschienen[136]. Rasch gebildete regionale und lokale Komitees, von denen ein Teil auf verdeckte kommunistische Initiative zurückging, riefen auf zahllosen Kundgebungen zum Protest auf. Die Führung der SPD dachte an eine Volksbefragung und fasste für den Verbotsfall einen dreitägigen Generalstreik ins Auge[137].

Weitere Initiativen mit gleicher Ausrichtung folgten. Die im Untergrund operierenden Kommunisten begannen eine eigene Organisation aufzubauen mit dem Ziel, zur Einleitung eigener Aktionen fähig zu sein, und brachten sich damit als Kooperationspartner ins Spiel, die Einfluss auf die anlaufende Kampagne nahmen. Sie verschafften sich zusammen mit ihren Gefolgsgruppen eine maßgebende Rolle in der „Volksbewegung gegen den Atomtod". Mit ihrer Beteiligung entstand eine „Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung", die sich mit einem Appell an „das ganze deutsche Volk", vor allem an die Gewerkschaften, wandte. Der Aufruf hatte unerwartet große Resonanz und führte zu weiteren Bemühungen dieser Art. Auf Gewerkschaftsversammlungen wurde der Erwartung Ausdruck verliehen, man dürfe nicht bei Bekundungen der Zustimmung und Solidarität stehen bleiben, sondern müsse „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen" ergreifen[138]. Die Bruderschaften in der evangelischen Kirche waren besonders radikal. Sie verlangten, der Widerstand gegen die Atombewaffnung müsse zur Bekenntnisfrage gemacht wer-

[134] Politischer Brief [der DDR-Botschaft in Moskau] 1/1958, 20.1.1958, PA – MfAA, A 148 Bd. 6, Bl. 357.
[135] Filitov, Adenauers Moskaubesuch 1955 (Anm. 27), S. 54.
[136] Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 99), S. 127–135.
[137] Axel Minrath, Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnisstrategie in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986, S. 19; Pirker, Die SPD nach Hitler (Anm. 52), S. 252.
[138] Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 99), S. 135–143; B. Röhl, So macht Kommunismus Spaß! (Anm. 58), S. 130–132, 193–195.

den. Wenn sie dies durchgesetzt hätten, wäre Andersdenkenden das Recht abgesprochen worden, sich Christen zu nennen[139]. Die SPD strebte ein Referendum an, nahm aber nach einem Verbot des Bundesverwaltungsgerichts davon Abstand[140]. Ulbricht versicherte Chruschtschow, die „Volksbewegung in Westdeutschland gegen den Atomtod" zeige, dass ein „Umschwung in Westdeutschland herbeizuführen" sei[141].

Entscheidung in Bonn und folgende sowjetische Bemühungen

Als die parlamentarische Entscheidung in Bonn nahte, suchte Smirnow am 19. März 1958 Adenauer auf und überreichte ihm ein Memorandum, das vor der Nuklearbewaffnung warnte. In der folgenden Unterredung beharrte der Bundeskanzler auf dem Vorhaben. Der Botschafter unterrichtete anschließend auftragsgemäß die Vorsitzenden der Oppositionsparteien SPD und FDP über die sowjetische Forderung und Adenauers Ablehnung. Ollenhauer stimmte dem Verlangen zu und erklärte, der Standpunkt der UdSSR sei wichtig, zeitgemäß und politisch hilfreich. Der Vorsitzende der Freien Demokraten, Erich Mende, äußerte Freude über die Haltung des Kreml und hielt es für gut, dass sie der Öffentlichkeit über Presse und Rundfunk bekannt gemacht wurde[142]. In der Debatte des Bundestages vom 20. bis 25. März rechneten die Kritiker der Nuklearstrategie scharf mit der Regierung ab. Das verhinderte aber ebenso wenig wie begleitende Protestaktionen[143] die Annahme des Gesetzes über die Durchführung des NATO-Beschlusses.

Zur Unterzeichnung verschiedener Abkommen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik über wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit sowie konsularische Beziehungen[144] kam ein enger Vertrauter Chruschtschows, Anastas Mikojan, am 25. April 1958 nach Bonn. Das Gespräch mit Adenauer am folgenden Tag eröffnete er mit der bedauernden Feststellung, das Verhältnis zwischen beiden Ländern habe sich verschlechtert, woran freilich nicht die Sowjetunion schuld sei. Der Bundeskanzler erwiderte, auch seine Regie-

[139] Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 58), S. 143–148. Die aktive Beteiligung der Kommunisten an der Kampagne setzte einen Beschluss der SED-Führung voraus, der kaum ohne ein Einvernehmen mit Moskau zustande gekommen ist. Daher erscheint die – einer eindeutigen Quellengrundlage entbehrende – Darstellung von Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 18), S. 188f., zweifelhaft, der Kreml habe sich erst auf das Votum des Bundestages vom 25. 3. 1958 hin mit einer öffentlichen Offensive gegen Bonn gewandt und ein Zusammenwirken mit der SPD gesucht.

[140] Hans-Adolf Jacobsen, Vorwort, in: Josef Janning / Hans-Josef Legrand / Helmut Zander (Hg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987, S. 23.

[141] W. Ulbricht an N.S. Chruščëv, 13. 5. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 52f.

[142] Jill Kastner, The Berlin Crisis and the FRG, 1958–62, in: John P.S. Gearson / Kori Schake (Hg.), The Berlin Wall Crisis. Perspectives on Cold War Alliances, New York 2002, S. 127–129; Aktenvermerk von Botschafter König über Unterredung mit V. Zorin am 29. 3. 1958, PA – MfAA, A 148 Bd. 6, Bl. 240–245. Text des Memorandums: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 681–683 (russ. Originaltext), 683–686 (dt. Übers.).

[143] Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 58), S. 149–161.

[144] Vgl. Kommuniqué über den Abschluss der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau, 8. 4. 1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 975–977 (dt.), 977–979 (russ.).

rung sei mit der bisherigen Entwicklung nicht zufrieden. Es sei aber müßig, nach der Schuld zu fragen. Mit dem Bemerken, es komme darauf an, einen neuen Anfang zu machen, suchte er den Meinungsaustausch von der Nuklearfrage auf den Fortschritt zu lenken, der durch die Vertragsabschlüsse ermöglicht werde. Mikojan erwiderte, zwar seien die gerade unterschriebenen Vereinbarungen ein „Schritt vorwärts", doch müsse man die zuvor beschlossene Aufrüstung Bonns als einen „Schritt zurück" ansehen. Die Sowjetunion wolle sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Wie er versichern könne, halte Chruschtschow „die westdeutsche Aufrüstung und vor allem die geplante atomare Aufrüstung für einen außerordentlich großen Fehler". Auf den Vorwurf, der Bundeskanzler habe anders, als sich jetzt zeige, früher den Besitz von Atomwaffen und das Streben danach in Abrede gestellt, entgegnete dieser, in der Bundesrepublik gebe es keine Kernsprengköpfe. Die Ausbildung des deutschen Personals erfolge in den USA, und die dort bestellten „Matadore" (womit vermutlich die Trägersysteme gemeint waren) würden „sehr wahrscheinlich in Libyen stationiert". Zudem habe auch die SPD früher in der Debatte über den Beitrag zur Europa-Armee die nukleare Ausstattung des deutschen Kontingents gefordert[145].

Im Beisein Botschafter Smirnows, der an diesem Punkt hinzugezogen wurde, versicherte Adenauer mit großem Nachdruck, die Bundesrepublik sei – „ganz gleich, ob mit oder ohne Kernwaffen" – ein „Element des Friedens". Er erklärte weiter, alle Staaten einschließlich seines Landes und der UdSSR benötigten eine „längere Periode der Ruhe" zur Verwirklichung ihrer friedlichen Ziele. Die Lage werde sich erst beruhigen, wenn die zentrale Abrüstungsfrage gelöst sei. Er werde keine Anstrengung scheuen, wenn er das Verhältnis zwischen den Blöcken irgendwie verbessern könnte. „Mit der größten Freude" würde er „zu einem besseren Verständnis zwischen der UdSSR und den USA beitragen". Im weiteren Verlauf des Gesprächs suchte der Bundeskanzler den sowjetischen Gast davon zu überzeugen, die Westdeutschen seien keine Nationalisten. Die jüngere Generation stehe überdies dem Nationalsozialismus ohne die geringste Sympathie gegenüber.

Mikojan zog die Abkehr von Hitler nicht in Zweifel, forderte aber, dass die Bundesregierung „den Völkern die Angst und das Misstrauen nehmen" und „mit der feindseligen Propaganda gegen die Sowjetunion Schluss" machen müsse. Er warf den Westmächten vor, die Abrüstung zu hintertreiben, weil sie ihre Wirtschaft nur mit massiver Waffenproduktion in Gang halten könnten, und kam nach dem Gedankenaustausch über andere Themen auf die sowjetische Sorge aufgrund der beschlossenen westdeutschen Nuklearrüstung zurück. Er müsse „vor den schrecklichen Folgen eines Atomkrieges mit aller Eindringlichkeit warnen". Der Bundeskanzler möge „sich allen Ernstes überlegen, ob er nicht vielleicht doch

[145] Diese und die folgenden Angaben beruhen auf der Aufzeichnung von Dolmetscher Buring über das Gespräch zwischen Adenauer und Mikojan, 26.4. 1958, Archiv der StBAH, III/55, o.Bl. (S.1–21). Damit stimmen die anderen, in der Regel freilich weniger genauen Berichte überein: Aufzeichnung Adenauers über das Gespräch mit Mikojan, 26.4. 1958, Archiv der StBAH, III/55, o.Bl. (S.1–7); Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S.380–395; Ob itogach poezdki A.I. Mikojana v FRG (25–28 aprelja 1958 goda), 13.5.1958, AVPRF, f.0757, op.3, p.18, d.15, Bl.24–27; Razvitie sovetsko-germanskich otnošenij za period vremeni s dekabrja 1955 g. po ijun' 1958 g., 19.8.1958, AVPRF, f.0757, op.3, p.18, d.14, Bl.53–55.

noch im letzten Augenblick von der Verwirklichung der Pläne zur atomaren Rüstung der Bundeswehr Abstand nehmen wolle“. Adenauer lehnte das mit der Begründung ab, die sowjetische Interkontinentalrakete habe eine neue Lage geschaffen. Nur wenn die Bundesrepublik an der atomaren Ausrüstung festhalte, sei eine Störung der derzeit ausgeglichenen Kräfterelation zu vermeiden. Den Memoiren Adenauers zufolge, beschwor ihn Mikojan nach dem Gespräch „mindestens acht bis zehn Mal“: „Bitte keinen Krieg!“ Wolle er „irgendetwas an die obersten Stellen der Sowjetunion außerhalb des offiziellen Weges gelangen lassen“, könne er das stets über Smirnow tun, der das vollste Vertrauen des Kreml besitze. Außerdem habe der Kremlpolitiker den geforderten Verzicht darauf, die Bundeswehr auf den nuklearen Einsatz im Kriegsfall vorzubereiten, mit der „vertragliche[n] Zusicherung“ verbunden, die Bundesrepublik werde dann, auch wenn sie in der NATO bleibe, bei einem Kernwaffenkonflikt „nicht Ziel von atomaren Angriffen“ der UdSSR sein.

Dem Bonner Protokoll lässt sich diese Zusage nur insofern entnehmen, als dem Bundeskanzler der Text der anschließend gehaltenen Tischrede Mikojans zur Einsicht ausgehändigt wurde, in der es hieß, das Sowjetvolk habe „allen Grund zu der Annahme, dass die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Dislozierung von ausländischen Atom- und Raketenbasen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland gegen den Frieden und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent gerichtet sind“. Daher mache seine Regierung „mit aller Offenheit aufmerksam auf die verderblichen Folgen“. Die beschlossene Maßnahme sei unvereinbar mit der nationalen Einheit Deutschlands und würde die Bundesrepublik bei einem Atomkrieg in eine totale Katastrophe stürzen[146]. Vor der internationalen Presse in Bonn präzisierte Mikojan die in Aussicht gestellte Zusage dahingehend, dass die UdSSR bereit sei, die Länder ohne Kernwaffen aus dem Anwendungsbereich ihrer Atom- und Raketenwaffen herauszunehmen, wenn man darüber Einverständnis mit den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs erziele. Das gelte sowohl, wenn eine atomwaffenfreie Zone zusammen mit weiteren Staaten geschaffen werde, als auch im Fall eines alleinigen Verzichts der Bundesrepublik[147]. Insgesamt nahm der sowjetische Emissär den Eindruck mit nach Hause, Adenauer sei, obwohl er den Beschluss des Bundestages initiiert habe, an Abrüstung interessiert und lasse sich in der Nuklearfrage Zeit[148].

Höhepunkt und Ende der Kampagne „Kampf dem Atomtod“

Die SPD gewann aufgrund ihrer Stellungnahme im Bundestag gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Nuklearträgern in den Meinungsumfragen fast die gleichen Sympathiewerte wie die CDU/CSU. Das ermutigte sie dazu, die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ verstärkt fortzuführen. Der Höhepunkt der Protestaktionen wurde Ende Mai erreicht. Nach sowjetischer Einschätzung wuchs die

[146] Tischrede von A.I. Mikojan, 25.4.1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1060–1063 (dt. Übers.).
[147] Ausführungen von A.I. Mikojan vor Vertretern der internationalen Presse in Bonn, 26.4.1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 2 (Anm. 82), S. 586–591.
[148] Kastner, The Berlin Crisis and the FRG (Anm. 142), S. 128f.

Bewegung „ständig weiter an“ und „begann bereits einen für Adenauer bedrohlich werdenden Massencharakter anzunehmen“[149]. Der Bundeskanzler blieb unbeeindruckt. Chruschtschow wollte den Widerstand bis zur Abkehr Westdeutschlands von der Nuklearstrategie der NATO anfachen[150]. Um den Widerstand der Öffentlichkeit nach dem Beschluss des Bonner Parlaments weiter anzuheizen, erklärte der Oberste Sowjet, es seien Verhältnisse wie bei Hitlers Aggressionsvorbereitungen im Jahr 1939 entstanden. Die Bundesrepublik stürze Europa in eine Katastrophe und begehe Selbstmord[151]. Auch wandte sich die sowjetische Führung an den Vorstand der SPD. Angesichts der vergrößerten „Bedrohung des Friedens durch die Kräfte der Aggression“ sei es notwendig, die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu verhindern. Die „Arbeiterklasse und die friedliebenden Kräfte Westdeutschlands“ seien sich der Gefahr und der fatalen Konsequenzen der Nuklearbewaffnung bewusst. Daher wachse die Bewegung gegen den Atomtod. Nach Auflistung ihrer Friedens- und Entspannungsvorschläge sprach die sowjetische Parteiführung die Hoffnung aus, „dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zusammen mit allen anderen progressiven Kräften Westdeutschlands alles unternimmt, um die gewaltigen Kräfte der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der Bevölkerung für den Kampf gegen die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen zu mobilisieren“[152].

Ulbricht erwartete, dass der Widerstand nach dem Votum des Bundestages weiter zunehmen werde. Die Adenauer-Regierung suche zwar „mit Hilfe der Atomrüstung verstärkten Druck auszuüben, um die Eingliederung der DDR zu erreichen,“ und schrecke dabei nicht vor der „Provokation des Krieges“ zurück, doch zeige die „Volksbewegung in Westdeutschland gegen den Atomtod“, dass „die Möglichkeit besteht, einen Umschwung in Westdeutschland herbeizuführen“[153]. Das erwies sich in jeder Hinsicht als Irrtum. Die Führung der SPD hielt zuerst am Protest fest, hielt dann aber, als die Bundesregierung keinen Zweifel an der Festigkeit ihres Willens ließ, die getroffene Entscheidung für unwiderruflich und brach den Kampf als aussichtslos ab, um ihre Kräfte für andere Aufgaben einsetzen zu können. Dieser Kurswechsel zeichnete sich erstmals auf dem Stuttgarter Parteitag vom 18. bis 23. Mai 1958 ab, in dessen Verlauf sich eine generelle Annäherung an die amtliche Sicherheitspolitik abzeichnete[154]. SPD und Gewerkschaften verringerten die Unterstützung für die „Volksbewegung gegen den Atomtod“ und stellten sie nach einiger Zeit völlig ein. Die kommunistischen Kader waren außerstande, die Kampagne allein weiterzuführen, denn sie vermochten, wie Ulbricht

[149] Politischer Brief [der DDR-Botschaft in Moskau] 1/1958, 20.1.1958, PA – MfAA, A 148 Bd. 6, Bl. 298.
[150] W. Ulbricht an N.S. Chruščëv, 13.5.1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 53.
[151] Appell des Obersten Sowjet der UdSSR an den Deutschen Bundestag, 31.3.1958, in: dzd (Anm. 4), III. Reihe, Bd 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 936–938 (russ. Originaltext), 939–942 (dt. Übers.).
[152] ZK der KPdSU an den Vorstand der SPD (russ.), 24.4.1958, SAPMO-BArch, DY 30/3542, Bl. 88–93.
[153] Walter Ulbricht, An die Leiter der Delegationen der Kommunistischen und Arbeiterparteien auf der ökonomischen Beratung in Moskau, 20.5.1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 88.
[154] Rupp, Außerparlamentarische Opposition (Anm. 58), S. 213–216; Pirker, Die SPD nach Hitler (Anm. 52), S. 261f.

nüchtern feststellte, „selbständig nichts zu erreichen". Nachdem sich bei den Sozialdemokraten die rechten Kräfte durchgesetzt hätten, sei es Adenauer gelungen, diese Partei „in einer Reihe höchst wichtiger Fragen zur Kapitulation zu nötigen"[155]. Die Protestbewegung kam im Sommer zum Erliegen.

Die Rolle der Nuklearfrage bei Chruschtschows Entschluss zur Auslösung der Berlin-Krise

Auch wenn sich die sowjetische Führung darüber klar war, dass die NATO der Bundesrepublik keine Kernwaffen in die Hand gab und dass daher die Voraussetzung für die Entfesselung eines Nuklearkrieges durch Bonn nicht bestand, wie heute mittlerweile fast allgemein anerkannt wird[156], sah sie in der Ausstattung der Bundeswehr mit Nuklearträgern eine zentrale Herausforderung, die ihre Westpolitik bestimmte. Bezüglich des Motivs gibt es unterschiedliche Vermutungen. Vojtech Mastny meint, es sei dem Kreml weniger um die Sache als darum gegangen, der „potentiell destabilisierende[n] Wirkung" zu begegnen, die der Aufstieg der Bundesrepublik innerhalb der NATO zu einer Zeit hervorgerufen habe, als die DDR noch „politisch verwundbar" gewesen sei[157]. Vladislav Subok und Soja Wodopjanowa glauben, dass die amerikanischen Kernwaffen auf westdeutschem Boden das eigentliche Ärgernis gewesen seien[158]. Hope Harrison ist überzeugt, der „Erwerb von Kernwaffen" durch Bonn sei für den Kreml ein wichtiger Beweggrund für das Berlin-Ultimatum vom 27. November gewesen, mit dem er den bis dahin erfolglosen Protesten habe Nachdruck verleihen wollen. Daneben habe die Absicht eine wesentliche Rolle gespielt, den Vorschlag der Bundesregierung vom Juli 1958 zu kontern, hochrangige Diplomaten mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Lösung der Deutschland-Frage zu beauftragen[159].

Es spricht einiges dafür, dass Chruschtschow von seinem generellen Hass auf die westliche „Politik aus der ‚Position der Stärke heraus'" motiviert wurde. In seiner Sicht folgten die Westmächte und die Bundesrepublik mit ihrem Bemühen um zwischenstaatliche Zusammenschlüsse und den Aufbau von Streitkräften einer „imperialistischen", potentiell zum Krieg führenden Orientierung und bildeten daher das „Lager des Krieges", dem sich die UdSSR als Führungsmacht des „Friedenslagers" entgegenstellen musste. Nachdem sein beharrliches Bemühen seit

[155] Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 16.10.1958. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom 5 oktjabrja 1958 goda, RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 199–217; Iz dnevnika M.G. Pervuchina, 12.10.1958. Zapis' besedy s t. V. Ul'brichtom 2 oktjabrja 1958 goda, RGANI, f. 5, op. 49, d. 76, Bl. 38f.

[156] Diese Auffassung wird von Vojtech Mastny, Vladislav Zubok, Zoja Vodop'janova und teilweise sogar Hope Harrison vertreten.

[157] Vojtech Mastny, The History of Cold War Alliances, in: Journal of Cold War Studies, 4. Jg. H. 2 (Frühjahr 2002), S. 67.

[158] V. Zubok / Z. Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija i berlinskij krizis (1958–1962 gg.), in: M.M. Narinskij (Hg.), Cholodnaja vojna. Novye podchody, novye dokumenty, Moskau 1995, S. 262.

[159] Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, Working Paper No. 5, Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center, Washington/DC, Mai 1993, S. 12f., 8f. In ihrem späteren Buch führt die Autorin nur die Probleme der DDR an: Hope M. Harrison, Driving the Soviets Up the Wall. Soviet-East German Relations 1953–1961, Princeton/NJ – Oxford 2003, S. 76–78.

Übernahme der Kontrolle über die sowjetische Außenpolitik Anfang 1955, den Westen zu grundlegenden Änderungen seiner Ausrichtung zu veranlassen, nicht zum Erfolg geführt hatte, schien ein schärferes Vorgehen angebracht. Wie der sowjetische Parteichef intern äußerte, sah er in den Amerikanern, auf die es primär ankam, harte Burschen, die nur die Sprache der Gewalt verstanden[160]. Dabei ging es ihm nach wie vor um die „Beendigung des Kalten Krieges" durch Auflösung der Blöcke[161].

Die NATO-Strategie ließ sich am ehesten durch Einwirkungen auf die Bundesrepublik bekämpfen, ohne deren Einbeziehung sie nicht zu verwirklichen war. Die sowjetische Propaganda setzte zwei Hebel an, um den Westdeutschen die Beteiligung zu verleiden. Sie stellte ihnen vor Augen, dass sie im – vorgeblich sicher zu erwartenden – Kriegsfall keine Chance des Überlebens hätten, und suchte ihnen den Eindruck zu vermitteln, dass es noch Aussicht auf Wiedervereinigung gebe, wenn diese nicht durch die Beteiligung an einem antisowjetischen Block zunichte gemacht würde. Die heftige Ablehnung des Kommunismus und der UdSSR in der Bundesrepublik verhinderte, dass diese Argumente, wie erhofft, die breite Öffentlichkeit mobilisierten. Das zeigte sich besonders deutlich bei der SPD. Diese hegte zwar aus der Hoffnung heraus, dass die Sowjetunion der deutschen Einheit zustimmen könnte, Bedenken gegen die westliche Sicherheitspolitik, blieb aber misstrauisch gegenüber der Sowjetunion und war nicht bereit, sich für die Kampagne „gegen den Atomtod" mit äußerster Kraft einzusetzen. Als der Kreml dann im März 1959 den sozialdemokratischen Vorschlag der militärischen Neutralität nicht mit der Bereitschaft zur Freigabe der DDR honorierte[162], begann sie sich endgültig der NATO zuzuwenden.

160 Oleg Grinevskij, Tysjača i odin den' (Anm. 78), S. 358.
161 So auch sein ausdrückliches Bekunden im Gespräch mit Springer und Zehrer am 29. 1. 1958, in: Chruschtschow, Für den Sieg (Anm. 132), S. 52.
162 Gespräch N.S. Chru(čëv – Carlo Schmid / Fritz Erler, 16. 3. 1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 47–65.

4. Entwicklungen der Berlin-Politik bis November 1958

Entwicklung des Berlin-Status 1945–1956

Im Kalten Krieg war West-Berlin aufgrund seiner exponierten Lage als Exklave innerhalb des sowjetisch beherrschten Gebiets die Achillesferse der Westmächte. Diese beriefen sich bei der Inanspruchnahme von Präsenz- und Zugangsrechten darauf, dass Gesamt-Berlin nach den Vereinbarungen der Siegermächte von 1944/45 ein Sondergebiet neben den Besatzungszonen war, das gemeinsam verwaltet und sektorenweise besetzt werden sollte[1]. Im Laufe des Jahres 1948 wurde die Stadt durch den Auszug von Marschall Sokolowskij aus dem Alliierten Kontrollrat, das Ausscheiden von Oberst Kalinin aus der Berliner Kommandantur und die Sprengung der einheitlichen deutschen Administration seitens der SED gespalten. Die UdSSR argumentierte während der ersten Berlin-Krise 1948/49 in Widerspruch zu den getroffenen Übereinkünften, Berlin sei Teil ihrer Zone. Anwesenheit und Transit der drei westlichen Staaten beruhten demnach auf sowjetischer Gewährung statt auf dem originären Siegerrecht der an der Eroberung Deutschlands beteiligten drei westlichen Staaten. Nachdem der Zweck ihrer Anwesenheit in der Stadt, die gemeinsamen Verwaltung des besiegten Landes durch den Kontrollrat, nicht mehr bestehe, nehme die UdSSR ihre Gewährungen zurück[2]. Demgemäß blockierte sie den Landverkehr zwischen Westdeutschland und den Westsektoren. Auf Unterbindung auch der Flüge verzichtete sie, nachdem die USA ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des Anspruchs auf Benutzung der 1945 festgelegten Luftkorridore[3] mit allen, auch militärischen Mitteln deutlich gemacht hatten.

Was kaum jemand erwartet hatte, trat ein: Es gelang, 2,4 Millionen West-Berliner aus der Luft zu versorgen. Stalin sah sich im Frühjahr 1949 zum Abbruch der

[1] Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12. 9. 1944, 14. 11. 1944 und 26. 7. 1945 (engl., frz. und russ. Text), in: Alois Riklin, Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964, S. 293–311. Zum Kontext vgl. Gerhard Wettig, Die Vereinbarungen der Siegermächte über Berlin und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1945, in: Michael Bienert / Uwe Schaper / Andrea Theissen (Hg.), Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, Berlin 2007, S. 17–29.

[2] Botschafter A. Panjuškin an Außenminister Marshall, 14. 7. 1948, in: Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1945–1948. Rossija XX vek. Dokumenty, hg. von A. N. Jakovlev, Meždunarodnyj fond „Demokratija, Moskau 2004, S. 593–596; Riklin, Das Berlinproblem (Anm. 1), S. 76–82; Gerhard Wettig, Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1989, in: Werner Süß / Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Berlin 1999, S. 163f.

[3] Abkommen über die Luftkorridore (engl.), 30. 11. 1945, in: Riklin, Das Berlinproblem (Anm. 1), S. 381–384.

Blockade genötigt, die entscheidend zur Bildung einer antisowjetischen Abwehrfront des Westens beigetragen hatte. Er war freilich nur zur Respektierung von Anwesenheit und Zugang bereit und vermied eine ausdrückliche Anerkennung der westlichen Berlin-Rechte[4]. Gleichzeitig blieb die Spaltung Deutschlands und Berlins unverändert bestehen. Nach Konstituierung der DDR im Oktober 1949 behandelte der Kreml den Sowjetsektor als deren territorialen Bestandteil, stellte aber den Vier-Mächte-Status der Stadt nicht in Frage. Als die östliche Besatzungsmacht damals dem neuen Staat administrative Rechte übertrug und ihm dann am 25. März 1954[5] sowie nochmals am 20. September 1955[6] souveräne Kompetenzen zuerkannte, behielt sie sich die Entscheidungen vor, die den Zugang nach West-Berlin betrafen. Damit lag die Zuständigkeit für die Flüge in den Luftkorridoren und die Abfertigung der westlichen Truppenkonvois direkt in ihrer Hand, während die Abwicklung des deutschen Landverkehrs zwischen der Stadt und der Bundesrepublik den ostdeutschen Behörden übertragen wurde, ohne dass diese jedoch dessen Modalitäten nach ihrem Ermessen bestimmen konnten.

Der Umstand, dass die DDR weiter besatzungsrechtlichen Souveränitätsbeschränkungen unterlag, wurde nach außen hin möglichst verschleiert. Der Kreml erklärte sie gelegentlich sogar zum „Herrn der Zugangswege“[7]. Ab Ende 1955 begann er, ihr demonstrativ eine wachsende personelle Anwesenheit bei Abfertigung der westlichen Militärtransporte zuzugestehen[8]. Proteste der Westmächte gegen Aktivitäten im Ostsektor wie insbesondere Paraden der Nationalen Volksarmee als Verletzungen des 1945 festgelegten Status einer entmilitarisierten Vier-Mächte-Stadt wurden stets von der UdSSR zurückgewiesen. Am 25. Februar 1956 hieß es in einer dieser Stellungnahmen ausdrücklich, Berlin sei die „Hauptstadt der DDR“. Den „Behörden der drei Westmächte“, die, wie eingeschränkt wurde, „gegenwärtig für die Lage in Westberlin verantwortlich“ seien, warf man vor, diese hätten dem Verlangen nach „Auflösung der [dortigen] westlichen Spionage- und Terrororganisationen“ nicht entsprochen. Dadurch seien die ostdeutschen „Werktätigen“ zu „Schutzmaßnahmen“ genötigt worden. Es stelle sich mithin die „Frage des Status Berlins“, insbesondere der Vier-Mächte-Zuständigkeit für den „Bereich der Sektoren von Berlin“[9]. Damit bezweifelte die UdSSR erstmals nach der Blockade von 1948/49 wieder die Rechtmäßigkeit der westlichen Präsenz in der Stadt.

[4] New Yorker Abkommen zwischen USA, Frankreich, UdSSR und Großbritannien (engl., franz. und russ.), 4. 5. 1949, in: Riklin, Das Berlinproblem (Anm. 1), S. 395–397.

[5] Zajavlenie Sovetskogo pravitel'stva ob otnošenijach meždu Sovetskim Sojuzom i Germanskoj Demokratičeskoj Respublikoj, 26. 3. 1954, AA-MfAA, C 293/75, o. Bl. (4 S.) / Dokumente zur Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954, S. 303 f. (dt. Übers.).

[6] Vertrag zwischen der UdSSR und der DDR, 20. 9. 1955, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bd. 1, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen [hinfort: dzd], Frankfurt/Main 1961, S. 368–377.

[7] So der Ost-Berliner Botschafter Puškin im Gespräch mit dem amerikanischen Hochkommissar Conant am 20. 5. 1955 lt. Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006, S. 293.

[8] Ebenda, S. 294.

[9] Bericht [des DDR-Außenministeriums] über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR im Jahre 1956, PA – MfAA, A 00111, Bl. 30.

Chruschtschows politische Leitvorstellungen

Chruschtschow war von überschäumendem Kraftbewusstsein und fester Siegesgewissheit erfüllt[10]. Der Sozialismus werde über den Kapitalismus triumphieren. Das heiße aber „nicht, dass der Sieg mittels bewaffneten Eingreifens der sozialistischen Länder in die inneren Angelegenheiten der kapitalistischen Länder errungen wird". Die Zuversicht beruhe vielmehr „darauf, dass die sozialistische Produktionsweise entscheidende Vorteile gegenüber der kapitalistischen hat". Daher beherrsche der Marxismus-Leninismus das Bewusstsein der breiten Massen der Werktätigen im Westen immer mehr. In der UdSSR glaube man „daran, dass alle werktätigen Menschen auf der Erde sich davon überzeugen werden, welche Vorteile der Kommunismus mit sich bringt, und dann früher oder später den Weg des Kampfes um die Schaffung einer sozialistischen Ordnung beschreiten werden"[11]. Den Wettbewerb um den höheren Lebensstandard werde man gewinnen und damit die Auseinandersetzung für sich entscheiden[12]. Während Stalin noch auf einen Weltkrieg unter den anderen Mächten gehofft hatte, in den er zuletzt einzugreifen gedachte, um den Sozialismus zum Sieg zu führen, wollte Chruschtschow die nach wie vor erwarteten innerwestlichen Konflikte zur Erweiterung des politischen Spielraums der UdSSR benutzen[13]. Als entscheidenden Faktor, der die USA und ihre Verbündeten im sowjetischen Interesse fortlaufend schwäche, sah er die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die aus westlichen Kolonien hervorgegangenen Staaten und die blockfreien Länder an. Das „Kolonialsystem des Imperialismus" breche unausweichlich zusammen. Um diesen Prozess zu beschleunigen und ihm eine dezidiert antiwestliche Richtung zu geben, sicherte er seine Unterstützung zu und suchte ein breites Bündnis im „antiimperialistischen Kampf" zu formieren mit dem Ziel, die Entwicklungsländern dem westlichen Einfluss völlig zu entziehen und die geostrategische Position der NATO zu untergraben[14].

Chruschtschow wusste, dass die USA wirtschaftlich bislang den Spitzenplatz in der Welt einnahmen und auch militärisch insgesamt über weit größere Kapazitäten

[10] Siehe z. B. Schreiben Bulganins an Eisenhower, 3. 3. 1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Band 4, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 605–612; Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierungen der drei Westmächte, 5. 5. 1958, ebenda, III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1097f. Vgl. V. Zubok / V. Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija i berlinskij krizis, in: A.O. Čubar'jan (Hg.), Cholodnaja vojna. Novye podchody, novye dokumenty, Moskau 1995, S. 260.

[11] Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14. 2. 1956, in: XX s-ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 14–25 fevralja 1956 g. Stenografičeskij otčët, Bd. I, Moskau 1956, S. 35f.

[12] Siehe u. a. Gespräch N.S. Chruščëv – Delegation des Dänischen Folketing, 31. 5. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 559, Bl. 56f.; Rede Chruščëvs auf dem V. SED-Parteitag, 11. 7. 1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1409f. (russ.), 1417f. (dt. Übers.).

[13] Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14. 2. 1956, in: XX s-ezd Kommunističeskoj Partii (Anm. 11), S. 18–20; N.S. Chruščëv, Za novye pobedy mirovogo kommunističeskogo dviženija, in: Kommunist, 1/1961, S. 9.

[14] Ebenda, S. 8, 19 f, 21 f, 25–29; Rechenschaftsbericht Chruščëvs an den XX. Parteitag der KPdSU, 14. 2. 1956, in: XX s-ezd Kommunističeskoj Partii (Anm. 11), S. 20–28; N.S. Chruschtschow, Einen Krieg verhüten – die vordringlichste Aufgabe. Aus den Reden von 1956 bis 1963, Moskau 1963, S. 72–84.

verfügten[15]. Mithin würde die Sowjetunion in einem globalen Krieg nicht die Oberhand bekommen. Wenn er trotzdem die nuklearstrategische Rüstung forcierte, so suchte er damit bei den Amerikanern den Eindruck gefährlicher Stärke hervorzurufen, um ihnen die Option militärischen Agierens unter allen Umständen zu verleiden. Als „Imperialisten" mit systembedingt „aggressiven Bestrebungen" sollten sie daran gehindert werden, ihre – als sicher bevorstehend erwartete -Niederlage gegen den Sozialismus durch die Entfesselung eines Krieges abzuwenden. Um die USA und die NATO in jeder Lage zu unbedingter Zurückhaltung zu veranlassen, behauptete Chruschtschow in der Öffentlichkeit gegen besseres Wissen, er verfüge über ein gewaltiges oder gar überlegenes nuklearmilitärisches Potential gegenüber den Amerikanern. Tatsächlich hatte er jedoch bis zum Ende des Jahrzehnts noch keine Interkontinentalraketen, mit denen ihr Gebiet zu erreichen gewesen wäre. Große Zerstörungsmacht besaß er nur gegen Westeuropa. Wenn er dagegen westliche Gesprächspartner mit der Fähigkeit zu beeindrucken suchte, die dortigen Länder im Kriegsfall mit seinen Kernwaffen rasch auslöschen zu können, war dies nur wenig übertrieben[16].

Chruschtschows Stärkegefühl kam in dem Konzept der „friedlichen Koexistenz" zum Ausdruck, das nach dem XX. KPdSU-Parteitag von 1956 detailliert ausgearbeitet wurde[17]. Demnach bestand die Weltgesellschaft aus zwei „Klassen", die sich in innen- und außenpolitischer Feindschaft gegenüberstanden und von den Systemen des Sozialismus und des Kapitalismus bzw. Imperialismus repräsentiert wurden. Der Triumph der sozialistischen Kräfte war aufgrund einer geschichtlich vorherbestimmten gesetzmäßigen Entwicklung auf lange Sicht unausweichlich. Gleichwohl waren Anstrengungen zur Erreichung dieses Ziels geboten. Mit allen Mitteln außer einem direkten Krieg gegen die NATO-Staaten sollte dafür gekämpft werden. Die Auseinandersetzungen in den Gesellschaften der westeuropäischen Länder, vor allem der Bundesrepublik, waren ebenso zu schüren wie die auf Liquidierung der Kolonialherrschaft und prowestlicher Regime ausgerichteten bewaffneten Konflikte in der Dritten Welt. Mit der These, der dortige Kampf entstehe aufgrund historischer Notwendigkeit, wurde auch dann, wenn die UdSSR und die Kommunisten ihre Hand im Spiel hatten, jede Verantwortung für diese

[15] Da er im Kriegsfall mit einer weltweiten militärischen Auseinandersetzung rechnete, in der die regionalen Schauplätze nur eine geringe Bedeutung haben würden, leitete Chruščëv eine Umrüstung ein, bei der die Mannschaftsstärken verringert, dafür aber der Ausbau der nuklearen Kapazitäten – vor allem im strategischen Bereich (zunächst ohne Erfolg bei den Interkontinentalwaffen) – forciert wurde. Als besonders wichtig sah der Kremlchef Raketen und U-Boote an. Zugleich hielt er die Stationierung sowjetischer Truppenverbände in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas für entbehrlich, siehe Ausführungen Chruščëvs auf der Moskauer Warschauer-Pakt-Tagung vom 4.2.1960 nach den Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Parteichefs Novotný und des tschechoslowakischen Außenministers David vom 9. bzw. 20.2.1960, wiedergegeben in: Michal Reiman / Petr Luňák (Hg.), Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech, Brünn 2000, S. 138, 142.

[16] Hierzu u. a. Matthias Uhl, Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962, München 2008, S. 36–38. Die Drohungen eskalierten im Zusammenhang mit der Berlin-Krise: Gespräch N.S. Chruščëv – S. Markezinis, 27.4.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 569, Bl. 10–12; Gespräch N.S. Chruščëv – Averell Harriman, 23.6.1959, auszugsweise wiedergegeben in: John Lewis Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 242; Gespräch N.S. Chruščëv – M. Boussac, 3.9.1959, RGANI, f. 52, op. 1, d. 590, Bl. 131.

[17] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 261.

militärischen Entwicklungen in Abrede gestellt. Insbesondere durfte die finanzielle Hilfe für mitwirkende auswärtige Parteien nicht zugegeben werden[18].

Leitlinien gegenüber dem Westen

Chruschtschow griff zwar zu militärischen Drohungen gegenüber dem Westen und hielt den Gebrauch kriegerischer Mittel grundsätzlich für legitim, suchte aber seine Ziele vorzugsweise auf anderem Wege, vor allem durch Überzeugungsarbeit zu erreichen. Das Konzept des Wettbewerbs der Systeme war der Angelpunkt. Entscheidende Bedeutung wies er der Leistungskonkurrenz von DDR und Bundesrepublik zu. Diese konnten als entwickelte Industriestaaten mit demselben nationalen, kulturellen und ökonomischen Hintergrund in überzeugender Weise zeigen, welche der zwei politisch-gesellschaftlichen Ordnungen der anderen überlegen war[19]. Für ihn war die DDR der „Schaukasten der sozialistischen Länder gegenüber der kapitalistischen Welt" und die „Hauptkampflinie unseres Kampfes gegen den Kapitalismus". Es bedurfte zwar nach seiner Ansicht keines Beweises mehr für die Überlegenheit des Sozialismus, doch gebe es viele „Leute, die politisch nicht reif" seien und „nicht aufgrund einer Analyse der theoretischen Lage, sondern auf dem Wege des konkreten Vergleichs" urteilten. Der Kampf gehe daher um die Frage, welche Seite den Arbeitern und allen arbeitenden Menschen materiell mehr zu bieten habe: die DDR oder die Bundesrepublik? Dies sei das Kernproblem im Konflikt des „Wer wen?"[20]. Bei Bedarf musste die UdSSR daher dem SED-Regime ökonomisch unter die Arme greifen, um ihm den Sieg im Systemwettstreit zu ermöglichen[21].

Der Rückstand der DDR und die Massenflucht nach Westdeutschland ließen Chruschtschow nicht an der Überlegenheit der sozialistischen Ordnung zweifeln. Die Leistungsschwäche hielt er für vorübergehend. Sie sei auf ungleich größere Lasten der Nachkriegszeit zurückzuführen. Wenn viele, darunter Jugendliche und sogar Parteimitglieder, in den Westen gingen, dann seien das keine Feinde des Sozialismus, sondern politisch unreife Menschen, denen die Fähigkeit zur theoretischen Systemanalyse fehle und die Güterangebote beider Seiten nur vordergründig miteinander verglichen. Zu berücksichtigen sei weiterhin die „hinreichend schwierige Lage", in der sich die ostdeutschen Kommunisten aufgrund ihrer „offenen Grenze mit der kapitalistischen Welt" befänden. In Anbetracht der Zweistaatlichkeit führe das zu Komplikationen. Nachdem 18 Mio. Deutsche zusammen mit der UdSSR und den Volksdemokratien den sozialistischen Weg eingeschlagen

[18] Angaben N.S. Chruščëvs über eine Unterredung mit Pandit Nehru auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau, 6.1.1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 27–29.

[19] Ausführungen N.S. Chruščëvs bei Eröffnung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau, 6.1.1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 22f.

[20] Ausführungen Chruščëvs auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau, 21.5.1958, RGANI, 52, 1, 443, Bl. 146–148, 151, 153.

[21] Ebenda, Bl. 152; Stellungnahme Chruščëvs auf dem (geheimen) Juni-Plenum des ZK der KPdSU, 28.6.1957, in: N. Kovalëv / A. Korotkov / S. Mel'čin / Ju. Sigačëv / A. Stepanov (Bearb.), Molotov, Malenkov, Kaganovič. 1957. Stenogramma ijun'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty, Moskau 1998, S. 465, 525.

hätten, dürfe man nicht an Rückzug denken. Man müsse den „Klassenkampf" fortsetzen durch materielle Unterstützung der DDR, bis diese die Oberhand gewinne[22]. Das Ergebnis des Wettbewerbs in Deutschland sollte vor allem beweisen, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung die Entwicklung nicht nur in der Dritten Welt vorantreibe (wie damals auch im Westen oft gemeint wurde), sondern ebenso für die fortgeschrittenen Industriegesellschaften vorteilhaft sei.

Chruschtschow war aufgrund der marxistisch-leninistischen Doktrin zuversichtlich, dass die Zukunft dem Sozialismus und der Sowjetunion gehöre. Im Gegensatz zu Stalin glaubte er, das leuchtende Beispiel der Verhältnisse im sozialistischen Lager werde den revolutionären Wandel in der Welt, nicht zuletzt auch im Westen, beflügeln. Ein kriegerischer Konflikt, wie ihn Stalin nach voller kriegerischer Entfaltung der „zwischenimperialistischen Widersprüche" als unerlässliches Endstadium vorgesehen hatte, schien ihm weder nötig noch erwünscht[23]. Vor diesem Hintergrund war für ihn jedes Eingehen des Westens auf seine Forderungen und sogar das Ausbleiben ernsthaften Widerstands eine Bestätigung der Richtigkeit seiner Politik und ein Indiz des herannahenden Sieges. Er zweifelte daran selbst dann nicht, wenn sich ihm Hindernisse in den Weg stellten, die er nicht zu beseitigen vermochte. In diesem Fall ging er davon aus, die Zeit sei noch nicht reif für den Erfolg. Dann galt es eben zu warten, bis die Situation erlaubte, das Ziel zu erreichen. Weil die laufenden Entwicklungen die UdSSR vermeintlich immer mehr begünstigten, schien es grundsätzlich falsch, in zentralen Fragen Kompromisse einzugehen, denn das hieß nach Ansicht des Kremlchefs, auf einen Teil des Erfolgs zu verzichten, der andernfalls zwar mit zeitlicher Verzögerung, aber mit Sicherheit zu erwarten war[24].

Chruschtschow hielt Forderungen für richtig, die auf eine Niederlage der NATO-Staaten abzielten. Es galt dann, sie davon zu überzeugen, sie müssten seinem Verlangen in ihrem eigenem Interesse nachkommen. Die geforderte Konzession entspreche der Weltlage. Indem man sie akzeptiere, beuge man der sonst drohenden Katastrophe vor. Nur durch Bereitschaft zu „friedlicher Koexistenz" könne der Westen der Sackgasse entkommen, in die ihn die „Politik aus der Position der Stärke" gebracht habe. Andernfalls gehe der Kalte Krieg weiter, der den USA und ihren Verbündeten keine Aussicht auf Erfolg biete, sie aber der Gefahr eines „heißen Krieges" aussetze[25]. Chruschtschow suchte den Politikern des Westens auch

[22] Aufzeichnung über die Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 28.5.1958, in: A.A. Fursenko (glav. red.), Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, Moskau 2003, S.310f. Zuvor hatte Chruščëv schon auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau hervorgehoben, dass die Lage der DDR und der deutschen Genossen durch die fehlende geschlossene Grenze ziemlich erschwert werde. Man müsse sich „konkret und real" in ihre Situation hineinversetzen: Chruščëvs Rede auf der Beratung, 21.5.1958, RGANI, f.52, op.1, d.443, Bl.148–153.

[23] N.S. Chruščëv im Gespräch mit dem amerikanischen Juristen Marshall McDuffy, 25.1.1956, RGANI, f.52, op.1, d.578, Bl.61–69.

[24] Vgl. zum Beispiel Chruščëvs Argumentation auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU am 8.1.1962, wiedergegeben in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm.22), S.535–537.

[25] Siehe insbesondere die Ausführungen N.S. Chruščëvs auf der Moskauer Warschauer-Pakt-Tagung vom 4.2.1960 nach den Aufzeichnungen Novotnýs und Davids vom 9. bzw. 20.2.1960, ebenda, S.137f., 141f.; N.S. Chruščëv, Za novye pobedy mirovogo kommunisticeskogo dviženija. K itogam Soveščanija predstavitelej kommunističeskich i rabočich partij [Referat auf

Sand in die Augen zu streuen. In der Berlin-Krise von 1958 bis 1963 behauptete er, die Präsenz in der Stadt bringe ihnen nur Nachteile. Sich davon zu befreien, sei vernünftig. In Wirklichkeit freilich wusste er genau, dass der Schutz der Westsektoren vor östlicher Vereinnahmung zum Unterpfand des Engagements der USA für die Sicherheit ihrer europäischen Verbündeten und damit zur Basis des Zusammenhalts in der NATO geworden war. Wenn die Amerikaner davon abrückten, geriet die politische Basis des Bündnisses ins Wanken. Das zu erreichen, war ein wichtiges Motiv seines Vorgehens.

Maximalistische Positionen nahm der Kreml auch gegenüber der Bundesrepublik ein. Wann immer nukleare Fragen zur internationalen Erörterung standen, erklärte er, die Bundeswehr dürfe keinen Zugang zu Kernwaffen erhalten. Das würde es den „Imperialisten" und den „revanchistischen" Kräften in Bonn erlauben, ihre Atomkriegspläne durchzuführen. Das müsse unbedingt verhindert werden. Die Bundesrepublik sollte stattdessen ebenso wie die DDR ihre Bündnisbindung aufgeben und sich zusammen mit dieser dazu verpflichten, entstehende Gefahren zu „ersticken". Damit war vor allem gemeint, man habe sich gegen eine „atomare Bewaffnung der Bundeswehr" zu wenden[26]. Die UdSSR warnte fortwährend davor, dass die Welt einer nuklearen Bedrohung durch die Bundesrepublik ausgesetzt sei. In Bonn dagegen bestand man mit Unterstützung seitens der Verbündeten ebenso darauf, dass die Vier Mächte die Einheit Deutschlands auf der Basis freier Wahlen herstellen müssten. Die Antwort darauf lautete stets, dies sei Sache der „Deutschen selbst". Beide Staaten müssten sich in Verhandlungen darüber verständigen. Freilich war, wie Chruschtschow intern betonte, dies auf absehbare Zeit wegen des Systemgegensatzes vollkommen ausgeschlossen[27]. Ein Ende der Spaltung war also keinesfalls zu erwarten.

Gedankenaustausch mit der DDR über die Berlin-Frage

Das SED-Regime war nicht mit der Beschränkung seiner Berlin-Befugnisse einverstanden. Es war der Ansicht, dass ihm die „volle Souveränität der DDR" bereits im März 1954 zuerkannt worden war. Es betrachtete daher die Rechte, die sich die Sowjetunion hinsichtlich der Stadt vorbehalten hatte, als illegitim. Demnach waren die am 20. September 1955 festgelegten Transitkompetenzen der

der Versammlung der Parteiorganisationen der Hohen Parteischule, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU vom 6. 1. 1961], in: Pravda, 25. 1. 1961; Chruščëvs Stellungnahmen in der Wiener Auseinandersetzung mit Kennedy über politische Grundsatzfragen am 3. 6. 1961 nach dem sowjetischen Protokoll in DDR-Übersetzung, in: Heiner Timmermann (Hg.), 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 345–376; Äußerungen Chruščëvs gegenüber Kennedy in Wien am 3. Ausführungen Chruščëvs auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 8. 1. 1962, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 22), S. 537–539, 544 f; Oleg Grinevskij, Tysjača odin den' Nikity Sergeeviča, Moskau 1998, S. 12f.

[26] Razvitie sovetsko-germanskich otnošenij za period vremeni s dekabrja 1955g. po ijun' 1958 g., 19. 8. 1958, AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 14, Bl. 51f.; Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU (TOP XIII), 24. 4. 1958, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 22), S. 306f.

[27] Chruščëv im Gespräch mit deutschen Friedensgruppen, 19. 11. 1956, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 32f.

UdSSR aufhebungsbedürftig[28]. Anfang Januar 1957 gelang es, den Kreml zur wenigstens prinzipiellen Anerkennung der Lufthoheit der DDR zu bewegen. Moskau wollte aber keinen Konflikt mit den Westmächten und schränkte deshalb ein, die Geltung der bestehenden Vier-Mächte-Vereinbarungen über die Benutzung der Luftkorridore durch westliche Flugzeuge bleibe davon unberührt. Wenn der Westen jedoch diesen Verkehr über den bisherigen Rahmen hinaus ausweiten wolle, habe die ostdeutsche Seite darüber zu entscheiden[29]. Damit änderte sich praktisch nichts, doch war eine Basis für weitergehende ostdeutsche Forderungen geschaffen. Als die Sowjetbotschaft etwas später anregte, die DDR solle einer Initiative des Bundestages zur Stärkung der „hauptstädtischen Funktionen" West-Berlins[30] entgegentreten, nutzte Ulbricht die Gelegenheit, den Anspruch auf volle Kontrolle des eigenen Gebiets zu bekräftigen[31]. Im April 1957 beanstandeten die Organe der UdSSR bei der Abfertigung des West-Berliner Militärverkehrs Begleitpapiere, die sie bis dahin akzeptiert hatten. Die drei westlichen Staaten sahen ihr Recht auf Zugang insgesamt angegriffen und beharrten in den folgenden Auseinandersetzungen nachdrücklich darauf, ihre Konvois hätten ein Recht auf Durchfahrt, ohne dass sie Bedingungen zu erfüllen hätten. Die sowjetischen Grenzbehörden machten aber weiter Schwierigkeiten und stoppten den militärischen Transit für kurze Zeit völlig. Auch bei der Kooperation in der Alliierten Flugsicherungszentrale entstanden Reibungen[32].

Im Sommer 1957 legte sich Ulbricht gegenüber der UdSSR auf die Forderung fest, das Recht des Westens auf zivilen Zugang nach West-Berlin müsse eingeschränkt werden. Nach den Vereinbarungen der Sieger von 1945 komme ein Transit ohne jeweilige Erlaubnis nur für militärische Zwecke der Westmächte in Betracht. Vor allem der Luftverkehr dürfe nicht auf die bisherige Weise fortgesetzt werden. Die Zivilflüge müssten der Genehmigung durch die DDR unterliegen. Die Westmächte hätten entsprechende Anträge zu stellen[33]. Im Herbst wurde dieser Standpunkt durch einen Aufsatz in der Zeitschrift des Außenministeriums in die Öffentlichkeit getragen[34]. Anfang Dezember machten ostdeutsche Unterhändler gegenüber der Sowjetunion geltend, ihr Land müsse die volle Hoheit über seinen Luftraum erhalten. Die Fluggäste von und nach West-Berlin seien über

[28] Protokoll über die Beendigung des Kriegszustandes und des Besatzungsregimes (Entwurf), o. D. [Frühjahr oder Sommer 1955], SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 66; Zum Inhalt des Besatzungsregimes, o. D. [1955], SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 31–36; Zur Frage der Flugverbindungen nach Westberlin, o. D. [1956], SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 37–41.

[29] Gemeinsame Erklärung der Regierungsdelegationen der UdSSR und der DDR (dt. Fassung), 7. 1. 1957, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 17.

[30] Vgl. Antrag der Fraktion der SPD, FDP und GB/BHE im Deutschen Bundestag, 11. 12. 1956, ebenda, S. 316; Erklärung von W. Brandt vor dem Deutschen Bundestag, 6. 2. 1957, ebenda, S. 342–352.

[31] Aktennotiz A. Kundermann über Gespräch O. Winzer – O. Seljaninov am 19. 2. 1957, PA – MfAA, A 17714, Bl. 53.

[32] Siehe die Dokumente in: Foreign Relations of the United States (hinfort: FRUS), 1955–1957, Vol XXVI: Central and Southeastern Europe, Department of State Publication 9930, Washington/DC 1992, S. 467–520.

[33] Zur Frage des Luftverkehrs von Westdeutschland nach Westberlin, 6. 8. 1957 (handschriftlich hinzugefügt), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/577, Bl. 21–25.

[34] Aufsatz von G. Lindner im Oktoberheft der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik": Zur Lufthoheit der DDR, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 3, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 1668–1671.

Schönefeld zu leiten und damit der Kontrolle des Transitstaates zu unterwerfen. Das wurde zwar nicht als offizieller Tagesordnungspunkt, doch als Gegenstand informeller Erörterungen akzeptiert. Diese endeten mit der Empfehlung, die DDR solle einen sich bietenden Anlass zu einer Erklärung über die Frage der Lufthoheit benutzen. Der Vorschlag Schönefeld sollte gesondert besprochen werden. Die SED-Führung erhielt den Eindruck, dass die UdSSR ihren Wünschen aufgeschlossen gegenüberstand[35].

Verhärtung der Berlin-Position gegenüber den Westmächten

Im Jahr 1957 traf man in West-Berlin mit Genehmigung der westlichen Besatzungsmächte Maßnahmen, die in Moskau Missfallen hervorriefen. Im Februar wurde die Bildung eines Verfassungsgerichts und im Dezember die Übernahme der Verträge über die europäischen Gemeinschaften EWG und EURATOM beschlossen. Der Kreml nahm nicht nur Anstoß daran, dass die Stadt in die Regelungen einbezogen wurde. Für absolut unannehmbar hielt er den Terminus „Land Berlin", der den Status eines westdeutschen Bundeslandes andeute[36]. Die SED-Führung suchte die sowjetische Verärgerung zu nutzen, um die Genehmigung zu einer Erweiterung ihrer Kompetenzen zu erlangen. Anfang 1958 legte das Außenministerium der DDR Ulbricht einen Entwurf vor, der die „Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkriegs" durch einen Friedensvertrag vorsah. Das sollte die Existenz aller vier- und dreiseitigen Institutionen, vor allem der Alliierten Luftsicherheitszentrale, beenden, auf denen die Existenz West-Berlins und die Benutzung seiner Zugangswege beruhten[37]. Tatsächlich schien die UdSSR nunmehr größeres Verständnis für die Wünsche der DDR zu haben. In einem Bericht der Ost-Berliner Botschaft vom 24. Februar war vom „offenen Kampf zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen System" in Berlin die Rede. Der Feind bediene sich des Westteils, um „politische Provokationen und wirtschaftliche Diversionen verschiedener Art gegen die DDR" zu organisieren. West-Berlin werde auch „als besonderes Propaganda-Schaufenster der westlichen Welt" benutzt. Es gelte, „diese Aktivität zu neutralisieren". Die Frage müsse „unabhängig von der Regelung des deutschen Problems als Ganzem durch allmähliche wirtschaftliche und politische Eroberung West-Berlins" entschieden werden[38].

Das Politbüro der SED sah sich daraufhin zur Erklärung ermutigt, das „Diktat der westlichen Alliierten" in der Stadt könne „auf die Dauer nicht aufrechterhalten bleiben". Der „Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine aggressive Revanchepolitik" sei mit der „Zukunft Berlins untrennbar verbunden". Die „Frontstadtpolitiker" in den Westsektoren hätten der Stadt eine „besondere Rolle" in den atomaren Aggressionsbestrebungen der NATO zugewiesen: Sie solle

[35] O. Winzer, Bericht über die Verhandlungen mit der Delegation des MfAA der UdSSR, 5. 12. 1957, SAPMO-BArch, DY 30/3380, Bl. 2–12.
[36] Ebenda, S. 211; Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu den Plänen für eine Europäische Atomgemeinschaft und eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, 16. 3. 1957, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 3, 1. Drittelbd., Frankfurt/Main 1967, S. 483–489.
[37] O. Winzer an W. Ulbricht (mit Anlage), 10. 1. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3508, Bl. 1–20.
[38] Wiedergegeben bei A. Orlov, Tajnaja bitva sverchderžav, Moskau 2000, S. 414.

„unter allen Umständen Provokationsherd inmitten der DDR bleiben". Auf diese Herausforderung wollte die DDR-Führung mit einer Mobilisierung aller Kräfte reagieren, um eine „Wende in Westberlin" herbeizuführen und „Berlin zur Hauptstadt des Friedens" zu machen. Dazu bedürfe es des „Abzug[s] aller Besatzungstruppen", der „Zurückdrängung des Einflusses der Monopolisten und Militaristen" und einer „Beseitigung des NATO-Stützpunktes und der Agentenorganisationen". Der „ganzen Berliner Arbeiterklasse" müsse „anhand der Entwicklung in den letzten Jahren deutlich gemacht" werden, dass das „veränderte Kräfteverhältnis in der Welt" und die „Überlegenheit des sozialistischen Lagers und des Weltfriedenslagers" die Möglichkeit schüfen, „die Kriegstreiber zu zügeln und den Frieden zu erhalten". Auf dieser Basis gelte es, in der Stadt „wieder demokratische Verhältnisse zu schaffen" und ein „normales Verhältnis" zu ihrer Umgebung, mithin zur DDR, herzustellen[39].

Im März war in einer ostdeutschen Aufzeichnung davon die Rede, ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR, und dieser gebühre die volle Souveränität über den Luftraum der Stadt. Vor allem sei die Benutzung der Flugkorridore durch die drei Westmächte nicht mehr zu dulden. Wegen der Abneigung des Kreml, einen offenen Konflikt mit den Westmächten zu riskieren, beschränkte sich die SED-Führung zunächst auf das Verlangen nach prinzipieller Billigung. Die UdSSR sollte das Recht der DDR auf die volle Hoheit in ihrem Luftraum für legitim erklären, aber einschränken, die Durchsetzung des Anspruchs setze das Einvernehmen der betroffenen Staaten voraus. Nach internem Bekunden ging es darum, die sowjetische Seite zu einer Festlegung zu bewegen, „die sich gegen die Nichtanerkennung der [ost]deutschen Souveränität durch die Westmächte richtet", und sie auf diese Weise dazu zu bringen, sich die ostdeutsche Forderung ausdrücklich zu eigen zu machen. Das entsprach jedoch nicht den Absichten des Kreml. Dieser suchte daher die SED-Führung mit dem Hinweis zu befriedigen, der Vorbehalt bezüglich der westlichen Überflugrechte sei nur ein vorübergehendes Problem. Demzufolge war bis auf Weiteres keine Regelung nötig[40].

Fortdauernder Dissens mit der SED-Führung in der Frage der Grenzschließung

Obwohl die UdSSR den ostdeutschen Berlin-Standpunkt grundsätzlich akzeptierte, bestanden weiter erhebliche Differenzen. Für Ulbricht und seine Leute in der Parteiführung, die sich im Laufe des Jahres der Rivalen um Karl Schirdewan und Ernst Wollweber entledigten[41], war die „offene Grenze" in Berlin ein ständiges Ärgernis. Seit 1952 sahen sie in der Abwanderung nach Westen ein großes politi-

[39] Anlage zum Arbeitsprotokoll der Politbürositzung Nr. 6 vom 12. 2. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/613, Bl. 37–62 (Zitate auf Bl. 38, 40, 52, 53, 55).

[40] Dorothee Mußgnug, Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946–1990, Berlin 2001, S. 53f.; Michael Lemke, Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille. Divergenzen zwischen den Berlinkonzepten von SED und UdSSR in der Expositionsphase der zweiten Berlinkrise, in: Burghard Ciesla / Michael Lemke / Thomas Lindenberger (Hg.), Sterben für Berlin ? Die Berliner Krisen 1948 : 1958, Berlin 2000, S. 205f.

[41] Hierzu näher Gerhard Wettig, Der Kreml und die Machtkämpfe in der SED-Führung 1953–1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2008, S. 155–158.

sches und gesellschaftliches Problem, das der Lösung bedürfe[42]. Der SED-Chef drang von 1952 bis zum ausgehenden Frühjahr 1958 in Moskau mehrfach erfolglos auf Schließung des Schlupflochs Berlin[43]. Der Vier-Mächte-Status – die Basis der westlichen Präsenz, der innerstädtischen Freizügigkeit und damit der Möglichkeit zur Flucht aus der DDR – war für die sowjetische Seite ein sensibler Faktor des Verhältnisses zum Westen und zugleich ein Symbol, das dem rhetorischen Bekenntnis zur deutschen Einheit Glaubwürdigkeit verleihen sollte. Auch wollte Chruschtschow keine Konflikte, die den friedlichen Wettstreit zwischen den Systemen beeinträchtigten. Leistung, nicht Zwang sollte von der Attraktivität des Sozialismus überzeugen. Ulbricht dagegen glaubte, dass man bei Bedarf auch zu Mitteln der Gewalt greifen müsse.

Die Frage der „Republikflucht“[44] stand in engem Zusammenhang mit den ökonomischen Beziehungen zur UdSSR. Nachdem die DDR unter Stalin extrem ausgebeutet und belastet worden war, hatte der Kreml seine Politik wegen der Erfahrung des 17. Juni 1953 geändert. Da der Aufstand auch auf Unzufriedenheit mit der Versorgungslage zurückgeführt wurde, war man im Kreml seitdem bereit, die Stabilität des SED-Regimes durch materielle Hilfe zu stützen. Das Argument, die DDR leide unter einer ungünstigen Ausgangsposition nach dem Krieg und unter „erschwerenden“ Einwirkungen aus dem Westen[45], bot eine Rechtfertigung auch noch, als die damalige Krise längst überwunden war. Die sowjetischen Lieferungen wurden zwar mit Gegenleistungen bezahlt, doch musste die Führung in Moskau wiederholt missliche Engpässe im eigenen Land hinnehmen. Das sich herausbildende „Grundmuster von dringenden Appellen“ aus Ost-Berlin, wie Michael Lemke treffend formuliert hat, wurde dem Kreml daher zunehmend lästig[46].

Im Laufe der Zeit überzeugten die Erklärungen der SED-Führung immer weniger, die DDR werde durch sowjetische Anschubhilfe zur Überwindung des Rückstands gegenüber der Bundesrepublik und zum Erfolg im Wettbewerb mit ihr befähigt. Als die sowjetische Führung im Januar 1958 zu erkennen gab, dass ihr das nicht mehr glaubhaft erschien, führte Ulbricht die Probleme in seinem Land auf

[42] Damian van Melis / Henrik Bispinck (Hg.), „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, S. 37–46.

[43] A.O. Čubar’jan, Novaja istorija „cholodnoj vojny“, in: Novaja i novejšaja istorija, 6/1997, S. 19; M. Gribanov, Spravka ob ustanovlenii ochrany na sektornoj granice v Berline, 4. 12. 1952, AVPRF, f. 082, op. 40, p. 98, d. 266, Bl. 15; A. Vyšinskij / V. Semënov an I.V. Stalin, 20. 12. 1952, AVPRF, f. 082, op. 40, p. 98, d. 266, Bl. 18–22; Vorlage V. Molotov / G. Puškin für das Präsidium des Ministerrats der UdSSR, 18. 3. 1953 (Kopie von AVPRF, f. 06, op. 12, p. 18, d. 283, Bl. 1f.), in: Christian F. Ostermann (Hg.), The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History. Declassified Documents from U.S., Russian, and Other European Archives, publ. by The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center for Scholars and The National Security Archive at the George Washington University, Washington/DC 1996 [vervielfältigtes Manuskript], Doc. Nr. 4; Grinevskij, Tysjača odin den’ (Anm. 25), S. 209.

[44] Zum sowjetischen Informationsstand siehe V. Kočemasov, [V] Otdel CK KPSS tov. Andropovu Ju.V., 11. 9. 1959, RGANI, f. 5, op. 49, d. 185, Bl. 103–105.

[45] Ralph Sowart, Planwirtschaft und die „Torheit der Regierenden“. Die „ökonomische Hauptaufgabe“ der DDR vom Juli 1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1999, S. 176.

[46] Michael Lemke, Ein Desaster für die SED? Wahrnehmungen, Bewertungen und Folgen der Adenauer-Reise nach Moskau 1955, in: Helmut Altrichter (Hg.), Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 249.

die offene Grenze zurück. Der Grund für die ökonomischen Misserfolge sei vor allem die Tatsache des Fluchtwegs über West-Berlin. Zudem verschärfe sich die Lage durch die „Stör- und Sabotagetätigkeit" des „Klassenfeindes", die vor allem von diesem inmitten der DDR gelegenen westlichen Außenposten ausgehe. Dieser Gefahrenherd müsse beseitigt werden. Chruschtschow war jedoch lange Zeit nicht bereit, sich dieser Sicht anzuschließen. Die mit Ulbrichts Darstellung verbundene Konsequenz, Maßnahmen zur Unterbindung der noch bestehenden innerdeutschen Kontakte zu genehmigen, widersprach seiner Vorstellung eines Systemwettstreits ohne Zwang. Die Erwartung, die „Hauptstadt der DDR" werde sich zum leuchtenden Beispiel des Sozialismus entwickeln, ließ es zudem richtig erscheinen, dass man den Westdeutschen den Zutritt dorthin nicht verwehren solle. Daher wollte Chruschtschow von einer Schließung der Grenze nichts wissen[47]. Er war sogar daran interessiert, dass der Systemwettbewerb nicht durch Abschließungsmaßnahmen gestört wurde[48]. Als sein Berater in Deutschland-Fragen vertrat Jurij Andropow die Ansicht, die SED habe ihre Nöte weithin selbst verschuldet. Wenn sie mit unnötigen Härten gegenüber der Bevölkerung Schluss mache, werde sich das Fluchtproblem von selbst lösen[49].

Verschärfter Konflikt mit dem Westen

Im Dezember 1957 hatte der NATO-Rat beschlossen, die Bundesrepublik müsse ihre Verbände mit Kernwaffenträgern ausrüsten. Die sowjetische Führung reagierte scharf. In der Hoffnung, die Durchführung werde im Westen noch auf erheblichen Widerstand stoßen[50], zeichnete ihre Propaganda das Bild einer unmittelbar herannahenden tödlichen Gefahr für Frieden und Sicherheit. Obwohl ausdrücklich vorgesehen worden war, dass die Sprengköpfe in amerikanischem Gewahrsam verbleiben würden, hieß es, die „Imperialisten" wollten den westdeutschen „Militaristen" und „Revanchisten" Kernwaffen in die Hand geben, die sie für ihre aggressiven Bestrebungen einsetzen könnten. Zur entsprechenden Einflussnahme auf die Regierungen und die Öffentlichkeit im Westen schlug der Kreml am 8. Januar 1958 Präsident Eisenhower, Premierminister Macmillan und Ministerpräsident Gaillard eine Gipfelkonferenz vor, die zu Abrüstung und Entspannung, zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone und schließlich zur Überwindung des – durch die westliche „Politik aus der Position der Stärke" verursachten – kalten

[47] Gespräch N.R. Šelech – K. Maron, 27.1.1958, RGANI, f. 5, op. 48, d. 82 (rolik 8875), Bl. 11–13; Hope M. Harrison, The bargaining power of weaker allies in bipolarity and crisis: The dynamics of Soviet-East German relations, 1953–1961, Diss. Columbia University 1993, UMI Ann Arbor (Order Number 9412767), S. 167; Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 443–449.

[48] Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, Working Paper No. 5, Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center, Washington/DC, May 1993, S. 4f.

[49] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 261f.

[50] I. Tugarinov, [V] CK KPSS. O perspektivach realizacii rešenij dekabr'skoj sessii Soveta NATO otnositel'no ukreplenija ėtoj organizacii, 23.1.1958, RGANI, f. 5, op. 30, d. 276, Bl. 5–13.

Krieges führen solle[51]. Den Amerikanern wurde zudem ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit angeboten[52]. Nach einer erst später publizierten Stellungnahme war an eine Regelung gedacht, welche die europäischen Staaten einbeziehen und den Charakter eines kollektiven Sicherheitssystems erhalten sollte[53].

Am 22. Januar formulierte Chruschtschow in einer Rede, die ebenfalls zunächst nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, seine Absichten mit großer Deutlichkeit. Demnach ging es darum, die „Atomneutralität" Mitteleuropas, einen Friedensvertrag mit Deutschland zur „Wiederherstellung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit" und den „Abzug der ausländischen Truppen von seinem Territorium" zu erreichen. Da zugleich der Standpunkt bekräftigt wurde, die nationale Einheit sei allein Sache der beiden deutschen Staaten, war eindeutig an einen Friedensschluss gedacht, der das Land weiter geteilt lasse. Das Interesse galt dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Zur Vermeidung von Verzögerungen und Ablenkungen sollte die „Frage des militärischen Status [...] selbständig und unabhängig" von den anderen Bestimmungen der Friedensregelung erörtert werden[54]. Um in der Öffentlichkeit, die nichts von diesen Zielsetzungen wusste, keine falsche Hoffnung zu wecken, lehnte Eisenhower die Gipfeldiplomatie grundsätzlich ab, war aber nach einigem Zögern bereit, einem Treffen der Außenminister zuzustimmen. Als jedoch der Führer des ungarischen Freiheitskampfes von 1956, Imre Nagy, am 16. Juni 1958 hingerichtet wurde, zog er sein Einverständnis zurück.

Zugleich bemühte sich die UdSSR, den Westen in Berlin unter Druck zu setzen. Ihre Organe an der innerdeutschen Grenze suchten einem amerikanischen Militärtransport neue Ausweisvorschriften aufzunötigen, nach denen ihnen das Recht zustand, die Fahrzeuge zu inspizieren, die Marschbefehle der Zugreisenden abzustempeln und nach eigenem Ermessen zu entscheiden, welche Personen und Güter durchzulassen seien. Als der Konvoibefehlshaber dies verweigerte, sperrten sie die Durchfahrt. Diese Maßnahme wurde erst nach einer Intervention auf höchster Ebene aufgehoben. Es folgten weitere Störungen des militärischen Lkw- und Bahnverkehrs. Als die USA dagegen protestierten, dass die Frau ihres Stadtkommandanten in Ost-Berlin mehrere Stunden von der DDR-Polizei festgehalten worden war, wies die sowjetische Seite die Beschwerde mit dem Hinweis zurück, das müsse mit der „souveränen Deutschen Demokratischen Republik" geklärt werden[55]. Damit stellte sie faktisch die Geltung des Vier-Mächte-Status in Abrede.

[51] N.V. Bulganin an D. Eisenhower, 8.1.1958, in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 58–68. Die beiden anderen gleichlautenden Schreiben finden sich ebenda, S. 68–85.

[52] Vertrauliche DDR-Aufzeichnung über dieses Angebot vom 23.1.1958, SAPMO-BArch, DY 30/3503, Bl. 77–81.

[53] Sowjetischer Entwurf eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten und der USA, in: Neues Deutschland, 23.7.1958.

[54] Rede Chruščëvs in Minsk (Auszug), 22.1.1958 (veröffentlicht am 8.2.1958), in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. II, [Ost-]Berlin 1963, S. 530–550 (insbes. S. 540–546).

[55] Dokumente in: FRUS (Anm. 33), 1958–1960, Vol. VIII: Berlin Crisis 1958–1959, Department of State Publication 10039, Washington/DC 1993, S. 1–23; Jean E. Smith, Der Weg ins Dilemma. Preisgabe und Verteidigung der Stadt Berlin, [West-]Berlin 1965, S. 165.

Chruschtschow gab Ende Januar 1958 im Gespräch mit westdeutschen Journalisten zu erkennen, dass er die Verhältnisse in Berlin für veränderungsbedürftig hielt. Der Erklärung, die Lage dort sei anomal, ließ er die Aussage folgen, die Besatzungsrechte der Westmächte seien der Kern des Übels. Die UdSSR würde es begrüßen, wenn sich die beiderseitigen deutschen Behörden auf eine Lösung des Problems verständigten[56]. Offenbar war an eine Normalität gedacht, die durch Beseitigung der Vier-Mächte-Ebene hergestellt werden würde.

Verhärtete Berlin-Politik

Nachdem der Bundestag am 24. März 1958 der Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffenträgern zugestimmt hatte, verschärfte die UdSSR ihr Vorgehen in Berlin. Im April begann sie wieder mit Störungen des westlichen Militärverkehrs. Im folgenden Monat wurde einem amerikanischen Militärkonvoi an der Stadtgrenze der Zugang zur Autobahn nach Westdeutschland verweigert, weil er sich dem neuerlichen Verlangen nach zusätzlichen, bis dahin nicht verlangten Begleitpapieren widersetzte, aus der eine Überprüfungskompetenz der östlichen Seite herzuleiten gewesen wäre. Washington wollte eine Eskalation der Spannungen vermeiden und verlegte den Transport auf die Bahn, wo das Ansinnen nicht gestellt wurde. Auf der Autobahn kam es noch mehrfach zu Behinderungen, über deren Aufhebung bis zum Herbst ohne Ergebnis verhandelt wurde. Die DDR verschärfte die Zollkontrollen an der Sektorengrenze und nahm einen Tag lang rigorose Durchsuchungen vor[57].

Als Anfang Juni die Besatzung eines US-Militärhubschraubers, der sich verirrt hatte und in der DDR notgelandet war, von der dortigen Polizei festgenommen wurde, lehnte die sowjetische Seite das amerikanische Ersuchen um Hilfestellung mit dem Hinweis ab, es handele sich um eine Angelegenheit, mit der sie nichts zu tun habe[58]. Die UdSSR wies auch den Protest der Westmächte dagegen zurück, dass die Regierung in Ost-Berlin einseitig und ohne sachlichen Grund die Wasserstraßengebühren für Schiffstransporte nach und von West-Berlin erhöht hatte. Wieder hieß es, das sei alleinige Sache der DDR[59]. Beide Vorgänge ließen erneut die Absicht erkennen, von der Vier-Mächte-Ebene abzugehen. Auch gegenüber der Bundesrepublik verhärtete sich die Moskauer Haltung zur Berlin-Frage. Ge-

[56] Gespräch N.S. Chruščëv – A. Springer / H. Zehrer, 28.1.1958, in: N.S. Chruschtschow, Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, [Ost-]Berlin 1960, S. 59.

[57] Dokumente in: FRUS (Anm. 32), 1958–1960, Vol. VIII: The Berlin Crisis, 1958–1959; Foreign Ministers Meeting, 1959 Washington/DC 1993, S. 24–45, Smith, Der Weg ins Dilemma (Anm. 55), S. 167f.

[58] Christopher Winkler, Die U.S. Military Liaison Mission im Vorfeld der 2. Berliner Krise. Der Hubschrauberzwischenfall von 1958, in: Michael Lemke (Hg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln 2006, S. 65–83. Nach langem Hin und Her wurde der Fall mit Vermittlung des Roten Kreuzes gelöst.

[59] D. Bruce an M. Pervuchin (Rückübersetzung aus dem Russ.), 16.5.1958, PA – MfAA, A 133, Bl. 165 f; M. Pervuchin an D. Bruce (dt. Übers.), o.D., PA – MfAA, A 133, Bl. 111; Aktenvermerk über Unterredung zwischen [dem sowjetischen] Gesandten Astavin und [DDR-] Staatssekretär Handke am 21.5.1958, PA – MfAA, A 17610, Bl. 289 f; Text der Antwort der [sowjetischen] Botschaft [in der DDR] auf Schreiben der Botschafter der drei Mächte, o.D., PA – MfAA, A 17610, Bl. 291.

gen Ende der Verhandlungen über Konsularfragen, wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Kooperation erklärte die sowjetische Delegation, die Atmosphäre habe sich als Folge des Bonner Nuklearbeschlusses erheblich verschlechtert, und verschärfte ihre Haltung in wichtigen Fragen. Insbesondere verweigerte sie nunmehr die Erstreckung der getroffenen Vereinbarungen auf West-Berlin[60].

Gleichzeitig hielt die SED-Führung gegenüber der UdSSR am Verlangen nach hoheitlicher Gewalt über den westlichen Flugverkehr fest. Nach wie vor begründete sie ihre Position mit dem rechtlichen Argument, die Flüge dienten überwiegend nicht der Versorgung der westlichen Garnisonen in Berlin, sondern bestimmungswidrig zivilen Zwecken. Im späten Sommer 1958 ersuchte sie um Prüfung, „ob es gegenwärtig möglich ist, Maßnahmen einzuleiten, die den Flugverkehr in den Luftkorridoren in Übereinstimmung mit der in den einschlägigen Dokumenten festgelegten Rechtslage bringen." Demnach sollte der Anspruch der DDR auf Souveränität im gesamten Luftraum grundsätzlich anerkannt werden. Weiter hieß es, die Genehmigungspflicht müsse für alle nichtmilitärischen Flüge durchgesetzt werden. Wie parallel laufende Bemühungen um volle Übernahme des Flughafens Schönefeld vermuten lassen, ging es der Ost-Berliner Führung weiter darum, den zivilen Luftverkehr von Tempelhof dorthin zu verlegen, damit sich auf diese Weise eine umfassende Kontrolle der Passagiere durchführen lasse. Die UdSSR lehnte erneut ab. So weit wollte sie den Konflikt mit den Westmächten nicht verschärfen[61].

Veränderungen im Verhältnis zur Bundesrepublik

Chruschtschows Zuversicht, der Westen werde sich in Berlin und Deutschland längerfristig zum Nachgeben genötigt sehen, wurde durch eine Initiative Adenauers verstärkt. Am 7. März 1958 deutete der Bundeskanzler gegenüber Botschafter Smirnow im Blick auf die deutsche Frage an, man müsse „bei Fragen, die nicht im ersten Anlauf zu lösen sind, einen zweiten Anlauf" unternehmen. Das „Problem der Deutschen in der Sowjetzone" sei „keine Frage des Nationalismus, keine Frage der Stärkung des politischen Einflusses Deutschlands". Der dortige Versuch, „das sowjetische System zu kopieren", eigne sich jedoch „nicht für deutsche Menschen". Wenn er der Bevölkerung in der SBZ das „Selbstbestimmungsrecht" wünsche, gehe er „nicht von nationalen Erwägungen" aus[62]. Welche Überlegung hinter diesen Worten stand, machte er am 19. März deutlich. Er stellte dem Diplomaten

[60] Iz dnevnika V.S. Semënova 17 aprelja 1958 g. Zapis' besedy s poslom GDR v SSR, tov. Kënigom, 4 aprelja 1958 g., AVPRF, f. 0742, op. 3, p. 17, d. 2, Bl. 11; Iz dnevnika V.S. Semënova 5 aprelja 1958 g. Zapis' besedy s poslom GDR v SSR, tov. Kënigom, 15 aprelja 1958 g., AVPRF, 0742, 3, 17, 2, Bl. 12; Gesamtbericht über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen, 11. 9. 1958, PA – AA, B 12 Bd. 489d, Bl. 74–93; Aufsatz des [West-]Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Dr. Klein, über den deutsch-sowjetischen Konsularvertrag und Berlin, o. D. [1960], PA – AA, B 312 Bd. 489d, Bl. 1f.

[61] Lemke, Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille (Anm. 40), S. 206f.

[62] Aufzeichnung des Gesprächs Adenauer – Smirnov am 7. 3. 1958, Archiv der StBKAH, III/70 (auf S. 2f.).

die Frage, ob der Kreml bereit wäre, der Sowjetzone den Status Österreichs zu geben[63].

In Moskauer Sicht lief das Anerbieten, die Forderung nach nationaler Einheit gegebenenfalls fallen zu lassen, auf ein kapitales politisches Zurückweichen hinaus. Der Bundeskanzler, der neben dem amerikanischen Außenminister Dulles als der härteste Widersacher galt, schien damit einzugestehen, dass die Wiedervereinigungspolitik „aus der Position der Stärke" gescheitert war. Die Bedingung, dass die UdSSR dafür der DDR Neutralität und Demokratie gestatten müsse, bewertete Chruschtschow aufgrund seiner optimistischen Weltsicht als ein Verlangen, von dem Adenauer auch noch abrücken würde. Er sah zudem die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten in einer ökonomisch überlegenen Position. Während die eigene Seite prosperiere und gegen Konjunkturschwankungen gefeit sei, werde die Bundesrepublik so wie die kapitalistischen Länder insgesamt immer stärker von einer Wirtschaftskrise erfasst. Im Ruhrgebiet sei diese schon voll ausgebrochen[64]. Daraus zog man den Schluss, Westdeutschland sei in wachsendem Maße auf den Osthandel angewiesen. Die Weigerung Bonns, Staatskredite zu gewähren[65], konnte demnach nicht von Dauer sein[66].

Äußerungen von Botschafter Kroll bei seinen Antrittsbesuchen ließen im Kreml den Eindruck eines sich schon ankündigenden Entgegenkommens der Bundesregierung entstehen[67]. Die Führung der UdSSR veranlasste daraufhin eine Abschwächung der östlichen Polemik gegen die Bundesrepublik[68]. Chruschtschow erwartete generell, dass sich der Westen zunehmend zu Zugeständnissen genötigt sehen würde, wusste freilich auch, dass zunächst kein politischer Durchbruch auf breiter Front bevorstand. Er hielt die staatliche Vereinigung Deutschlands, die nur unter sozialistischem Vorzeichen in Betracht komme, zwar für „nur eine Frage der Zeit", sah sie aber noch als „völlig irreal" an. Entscheidend sei, nicht wann, sondern „auf welcher Grundlage" sie sich vollziehen werde. Daher kam es in seiner Sicht vor allem darauf an, die sozialistische Macht in der DDR ohne gesamtdeutsche Rücksichten zu stärken. Der Sozialismus musste dort die Kraft und die Attraktivität entwickeln, welche die Westdeutschen überzeugte. Chruschtschows Gewissheit, dass die deutsche Frage früher oder später in seinem Sinne gelöst werde, kam im

[63] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 377, 383 f (Bezugnahme auf den Vorschlag vom 19. 3. 1958 im Gespräch mit Politbüromitglied Mikojan am 26. 4. 1958); Aktenvermerk [von Botschafter König] über Gespräch mit V. Zorin am 29. 3. 1958, PA – MfAA, A 148 Bd. 6, Bl. 233; K predstojaščej poezdke sovetskoj pravitel'stvennoj delegaciej v Bonn, 17. 4. 1958, AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 16, Bl. 20.

[64] Zum Abschluss der westdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen, o. D. [April 1958], PA – MfAA, A-271, Bl. 50–56.

[65] Telegramm Duckwitz an Botschaft Moskau, 25. 6. 1958, PA – AA, B 12 Bd 468, o. Bl. (1 S.).

[66] Fernschreiben Botschafter Kroll an AA (über Äußerung Mikojans), 20. 6. 1958, PA – AA, B 12 Bd 468, o. Bl. (1 S.).

[67] Auszug aus Aktenvermerk über Unterredung Zorin – König am 2. 6. 1958, PA-MfAA, A 734 Bd. 1, Bl. 99–101. Der Botschafter erfreute sich auf sowjetischer Seite wegen seiner vielfach von der amtlichen Bonner Haltung abweichenden Ansichten deutlichen Wohlwollens. Zur Berichterstattung Krolls über seine Gespräche mit Gromyko am 12. 5. 1958 und mit Chruščëv bereits am folgenden Tag siehe Kordula Kühlem, Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2008, S. 281–284.

[68] Information von Außenminister V. David über die Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts an das ZK der KPČ, 7. 7. 1958, in: Reiman / Luňák, Studená válka (Anm. 15), S. 79.

Appell an die Anhänger in beiden Staaten zum Ausdruck: „Darum beeilen Sie sich nicht; der Wind bläst Ihnen nicht ins Gesicht; überlegen Sie alles gründlich“[69].

Gestärkter Einfluss Ulbrichts in Moskau

Die entscheidende Bedeutung, die der DDR im Systemwettbewerb mit dem Westen zugewiesen wurde, gab Ulbricht im Kreml großes Gewicht. Dieses erhöhte sich noch, als Chruschtschow Ende Mai 1958 verkündete, man werde die USA „einholen und überholen“. Das sozialistische System sollte aller Welt seine Überlegenheit dadurch beweisen, dass die UdSSR in wenigen Jahren die Produktionskapazität und den Lebensstandard des führenden kapitalistischen Landes hinter sich ließ[70]. Parallel dazu sollte die DDR, die sich nach einer Krise relativ stabilisiert hatte[71], den innerdeutschen Konkurrenzkampf bestehen. Das hohe Wachstum, das die Wirtschaftsplaner in Ostdeutschland erwarteten[72] und das Hilfen der UdSSR weiter verstärken sollten[73], schien die nötigen Voraussetzungen zu bieten. Die Frage, wie bislang noch bestehende Entwicklungshemmnisse zu beseitigen seien, gab Ulbricht die Möglichkeit, die Frage der „offenen Grenze“ erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Überdies erschienen die Stabilität und das Gedeihen der DDR in Moskau umso wichtiger, je weniger der Westen auf die sowjetischen Forderungen und Wünsche einging[74].

Die Bereitschaft Chruschtschows, sich im innerparteilichen Machtkampf der SED schließlich für Ulbricht statt für dessen zunächst bevorzugte Opponenten Schirdewan und Wollweber zu entscheiden, dürfte damit zusammenhängen, dass dessen harter Kurs gegenüber dem Westen der sich abzeichnenden Konfliktsituation am besten entsprach. Die Ablösung des Ulbricht-kritischen Botschafters Puschkin, dessen Urteil im Kreml Gewicht hatte, durch Michail Perwuchin, der nach seiner Entfernung aus der Parteiführung Mitte 1957 kein politisches Gewicht mehr besaß, verstärkte die Position des ostdeutschen Parteichefs zusätzlich. Seinem Einfluss in Moskau kam auch die wachsende Einsicht der sowjetischen Führung zugute, dass die östlichen Wiedervereinigungsparolen ihre Wirkung in der Öffentlichkeit verloren hatten und vor allem in der DDR auf Ablehnung stießen. Seine Warnungen vor den Einwirkungen des auswärtigen „Klassenfeinds“ fanden zunehmend Gehör, namentlich auch der Hinweis auf die von West-Berlin ausge-

[69] Rede Chruščëvs auf der IX. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig, 7.3.1959, in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 2. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 1053–1068 (russ.), 1068–1086 (dt. Übers.) [Zitate auf S. 1061 f./1078].

[70] R.A. Pichoja, Moskva, Kreml', Vlast'. Sorok let posle vojny, 1945–1985, Moskau 2007, S. 349.

[71] Lemke, Einheit oder Sozialismus? (Anm. 47), S. 415.

[72] S. Skačkov an das ZK der KPdSU (mit Anlage), 22.1.1959, RGANI, f. 5, op. 49, d. 176 (rolik 8906), Bl. 96–116; S. Skačkov an V.V. Kuznecov (mit Anlagen), 4.6.1959, ebenda, Bl. 148–172. Vgl. Lemke, Einheit oder Sozialismus? (Anm. 47), S. 415.

[73] Entwurf eines Schreibens an einen ungenannten Adressaten, o.D. [1959 oder 1. Halbjahr 1960], SAPMO-BArch, DY 30/3707, Bl. 30–32; Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 51; Lemke, Einheit oder Sozialismus? (Anm. 48), S. 416 f.; Sowart, Planwirtschaft (Anm. 45), S. 173–176.

[74] I. Turaginov an A.A. Gromyko, 16.1.1958, AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 13, Bl. 25–27; Soobraženija posolstva SSSR v FRG po voprosu o zaključenija mirnogo dogovora s Germaniej, 11.4.1985, AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 13, Bl. 116–120; N. Patoličev an das ZK der KPdSU, 13.8.1958, AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 18, d. 14, Bl. 28 f.

henden subversiven Einflüsse und die von dort angeheizte antisozialistische Stimmung. Als „Schaufenster des Westens" lasse die Stadt die Menschen glauben, dass sie ein besseres Leben bekommen könnten als im Osten. Es entstehe die Gefahr, dass die DDR ihren Auftrag nicht mehr erfüllen könne, Ausgangsbasis der staatlichen Einheit Deutschlands zu sein[75].

Zugleich stand das SED-Regime wegen der starken Abwanderung in den Westen zunehmend unter Rechtfertigungsdruck und ersuchte in Moskau um die Genehmigung von Maßnahmen zur Eindämmung des Exodus. Es sei von entscheidender Bedeutung, den freien Verkehr mit West-Berlin zu stoppen. 50–60% der Flüchtlinge wählten den Weg dorthin, weil dafür keine behördliche Erlaubnis erforderlich sei. Zudem arbeiteten in der Stadt viele Leute aus dem ostdeutschen Umland, weil sie mit dem verdienten Westgeld zu Hause besser leben könnten als ihre Mitbürger[76]. Ergänzend wurde West-Berlin generell als Ausgangspunkt verderblicher Entwicklungen hingestellt, die der „Imperialismus" bewusst gegen die DDR in Gang setze. Als Kern des Übels brandmarkte die ostdeutsche Führung Anfang Februar 1958 das politische System der Westsektoren. Die ökonomischen Machtpositionen würden dort „von den gleichen monopolistischen Kräften beherrscht, die in der westdeutschen Wirtschaft tonangebend sind und die Politik der Adenauer-Regierung bestimmen". Angesichts der westlichen Weigerung, den Weg der „Entspannung" und „Verständigung" zu beschreiten, könne der bestehende Zustand „auf die Dauer nicht aufrechterhalten bleiben, weil er den Lebensinteressen der Bevölkerung widerspricht." Die „Zukunft Berlins" sei „untrennbar verbunden mit dem Kampf für Frieden, Demokratie und Fortschritt, mit dem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine aggressive Revanchepolitik". In der Stadt prallten „zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen hart und unmittelbar aufeinander". Das wirke sich negativ aus. Gegen alle Widerstände und Störungen müsse man die vom sozialistischen System gewährleistete „Perspektive von Wohlstand und Frieden" durchsetzen. Detaillierte Kritik an der „arbeiterfeindlichen" SPD in West-Berlin verband sich mit der Forderung nach Korrektur der von ihr aufrechterhaltenen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse[77].

Wachsendes Verständnis für die Wünsche Ulbrichts

Die SED-Führung meldete nach Moskau, es gebe in der Partei zwei Ansichten zum Berlin-Problem. Die eine halte es nur im Kontext einer künftigen Wiedervereinigung für lösbar, während die andere schon jetzt auf die allmähliche politische und wirtschaftliche Eingliederung West-Berlins hinarbeiten wolle, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es künftig zur Wiederherstellung der deutschen

[75] Vgl. die Äußerungen Chruščëvs gegenüber US-Unterstaatssekretär Harriman am 25.6.1959 lt. Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, 25.6.1959, in: FRUS (Anm. 32), 1958 – 1960, Vol. VIII: The Berlin Crisis 1958 – 1959, Department of State Publication 10038, Washington/DC 1993, S. 941, 943, sowie Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, 26.6.1959, ebenda, S. 951.

[76] Iz dnevnika Sovetnika Posol'stva SSR v GDR N.R. Šelecha, 6.2.1958. Zapis' besedy s Ministrom vnutrennych del GDR Maronom, 27.1.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 11–13.

[77] Die Lage in Westberlin und unsere Aufgaben. Anlage zum Arbeitsprotokoll der [SED-] Politbürositzung Nr. 6 vom 12.2.1958, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/613, Bl. 37–62.

Einheit im sozialistischen Sinne komme. Nach dieser Ansicht, die von der Parteispitze gebilligt wurde, sollte der Anspruch, Berlin als Ganzes sei die Hauptstadt der DDR, die Haltung zu den Westsektoren bestimmen. Diese dürften daher in keiner Weise zur Bundesrepublik gehören[78]. Daher erhob die DDR Einspruch, als Chruschtschow einmal eine Formulierung verwendete, welche die Bindungen West-Berlins an den westdeutschen Staat zu akzeptieren schien. Die UdSSR sah sich daraufhin zur Korrektur veranlasst[79].

Seit Herbst 1957 suchte das SED-Regime die Fluchtzahlen durch einen Genehmigungsstopp für Besuchsreisen in die Bundesrepublik zu reduzieren. Daraufhin nahm der Exodus über die Sektorengrenze in Berlin zu. Im Kreml war man beunruhigt. Seit Anfang 1958 tauschten Vertreter der UdSSR und DDR jeden Monat ihre Meinungen dazu aus. Vor allem der Weggang von dringend benötigten akademischen Fachkräften war nach beiderseitiger Einschätzung schwer zu verkraften. Sowjetische Diplomaten schickten besorgte Berichte nach Moskau. Botschafter Perwuchin meinte, die offene und weithin unkontrollierte Grenze in der Stadt lade die Bevölkerung zu Vergleichen ein, die „nicht immer" zum Vorteil des Ostens ausfielen[80].

Ulbricht beklagte, dass es nicht gelungen sei, einen Lebensstandard zu erreichen, der den kommunistisch regierten Staat „für die Arbeiterklasse und die Werktätigen anziehend" mache. Die „Friedenspolitik" reiche nicht aus; die DDR müsse zum „sozialistischen Schaufenster gegenüber dem Westen" werden. Die Adenauer-Regierung suche „mit Hilfe der Atomrüstung einen verstärkten Druck auszuüben, um die Eingliederung der DDR zu erreichen", und werde dabei nicht vor der „Provokation des Krieges" zurückschrecken. Es gelte daher, auch mit ökonomischen Mitteln den „politischen und wirtschaftlichen Druck der westdeutschen Staatsmacht" abzuwehren. Überwinde man den ärgerlichen materiellen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik, könne man die Bonner Propaganda mit Erfolg bekämpfen und politisch die Oberhand gewinnen. Im Blick auf den Systemwettstreit, bei dem es um Deutschland gehe, forderte der SED-Chef die UdSSR und die Volksdemokratien zu abgestimmten „Maßnahmen zur weiteren Entwicklung und Stärkung der DDR" auf. Sie sollten „in ihren Volkswirtschaftsplänen und durch eine gemeinsame Erklärung die Unterstützung der DDR bekunden"[81].

Im Mai 1958 begründete Ulbricht seinen Appell mit dem Ziel, „die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland sichtbar zum Ausdruck zu bringen", und machte geltend, es sei „[i]n Auseinandersetzung mit der Atomaufrüstung in Westdeutschland gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Atomrüstung und für Schaffung einer atomfreien Zone in Europa zu gewinnen". Zugleich brachte er gegenüber den „Bruderpar-

[78] Gespräch O.P. Seljaninov – P. Florin, 12.5.1958, RGANI, f.5, op.49, d.81, Bl.70–74.
[79] Gespräch V. Semënov – Botschafter König, 4.4.1958. AVPRF, f.0742, op.3, p.17, d.2, Bl.11; Gespräch V. Semënov – Botschafter König, 15.4.1958, AVPRF, f.0742, op.3, p.17, d.2, Bl.12.
[80] Hope M. Harrison, Driving the Soviets Up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton/NJ – Oxford 2003, S.99.
[81] Walter Ulbricht, An die Leiter der Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der ökonomischen Beratung in Moskau, 20.5.1958, SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl.89–111 (Zitate auf Bl.89f.). Als identische Einschätzung der Bonner Politik vgl. Politischer Brief [der DDR-Botschaft in Moskau], 1/1958, 20.1.1958, PA – MfAA, A 148 Bd.6, Bl.298.

teien“ seinen Anspruch zum Ausdruck, „dass Westberlin zum Einflussgebiet der Deutschen Demokratischen Republik gehört“. Daher sollten die sozialistischen Staaten ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu der Stadt „nicht [mehr] über Bonn abwickeln, sondern direkt mit den Westberliner Wirtschaftsorganen die nötigen Vereinbarungen treffen“, nachdem sie zuvor darüber „eine Abstimmung mit den zuständigen Organen der DDR herbeigeführt“ hätten[82].

Noch deutlicher trat die Absicht der ostdeutschen Führung, West-Berlin unter ihre Kontrolle zu bringen, auf dem V. Parteitag der SED zutage. Ulbricht erklärte am 10. Juli 1958, der Arbeiter-und-Bauern-Staat DDR werde durch die westliche Wühltätigkeit „im Interesse der Verteidigung ihrer Errungenschaften gezwungen, gewisse Maßnahmen zur Neutralisierung der von Westberlin ausgehenden feindlichen Tätigkeit zu treffen.“ Die „Folgen des Besatzungsregimes in Westberlin und der Weiterführung der Frontstadtpolitik“ seien zu beenden; die Situation müsse „unbedingt normalisiert werden“[83]. Die Rede war wie üblich vorher in Moskau vorgelegt worden und hatte dort keine Einwände hervorgerufen. Als Chruschtschow anschließend sprach, vermied er zwar Äußerungen zur Berlin-Frage, gab aber generell zu erkennen, dass er auch die politisch-moralischen Aspekte des Vorgehens zu berücksichtigen gedachte und daher nicht nur auf Nötigung und Zwang setzen wollte[84].

Im Kreml zweifelten viele daran, dass die Probleme der SED-Führung in erster Linie auf Einwirkungen des Westens zuzuschreiben seien, doch Chruschtschow ließ sich von Ulbrichts Darstellung beeinflussen, denn aufgrund seiner Prämisse, dass der Sozialismus nur positive Wirkungen hervorbringe, konnte er sich nicht vorstellen, dass die ökonomische Misere der DDR in ihrem System und Regime wurzelten. Die Schwierigkeiten waren demnach auf auswärtige Einflüsse zurückzuführen. Die These des SED-Chefs, der Westen sabotiere das normale Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft durch gezielte Verbreitung von Unzufriedenheit und Fluchtwillen, erschien ihm umso plausibler, je mehr die Probleme zunahmen[85]. Schon im Mai hielt er – im Gegensatz zu früher – die „offene Grenze“ zur kapitalistischen Welt für eine besondere Erschwernis der ostdeutschen Lage. Da er dem materiellen Gedeihen des SED-Staates eine allgemeine, weit über diesen hinausweisende Bedeutung als Schaufenster des Sozialismus insgesamt beimaß, sollte er so wie vermeintlich dieser insgesamt „mit Siebenmeilenstiefeln“ voranschreiten und in der Pro-Kopf-Erzeugung bald die am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder nicht nur erreichen, sondern sogar überholen. Darin sei die DDR auf jede Weise zu unterstützen, selbst wenn man in der UdSSR den Gürtel zeitweilig etwas enger schnallen müsse[86].

[82] Rede des Genossen Ulbricht zum Tagesordnungspunkt 4 der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 20. bis 23.5.1958 [am 21.5.1958 abends], SAPMO-BArch, DY 30/3474, Bl. 282.
[83] Auszug aus dem Referat Ulbrichts, 10.7.1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1397f.
[84] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 261.
[85] Ebenda, S. 261f.
[86] Ausführungen Chruščëvs auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 21.5.1958, RGANI, f. 52, op. 1, d. 443, Bl. 146–160.

Dazu kam die Sorge wegen des anschwellenden Exodus aus der DDR. Anfang August sandte Ulbricht eine Dokumentation nach Moskau, die der „subversive[n] Tätigkeit der USA und der anderen Westmächte gegen die DDR und einige [weitere] Staaten des sozialistischen Lagers" die Schuld daran gab. Den Amerikanern und ihren Verbündeten wurden grobe Rechtsverletzungen und eine systematische Politik der indirekten Aggression vorgeworfen, die darauf abziele, die innere Ordnung der DDR gewaltsam zu beseitigen und einen Krieg vorzubereiten. Neben Westdeutschland sei vor allem West-Berlin das Zentrum der feindlichen Tätigkeit. Der Stadt komme auch wegen ihrer Spionageorganisationen, Radiosender und Propagandainstitutionen besondere Bedeutung zu[87]. Auch der Leiter der Abteilung für die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern im ZK der KPdSU, Jurij Andropow, stellte eine kritische Lage fest. In einer Ausarbeitung vom 28. August hieß es, die Motive der Flüchtlinge seien weniger wirtschaftlicher als politischer Art. Es gäre vor allem unter den Intellektuellen, die das Land benötige, und den SED-Funktionären fehle das Gespür dafür, wie man mit ihnen umzugehen habe. Ulbricht müsse mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass die Situation nicht so bleiben könne[88].

Im Unterschied zu den sowjetischen Urhebern des „Neuen Kurses" im Frühjahr 1953 fasste Chruschtschow keine Lockerung der Repressionspolitik ins Auge. Die Überzeugung, dass Schritte zum Sozialismus nur Gutes, mithin keinen Schaden bewirken könnten, ließ ihn genau so wie Ulbricht den Grund für die Misere in Einflussnahmen des Westens suchen, die durch die offene Sektorengrenze ermöglicht wurden. Es lag nahe, daraus den Schluss zu ziehen, dem müsse künftig durch deren Schließung ein Riegel vorgeschoben werden. Chruschtschow sah darin keine Abkehr von seiner Leitvorstellung des friedlichen Wettbewerbs der Systeme mehr, denn Maßnahmen zur Beseitigung der feindlichen Einwirkung bezweckten, Störungen auszuschalten und so die Wettbewerbsfähigkeit der DDR wiederherzustellen. Zuletzt erschien ihm West-Berlin als „Knochen im Hals", den man loswerden müsse[89]. Die Stadt war missliebig auch deswegen, weil die dort noch möglichen Begegnungen unter den Deutschen auf beiden Seiten das Bewusstsein der Gemeinsamkeit und die Hoffnung auf staatliche Vereinigung wach hielten. Wie Chruschtschow wusste, richtete sich diese Stimmung gegen das SED-Regime und stärkte damit den Westen[90].

Vladislav Zubok hat darauf hingewiesen, dass der Kremlchef auch innenpolitische Motive hatte, sich gegen West-Berlin zu wenden[91]. In sowjetischen Führungskreisen stieß auf Kritik, dass er ohne Zustimmung des Parteipräsidiums seine Neulandkampagne eingeleitet und eine rasche Erhöhung des Lebensstandards angekündigt hatte. Nach Einschätzung der Experten waren dadurch außerordentlich hohe Erwartungen geweckt worden, die aufgrund der bislang erzielten und dem-

[87] M. Pervuchin an V. Zorin, 8. 8. 1958, AVPRF, f. 0742, op. 3, p. 5, d. 7, Bl. 30–40.
[88] Oleg Grinevskij, Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, S. 36; Harrison, Driving the Soviets Up the Wall (Anm. 80), S. 99f.
[89] Oleg Grinevskij, Tysjača odin den' (Anm. 25), S. 18.
[90] Oleg Grinevskij, Berlinskij krizis 1958–59 gg. Zapiski diplomata, in: Zvezda, 2/1996, S. 136.
[91] Vladislav Zubok, A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007, S. 132.

nächst absehbaren materiellen Ergebnisse nicht gerechtfertigt waren. Vor allem das Versprechen, die USA bis 1970 zu überholen, würde sich nicht entfernt einhalten lassen und erschien damit politisch unklug[92]. Chruschtschow ließ sich in seiner Zuversicht nicht beirren[93], dürfte es aber für zweckmäßig erachtet haben, seine innenpolitische Position durch überzeugendes außenpolitisches Handeln zu stärken. Der wirtschaftliche Erfolg der DDR sollte durch Beseitigung der vermeintlichen Hindernisse gewährleistet werden. Zugleich schien eine Demonstration der sowjetischen Macht geeignet, die Autorität des Parteichefs in Moskau zu erhöhen. Vor allem aufgrund des Sputnik-Starts vom Herbst 1957, welcher der UdSSR den Ruf militärischer Überlegenheit eingetragen hatte, glaubte sich Chruschtschow stark genug, die Westmächte herausfordern zu können. Sie würden es nicht wagen, einen Krieg zu riskieren. Darum, so kalkulierte er, wären sie außerstande, ihren verwundbaren Außenposten West-Berlin zu halten[94].

Chruschtschows Einschätzung, mit der Gefahr eines militärischen Konflikts nicht ernstlich rechnen zu müssen, gründete auch darauf, dass Eisenhower 1955 in Genf geäußert hatte, der Krieg sei im nuklearen Zeitalter sinnlos. Das lasse, so vermutete er, auf Kriegsfurcht und Eingeschüchtertheit schließen. Zudem war er – zu Unrecht – davon überzeugt, dass seine Kernwaffendrohung die USA in der Suez-Krise 1956 dazu veranlasst habe, die Briten und Franzosen zum Rückzug aus der Kanalzone zu nötigen[95]. Weiterhin führte er den Verlauf der Irak-Krise im Sommer und Herbst 1958, der seinen Wünschen entsprochen hatte, auf den Respekt der Westmächte vor der Stärke der UdSSR zurück[96]. Schließlich wertete er die Warnung des amerikanischen Außenministers vor „operativen Schritten" gegen West-Berlin, falls sein Land zwecks Verteidigung der zu Taiwan gehörenden Inseln Quemoy und Matsu zu Gewalt greifen müsse, als Ausdruck der Angst um die verwundbare Position in der Stadt, und hielt es für unproblematisch, „Dulles in Berlin zu zeigen, was eine Harke ist"[97]. Obwohl Chruschtschow wusste, dass die Sowjetunion nicht stark genug war, es auf einen Krieg mit den USA ankommen zu lassen, ignorierte er den Hinweis eines kompetenten Repräsentanten vor Ort, dass zwar die Briten und Franzosen, nicht aber die Amerikaner ohne bewaffnete Gegenwehr aus West-Berlin weichen würden[98]. Er glaubte, sein Ziel durch Bluffen erreichen zu können[99].

[92] Aleksandr Fursenko / Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006, S. 145f.
[93] Ebenda, S. 145, 150–152.
[94] Auf diesem Kalkül beruhte das sowjetische Ultimatum vom 27. 11. 1958.
[95] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 264; William Taubman, Khrushchev. The Man and his Era, New York – London 2003, S. 352f., 359f.; Sergej Chruschtschow, Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater, Klitzschen 2003, S. 265 f; Vladislav Zubok / Constantine Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/MA – London 1996, S. 190f.; Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 137, 185.
[96] Zubok / Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War (Anm. 96), S. 181–184.
[97] G.M. Kornienko, Cholodnaja vojna. Svidetel'stvo ego učastnika, Moskau 1995, S. 60f. (unter Berufung auf eine interne Darstellung von G.M. Puškin, damals Leiter der Informationsabteilung des ZK der KPdSU, über die Reaktion Chruščëvs, als er diesem Dulles' Warnung mitteilte).
[98] Orlov, Tajnaja bitva sverchderžav (Anm. 38), S. 415.
[99] Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 184.

Chruschtschows Richtungsentscheidung

Wie es scheint, gab eine Entschließung des Bundestages den ersten Anstoß zum Bemühen um Änderung der bestehenden Lage. Das Bonner Parlament richtete am 2. Juli 1958 einen Appell an die Vier Mächte, eine Kommission zu bilden, die gemeinsame Vorschläge zur Herstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage freier Wahlen unter Aufsicht der UNO ausarbeiten solle[100]. Chruschtschow war wütend. Ständig wiederhole die andere Seite die alte Leier und präsentiere dieselbe Forderung. Ihn ärgerte, dass die Öffentlichkeit stets positiv reagierte und die UdSSR als Widersacher der Vereinigung dastand. Diese Stärkung der westdeutschen Position wollte er nicht länger hinnehmen. Es sei an der Zeit, dem Westen einen kräftigen Tritt zu versetzen und die Sache in eine andere Bahn zu lenken. Wie ein in Kreml-Interna eingeweihter sowjetischer Diplomat glaubt, ging es auf diesen Anstoß zurück, dass das Außenministerium, der ZK-Apparat und das Verteidigungsministerium zu Stellungnahmen veranlasst wurden, aufgrund deren das Parteipräsidium am 15. August den Beschluss fasste, mit dem Vorschlag einer vierseitigen Kommission zu kontern, die statt der deutschen Einheit den Abschluss des schon länger geforderten Friedensvertrags erörtere[101].

Chruschtschow war zudem frustriert, weil es immer zweifelhafter erschien, dass sich die USA auf die Anfang des Jahres gewünschte Gipfelkonferenz einlassen würden. Auf diese Weise blieb ihm nicht nur eine Forcierung seiner Politik, sondern auch eine Bühne für geliebte öffentliche Auftritte versagt. Zugleich fühlte er sich missachtet. Es beleidige die UdSSR, dass, wie er argwöhnte, der amerikanische Präsident es nicht für nötig halte, sich mit dem Vertreter der Sowjetmacht an einen Tisch zu setzen und von gleich zu gleich zu verhandeln[102]. Sein Missfallen kam in einem politischen Temperatursturz zum Ausdruck. Wie Botschafter Kroll berichtete, war die Atmosphäre in Moskau auch für die Bundesrepublik „merklich kühler geworden". Der Stellvertretende Außenminister Sorin habe ihm am 6. August erklärt, die Regierung der UdSSR könne „sich nicht mit freundlichen Worten begnügen", sondern müsse von Bonn „entsprechende Taten erwarten". Er habe der Bundesregierung atomare Aufrüstung vorgeworfen, alle Argumente zur Entkräftung der Anschuldigung ignoriert und „mit großem Ernst" betont, „dass die sowjetische Führung dieser Angelegenheit große Bedeutung beimesse und der Ansicht sei, dass in diesem Punkte zwischen Worten und Taten Diskrepanz bestehe." Die westdeutsche Seite habe die „ihr verschiedentlich gebotenen Möglichkeiten" nicht genutzt, den mitteleuropäischen Raum atomwaffenfrei zu halten Am nächsten Tag brachte die Regierungszeitung „Iswestija" einen Artikel mit heftigen Angriffen.[103].

100 Text: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 2. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1234–1242.

101 Grinevskij, Tauwetter (Anm. 87), S. 37. Zu Chruščëvs Ärger über die Zustimmung zur Forderung nach Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen siehe auch Merkblatt, o. D. [Sommer 1958], PA – MfAA, A–17339a, Bl. 83f.

102 Vgl. sowjetische Einschätzung der amerikanischen Haltung (dt. Übers. und russ. Original), 5. 6. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3475, Bl. 39–49.

103 Fernschreiben Krolls an das Auswärtige Amt, 7. 8. 1958, PA – AA, B 12, Bd. 468, o. Bl. (2 S.). Vgl. Kühlem, Hans Kroll (Anm. 67), S. 296–298. Im Juni hatte es in Moskau während einer Welle von Protestaktionen gegen die westlichen Vertretungen auch Demonstrationen vor der westdeutschen Botschaft gegeben, die nicht nur, wie Kroll nach Hause berichtete, eindeutig „planmäßig vorbereitet und gesteuert" waren, sondern sich auch mit Ausschreitungen über das sonst übliche Maß hinaus verbanden (ebenda, S. 289–291).

Nach dem Urteil von Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali, denen sonst nicht zugängliche sowjetische Dokumente zur Verfügung standen, gab jedoch nicht der Ärger über die Bonner Haltung, sondern die akute Misere des SED-Regimes den letzten Anstoß zum Vorgehen gegen West-Berlin[104]. Chruschtschow teilte seinen Entschluss Ulbricht mit, nachdem dieser am 3. August – augenscheinlich aufgrund einer persönlichen Einladung[105] – zu einem fünfwöchigen Erholungsaufenthalt in die UdSSR gereist war. Das Gespräch fand vermutlich vor dem 13. August statt, dem Tag, an dem die sowjetische Regierung die Initiative in der Deutschland-Politik ergriff. Der Stellvertretende Außenminister Nikolaj Patolitschew schickte der DDR einen Entwurf des Inhalts, dass sie das Bonner Angebot der Bildung einer Vier-Mächte-Kommission zur Lösung der deutschen Frage zurückweisen solle. Stattdessen seien Beratungen über einen Friedensvertrag zu fordern[106]. Am 15. August fasste das ZK-Präsidium den Beschluss, der Regierung in Ost-Berlin eine entsprechende Note zu „empfehlen"[107]. Nach einer dem SED-Sekretär Hermann Axen gegebenen Auskunft ging es darum, die „Manöver" Adenauers in der Frage der nationalen Einheit zu erschweren und der Bevölkerung den östlichen Standpunkt dazu verständlich zu machen[108].

Chruschtschow erklärte Ulbricht: „Walter, versteh doch eins: Bei offenen Grenzen können wir den Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht bestehen." Der Angesprochene stimmte gerne zu[109]. Es war klar, dass die ins Auge gefasste Schließung der DDR-Grenze Maßnahmen in Berlin erforderte. Beide waren sich darüber einig, dass vorbereitende Schritte nötig seien[110]. Einzelheiten wurden nicht verabredet[111]. Der Kremlchef glaubte, wie er später zum Ausdruck brachte, die angestrebte „Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin" werde vom deutschen Volk als Befreiung von fremder Okkupation begrüßt werden[112]. Wie Valentin Falin in der deutschen Fassung seiner Memoiren ausführt, wollte Chruschtschow zum Schein die – für sachlich nutzlos erachtete – Diskussion mit dem Westen über die Vereinigungsfrage fortsetzen, um dessen Aufmerksamkeit abzulenken, während er als „Beil unter der Bank" die Aktion gegen West-Berlin vorbereitete[113].

Die der DDR-Regierung empfohlene Note sollte dem Westen offensichtlich den Eindruck vermitteln, die östliche Seite wolle ihre Ziele nach wie vor durch

104 Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 189–191.
105 Nach Rückkehr richtete Ulbricht am 8. 9. 1958 ein persönliches Handschreiben in russischer Sprache an Chruščëv, in dem er sich für die „bemerkenswerte Erholung in Ihrem wunderschönen Land" bedankte und die „Gespräche mit den sowjetischen Genossen" und den „Besuch der Heldenstadt Stalingrad" als Höhepunkte hervorhob, die ihm „neue Kraft für die weitere Arbeit" gäben (RGANI, f. 5, op. 30, d. 269, Bl. 222).
106 Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose" (Anm. 48), S 9.
107 V. Kuznecov an ZK der KPdSU, 12. 9. 1958, AVPRF, f. 0742, op. 3, p. 21, d. 33, Bl. 1.
108 Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose" (Anm. 48), S 9f.
109 Sergej Guk, Pri otkrytych granicach my ne smožem tjagat'sja s kapitalizmom [Interview-Aussage von Viktor N. Beleckij, der das Gespräch dolmetschte], in: Izvestija, 29. 9. 1992.
110 Vladislav M. Zubok, Khrushchev's Motives and Soviet Diplomacy in the Berlin Crisis 1958 – 1962, Arbeitspapier für die internationale wissenschaftliche Konferenz „The Soviet Union, Germany, and the Cold War, 1945–1962", Essen und Potsdam, 28. 6.–3. 7. 1994, S. 7.
111 Grinevskij, Berlinskij krizis (Anm. 90), S. 136.
112 Rede Chruščëvs im Kreml, 19. 6. 1958, in: Pravda, 20. 6. 1959.
113 Valentin Falin, Politische Erinnerungen, München 1993, S. 335. In der russischen Fassung findet sich nur eine kurze Andeutung: Valentin M. Falin, Bez skidok na obstojatel'stva. Političeskie vospominanija, Moskau 1999, S. 78.

Verhandlungen ohne vorher festgelegtes Ergebnis erreichen. Gemäß den Vorgaben des Außenministeriums in Moskau, das den Text vor Absendung nochmals überprüfte[114], wandte sich Ost-Berlin am 4. September mit identischen, sogleich publizierten Noten an die Vier Mächte (einschließlich der UdSSR). In den gleichzeitigen Appellen an Regierung und Öffentlichkeit der Bundesrepublik wurden Beratungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland verlangt. Auch hieß es, dass in West-Berlin Veränderungen erforderlich seien. Die „Friedenskräfte" der Stadt – ausdrücklich waren damit die Anhänger der SED gemeint – müssten in die Lage versetzt werden, „überall ihre gerechte Sache zu vertreten." Es gelte, jene „friedliche und saubere Atmosphäre" zu schaffen, um die sich die Partei mit ihrem Kampf bemühe. Der Abschied von der „Frontstadt"-Rolle und die „Verwandlung ganz Berlins in eine Stadt des Friedens" seien unabdingbar[115].

Die sowjetische Seite bemühte sich in Bonn um Wohlwollen für das Friedenvertragsprojekt. Botschafter Smirnow übergab Adenauer Mitte Oktober ein Memorandum, das, verbunden mit den üblichen Vorwürfen, für eine Verbesserung der Beziehungen plädierte. Man strebe, wie bereits mehrfach erklärt, „keineswegs eine Verschlechterung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den ihr befreundeten Staaten" an, wenn man für gutnachbarliche Beziehungen zu ihr eintrete. Der Entschluss, dies in einer Denkschrift zu äußern, wurde damit begründet, dass Kroll den westdeutschen Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zum Ausdruck gebracht habe[116].

Stellungnahmen und Beratungen zum geplanten Vorgehen

Chruschtschow veranlasste das Außenministerium zur Bildung eines Ausschusses, der das Vorgehen gegen West-Berlin planen sollte. Als die vorgesehenen Mitglieder einwandten, das zu erörternde Vorhaben verspreche keinen Erfolg, sondern eine kriegsträchtige Krise, löste er das Gremium kurzerhand auf[117] und verzichtete fortan auf jede Hilfe der Diplomaten. Die zuständige Abteilung des Außenressorts befasste sich zwar weiter mit dem Problem, wurde aber ignoriert. Als sie nach ausführlichen Beratungen dem Parteipräsidium am 6. November einen Entwurf vorlegte, der den Westmächten die Präsenz in der Stadt weiter zugestand, eine sowjetische Beteiligung an der Kontrolle über die Westsektoren sowie die Abhaltung einer Friedensvertragskonferenz zur Besiegelung der Zweistaatlichkeit Deutschlands forderte, war Chruschtschow nicht zur Diskussion dieser Vorschläge bereit. Er hatte sich inzwischen auf sehr viel weitergehende Ziele fest-

[114] Aktenvermerk über Gespräch zwischen dem stellv. Außenminister Winzer und Botschaftssekretär Astavin (bei Übergabe der Notenentwürfe), 27. 8. 1958, PA – MfAA, A 133, Bl. 223–225; Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose" (Anm. 48), S. 9; Harrison, The bargaining power (Anm. 47), S. 152–154 [Wiedergabe von Quellen über die Vorbereitung der Noten während der zweiten Augusthälfte].

[115] Note der Regierung der DDR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA, 4. 9. 1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1446–1448; Note der Regierung der DDR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 4. 9. 1958, ebenda, S. 1448–1450; Erklärung der Regierung der DDR, 4. 9. 1958, ebenda, S. 1541–1545.

[116] Kühlem, Hans Kroll (Anm. 67), S. 305f.

[117] Falin, Bez skidok na obstojatel'stva (Anm. 113), S. 79f.

gelegt, ohne sich darüber mit leitenden Funktionären oder sachkundigen Experten beraten zu haben[118]. Seit dem Gespräch mit Ulbricht war er auf eine politische Offensive gegen West-Berlin eingestellt. Drängende Probleme im Innern hatten ihn jedoch längere Zeit an konkreten Überlegungen dazu gehindert.

In den Noten der DDR war der baldige Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland nur mit allgemein gehaltenen Formulierungen gefordert worden. Die vier Siegermächte sollten die außen- und sicherheitspolitischen Regelungen vorbereiten, während sich Vertreter der beiden deutschen Staaten in einer Kommission um einen gemeinsamen Standpunkt dazu bemühten. Auch der Hinweis auf notwendige Veränderungen in West-Berlin, den nur die Note an die Bundesrepublik enthielt, ließ die konkreten Absichten im Unklaren. Deutlich ausgesprochen wurde nur das Verlangen nach Beschränkung der westdeutschen Rüstung, vor allem nach Verzicht auf jede Form der Teilhabe an nuklearen Waffen. Der Friedensvertrag hänge eng zusammen „mit den Vorschlägen für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, einer Zone der verminderten Rüstung und mit dem schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus beiden deutschen Staaten und der Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte in allen europäischen Ländern“[119].

„Mit Hilfe eines Friedensvertrages“ solle „die [psychologische] Mauer beseitigt“ werden, die zwischen den Deutschen „durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO errichtet wurde und die jeden ersten Schritt zur friedlichen Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes verhindert“[120]. Mit einer Note vom 18. September 1958 unterstützte die Kremlführung die Vorschläge ausdrücklich und forderte Westmächte wie Bundesrepublik zur Annahme auf[121]. Dabei erweckte sie den Eindruck, sie habe es auf Verhandlungen abgesehen. Die außenpolitischen Kreise in Moskau

[118] Aktenvermerk v. Thun über Gespräch mit Žiljakov und Bykov im sowjetischen Außenministerium am 10.10.1958, PA – MfAA, A 149, Bl. 157f. Vgl. Lemke, Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille (Anm. 40), S. 211–213; Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 191–193; A.A. Fursenko, Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka, Moskau 2006, S. 323.

[119] Protokoll des Gesprächs N.S. Chruščëv – J.F. Kennedy in Wien, 3.6.1961 (ediert von Wilfriede Otto), in: Timmermann, 1961 – Mauerbau und Außenpolitik (Anm. 25), S. 372, 374. Eine auf dem russischen Originaltext beruhende Übersetzung des Protokolls in dem zusammen mit dieser Monographie erscheinenden Band 3 der Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, hg. von Gerhard Wettig in Zusammenarbeit mit Stefan Karner, Horst Möller, Michail Prosumenschtschikow, Peter Ruggenthaler, Barbara Stelzl-Marx, Natalja Tomilina, Aleksandr Tschubarjan, Matthias Uhl und Hermann Wentker im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin, des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz und der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch- russischen Beziehungen.

[120] Note der Regierung der DDR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA, 4.9.1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1446–1448; Note der Regierung der DDR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 4.9.1958, ebenda, S. 1448–1450; Erklärung der Regierung der DDR, 4.9.1958, ebenda, S. 1441–1445.

[121] Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR, 18.9.1958, ebenda, S. 1586–1588 (dt. Übersetzung); Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der Westmächte, 18.9.1958, ebenda, S. 1588–1590 (dt. Übersetzung); Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 18.9.1958, ebenda, S. 1582–1585 (russ. Originaltext und dt. Übersetzung).

gingen jedoch davon aus, dass es dazu nicht kommen werde, weil die festgelegten Positionen für die andere Seite von vornherein indiskutabel seien[122].

Chruschtschow hatte der SED-Führung zwar die diplomatische Initiative zugewiesen, gab ihr aber keinen Aufschluss über die Art des weiteren Vorgehens und die Absichten hinsichtlich West-Berlins. Ulbricht und Grotewohl sahen sich daher zu der Anfrage bei der sowjetischen Botschaft bewogen, was geschehen solle, wenn die zu erwartende ablehnende Antwort des Westens vorliege. Die Auskunft, die UdSSR werde sich zu einer weiteren Note veranlasst sehen, die grundlegende Prinzipien formuliere, ließ die Ausrichtung offen[123]. Das DDR-Außenministerium wollte die Festlegung, dass Berlin die „Hauptstadt der DDR" sei und nicht zur Bundesrepublik gehöre, zum Ausgangspunkt für die Abstimmung mit Moskau machen. Westdeutschland könne keine Zuständigkeit beanspruchen und seine Verträge nicht auf die Stadt ausdehnen. Der Vier-Mächte-Status bestehe nicht mehr; der Vertrag mit der Sowjetunion vom 20. September 1955 habe alle Reste des Besatzungsregimes beseitigt. Den drei westlichen Staaten wurde das Recht abgesprochen, über den Status West-Berlins zu entscheiden und der Bundesrepublik irgendwelche Kompetenzen zuzugestehen[124]. An anderer Stelle wurde den Westmächten wegen ihrer angeblichen „Maßnahmen zur Spaltung Deutschlands und Berlins" jedes Recht in der Stadt abgesprochen. Die Westsektoren seien „als rechtswidrig unter fremder Verwaltung stehend zu betrachten"[125].

Diesen maximalistischen Standpunkt wollte die SED-Führung im Kreml zur Geltung bringen. Wie sie dem sowjetischen Botschafter Anfang Oktober erklärte, galt es, auf der Basis einer Position der Stärke zu handeln. Man müsse endlich „mit Westdeutschland in einer anderen Sprache reden". Wie wenig Ulbricht und Grotewohl zu diesem Zeitpunkt über die Absichten Chruschtschows orientiert waren, zeigt ihre Anregung, man solle dem feindseligen Vorgehen Adenauers mit dem Vorschlag gesamtdeutscher Wahlen seine Wirkung nehmen. Der „chauvinistische Charakter" der Bonner Politik lasse sich „entlarven", wenn man erkläre, die Wahlen könnten stattfinden unter der Voraussetzung, dass die Bundesrepublik von ihren Beschlüssen über die Nuklearbewaffnung abrücke, die Stationierung amerikanischer Kernwaffen auf ihrem Territorium verbiete, die NATO verlasse und die westlichen Truppen zum Abzug veranlasse. Der Bundeskanzler werde diese Bedingungen zurückweisen. Eine Bewegung des Massenprotests und die Spaltung der SPD würden das Ergebnis sein[126].

Chruschtschow war zwar an einer Mobilisierung der Westdeutschen gegen die Bonner Regierung unter Parolen des Kampfes gegen ihre auf Nuklearbewaffnung und deutsche Einheit ausgerichtete Politik interessiert, wollte aber die Kampagne

[122] Falin, V.M.: Bez skidok na obstojatel'stva (Anm. 114), S. 79.
[123] Gespräch M.G. Pervuchin – W. Ulbricht / O. Grotewohl, 2.10.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 204 f.
[124] Stellungnahme zur amerikanischen Note vom 20. September 1958 über die Frage der völkerrechtlichen Vertretung Berlins durch die Bundesrepublik, o. D. [Ende Sept. 1958], PA-MfAA, LS-A 327, o. Bl.
[125] Zur Stellung und Praxis der Militärmissionen, o. D. [Ende Sept. 1958], PA-MfAA, LS-A 327, o. Bl. (auf Bl. 8 f des Dokuments).
[126] Gespräch M.G. Pervuchin – W. Ulbricht / O. Grotewohl, 2.10.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 199–205.

„Kampf dem Atomtod" nicht dadurch wiederbelebt sehen, dass die Parole gesamtdeutscher Wahlen ins Spiel kam. Ulbricht erkannte daraufhin sofort, woher der politische Wind wehte. Zwei Tage später sprach er sich – außer erneut für die „Entlarvung" von Adenauers „Aggressionsplänen" – dafür aus, die UdSSR solle durch eine Stellungnahme alle „Illusionen" bezüglich der Wiedervereinigung beseitigen[127]. Sein Schwenk fiel mit sowjetischen Vorbereitungen für „einen schärferen Kurs gegenüber Westdeutschland" zeitlich zusammen[128]. Ein erster Schritt dazu war der sowjetische Protest beim Generalsekretär der UNO gegen die Erklärung der Bundesregierung, sie werde die von ihr abgeschlossenen Konventionen und Verträge auf das „Land Berlin" (wie die Westsektoren in Bonn offiziell hießen) ausdehnen. Der Vertreter des Moskauer Außenministeriums, der den Botschafter der DDR darüber informierte, verband damit die Zusicherung, die UdSSR werde die amerikanische Note über die Einbeziehung der Stadt in die Unterzeichung der Satzung der Internationalen Atomenergiebehörde „sehr gründlich beantworten". Dabei wolle man die Berlin betreffenden Fragen insgesamt ansprechen. Dazu solle auch die DDR „möglichst bald" ihre Meinung äußern[129].

Einleitung des Vorgehens

Am 14. Oktober 1958 übergab Botschafter Smirnow Adenauer ein Memorandum, in dem es hieß, die Bundesregierung nutze entgegen ihrer Zusage die Möglichkeiten zur Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses nicht, sondern verstärke im Gegenteil den bestehenden Konflikt. Sie führe „einen ständigen Propagandakrieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten" und mache den weiteren Ausbau der Beziehungen von der Unterstützung des westdeutschen Versuchs abhängig, „sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik einzumischen"[130]. Mündlich lenkte Smirnow die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf die Atomrüstung, wandte sich mit besonderem Nachdruck gegen die Bonner Haltung zur DDR und sprach zum Schluss die Hoffnung aus, dass es zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiderseitigen Völkern komme. Er soll, wie es in Moskau hinterher hieß, auch angedeutet haben, das Vier-Mächte-Konzept, mithin unausgesprochen die Rechtsgrundlage der westlichen Berlin-Präsenz, könnte in Frage gestellt werden[131].

[127] Gespräch M.G. Pervuchin / A.A. Smirnov – Ulbricht, 5.10.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 207f.

[128] Aktenvermerk Rossmeisl über Gespräche mit leitenden Mitarbeitern des sowjetischen Außenministeriums am 7.10.1958, PA- MfAA, A 149, Bl. 178–182.

[129] Aktenvermerk v. Thun über Gespräch mit Žiljakov und Bykov im sowjetischen Außenministerium am 10.10.1958, PA – MfAA, A 149, Bl. 157f.

[130] Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 14.10.1958, in: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., 3, Frankfurt/Main 1969, S. 1790–1792 (russ. Originaltext), 1792–1795 (dt. Übers.).

[131] Adenauer, Erinnerungen (Anm. 63), S. 439–446; Streng vertrauliche sowjetische Aufzeichnung, o.D. [handschriftlich eingefügt: 20.10.1958], SAPMO-BArch, DY 30/3495, Bl. 13–15 (russ. Originaltext), 12f. (dt. Übers.); Aktenvermerk Botschafter König über Gespräch mit dem Stellv. Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Lun'kov, am 21.10.1958, PA – MfAA, A 149, Bl. 111–116.

Am gleichen Tag beschloss das Politbüro der SED nach vorangegangenen Fühlungnahmen mit dem sowjetischen ZK-Apparat, dass Berlin durch geeignete Maßnahmen zu einer „Stadt des Friedens" gemacht werden müsse[132]. Als der sowjetische Botschafter der ostdeutschen Führung am 20. Oktober das Memorandum an die Bundesregierung zur Kenntnis gab und sie über die begleitenden Ausführungen Smirnows unterrichtete, hielt Ulbricht die Kritik an der westdeutschen Nuklearbewaffnung für zu schwach. Es reiche nicht aus, nur von einer sich komplizierenden Lage in Europa zu sprechen. Er denke daran, zu der Frage im zentralen Parteiorgan „Neues Deutschland" Stellung zu nehmen. Perwuchin hielt das für überflüssig und erwiderte, die sowjetische Seite habe die geäußerte Auffassung bereits in vorherigen Erklärungen zum Ausdruck gebracht und bereite zudem gegenwärtig eine entsprechende Antwort vor[133].

In folgenden Kontakten mit der sowjetischen Seite wurde eine Erklärung des SED-Chefs vereinbart, bei dem dieser sich für grundlegende Veränderungen in Berlin aussprechen sollte[134]. Bevor Ulbricht damit an die Öffentlichkeit trat, legte er den Text in Moskau zur Begutachtung vor[135]. Nachdem man dort zugestimmt hatte, führte er am 27. Oktober aus, das westliche Besatzungsregime sei mit dem Völkerrecht unvereinbar. Die Westmächte hätten kein Recht auf Anwesenheit und Zugang. West-Berlin liege auf dem „Territorium der DDR". Der „Missbrauch" der Stadt für „Spionage und Sabotage gegen die DDR" müsse beendet werden. Es sei erforderlich, den „unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern" und „die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen"[136].

Damit wischte Ulbricht die Rechte der Westmächte vom Tisch und forderte eine neue Regelung, die den Spannungen ein Ende mache und dem „Fortschritt" diene. Diese Herausforderung weckte in den westlichen Hauptstädten kaum Besorgnis. Man meinte, der SED-Chef habe nur seine Ansichten geäußert, die von den Medien der DDR schon seit längerem propagiert worden waren. Chruschtschow wartete zunächst die Reaktion im Westen ab. Als sich dort wenig Widerspruch regte, sah er sich in seiner Einschätzung bestätigt, die USA und ihre Verbündeten würden sich für die Aufrechterhaltung der exponierten Position in Berlin nicht allzu sehr einsetzen. Ein ernster Kampf sei daher nicht zu erwarten. Das bestärkte ihn in der Absicht, die politische Offensive zu ergreifen. Um die anderen Führungsmitglieder auf die Aktion vorzubereiten, warf er den westlichen Regierungen vor, sie suchten „die BRD in die gegen die Sowjetunion gerichtete Hauptkraft zu verwandeln". Die „Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen" werde aktiv vorbereitet[137].

[132] Beschluss vom 14. 10. 1958 lt. Beate Ihme-Tuchel, Das „nördliche Dreieck". Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994, S. 240.
[133] Iz dnevnika M.G. Pervuchina 23 oktjabrja 1958 g. Zapis' besedy s tov. V. Ul'brichtom 20 oktjabrja 1958 g., RGANI, f. 5, op. 49, d. 82, Bl. 232.
[134] Harrison, The bargaining power (Anm. 47), S. 168f. (aufgrund von Akten aus dem AVPRF).
[135] O. Winzer an W. Ulbricht, 6. 11. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/3504, Bl. 62f.
[136] Text: dzd (Anm. 6), III. Reihe, Bd. 4, 3. Drittelbd., Frankfurt/Main 1969, S. 1831–1850.
[137] Fursenko, Rossija i meždunarodnye krizisy (Anm. 117), S. 231.

Chruschtschows eigenmächtiger Entschluss

Auf der Sitzung des Parteipräsidiums am 6. November präsentierte Chruschtschow seine „Überlegungen über Deutschland". Was sei vom Potsdamer Abkommen übrig geblieben? Der Westen habe stattdessen Deutschland in die NATO einbezogen und gebe ihm Atomwaffen. Nur die Berlin-Regelung bestehe weiter[138]. Wäre es nicht an der Zeit, auch von diesem Teil des Abkommens abzurücken? Die bevorstehende Freundschaftsveranstaltung mit Polen am 10. November sei für die Ankündigung geeignet, dass man den Zweiten Weltkrieg in aller Form beenden werde. Er wolle einen Friedensvertrag abschließen, welcher der DDR die Verantwortung für ihre Grenzen übertrage. Als Konsequenz hob er hervor, dass die USA künftig die Genehmigung der ostdeutschen Seite einholen müssten, wenn sie auf dem Land- oder Luftweg nach West-Berlin gelangen wollten. Fast alle stimmten zu, nur Mikojan wagte es, vorsichtig Bedenken zu äußern. Er fragte besorgt, wohin das führen würde. Müsse man denn jetzt darüber reden? Könne man nicht wenigstens bis nach den Wahlen in der Bundesrepublik[139] warten? Die UdSSR, so machte er weiter geltend, würde sich dem Vorwurf aussetzen, die Situation zu verschärfen. Es wurde kein Beschluss gefasst[140].

Damit schien die Sache vertagt. Ohne vom Parteipräsidium ermächtigt zu sein und ohne die Ausführungen wie üblich den anderen Führungsmitgliedern vorher zur Kenntnis zu geben, hielt Chruschtschow jedoch an seinem Vorhaben fest. Der polnische Parteichef Gomułka, auf dessen Empfang die Rede gehalten werden sollte, war entsetzt, als ihm der Text vorher zur Kenntnis gegeben wurde. Der Versuch, West-Berlin zu liquidieren, war nach seiner Ansicht überaus gefährlich. Die mündliche Erläuterung, die Aufhebung der westlichen Rechte werde nur der „Anfang des Kampfes" sein, verstärkte seine Sorge[141]. Chruschtschow räumte ein, der Angriff gegen den Status quo sei riskant. Der Kalte Krieg werde ebenso heftig werden wie während der Blockade 1948. Die Westmächte würden sich voraussichtlich weigern, die Kontrolle des Zugangs durch die DDR hinzunehmen. Dann werde aller Bahn- und Straßenverkehr aufhören, und es werde eine Art Blockade geben, doch habe man genügend Lebensmittel, um auch West-Berlin zu ernähren. Die Bevölkerung werde bedauerlicherweise in Mitleidenschaft gezogen werden. Einen Krieg erwarte er aber nicht. Der sei wegen der Kernwaffen unwahrscheinlich. Natürlich werde es Spannungen geben. Der Westen werde die Festigkeit der östlichen Seite testen. Da gelte es, kühles Blut zu

138 Auf der Potsdamer Konferenz vom 17.7. bis 2.8.1945 war von Berlin überhaupt keine Rede gewesen. Die Einteilung des besetzten Deutschlands in Besatzungsgebiete sowie des Sondergebiets Berlin in Sektoren wurde am 12.9., 14.11.1944 und 16.7.1945 in London von der Europäischen Beratungskommission der drei bzw. – im Jahr 1945 – vier Hauptsiegermächte festgelegt worden.

139 Am 23.11.1958 standen Landtagswahlen in Bayern und Hessen bevor; am 7.12.1958 waren Wahlen zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin angesetzt.

140 Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU (Auszug), 6.11.1958, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 22), S. 338 f; Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 93), S. 195f.

141 Douglas Selvage, Khrushchev's November 1958 Berlin Ultimatum: New Evidence from the Polish Archives, in: Cold War International History Bulletin, 11 (1998), S. 200–203.

bewahren. Die Situation West-Berlins sei unerträglich, denn die Stadt habe die Funktion einer Angriffsbasis[142].

Aufgrund dieser Einschätzung erklärte Chruschtschow beim Empfang der polnischen Delegation öffentlich, die Westmächte hätten die im Potsdamer Abkommen übernommene Pflicht zur Demokratisierung des besetzten Landes nicht erfüllt und könnten sich daher nicht auf die Berlin-Rechte berufen, die ihnen das Abkommen gewährt habe. Der westliche Teil der Stadt gehöre zwar zur Hauptstadt der DDR, bilde aber faktisch „eine Art Staat im Staate". Die Westmächte betrieben von dort aus eine „subversive Tätigkeit" gegen die DDR, die UdSSR und andere Länder. Der Berlin betreffende Teil des Abkommens müsse überprüft werden. Es gelte, die Überreste des Besatzungsregimes zu beseitigen, damit eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR entstehe. Deshalb wolle die Sowjetunion die Funktionen ihrer Organe auf die souveräne DDR übertragen. Falls die Westmächte an irgendwelchen Fragen interessiert seien, die Berlin beträfen, könnten sie ihre Beziehungen zur DDR vertraglich regeln. Die UdSSR werde dieser gegenüber die Bündnisverpflichtungen auf der Grundlage des Warschauer Vertrags strikt einhalten. Chruschtschow erläuterte, falls „irgendwelche aggressiven Kräfte" gegen die DDR vorgehen sollten, werde die Sowjetunion das als Angriff auf alle sozialistischen Staaten betrachten und entsprechend reagieren[143].

Vor Militärakademie-Absolventen betonte Chruschtschow die Entschlossenheit, die Revision des Berlin-Status gegen alle Widerstände durchzusetzen. Es gehe darum, den Westen vorzuführen, der nach wie vor seine Stellungen zu behaupten suche und sich gegenüber der Sowjetunion auf militärische Fähigkeiten stütze. Die „Vertreter der aggressivsten Kreise der imperialistischen Mächte" hielten weiter an ihrer „berüchtigten Politik ‚von der Position der Stärke aus'" fest. Erst kürzlich habe Dulles die Bereitschaft betont, „Streitkräfte einzusetzen, um West-Berlin in der Hand zu behalten". Zu diesem Versuch der Einschüchterung mit Drohungen wolle er, Chruschtschow, „mit aller Unbedingtheit (*kategoričnost'*) erklären", dass „Drohungen und Einschüchterungen" wirkungslos seien. Die UdSSR verfüge bekanntermaßen über Mittel, „mit denen man jeden Aggressor zur Vernunft bringen" könne. Wegen Berlin wolle man zwar nicht gegen den Westen kämpfen, sage aber, „dass die Aggressoren, falls sie die Sowjetunion [und] die sozialistischen Länder angreifen, eine vernichtende Abfuhr erhalten werden"[144]. Er hatte zwar keine Interkontinentalraketen, um die USA zu treffen, sah sich aber im Besitz der Fähigkeit, ihre europäischen Verbündeten total auszulöschen[145].

[142] Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 93), S. 199 (nach: Khrushchev's November 1958 Berlin Ultimatum: New Evidence from the Polish Archives. Introduction, Translation, and Annotation by Douglas Selvage, www.wilsoncenter.org, accessed February 20, 2006).

[143] Ansprache Chruščëvs zur Begrüßung der polnischen Parteiführung in Moskau, 10.11.1958, in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 3–13 (russ. Originaltext), 13–24 (dt. Übersetzung).

[144] Nekotorye voprosy meždunarodnogo položenija iz reči [Chruščëva] na priëme vypusknikov voennych akademij, 14.11.1958, RGANI, f. 5, op. 30, d. 427, Bl. 142f. Die Stellungnahme wurde wenig später in der „Pravda" veröffentlicht.

[145] Ansprache Chruščëvs zur Begrüßung der polnischen Parteiführung in Moskau, 10.11.1958, in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 3–13 (russ. Originaltext), 13–24 (dt. Übersetzung).

Chruschtschow ging davon aus, dass sich die bestehenden Konflikte zwischen den westlichen Staaten weiter verschärfen würden. In der Auseinandersetzung zwischen den Lagern des Kapitalismus und Sozialismus seien die Westdeutschen die „realste Kraft" (*sila*). Diese wollten, wenn man von den „militaristischen Kreisen" „im Fahrwasser der USA" absehe, keinen Krieg mehr führen, und auch die Militaristen seien sich dessen bewusst, dass bei einer bewaffneten Auseinandersetzung alle Stützpunkte von militärischer Bedeutung in wenigen Stunden zerschlagen würden. Kein sozialistisches Land habe Interesse an einem Krieg. Dieser werde, falls er vom Kapitalismus begonnen werde, mit dessen Vernichtung enden. Die übrige Menschheit werde zwar große Verluste erleiden, doch ihre Gesellschaft werde überleben und sich weiterentwickeln. Um eine Katastrophe abzuwenden, müssten sich die Westmächte um Verhandlungen bemühen. Zur Erzielung einer Übereinkunft hätten sie das Kräfteverhältnis anzuerkennen, das mittlerweile entstanden sei. Der Sozialismus stehe unerschütterlich wie Granit da. Eine Regelung der deutschen Frage nach westlichen Vorstellungen komme nicht in Frage[146].

Beginnende Auseinandersetzung mit dem Westen

Die UdSSR demonstrierte ihren Durchsetzungswillen an den Zugangswegen West-Berlins. Am 14. November hielten sowjetische Offiziere Fahrzeuge der amerikanischen Streitkräfte fest. Als deren Personal erwartungsgemäß die geforderte regelungswidrige Überprüfung der Ladungen verweigerte, ließen sie den Konvoi von ostdeutscher Polizei umstellen. Die politische Botschaft war klar: Nicht nur für den zivilen, sondern auch den militärischen Transit, auf den die Westmächte ihren Anspruch auf ungehinderten Zugang letztlich stützten, sei die DDR zuständig. Der Stadtkommandant der USA in Berlin reagierte entschlossen: Er protestierte nicht nur scharf bei seinem sowjetischen Kollegen, sondern versetzte auch eine Panzerkampfgruppe in Marsch. Daraufhin wurde die Durchfahrt freigegeben[147]. Die Bereitschaft zum Nachgeben dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass die Auslandsaufklärung der UdSSR zu dem Schluss gekommen war, bei Sperrung des Zugangs sei mit militärischen Schritten der Amerikaner zu rechnen. Diese würden sich aber voraussichtlich mit einer Veränderung des Status quo abfinden, wenn man zuvor die Kompetenzen „flexibel, ohne Schaden für das Prestige der USA" auf die DDR übertragen habe[148]. Demnach war es angebracht, mit der Kraftprobe bis zum Friedensvertrag zu warten.

Chruschtschows Erwartung, dass es die andere Seite nicht auf einen Krieg ankommen lassen würde, hätte sich fast sogleich zu Anfang als Fehleinschätzung

[146] Chruščëv im Gespräch mit dem amerikanischen UP-Korrespondenten Henry Shapiro, 14.11.1958, RGANI, f. 5, op. 30, d. 427, Bl. 62–65. Das Protokoll der Unterredung wurde wenig später in der „Pravda" veröffentlicht.

[147] Telegram From the Mission at Berlin to the Department of State, 16.11.1958, in: FRUS (Anm. 33), 1958–1960, Vol VIII: The Berlin Crisis, 1958–1959; Foreign Ministers Meeting, 1959, Department of State Publication 10039, Washington/DC 1993, S. 72–74; Telegram From Embassy in Germany to Department of State, 17.11.1958, ebenda, S. 75; Christian Bremen, Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961, [West-]Berlin – New York 1998, S. 75.

[148] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 264.

erwiesen. Die Eisenhower-Administration wollte nämlich zunächst mit der Ankündigung kontern, notfalls Waffengewalt anzuwenden, nahm aber dann davon Abstand, als europäische Verbündete, vor allem der britische Premierminister Macmillan, Einspruch erhoben. Sie wollte den Zusammenhalt der Allianz keinesfalls gefährden[149]. Die Westmächte reagierten daher nur mit Einsprüchen und Protesten. Chruschtschow sah seine Einschätzung ein weiteres Mal bestätigt, dass er mit seiner herausfordernden Berlin-Politik kein ernstliches Risiko eingehe.

Der Angriff auf die westlichen Rechte berührte auch die Bundesrepublik, die weniger die ihr in West-Berlin übertragenen Zuständigkeiten als die Freiheit der dortigen Bevölkerung bedroht sah. Daher wandte sich Botschafter Kroll am 11. November an den sowjetischen Außenminister und ersuchte um Aufklärung, wieso die UdSSR den Status quo in Frage stelle. Gromyko sah sich nicht in der Lage, eigene Erklärungen abzugeben, und bezeichnete darum Chruschtschows Aussage vom Vortag als „absolut klar". Darin sei eindeutig zum Ausdruck gekommen, wieso die Revision des Potsdamer Abkommens und des Berlin-Status auf der Tagesordnung stehe. Die Frage sei „herangereift" und beruhe auf „Notwendigkeit". Sie werde jetzt gestellt, weil „die Aktionen der Westmächte und der Regierung der BRD in der deutschen Frage" dies erforderten. Danach werde man verfahren[150].

Es ging wahrscheinlich auf Krolls unbeantwortet gebliebene Nachfrage zurück, dass Smirnow am 20. November Adenauer aufsuchte, um ihn über den sowjetischen Standpunkt zu unterrichten. Er verlas eine Erklärung in deutscher Sprache. Die in Chruschtschows Rede genannten Schritte zur Aufhebung des Besatzungsstatuts von Berlin seien nicht so zu verstehen, dass die UdSSR die Beziehungen zur Bundesrepublik verschlechtern wolle. Sie bemühe sich im Gegenteil um günstige Bedingungen für die Entwicklung des gegenseitigen Verhältnisses, denn der vorgesehene Schritt ziele darauf ab, einen künstlichen Spannungsherd in Deutschland zu beseitigen. Im Blick darauf werde gerade ein Dokument vorbereitet, das auch der Bundesregierung zugehen werde. Smirnow sei angewiesen, den Bundeskanzler schon jetzt zu informieren und ihm bestimmte Erwägungen mitzuteilen. Man hoffe, dass die Bundesregierung dazu mit allem Ernst Stellung nehme, die Lage nüchtern beurteile und davon ausgehe, dass die vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt würden. Da es der Zustimmung von anderer Seite nicht bedürfe, könnten die UdSSR und die DDR, die als souveräner Staat entsprechende Funktionen übernehmen werde, allein vorgehen. Die Westmächte hätten schon lange das Recht verloren, die in Berlin künstlich durch den Fortbestand des Besatzungsregimes aufrechterhaltene Situation zu nutzen, denn sie hätten das Potsdamer Abkommen grob verletzt hätten, statt es zu erfüllen. Wünsche man in Bonn, die Regierung der DDR über die eine oder andere Erwägung zu unterrichten, könne man dabei die Dienste der sowjetischen Seite in Anspruch nehmen.

149 William Burr, Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958 – January 1959, in: Diplomatic History, 1994, S. 177–205.

150 Ausführliche Textwiedergabe bei F.I. Novik, SSSR i načalo berlinskogo krizisa (unter Hinweis auf die Signatur des Dokuments AVPRF, f. 0757, op. 3, p. 17, d. 6, Bl. 70–72), in: B.M. Tupolev (Red.), Rossija i Germanija. Russland und Deutschland, hg. von der Russischen Akademie der Wissenschaften, Institut für allgemeine Geschichte, Bd. 3, Moskau 2004, S. 335–337.

Adenauer dankte für die Information und erklärte, er könne schon vor der näheren Prüfung des Textes sagen, die geplante Maßnahme würde eine Verschärfung der Lage zwischen der UdSSR und den Westmächten herbeiführen, was er im Blick auf Frieden und Entspannung sehr bedauere. Er hoffe auch jetzt noch auf Vereinbarungen bei den Abrüstungsgesprächen in Genf und meine, Chruschtschow solle alles unterlassen, was die Spannung erhöhen könnte. Die Entspannung müsse Vorrang vor allem anderen erhalten. Als Smirnow die sowjetische Position verteidigte und auf eine positive Stellungnahme des Bundeskanzlers drang, warnte dieser, die geplante Maßnahme werde bei der deutschen Bevölkerung eine „ausgesprochen harte Haltung" hervorrufen, und erklärte, falls das Besatzungsstatut aufgehoben würde, in dem man „einen gewissen Schutz" sehe, würde die Reaktion darauf ohne jeden Zweifel „äußerst bitter" sein. Zudem betrachteten die meisten Deutschen das DDR-Regime als in Widerspruch zur Menschenrechtscharta stehend. Die Lage sei dort anders als in der UdSSR, wo sich die Verhältnisse als Resultat eines historischen Prozesses entwickelt hätten. Er äußerte große Sorge, denn der beabsichtigte Schritt werde unvermeidlich eine Verschärfung der Weltlage und eine „sehr ernste Situation" zur Folge haben. Daraufhin erhob der sowjetische Botschafter schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung und die Westmächte. Das Gespräch endete damit, dass beide Seiten ihre gegensätzlichen Standpunkte bekräftigten und vereinbarten, der Öffentlichkeit nichts über den Inhalt des Gesprächs mitzuteilen[151].

Führungsinterner Streit um Chruschtschow

Mikojan hatte Chruschtschows eigenmächtige Stellungnahme vom 10. November mit großer Empörung zur Kenntnis genommen. Rückblickend sprach er von einer „flagranten Verletzung der Parteidisziplin"[152]. Auf der folgenden Sitzung des Parteipräsidiums wurde der sowjetische Parteichef mit einer unerwarteten Herausforderung konfrontiert: Gegen den KGB-Vorsitzenden Iwan Serow, dem er als treuestem und zuverlässigstem Gefolgsmann auch persönlich eng verbunden war[153], richtete sich eine Fronde, der er nachgeben musste: Er konnte nicht umhin, den angegriffenen Spitzenfunktionär abzulösen. Auch sah er sich heftiger Kritik ausgesetzt, weil er Bulganin wegen dessen Beteiligung an der „Anti-Partei-Gruppe" im Juni 1957 nicht nur aus der Führung entfernt, sondern auch zusätzlich gedemütigt hatte[154].

Wie Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali auf der Basis bruchstückhafter, folglich mit Ungewissheit behafteter interner Quellen ausführen, hatte Mikojan die vor allem wegen der Fälle Serow und Bulganin bestehende Unzufriedenheit

[151] Gespräch Adenauer – Smirnov, 20.11.1958, 10.15–11.25 Uhr, Archiv der StBAH, III/56, o. Bl. (11 S.). Mit den inhaltlichen Angaben stimmt überein, was Novik, SSSR i načalo berlinskogo krizisa (Anm. 150), S. 337–339, aufgrund des sowjetischen Protokolls berichtet. Der Besuch des Botschafters ging nicht auf die Beratungen des sowjetischen Parteipräsidiums am gleichen Tag zurück, denn er fand bereits am Vormittag – also früher – statt.

[152] Anastas Mikojan, Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem, Moskau 1990, S. 604f.

[153] Grinevskij, Tauwetter (Anm. 88), S. 77.

[154] Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU (Auszug), 20.11.1958, in: Fursenko, Archivy Kremlja (Anm. 22), S. 339f.

benutzt, um Chruschtschow klar zu machen, seine Macht habe Grenzen, die er auch im außenpolitischen Bereich zu respektieren habe. Vor diesem Hintergrund wurden in folgenden Beratungen zwei Korrekturen an der Berlin-Politik vorgenommen. Der Friedensvertrag und der damit verbundene Angriff auf die westlichen Rechte sollten nicht sofort, sondern erst nach Ablauf einer Verhandlungsfrist von sechs Monaten durchgesetzt werden. Nur wenn es bis dahin zu keine Übereinkunft zustande gekommen sei, würde die UdSSR den separaten Vertrag mit der DDR schließen[155]. Um den Westmächten die Räumung West-Berlins zu erleichtern, wurde weiterhin der Status einer Freien Stadt (wie ihn Danzig in der Zwischenkriegszeit gehabt hatte) ins Auge gefasst[156]. Möglicherweise kam der Gedanke nicht von den hinzugezogenen außenpolitischen Experten, sondern von Chruschtschow. Er war jedenfalls angetan von der Idee, die westliche Forderung nach einer Gewähr für die Freiheit der Bevölkerung durch den Vorschlag einer innenpolitischen Autonomie, welche die Beibehaltung des kapitalistischen Systems vorsah, als unbegründet abwehren zu können[157].

Wenn West-Berlin mithin nicht in die DDR eingegliedert wurde, war nach seiner Ansicht das entscheidende Argument entkräftet, mit dem die Westmächte ihre Präsenz begründeten. Auf diese Weise würde sich ihre Vertreibung leichter durchsetzen lassen. Etwaige sonstige Einwände könnten durch weitere vertragliche Garantien ausgeräumt werden. Fursenkos und Naftalis These, dass Chruschtschow dem Druck der Fronde wich, wird durch verschiedene Tatbestände gestützt. Er hatte zuvor ausdrücklich die – dem danach präsentierten Standpunkt nicht entsprechende – Forderung aufgestellt, „ohne Verzug an diese Sache [den Abschluss des Friedensvertrags] heranzugehen“[158]. Auch von der Freistadt-Regelung war bis zum 20. November noch keine Rede gewesen. Auch ist kaum anzunehmen, dass er Serow trotz dessen besonders blutbefleckter Vergangenheit entlassen hätte, wenn er nicht dazu gezwungen gewesen wäre[159].

[155] Der Gedanke, nicht sofort einseitig vorzugehen, sondern eine festegelegte Zeit für Verhandlungen mit den Westmächten vorzusehen, war möglicherweise schon vorher im Außenministerium aufgekommen, vgl. Grinevskij, Tauwetter (Anm. 87), S. 38.

[156] Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 202f., 204f.

[157] A.A. Aleksandrov-Agentov, Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A.A. Gromyko, pomoščnika L.I. Brežneva, Ju.V. Andropova, K.U. Černenko i M.S. Gorbačëva, Moskau 1994, S. 71, 103; Fursenko / Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 92), S. 208.

[158] Ansprache Chruščëvs zur Begrüßung der polnischen Parteiführung in Moskau, 10.11.1958, in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 8 (russ. Originaltext), 17 (dt. Übersetzung).

[159] Demgegenüber vermutet Grinevskij, Tauwetter (Anm. 87), S. 77f., Chruščëv habe sich aus freien Stücken Serovs entledigt, weil es für ihn „einfach unschicklich“ gewesen sei, „einen so blutbefleckten Menschen an seiner Seite zu haben“, und begründet dies damit, dass er auch in anderen Fällen langjährige Gefolgsleute entfernt habe, wenn es ihm zweckmäßig erschien. Das Argument erscheint nicht stichhaltig. Chruščëv hatte Serov 1954 in voller Kenntnis seiner Vergangenheit an die Spitze des neu formierten KGB berufen und 1956 bei der Abrechnung mit Stalins Verbrechen keinen Grund gesehen, seine Entscheidung zu ändern. Er verdankte es ganz wesentlich dessen unbedingter und nachdrücklicher Unterstützung in den innerparteilichen Machtkämpfen, dass er daraus als Sieger hervorging, und pflegte, wie auch Grinevskij auf S. 79 berichtet, die enge persönliche Freundschaft mit Serov auch nach dessen Entlassung weiter. Bei den sonstigen Entlassungen ging es stets um zumindest potenzielle Rivalen ging – ein Gesichtspunkt, der von vornherein bei dem öffentlichkeitsscheuen Serov nicht in Betracht kommt.

Chruschtschow ging davon aus, dass die Freistadt-Idee, die Ulbricht ganz und gar nicht recht war[160], seine Berlin-Forderung dem Westen, vor allem der Bundesrepublik, akzeptabel oder zumindest hinnehmbar erscheinen lassen würde. Damit verband er die Hoffnung, die Bundesrepublik auf seine Seite ziehen zu können. Gromyko, den er zusammen mit einigen Experten zu einer Beratung darüber gebeten hatte, schlug vor, die Bonner Regierung nochmals anzusprechen. Das wurde am nächsten Tag vom Parteipräsidium auf einer eigens einberufenen Sondersitzung gebilligt. Daraufhin suchte der Außenminister am 22. November den österreichischen Botschafter, Norbert Bischoff, auf und bat ihn, seinem westdeutschen Kollegen, Kroll, in strikter Vertraulichkeit eine Nachricht zu übermitteln. Die beiden Diplomaten waren Freunde, erhofften eine Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage von Demokratie und Neutralität und traten mit Nachdruck für eine Verständigung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik ein. Mit ihrer Hilfe, so war das Kalkül, könne man Adenauer, der stets sein Interesse an der Abrüstung betont hatte und sich mit der Durchführung des Nuklearbeschlusses vom März nicht beeilte, vielleicht noch umstimmen. Bischoff sollte Kroll nach den Gründen für die Bereitschaft zur Aufnahme amerikanischer Kernwaffen fragen und die westdeutsche Beziehungsblockade gegenüber der DDR ansprechen. Wie Gromyko versicherte, könnte „der Abschluss eines Friedensvertrages zur Lösung des ganzen deutschen Problems führen". Der Botschafter war zur Weiterleitung der Informationen bereit und versprach, den Vorgang nicht nach Hause zu berichten[161].

Bischoff vereinbarte ein Treffen mit Kroll noch am gleichen Tag und übergab ihm Gromykos Memorandum. Darin hieß es, die Bundesregierung solle unbedingt auf atomare Bewaffnung verzichten und Verhandlungen über einen Friedensvertrag einleiten. Dessen Abschluss würde die Voraussetzungen für eine Regelung des deutschen Problems insgesamt schaffen. Dazu solle der Weg einer allmählichen Entspannung und Annäherung im Verhältnis zwischen den deutschen Staaten beschritten werden. Die UdSSR sei bereit, als Vermittler Vorschläge an die DDR weiterzuleiten, und würde es begrüßen, wenn es zu einer diplomatischen Anerkennung der Volksdemokratien käme. Die sachliche Basis für eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sei gegeben. Wenn Bonn dazu Anregungen zu machen habe, solle sich Kroll direkt an Chruschtschow wenden. Die Vorschläge in der letzten Note seien jedoch unzureichend. Bischoff fügte mündlich hinzu, Gromyko habe nachdrücklich betont, dass jetzt vielleicht die letzte Gelegenheit zum Gespräch über die deutsche Frage bestehe. Sollte sie ungenutzt bleiben, könnte sich später herausstellen, dass sie endgültig verpasst worden sei. Falls Bonn ablehne, würde die DDR unwiderruflich in den östlichen Bereich eingegliedert werden, und der am 10. November angekündigte Druck auf Berlin würde sich verstärken.

Aller Enttäuschungen in den vergangenen Jahren ungeachtet, hoffte Kroll nach wie vor auf eine gesamtdeutsche „Österreich-Lösung" – eine Vereinbarung über staatliche Einheit zu demokratischen Bedingungen gegen das Zugeständnis militä-

[160] Zubok / Vodop'janova, Sovetskaja diplomatija (Anm. 10), S. 264.
[161] Fursenko / Naftali, Khruschev's Cold War (Anm. 92), S. 206f., 207f.

rischer Neutralität – und war bestürzt, als er vernahm, dass man in Moskau vielleicht niemals mehr darüber sprechen wolle. Er reiste sofort nach Bonn, um Außenminister Heinrich von Brentano und den Bundeskanzler zur Änderung ihrer skeptischen Haltung gegenüber der UdSSR zu bewegen. Das Bemühen blieb ohne Erfolg[162]. Ein Gespräch mit Heinrich Krone, der zum engsten Kreis um Adenauer gehörte, führte ebenfalls nicht zum gewünschten Ergebnis[163].

Das Berlin-Ultimatum

Das sowjetische Außenministerium arbeitete aufgrund der gegenüber dem Entwurf seines Hauses veränderten Richtlinien des ZK-Präsidiums eine Note an die Westmächte aus. Das Ergebnis lag nach einigen Tagen vor und ging dem Ministerrat zur Beschlussfassung zu[164]. Die Note wurde den drei westlichen Regierungen am 27. November übergeben und sofort publiziert[165]. Die an Bonn gerichtete Fassung berücksichtigte die Tatsache, dass die Bundesrepublik nicht zu den Vier Mächten gehörte, hatte aber sonst den gleichen Inhalt[166]. Wie nochmals öffentlich betont wurde[167], nahm die UdSSR für sich das Recht in Anspruch, der DDR gegebenenfalls auch ohne westliche Beteiligung am Friedensvertrag die Kontrolle über die Zugangswege West-Berlins zu übertragen und damit die Voraussetzung für die westliche Präsenz zu beseitigen. Mithin sollte mit oder ohne Beteiligung der Westmächte ein Friedensvertrag geschlossen werden, der die Besatzungsrechte aufhob und der DDR uneingeschränkte Souveränität zubilligte.

Der damit festgelegte Rahmen erlaubte von vornherein nur Verhandlungen über Details des westlichen Rechteverzichts und des demgemäß erforderlichen Rückzugs der Westmächte aus Berlin. Wenn die drei Regierungen das nicht akzeptierten, schlossen sie sich, wie die östliche Seite betonte, von vornherein von jeder Mitwirkung an den zu treffenden Regelungen aus. Die UdSSR kündigte an, sie würde nach dem eventuell einseitigen Abschluss des Friedensvertrags mit der DDR jeden Versuch zur gewaltsamen Öffnung der Zugangswege als Aggression betrachten und behandeln. Auf der Basis der bestehenden Bündnisverpflichtung würde sie der DDR dann militärischen Beistand zu leisten haben. Wie es in den

[162] Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln – [West-]Berlin 1967, S. 389–392. Danach sollen die Gespräche mit v. Brentano und Adenauer am 23. bzw. 24.11.1958 stattgefunden haben. Nach den hinterher angefertigten Listen der Besucher bei Adenauer hat dieser erst am 28.11.1958 von 16.15 Uhr bis 16.40 Uhr mit dem Botschafter gesprochen (StBKAH I 04.09). Die Vorgänge sind auch durch einen Vermerk Krolls im Nachlass v. Brentanos belegt, der im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrt wird lt. Kühlem, Hans Kroll (Anm. 67), S. 311.

[163] Aufzeichnung Heinrich Krones, 26.11.1958, wiedergegeben in: Rudolf Morsey / Konrad Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 146.

[164] Botschafter König, Bemerkungen über die Vorbereitung der Schritte der Sowjetregierung betreffend Änderung des Status von Westberlin, 4.12.1958, PA-MfAA, A 17723, Bl. 82 f.; Gespräch M.G. Pervuchin – W. Ulbricht, 17.11.1958, RGANI, f. 5, op. 49, d. 77, Bl. 184 f.; Harrison, The bargaining power (Anm. 48), S. 170f.

[165] Abdruck in: dzd (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/Main 1971, S. 151–163 (russ.), 163–177 (dt. Übers.).

[166] Ebenda, S. 178–184 (russ.), 184–191 (dt. Übers.).

[167] Volksbetrug mit „Völkerrecht". ND-Interview mit dem Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten Otto Winzer über Erklärungen der Bonner Regierung zum Status von Berlin, in: Neues Deutschland, 23.11.1958.

öffentlichen Kommentaren Moskaus ausdrücklich hieß, würde damit ein Nuklearkrieg entfesselt werden, der die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen, vor allem aber die westeuropäischen Länder, insbesondere die Bundesrepublik, vernichten würde. Die Entscheidung darüber, ob es dazu kommen solle, liege allein in der Hand der westlichen Regierungen. Wenn sie vernünftig seien, könnten sie das nicht wollen. Mithin bleibe ihnen keine andere Option, als dem Vorschlag der Sowjetunion zu folgen. Diese wolle einen dauerhaften Friedenszustand herbeiführen und berücksichtige die Interessen und Prestigebedürfnisse der anderen Seite in vollem Umfang. Das zeige sich etwa daran, dass sie West-Berlin, das auf dem Territorium der DDR liege, gleichwohl den Status einer Freien Stadt mit systemischer Eigenständigkeit zubillige.

Rückblick und Ausblick

Die deutsche Frage war nach Stalins Tod weiter der Angelpunkt der sowjetischen Westpolitik. Es hing wesentlich von der Haltung der Bundesrepublik ab, ob es der UdSSR gelang, die Präsenz der USA in Europa, die Verteidigungsfähigkeit der NATO und damit die westliche „Position der Stärke" auf dem Kontinent zu beseitigen. Schon im Frühjahr und Frühsommer 1953 musste die Moskauer Führung bei Wiederaufnahme des darauf abzielenden Bemühens feststellen dass eine intensive Wiedervereinigungspropaganda angesichts der Rückwirkung auf die Öffentlichkeit in der DDR riskant war. Daher schaltete sie um auf die Forderung nach Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems, das beide deutsche Staaten einschließen, aber die USA und die NATO ausschalten würde. Das sollte der UdSSR eine dominante Position verschaffen und dem „Kalten Krieg", das heißt dem Abwehrkampf der Westeuropäer, den Boden entziehen. Der Kreml suchte zudem weiter das Mobilisierungspotential des ungelösten Deutschland-Problems zu nutzen. Die Illusion von Adenauers innenpolitischen Gegnern, sie könnten auf der Basis von Demokratie und Neutralität die staatliche Vereinigung mit Moskau aushandeln, ließ das rhetorische Bekenntnis zur deutschen Einheit weiter angebracht erscheinen. Die Hoffnung, die Opposition in der Bundesrepublik zum „Verbündeten" zu machen, erfüllte sich nicht, weil die Kremlführung freie Wahlen ablehnte und ein vereinigtes Deutschland nur auf der Grundlage ihres Systems zu akzeptieren bereit war. Demnach bestand auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Vereinigung[1]. In Anbetracht dessen, dass der Kommunismus und das SED-Regime in der Bundesrepublik allgemein abgelehnt wurden, nahm sich der Kreml damit die einzige Möglichkeit der Einflussnahme.

Die „Abstimmung mit den Füßen" der republikflüchtigen DDR-Bürger und die negative Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf die sowjetische Haltung in der Vereinigungsfrage überzeugten Chruschtschow im Laufe des Jahres 1958 davon, dass er mit der bisherigen Politik keine Aussicht auf Erfolg hatte. Wenn das Zuckerbrot nicht wirke, müsse eben die Peitsche her. Es galt daher, die Westmächte, auf deren Stärke die widerspenstigen Deutschen vertrauten, an einer entscheidenden Stelle zu treffen. Ihre Achillesferse war offensichtlich die inmitten der DDR gelegene Exklave West-Berlin. Wenn sie die UdSSR von dort vertreiben konnte, was in Anbetracht der geostrategischen Verhältnisse erzwingbar erschien, dann war dies ein großer Sieg, denn die Stadt war seit der Blockade von 1948/49 das Unterpfand des amerikanischen Engagements für Westeuropa. Chruschtschows Darstellung, das sei nur ein unwichtiger Außenposten, den der Westen ohne Schaden aufgeben könne, entsprach nicht seiner wirklichen Ansicht, denn er

[1] Siehe etwa die Aussage Chruščëvs gegenüber deutschen Friedensgruppen, 19.11.1956, RGANI, f.52, op.1, d.557, Bl.32f.

wusste sehr genau, dass eine Preisgabe West-Berlins fatale Folgen für die NATO nach sich ziehen würde[2]. An die westlichen Länder gewandt, stellte er die Bundesrepublik als die Ursache aller Spannung hin. Nur wegen Adenauer halte man an West-Berlin fest. Dadurch stärke man auf gefährliche Weise die Bonner „Revanchisten", die durch die westdeutsche „Nuklearrüstung" befähigt seien, um ihrer Bestrebungen willen einen allvernichtenden Krieg vom Zaun zu brechen. Auch das war eine instrumental motivierte Aussage, denn intern war er sich sicher, dass der Bundesrepublik keine Kernwaffen in die Hand gegeben würden[3].

Die sowjetische Propaganda hatte einen doppelten Zweck. Die Regierungen sowie die Bevölkerungen in Europa und der Welt sollten durch die Sorge, es drohe ein allgemeines nukleares Desaster, dazu veranlasst werden, sich gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in das Verteidigungssystem der NATO zu wenden, das sich – ebenso wie die Militärs der UdSSR – auf die Möglichkeit eines Krieges mit Kernwaffen vorbereitete. Zugleich zielte die sowjetisch unterstützte Kampagne „Kampf dem Atomtod" in Westdeutschland darauf ab, die dortige Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Beteiligung am westlichen Bemühen um Abschreckung nicht dem Ziel der Kriegsvermeidung diene, sondern unausweichlich zum atomaren Konflikt und damit zur Vernichtung der eigenen Existenz führe. Die Absage an die Nuklearstrategie der atlantischen Allianz war demnach die einzige Alternative und zugleich eine Garantie dafür, dass man dem drohenden Unheil entgehen und volle Sicherheit erlangen würde. Die Konsequenz, dass dies die Abkehr vom westlichen Bündnis insgesamt bedeutete, wurde verschwiegen. Demnach sollten die Westdeutschen gegenüber der UdSSR auf Abwehr verzichten. Da die NATO ihren Zweck, die Verteidigung Westeuropas, nur erfüllen konnte, wenn ihr das Territorium und die Ressourcen der Bundesrepublik zur Verfügung standen, lief der Appell zugleich auf den Versuch hinaus, das atlantische Bündnis funktionsunfähig zu machen.

Chruschtschow glaubte, die USA dadurch von der Verteidigung West-Berlins abzuhalten, dass er ihnen das Risiko des Nuklearkrieges zuschob, das, wie er ständig betonte, kein vernünftiger Mensch auf sich nehmen könne. Das wollte er dadurch erreichen, dass er den Abschluss des Friedensvertrags als unausweichlich hinstellte, mithin die andere Seite nur noch die Wahl habe, entweder die dadurch hergestellte volle Souveränität der DDR mitsamt der Kontrolle über die Transitstrecken anzuerkennen oder mit dem Versuch zur gewaltsamen Öffnung der Zugangswege einen allvernichtenden Kernwaffenkonflikt herbeizuführen. Dabei würden letztlich alle, die Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens hätten, aufseiten der UdSSR stehen – und zwar nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Führer der im Kriegsfalle tödlich bedrohten Länder einschließlich insbesondere Adenauer. Zudem war er davon überzeugt, dass sein Standpunkt positive

[2] Siehe u. a. N.S. Chruščëv, Za novye pobedy komunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija komunističeskich i rabočich partij (Grundsatzreferat am 6.1.1961), in: Kommunist, 1/1961, S. 22; Chruščëv im Gespräch mit Ulbricht, 31.3.1961, RGANI, f. 52, op. 1, d. 557, Bl. 120; Chruščëv im Gespräch mit Ho Chi Minh, 17.8.1961, RGANI, f. 52, op. 1, d. 555, Bl. 140.

[3] Chruščëv im Gespräch mit Mao Tse-tung, 3.8.1958, in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 127; Oleg Grinevskij, Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, S. 36, 219–221.

Resonanz erzeugen werde. Er verzichte doch darauf, West-Berlin in die DDR einzugliedern, und erlaube der Bevölkerung, ihr politisch-soziales System frei zu wählen. Die Stadt werde zumindest längerfristig die Vorteile erkennen, die sie nach Lösung der Bindungen an die Bundesrepublik von einem schwunghaften Osthandel zu erwarten habe. Gegen den vorgesehenen Status könne sich nur wenden, wer die gefährliche Spannung aufrechterhalten wolle. Wie er nach außen hin nicht erklärte, rechnete er gemäß seinem finalen Weltbild damit, dass sich die Einwohner der Freien Stadt früher oder später für den – nach seiner Überzeugung überlegenen und vorteilhaften – Sozialismus und damit für den Anschluss an die künftig prosperierende DDR entscheiden würden.[4]

Chruschtschow täuschte sich über die Wahrnehmungen auf westlicher Seite. Seine generelle Annahme, dass die Bundesrepublik ein sehr starke ökonomisches Interesse am Osthandel habe und sich davon politisch bestimmen lassen werde, wenn sie nicht länger dem nötigenden Einfluss der Westmächte unterliege, verkannte die gegenüber der Weimarer Zeit veränderte Lage. Die Deutschen im Westen befanden sich nicht mehr in einer Welt, die sich weithin dem Warenaustausch mit ihnen verschloss, sondern hatte attraktive Wirtschaftspartner gefunden, die ihnen weit wichtiger waren als die UdSSR und ihre Gefolgschaftsstaaten. Im Falle West-Berlins war zudem klar, dass Gewinne aus dem Warenaustausch mit den sozialistischen Ländern keinesfalls die finanziellen Defizite ausgleichen konnten, die bei Wegfall der Zuwendungen aus Bonn zu erwarten waren. Überdies sahen nicht nur die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden politischen Kreise, sondern auch die Menschen mit der einzigen Ausnahme der bei den letzten Wahlen vor dem Parteiverbot zur winzigen Minderheit geschrumpften Kommunisten die Präsenz der Westmächte in West-Berlin als unverzichtbaren Schutz der Stadt vor dem SED-Regime an. Nach allgemeiner Auffassung boten auch die vom Osten angebotenen vertraglichen Garantien einer Autonomie dafür keinen Ersatz. Insgesamt beurteilte die Öffentlichkeit im Westen die sowjetischen Vorschläge als das, was sie wirklich waren: als Anschlag auf die Freiheit der Stadt. Chruschtschows meinte, Adenauer könne als Interessenvertreter der Kapitalisten deren Osthandelsbedürfnisse nicht ignorieren und werde zudem als Regierungschef der Bundesrepublik, die einen Nuklearkrieg wegen Berlin noch mehr als die anderen westeuropäischen Länder zu fürchten habe, den Friedensvertrag als Erster unterschreiben[5]. Diese Wahrnehmung erklärt, wieso der Kremlchef ausweislich seiner mehrfachen Versuche im Oktober und November 1958 glaubte, den Bundeskanzler auf seine Seite ziehen oder wenigstens zu stillschweigender Hinnahmebereitschaft bewegen zu können.

Die Haltung der westlichen Regierungen, vor allem der entscheidenden Führungsmacht, der USA, war zudem von der Erkenntnis bestimmt, dass es um eine

[4] Chruščev erklärte am 9.2.1961 im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Thompson ausdrücklich, die den West-Berlinern zugebilligte freie Wahl der gesellschaftlichen Ordnung schließe die Möglichkeit ein, dass sie später den Sozialismus wählten und um Aufnahme in die DDR bäten (MOL, 288f. 9/1961/3.ö.e, Bl. 146).

[5] Siehe etwa Chruščev im Gespräch mit der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung, 1.6.1961, in: Michal Reiman / Petr Luňák (Hg.), Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech, Brünn 2000, S. 199; Chruščev im Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten A. Fanfani, 3.8.1961, SAPMO-BArch, DY 30/3638, Bl. 76f.

keineswegs marginale Fragen des Ost-West-Konflikts ging. Die NATO-Verbündeten sahen nach der Blockade von 1948/49 in der Behauptung der Berlin-Präsenz das Unterpfand für die amerikanische Bereitschaft, sich für ihren Schutz einzusetzen. Wenn diese Position aufgegeben wurde, war die Allianz in Frage gestellt. Eine Regelung war nur dann noch annehmbar, wenn das Recht auf Präsenz und Zugang in der einen oder anderen Weise behauptet wurde. Anders als der Kremlchef erklärte, stand für die westliche Seite weit mehr auf dem Spiel als bloßes Prestige. Die Raison der atlantischen Allianz gebot, an der Stadt unbedingt festzuhalten. Chruschtschows Zuversicht, seine Ziele in Berlin und Deutschland ohne allzu große Mühen und Risiken durchsetzen zu können, war daher von vornherein verfehlt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Wegen bestehender Teilsekretierungen konnten im AVPRF einige Aktenbestände (dela) nur teilweise eingesehen werden.

Archiv des russischen Außenministeriums (Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, AVPRF)

fond 06 (Sekretariat des Ministers):	opis' 12; papka 288; delo 18
	opis' 12a; papka 52; delo 314
	opis' 13a; papka 168; delo 36
	opis' 13a; papka 169; delo 15, 36
	opis' 14; papka 13; delo 183, 184
fond 082 (Referentur Deutschland):	opis' 35; papka 23; delo 11
	opis' 35; papka 23; delo 15
	opis' 35; papka 123; delo 11
	opis' 41; papka 270; delo 15
	opis' 42; papka 284; delo 12
	opis' 42; papka 287; delo 34, 38
fond 0457a	opis' 41; papka 280; delo 93
fond 0458	opis' 264ss; papka 314; delo 0036
	opis' 264ss; papka 318; delo 0036
fond 0742 (Referentur DDR)	opis' 1; papka 1; delo 1
	opis' 3; papka 17; delo 2, 6
	opis' 3; papka 18; delo 7, 13, 14, 16, 17
	opis' 3; papka 21; delo 33
fond 0757 (Referentur BRD)	opis' 3; papka 18; delo 14; 15

Ministerstvo inostrannych del, Istoričesko-dipomatičeskoe upravlenie, Germanskij vopros vo vzaimootnošenijach SSSR, SŠA, Anglii i Francii v period ot Berlinskoj konferencii do obrazovanija dvuch germanskich gosudarstv (1945–1949 gg.). Obzor podgotovil G.P. Kynin. Čast' III, AVPRF, fond Archivno-operativnaja biblioteka, opis' 11ž, papka 71, delo 20

Russisches Staatsarchiv für die neueste Geschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI)

fond 3	opis' 8; delo 89, 382
	opis' 10; delo 168, 224
	opis' 11; delo 113
fond 5	opis' 49; delo 76, 82
fond 9	opis' 1; delo 590
fond 52 (Chruščëv-Protokolle)	opis' 1; delo 77, 81, 82, 176, 185, 247, 269, 276, 284, 295, 325, 329, 426, 427, 443, 548, 555, 557, 559, 569, 578, 579, 586, 589, 590, 617

Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

DY 30/3289, 3290, 3380, 3386, 3402, 3403, 3473, 3495, 3497, 3503, 3532, 3638, 3677, 3701
DY 30/J IV 2/202/64, J IV 2/202/70, J IV 1094
DY 30/IV 2/2/472, IV 2/4 /392, IV 2/12/119, IV 2/15/2, IV 904/432, IV 2/904/433

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der früheren DDR (PA-MfAA)

A – 734 Bd. 1, 00100, 00110 Bd. 2, 00111, 2949, 3010, 17600, 17545, 17714
C – 293/75

Ungarisches Staatsarchiv (Magyar Országos Levéltár, MOL)

288f. 9/1961/3.ö.e

Ungedruckte Quellen

Wegen umfangreicher Sekretierungen konnten verschiedene Bestandsgruppen der russischen Archive nur unvollständig eingesehen werden.

Archiv des russischen Außenministeriums (Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, AVPRF)

Reihenfolge = opis'; papka; delo. Mehrere Akten des gleichen Bestandes werden nur durch Komma getrennt.

fond 06,	opis' 12, papka 16, delo 288
	opis' 12, papka 18, delo 283
	opis' 12a, papka 52, delo 314
	opis' 13, papka 169, delo 15
	opis' 13a, papka 168, delo 36
	opis' 13a, papka 169, delo 15, 36
	opis' 14, papka 13, delo 183, 184
fond 082,	opis' 35, papka 23, delo 11, 15
	opis' 35, papka 123, delo 11
	opis' 40, papka 98, delo 266
	opis' 41, papka 270, delo 15
	opis' 41, papka 271, delo 19
	opis' 41, papka 275, delo 49
	opis' 42, papka 282, delo 34
	opis' 42, papka 284, delo 12
	opis' 42, papka 287, delo 34, 38
	opis' 42, papka 290, delo 66
fond 089,	opis' 35, papka 123, delo 11
fond 0457a,	opis' 41, papka 280, delo 93
fond 0458,	opis' 264ss, papka 314, delo 0036
	opis' 264ss, papka 318, delo 0036
fond 0742	opis' 1, papka 1, delo 1
	opis' 3, papka 5, delo 7
	opis' 3, papka 17, delo 2
	opis' 3, papka 21, delo 33
fond 0757,	opis' 3, papka 18, delo 13, 14, 15, 16

fond Ministerstvo inostrannych del, Istoričesko-dipomatičeskoe upravlenie, Germanskij vopros vo vzaimootnošenijach SSSR, SŠA, Anglii i Francii v period ot Berlinskoj konferencii do obrazovanija dvuch germanskich gosudarstv (1945–1949 gg.). Obzor podgotovil G.P. Kynin. Čast' III, AVPRF, fond Archivno-operativnaja biblioteka, opis' 11ž, delo 71

Archiv der Neuen Akten in Warschau (Archiwum Akt Nowych, AAN)

Predloženija sovietskogo pravitel'stva po voprosam oslablenija meždunarodnoj naprjažënnosti, o. D. [1958], AAN, KC PZPR XI A/281

Russisches Staatsarchiv für die neueste Geschichte (Rossijskij gosudarstvenny archiv novejšej istorii, RGANI)

fond 3, opis' 8, delo 37, 89, 109, 168, 274, 284, 295, 304, 382, 383
opis' 10, delo 33, 37, 69, 80, 114, 162, 168, 173, 181, 224, 295
opis' 11, delo 113
opis' 12, delo 16, 31
opis' 14, delo 16, 59
fond 5, opis' 28, delo 3, 53, 54, 59, 64, 325, 329, 357, 426, 427, 492
opis' 30, delo 34, 114, 229, 269, 276, 427
opis' 49, delo 76, 77, 79, 81, 82, 93, 94, 176, 185
fond 9, opis' 1, delo 590
fond 52, opis' 1, delo 443, 548, 557, 559, 569, 578, 579, 586, 589, 590, 617

Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

DY 24/13225, 13346, 13349, 13407
DY 30/3289, 3290, 3295, 3380, 3386, 3402, 3403, 3473, 3474, 3475, 3495, 3497, 3503, 3504, 3505, 3508, 3520, 3532, 3534, 3542, 3662, 3677, 3701, 3707
DY 30/IV 1/3/8
DY 30/IV 1/V 9
DY 30/IV 2/1/11, 2/1/119, 2/1/120, 2/1/140, 2/1/147, 2/2/472, 2/2/511
DY 30/IV 2/4/391, 2/4/392
DY 30/IV 2/10.02/90
DY 30/IV 2/11/v519
DY 30/IV 2/12/119
DY 30/IV 2/15/2
DY 30/IV 2/65/2
DY 30/IV 2/904/432, 433
DY 30/IV 3/904/432, 2/904/433
DY 30/IV 2/10.02/90
DY 30/J IV 2/2/248, J IV 2/2/275, J IV 2/2/458, J IV 2/2/472, J IV 2/2/480, J IV 2/2/510, J IV 2/2/511
DY 30/J IV 2/2A/437, J IV 2/2A/577, J IV 2/2A/613, J IV 2/2J/261, 2/2J/275
DY 30/ J IV 2/20/88, J IV 2/20/226
DY 30/J IV 2/202/64, J IV 2/202/70, J IV 2/202/244 Bd. 1, J IV 2/202/244 Bd. 2, J IV 2/202/1094
FBS 347/14149
NY 4090/472, 638, 699
NY 4090 Bd. I/460, 461
NY 4182/523, 1.210, 1.305, 1.306, 1.311
NY 4182 Bd. II/870
NY 4215/112

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der früheren DDR (PA – MfAA)

A – 89, 100, 104, 00100, 110 Bd. 2, 111, 111 Bd. 3, 133, 146, 147, 148 Bd. 6, 149, 271, 734, Bd. 1 00100, 00110 Bd. 2, 00111, 2949, 3010, 3018, 14792, 17226, 17545, 17339a, 17545, 17600, 17610, 17714, 17723
C – 293/75
LS-A 327

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestände des Bonner Auswärtigen Amtes (PA – AA)

B 12 Bände 103, 266–269, 466, 467, 468, 489b, 489d
B 63 Band 96

Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)

I 04.09
III/54, 55, 56, 70

Gedruckte Einzelquellen

Abin, Nikolaj: Ijun' 1953 g.: povtornyj šturm Berlina (Juni 1953: Die nochmalige Erstürmung Berlins) [mit Auszügen aus Berichten und Aussagen], in: Nezavisimaja gazeta, 20. 6. 2003

Aufzeichnung Chruščëvs über weitere Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte für das Präsidium des ZK der KPdSU, 8. 12. 1959, in: Vestnik, 3/2006, S. 101–104

Central Committee Plenum of the CPSU (Auszug in engl. Übers.), 31. 1. 1955, in: Cold War International History Project Bulletin, Heft 10 (März 1998), S. 34–37

Četvërtaja beseda N.S. Chruščëva s Mao Czė-dunom, 3. 8. 1958 (Das vierte Gespräch N.S. Chruščëvs mit Mao Tse-tung, 3. 8. 1958), in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 126–128

Chruščëv, N.S.: Est' odin put' k socializmu, no mogut byt' raznye metody, raznye formy. Zapiski N. Chruščëva vo Prezidium CK KPSS (Es gibt [nur] einen Weg zum Sozialismus, aber es können verschiedene Methoden und Formen existieren), nicht vor dem 24. 9. 1956, in: Istočnik, 6/2003, S. 38–57

Chruščëv, N.S.: K pobede v mirnom sorevnovanii s kapitalizmom (Dem Sieg entgegen im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus), Moskau 1959

Chruščëv, N.S.: Mir bez oružija – mir bez vojn (Eine Welt ohne Rüstung ist eine Welt ohne Kriege), Bd. 1, Moskau 1960

Chruščëv, N.S.: Za novye pobedy mirovogo kommunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija predstavitelej kommunističeskich i rabočich partij (Für neue Siege der kommunistischen Weltbewegung. Zu den Ergebnissen der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien [Referat auf der Versammlung der Parteiorganisationen der Hohen Parteischule, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU vom 6. 1. 1961]), in: Pravda, 25. 1. 1961

Chruščëv im Gespräch mit UNO-Generalsekretär U Thant, 28. 8. 1962, in: Istočnik, 6/2003, S. 150–159

Chruschtschow, N.S.: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, 15.–25. Februar 1956, [Ost-]Berlin 1956

„Esli skazat' ‚a', to nado govorit' i ‚b'". Stenogramma sobranija partijnogo aktiva 4 nojabrja 1956 g. („Wenn man ‚a' sagt, muss man auch ‚b' sagen". Stenogramm der Sitzung des Parteiaktivs vom 4. November 1956), in: Istočnik, 6/2003, S. 63–77

Filitov, A. (Hg.): Berlin. Ijun' 53-go (Berlin. Juni 1953) [Bericht von Pavel Naumov an D. Šepilov, 24. 6. 1953], in: Trud, 1. 12. 1992
Göttinger Appell 18 führender Atomwissenschaftler, 12. 4. 1958, in: [Keesings] Archiv der Gegenwart, XXVII. Jahrgang (1957), S. 6385
Guk, Sergej: Pri otkrytych granicach my ne smožem tjagat'sja s kapitalizmom (Bei geöffneten Grenzen können wir uns mit dem Kapitalismus nicht messen) [Interview-Aussage von Viktor N. Beleckij, der das Gespräch dolmetschte], in: Izvestija, 29. 9. 1992
Interview Chruščëvs in der Wochenzeitung „Die Zeit", 26. 9. 1958
Interview N.S. Chruschtschows zum Jahreswechsel, in: Neues Deutschland, 1. 1. 1957
K sovremennomu meždunarodnomu položeniju (Zur gegenwärtigen Weltlage) [ungezeichneter autoritativer Leitartikel], in: Pravda, 24. 5. 1953
K vystupleniju prezidenta Ėjzenchauėra (Zum Auftritt von Präsident Eisenhower) [ungezeichneter autoritativer Leitartikel], in: Pravda, 25. 4. 1953
Loth, Wilfried: Ausführungen von G.M. Malenkov im Namen des Ministerrats der UdSSR beim Empfang der SED-Führung, 2. 6. 1953, in: Greschat, Martin / Kaiser, Jochen Christoph (Hg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003, S. 49–52
Molotov, V.: V redakciju žurnaly „Kommunist" (An die Redaktion der Zeitschrift „Kommunist"), in: Kommunist, 14/1955, S. 127–128
Naumov, P.: Obščestvennost' zapadnoj Germanii trebuet otkaza ot politiki „s pozicii sily" (Die Gesellschaft Westdeutschlands fordert eine Abkehr von der Politik „der Stärke"), in: Pravda, 30. 7. 1956
Nikonov, A. / Inozemcev, N.: Za dal'nejšee oslablenie naprjažënnosti meždunarodnych otnošenij (Für die weitere Entspannung der internationalen Beziehungen), in: Kommunist, 4/1954, S. 38–53
O dal'nejšich meroprijatijach sovetskogo pravitel'stva po germanskomu voprosu (Über die weiteren Maßnahmen der sowjetischen Regierung in der Deutschland-Frage), o. D. [vermutlich 2. Maihälfte 1953], übersetzt wiedergegeben in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 539–543
O kul'te ličnosti i ego posledstvijach. Doklad Pervogo sekretarja CK KPSS tovarišča Chruščëva N.S. XX s-ezdu KPSS (Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU Genossen N.S. Chruščëv auf dem XX. Parteitag der KPdSU), in: Izvestija CK KPSS, 3/1989, S. 128–170
O preodelenii kul'ta ličnosti i ego posledstvij (Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen) [Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU], in: Pravda, 2. 7. 1956
Oşca, Alexandru / Popa, Vasile (Hg.): Stalin a decis. Lagârul socialist se înarmează (Stalin hat entschieden. Das sozialistische Lager rüstet auf), in: Buletinul Arhivelor Militare Române, Jg. 1 (1998), H. 2–3, S. 72–76
Parteiführer beantworten Fragen der Arbeiter. Walter Ulbricht, Hermann Matern und Karl Schirdewan sprachen mit Berliner Arbeitern über die politische Lage, in: Neues Deutschland, 27. 10. 1956
Poslednaja „antipartijnaja" gruppa. Stenografičeskij otčët ijun'skogo (1957 g.) plenuma CK KPSS (Die letzte „parteifeindliche" Gruppe. Stenographischer Bericht des Juni-Plenums 1957 des ZK der KPdSU), in: Istoričeskij archiv, 4/1993, S. 5–82
Protokoll der Diskussion auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 31. 1. 1955, Cold War International History Project. Virtual Archive, Collection Post-Stalin succession struggle (mit Quellenangabe RGASPI, f. 2, op. 1, d. 127, o. Bl.)
Reč' tovarišča G.M. Malenkova (Rede des Genossen G.M. Malenkov), in: Pravda, 10. 3. 1953
Rede Chruščëvs im Kreml, 19. 6. 1958, in: Pravda, 20. 6. 1959
Reiman, Michal: Malenkov und die deutsche Einheit. Ergänzungen zur Diskussion über die sowjetische Deutschland-Note vom März 1952 [Auszüge aus zwei Malenkov-Dokumenten mit der Signatur RGASPI, f. 83, op. 1, d. 3, Bl. 71, 141], in: Deutschland Archiv, 3/1999, S. 456–460
Schirdewan, Karl: Fraktionsmacherei oder gegen Ulbrichts Diktat? Eine Stellungnahme vom 1. Januar 1958, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1990, S. 498–512
Schmidt, Helmut: Beiträge, Stuttgart 1967

SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, [Ost-]Berlin 1989
Sowjetischer Entwurf eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten und der USA, in: Neues Deutschland, 23.7.1958
The Chance for Peace, in: Department of State Bulletin, 27.4.1953
Ulbricht, Walter: Antwort auf Fragen der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz [Auszug aus einer Diskussionsrede], in: Neues Deutschland, 18.3.1956
Ulbricht, W.: Karl Marx – der größte Sohn der deutschen Nation. Aus der Rede auf der Großkundgebung zum 135. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1953, in: Neues Deutschland, 7.5.1953
Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: Neues Deutschland, 4.3.1956
Ulbricht, Walter: Um die Einigung der Arbeiterklasse ganz Deutschlands [Rede anlässlich des 10. Jahrestages der Vereinigung der SPD und der KPD], in: Neues Deutschland, 22.4.1956
Velikoe edinstvo socialističeskich stran nerušimo (Die große Einheit der sozialistischen Länder ist unverbrüchlich) [amtlicher Leitartikel], in: Kommunist, 16/1956, S. 3–13
Zapis' besedy s prem'er-ministrom Velikobritanii Čerčillem 3 ijunija 1953 goda (Aufzeichnung des Gesprächs mit dem Premierminister Großbritanniens Churchill 3. Juni 1953), in: Istočnik, 2/2003, S. 54–56
Zur Diskussion über den XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED, in: Neues Deutschland, 8.7.1956
Volksbetrug mit „Völkerrecht". ND-Interview mit dem Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten Otto Winzer über Erklärungen der Bonner Regierung zum Status von Berlin, in: Neues Deutschland, 23.11.1958
XX s-ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 14–25 fevralja 1956 g. Stenografičeskij otčët (XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 14.–25. Februar 1956. Stenografischer Bericht), Bd. I, Moskau 1956

Dokumentensammlungen

Auswärtiges Amt (Hg.): Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hg. aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995
Badstübner, Rolf / Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994
Békés, Csaba / Byrne, Malcolm / Rainer, János M. (Hg.): The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents, Budapest – New York 2002
Berlinskoe soveščanie ministrov inostrannych del četyrëch deržav – SSSR, SŠA, Velikobritanii i Francii (25 janvarja – 18 fevralja 1954 g.). Dokumenty i materialy (Berliner Konferenz der Außenminister der Vier Mächte – UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich 25. Januar – 18. Februar 1954. Dokumente und Materialien), Moskau 1954
Besedy Chruščëva s Mao Czė-dunom 1958 g. (Gespräche Chruščëvs mit Mao Tse-tung 1958), in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2001, S. 111–128
Besedy G.K. Žukova i D. Ėjzenchauėra na ženevskom soveščanii (Die Gespräche von G.K. Žukov und D. Eisenhower auf der Genfer Konferenz), in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1999, S. 98–115
Bonwetsch, Bernd (Hg.): „Skostit' polovinu summy reparacij... my možem". Vstreči Stalina s rukovodstvom SEPG („Wir können die Hälfte der Reparationssumme... streichen". Treffen Stalins mit der SED-Führung), in: Istočnik, 3/2003 (63), S. 100–128
Christoforov, V.S. (Hg.): Dokumenty Central'nogo archiva FSB o sobytijach 17 ijunja 1953 g. v GDR (Dokumente des FSB-Zentralarchivs über die Ereignisse vom 17. Juni 1953 in der DDR), in: Novaja i novejšaja istorija, 1/2004, S. 72–111
[Chruščëv-Dokumente aus den Jahren 1954–1964, Abdruck ohne Überschrift], in: Istočnik, 6/2003 (66), S. 9–205
Chruschtschow, N.S.: Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, [Ost-]Berlin 1959

Chruschtschow, N.S.: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, [Ost-] Berlin 1960
Chruschtschow, N.S.: Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg, [Ost-]Berlin 1961
Chruschtschow, N.S.: Zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage. Aus Reden, Gesprächen und Interviews 1955–1963, [Ost-]Berlin 1964
Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Teil I: Oktober 1949 – Oktober 1953, Bonn, Januar 1958; Teil II: November 1953 – Dezember 1955, Bonn, März 1958
Die sowjetische Außenpolitik. Akten und Dokumente des Obersten Sowjets der UdSSR 1956–1962, Moskau 1962
Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [West-]Berlin o. D. [1954]
Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU. 14.–25. Februar 1956, [Ost-]Berlin 1956
Documents Diplomatiques Français, hg. von Ministère des Affaires Étrangères. Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, 1955 Bde. I und II, Annexes I und II (1987); 1956 Bde. I und II, Annexes I und II (1988); 1957 Bde. I und II, Annexes I und II (1989); 1958 Bde. I und II, Annexes I und II (1990)
Documents on Germany 1944–1985, Department of State Publication 9446, Washington 1985
Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bde. I–VI, [Ost-]Berlin 1954–1959
Dokumente zur Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. I, [Ost-]Berlin 1954
Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 4, hg. vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv, München 2003
Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bde. 1/1 bis 4/3, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen Bonn/Berlin, Frankfurt/Main 1961–1969
Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 1/1, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main 1971
Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bde. I und II, [Ost-]Berlin 1957 und 1963
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bde. VI und VII, [Ost-]Berlin 1958 und 1961
Eimermacher, Karl / Afiani, Vitalij / Prozumenščikov, Michail u. a. (Hg.): Doklad N.S. Chruščëva o kul'te ličnosti Stalina na XX s-ezde CK KPSS. Dokumenty (Vortrag von N.S. Chruščëv über Stalins Personenkult auf dem XX. Parteitag des ZK der KPdSU. Dokumente), Moskau 2002
Erler, Fritz: Politik für Deutschland. Eine Dokumentation, hg. und eingel. von Wolfgang Gaebler, Stuttgart 1968
Erler, Fritz: Ein Volk sucht seine Sicherheit. Bemerkungen zur deutschen Sicherheitspolitik, Frankfurt/Main 1961
Foitzik, Jan: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren". Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953 [Gegenüberstellung der Vorschläge von Semenov u. a. vom 23. 6. 1953 und der Durchführungsfeststellungen vom 9. 7. 1953], in: Deutschland Archiv, 1/2000, S. 32–49
Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–1954, Vol. VII, Dep. of State Publ. 9460 (Washington/DC 1986) / 1955–1957, Vol. V, Dep. of State Publ. 9454, (1988) / 1955–1957, Vol. XXVI, Dep. of State Publ. 9930 (1992) / 1958–1960, Vol. VIII, Dep. of State Publ. 10039 (1993)
Freundschaft DDR – UdSSR. Dokumente und Materialien, [Ost-]Berlin 1965
Fursenko, A.A. (glav. red.): Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. T. 1: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy (Die Archive des Kreml. Das Präsidium des ZK der KPdSU 1954–1964. Bd. 1: Vorläufige Protokollmitschriften der Beratungen. Stenogramme), Moskau 2003

Germanskij vopros glazami Stalina 1947–1952 (Die deutsche Frage mit den Augen Stalins 1947–1952), in: Volkov, V.K.: Uzlovye problemy novejšej istorii stran Central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy (Kernprobleme der Zeitgeschichte der Länder Mittel- und Südosteuropas), Moskau 2000, S. 118–151

Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. 1: 1945–1949, [Ost-]Berlin 1959

Grotewohl, Otto: Deutsche Verfassungspläne, [Ost-]Berlin 1947

Heidelmeyer, Wolfgang / Hindrichs, Günter (Bearb.): Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1962. Mit einem Vorwort von Willy Brandt, München 1962

Hilger, Andreas: Sowjetunion (1945–1991), in: Kamiński, Łukasz / Persak, Krzysztof / Gieseke, Jens (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste 1944–1991, Göttingen 2009, S. 43–142

Kokurin, A.I. / Požarov, A.I.: „Novyj kurs" L.I. Berii („Der neue Kurs" von L.I. Berija), in: Istoričeskij archiv, 4/1996, S. 132–163

Kovalëv, N. / Korotkov, A. / Mel'čin, S. / Sigačëv, Ju. / Stepanov, A. (Bearb.): Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957. Stenogramma ijun'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Molotov, Malenkov, Kaganovič 1957. Das Stenogramm des Juni-Plenums des ZK der KPdSU und andere Dokumente), Moskau 1998

Loth, Wilfried (Hg.): Dokumente zur Entstehung der Stalin-Note, in: Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002, S. 80–115

Mastny, Vojtech / Byrne, Malcolm (Hg.): A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955–1991, Budapest – New York 2005

Mićunović, Veljko: Moscow Diary [1956–1958], London 1980

Molotow, W.M.: Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948, Moskau 1949

Moskovskoe soveščanie evropejskich stran po obespečeniju mira i bezopasnosti v Evrope (Moskauer Konferenz der europäischen Staaten zur Sicherung des Friedens und der Sicherheit in Europa) [29. 11.–2. 12. 1954], Moskau 1954

Muraško, G.P. zusammen mit Volokitina, T.V. / Islamov, T.M. / Noskova, A.F. / Rogovaja, L.A. (Hg.): Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg. (Osteuropa in Dokumenten russischer Archive 1944–1953), Bd. II: 1949–1953 gg., Moskau – Novosibirsk 1998

Naimark, Norman M.: Stalins Tod und die internationale Politik, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2003, S. 13–28

Naumov, V. / Sigačëv, Ju. (Bearb.): Lavrentij Berija. 1953. Stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Lavrentij Berija. 1953. Das Stenogramm des Juli-Plenums des ZK der KPdSU und andere Dokumente), Moskau 1999

Naumov, V. / Prozumenščikov, M. / Sigačëv, Ju. / Tomilina, N. / Ševčuk, I. (Bearb.): Georgij Žukov. Stenogramma oktjabr'skogo (1957 g.) plenuma CK KPSS i drugie dokumenty (Georgij Žukov. Das Stenogramm des Oktober-Plenums 1957 des ZK der KPdSU und andere Dokumente), Moskau 2001

Očerki istorii rossijskoj vnešnej razvedki (Umrisse der Geschichte der russischen Auslandsaufklärung), Bd. 5: 1945–1965, Moskau 2003

Ostermann, Christian F. (Hg.): Uprising in East Germany 1953. The Cold war, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest – New York 2001

Ostermann, Christian F. (Hg.): The Post-Stalin Succession Struggle and the 17 June 1953 Uprising in East Germany: The Hidden History. Declassified Documents from U.S., Russian, and Other European Archives, publ. by The Cold War International History Project of the Woodrow Wilson International Center for Scholars and The National Security Archive at the George Washington University, Washington/DC 1996

Otto, Wilfriede (Hg.): Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003

Reiman, Michal / Luňák, Petr (Hg.): Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archivech (Der Kalte Krieg 1954–1964. Sowjetische Dokumente in tschechischen Archiven), Brünn 2000

Sbornik osnovnych dokumentov i materialov Organizacii Varšavskogo dogovora (Sammlung grundlegender Dokumente und Materialien der Organisation des Warschauer Vertrages), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1967

Scherstjanoi, Elke: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 531–549

SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, [Ost-]Berlin 1989

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1945–1948. Rossija XX vek. Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1945–1948. Russland 20. Jahrhundert. Dokumente), hg. von A. N. Jakovlev, Meždunarodnyj fond „Demokratija", Moskau 2004

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1953 g. Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1953. Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1954

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1954 g. (janvar'–ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1954 (Januar–Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1954

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1954 g. (ijul'–dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1954 (Juli–Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1955

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1955 g. (janvar'–ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1955 (Januar–Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1956

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1955 g. (ijul'–dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1955 (Juli–Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1956

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1956 g. (janvar'–ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1956 (Januar–Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1957

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1956 g. (ijul'–dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1956 (Juli–Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1957

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1957 g. (janvar'–ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1957 (Januar–Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1958

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1957 g. (ijul'–dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1954 (Juli–Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1955

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1958 g. (janvar'–ijun'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1958 (Januar–Juni). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1959

Sovetsko-amerikanskie otnošenija 1958 g. (ijul'–dekabr'). Dokumenty (Sowjetisch-amerikanische Beziehungen 1954 (Juli–Dezember). Dokumente), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1959

SSSR – GDR. 30 let otnošenij 1949–1979. Dokumenty i materialy (UdSSR – DDR. 30 Jahre Beziehungen 1949–1979. Dokumente und Materialien), hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Moskau 1981

SSSR i germanskij vopros 1941–1949. Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Außenpolitischen Archiv der Russischen Föderation), hg. vom Historisch-Dokumentarischen Department des Außenministeriums der Russischen Föderation und vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 3: 6. 10. 1946–15. 6. 1948, Moskau 2003

Stenogramma zasedanija partijnoj gruppy Verchovnogo soveta SSSR (Stenogramm der Beratung der Parteigruppe des Obersten Sowjets der UdSSR), 8. 2. 1955, in: Istočnik, 6/2003, S. 29–37

Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des volksdemokratischen Staates 1945–1958, [Ost-]Berlin 1961
Ulbricht, Walter: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, [Ost-]Berlin 1979
Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov (Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD. Dokumenten- und Materialsammlung), bearb. von Torkunov, A.V. / Sergeev, R.A. / Achtamzjan, A.A., hg. von Moskovskij gosudarstennyj institut meždunarodnych otnošenij (universitet) MID Rossii, Moskau 2005
Vizit Kanclera Adenauėra v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy (Besuch Kanzler Adenauers in Moskau 8.–14. September 1955. Dokumente und Materialien), bearb. von A.V. Zagorskij, hg. von der Moskauer Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Moskau 2005 [Parallelausgabe der sowjetischen und deutschen Gesprächsprotokolle]
Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza. Dokumenty i materialy. 1948 god. Čast' pervaja: Janvar' – ijun' 1948 goda (Die Außenpolitik der Sowjetunion. Dokumente und Materialien, Teil 1: Januar – Juni 1948), Moskau 1950
Volokitina, T.V. (Hg.): Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope, 1944–1953 gg. (Der sowjetische Faktor in Osteuropa, 1944–1953), Bd. 2: 1949–1953, Moskau 2002
Wehner, Herbert: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930–1975, Frankfurt/Main – Hannover 1976 (2. erw. Aufl.)

Erinnerungsliteratur

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967
Adžubej, Aleksej: Te desjat' let (Diese zehn Jahre), Moskau 1989
Aleksandrov-Agentov, A.M.: Ot Kollontaj do Gorbačëva. Vospominanija diplomata, sovetnika A.A. Gromyko, pomoščnika L.I. Brežneva, Ju.V. Andropova, K.U. Černenko i M.S. Gorbačëva (Von Kollontaj bis Gorbačëv. Die Erinnerungen des Diplomaten und Beraters von L.I. Brežnev, Ju.V. Andropov, K.U. Černenko und M.S. Gorbačëv), Moskau 1994
Bauer, Leo: „Die Partei hat immer recht", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 4.7.1956, S. 412–414
Berija, Sergo: Moj otec – Lavrentij Berija (Mein Vater – Lavrentij Berija), Moskau 1994
Bogomolow, Alexander: Ohne Protokoll. Amüsantes und Bitteres aus der Arbeit eines sowjetischen Diplomaten in Deutschland, Berlin 1999
Brandt, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, Frankfurt/Main 1985
Burlackij, Fedor: Voždi i sovetniki. O Chruščëve, Andropove i ne tol'ko o nich... (Führer und Berater. Über Chruščëv, Andropov und nicht nur über sie...), Moskau 1990
Chruščëv, N.S.: Vremja, ljudi, vlast' (Die Zeit, die Menschen und die Macht), Bd. 2, Moskau 1999
Chruščëv, Sergej: Nikita Chruščëv: Krizisy i rakety. Vzgljad iznutri (Nikita Chruščëv: Krisen und Raketen. Der Blick von innen), Bd. 1, Moskau 1994
Chruščëv, Sergej: Roždenie sverchderžavy. Kniga ob otce (Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater), Moskau 2000 (Chruschtschow, Sergej, Die Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater, Klitzschen 2003)
Čuev, F.I.: Tak govoril Kaganovič. Ispoved' stalinskogo apostola (So sprach Kaganovič. Die Beichte des Stalin-Apostels), Moskau 1992
Deutsches Armeemuseum [der DDR] (Hg.): Ich schwöre. Eine Bilddokumentation, [Ost-] Berlin 1969
Falin, V.M.: Bez skidok na obstojatel'stva. Političeskie vospominanija (Ohne Rücksicht auf [jetzige] Umstände. Politische Erinnerungen), Moskau 1999
Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main – [West-]Berlin – Wien 1979
Gribkov, Anatolij: Sud'ba Varšavskogo Dogovora: Vospominanija, dokumenty, fakty (Das Schicksal des Warschauer Vertrags. Erinnerungen, Dokumente, Tatsachen), Moskau 1998

(deutsche Ausgabe: Gribkow, Anatoli, Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergrund des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995)
Grinevskij, O.: Na Smolenskoj Ploščadi v 1950-ch godach (Am Smolensker Platz [im Außenministerium der UdSSR] in den 1950er Jahren), in: Meždunarodnaja žizn', 11/1994, S. 120–126
Grinevskij, Oleg: Tysjača odin den' Nikity Sergeeviča [Die 1001 Tage des Nikita Sergeevič], Moskau 1998
Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996
Gromyko, A.A.: Pamjatnoe (Denkwürdiges), 2 Bde., Moskau 1990 (2. erw. Aufl.)
Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hg., eingel. u. bearb. von Nadja Stultz-Herrnstadt, Reinbek 1991
Kaganovič, Lazar' Moiseevič: Pamjatnye zapiski rabočego, kommunista-bol'ševika, profsojuznogo, partijnogo i sovetsko-gosudarstvennogo rabotnika (Erinnerungsnotizen eines Arbeiters, Kommunisten-Bolschewiken, Gewerkschafts-, Partei- und Staatsfunktionärs), Moskau 1996
Keil, Rolf-Dietrich: Mit Adenauer in Moskau. Erinnerungen eines Dolmetschers, Bonn 1997
Kornienko, G. M.: Cholodnaja vojna. Svidetel'stvo ego učastnika (Der Kalte Krieg. Zeugnis eines Beteiligten), Moskau 1995
Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln – [West-]Berlin 1967
Kvicinskij, Julij: Vremja i slučaj. Zametki professionala (Zeit und Begebenheit. Bemerkungen eines Profis), Moskau 1999 (deutsche Übersetzung: Kwizinskij, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993)
Malenkov, Andrej: O moëm otce Georgii Malenkove (Über meinen Vater Georgij Malenkov), Moskau 1992
Malenkov, Andrej: Protivoborstvo. Sovremennye memuary (Die Konfrontation. Zeitgenössische Memoiren), in: Žurnalist, 2/1991, S. 60–65
Malenkov, Andrej: Schvatka s Ežovym (Zusammenstoß mit Ežov), in: Žurnalist, 2/1991, S. 65–67
Men'šikov, M.A.: S vintovkoj i vo frake (Mit dem Gewehr und im Frack), Moskau 1996
Mikojan, Anastas: Tak bylo. Razmyšlenija o minuvšem (So war es. Reflexionen über Vergangenes), Moskau 1990
Moskalenko, Valentin: Ijun' 1953 (Juni 1953), in: Žurnalist, 7/1991, S. 64 f
Pióro, Tadeusz: Armia ze skazą. W Wojsku Polskim 1945–1968. Wspomnienia i refleksje (Die Armee mit einem Riss. Im polnischen Militär 1945–1968. Erinnerungen und Überlegungen), Warschau 1994
Röhl, Klaus Rainer: Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974
Schirdewan, Karl: Fraktionsmacherei oder gegen Ulbrichts Diktat, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1990, S. 498–512
Schirdewan, Karl: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur gegen stalinistische dogmatische Politik , Berlin 1994 (2. Aufl.)
Schirdewan, Karl: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Autobiographie, Berlin 1998
Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin zu Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995
Šepilov, D.T.: Vospominanija (Erinnerungen), in: Voprosy istorii, 9/1998, S. 3–33, 11–12/1998, S. 3–9
„Stalin weiß, was er tut". Sergej Alexejewitsch Gegetschkori über seinen Vater Lawrentij Berija, den Geheimpolizeichef Stalins, in: Der Spiegel, 8/1996, S. 154–155
Stalin's Conversations With Chinese Leaders (documents with commentaries by Chen Jian, Vojtech Mastny, Odd Arne Westad, and Vladislav Zubok), in: Cold War International History Project Bulletin, 6–7 (Winter 1995/1996), S. 3–29
Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Čueva (140 Gespräche mit Molotov. Aus dem Tagebuch von F[eliks] Čuev), Moskau 1991
Suchodrev, V.: Jazyk moj – drug moj. Ot Chruščëva do Gorbačëva (Meine Sprache – mein Freund. Von Chruščëv bis Gorbačëv), Moskau 1999

Sudoplatov, Pavel: Razvedka i Kreml'. Zapiski neželatel'nogo svidetelja (Die [Auslands-] Aufklärung und der Kreml. Aufzeichnungen eines unerwünschten Zeugen), Moskau 1996
Trojanovskij, Oleg: Čerez gody i rasstojanija. Istorija odnoj sem'i (Über Jahre und Entfernungen hinweg. Die Geschichte einer Familie), Moskau 1997
Wollweber, Ernst: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/1990, S. 350–378

Sekundärliteratur

Achalkaci, D.S.: Korejskaja vojna i sovetsko-amerikanskie otnošenija (Der Korea-Krieg und die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen), in: Sovetskaja vnešnaja politika v gody „cholodnoj vojny". Novoe pročtenie (Die sowjetische Außenpolitik in den Jahren des „Kalten Krieges". Neue Ausgabe), hg. vom Institut für russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau 1995, S. 191–216
Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev, Baden-Baden 1998
Agethen, Manfred: Der Volksaufstand vom 17. Juni in der DDR. Die wichtigste Literatur des Jahres 2003, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 2004 (11), S. 351–370
Agethen, Manfred / Buchstab, Günter (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i.B. 2003, S. 56–88
Aksjutin, Jurij: Der XX. Parteitag der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 36–68
Aksjutin, Ju.V. / Volobuev, O.V.: XX s-ezd KPSS. Novacii i dogmy (Der XX. Parteitag der KPdSU. Neuerungen und Dogmen), Moskau 1991
Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999
Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster 2003
Andy, Joshua: The Soviet military at Novocherkassk: the apex of military professionalism in the Khrushchev era?, in: Ilic, Melanie / Smith, Jeremy (Hg.): Soviet State and Society Under Nikita Khrushchev, London – New York 2009, S. 181–196
Artizov, A.N. / Naumov, O.V.: Nekotorye problemy publikacii dokumentov plenumov CK VKP(b)-KPSS (Einige Probleme der Publikation von Dokumenten der ZK-Plena der Kommunistischen Allunions-Partei/Bolschewiki-KPdSU), in: Novaja i novejšaja istorija, 4/1998, S. 66–76
Bailey, George / Kondraschow, Sergej A. / Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997
Bar-Noi, Uri: The Soviet Union and Churchill's Appeals for High-Level Talks, 1953–54. New Evidence from the Russian Archives, in: Diplomacy and Statecraft, 1998, S. 110–133
Barsukov, N.: Na puti k XX s-ezdu (Auf dem Weg zum XX. Parteitag), in: Pravda, 10. 11. 1989
Barsukov, N.A.: XX s-ezd KPSS i ego istoričeskie real'nosti (Der XX. Parteitag der KPdSU und seine historischen Realitäten), Moskau 1991
Barsukov, N.A.: XX s-ezd v perspektive Chruščëva (Der XX. Parteitag in der Perspektive Chruščëvs), in: Otečestvennaja istorija, 6/1996, S. 169–177
Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD, Krefeld 1991
Beetz, Rüdiger: Die „Rebellion der Intellektuellen" in der DDR 1956/58, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 126–141
Behrend, Hanna: Ostberliner Studenten nach dem XX. Parteitag 1956. Materialbericht aus der Hinterlassenschaft von Manfred Behrend, in: Prokop, Siegfried (Hg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 248–264

Békés, Csaba: Cold War, Détente, and the 1956 Hungarian Revolution, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace? Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 213–231

Beleckij, V.N.: Za stolom peregovorov. Obsuždenie germanskich del na poslevoennych soveščanijach i vstrečach (Am Verhandlungstisch. Die Erörterung deutscher Angelegenheiten auf den Nachkriegskonferenzen und -treffen), Moskau 1979

Berghe, Yvan Vanden: Der Kalte Krieg 1917–1991, Leipzig 2002

Berija. Konec kar'ery (Berija. Das Ende einer Karriere), Moskau 1991

Besymenski, Lew: Berija will die DDR beseitigen, in: Die Zeit, 15. 10. 1993

Besymenski, Lew: Sowjetischer Geheimdienst und Wiedervereinigung Deutschlands: Der Berija-Plan von 1953, in: Krieger, Wolfgang / Weber, Jürgen (Hg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 155–159

Bethlehem, Siegfried: Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982

Bílek, Jiří: Der Einfluß der Ereignisse in Ungarn auf die Innenpolitik der Tschechoslowakei, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 469–484

Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989

Bischof, Günter: Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leaverage of the Weak, Houndmills – London 1999, S. 130–148

Bischof, Günter: Österreichische Neutralität, die deutsche Frage und europäische Sicherheit 1953–1955, in: Steininger, Rolf / Weber, Jürgen / Bischof, Günter / Albrich, Thomas / Eisterer, Klaus (Hg.): Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und Deutsche Frage in den Fünfzigern (= Tutzinger Schriften zur Politik 2), München 1993, S. 133–176

Bischof, Günter / Dockrill, Saki (Hg.): Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge 2000

Bispinck, Henrik: „Republikflucht". Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 285–309

Boffa, Džuzeppe: Istorija Sovestkogo Sojuza. V dvuch tomach (Die Geschichte der Sowjetunion. In zwei Bänden), Bd. 2: Ot Otečestevennoj vojny do položenija vtoroj mirovoj deržavy. Stalin i Chruščëv 1941–1964 (Vom Vaterländischen Krieg bis zur Stellung als zweite Weltmacht. Stalin und Chruščëv 1941–1964), Moskau 1994

Bonwetsch, Bernd: Entstalinisierung und imperiale Politik. Die UdSSR und der Ostblock nach Stalins Tod, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 169–192

Borchard, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955, Düsseldorf 2000

Bremen, Christian: Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961, [West-]Berlin – New York 1998

Burr, William: Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958 – January 1959, in: Diplomatic History, Vol. 18, Issue 2 (1994), S. 177–205

Bystrova, N.E.: SSSR i formirovanie voenno-blokovogo protivostojanija v Evrope. 1945–1955 gg. (Die UdSSR und die Formierung einer militärischen Blockkonfrontation in Europa. 1945–1955), in: Trudy Instituty rossijskoj istorii [Rossijskaja akademija nauk], Vypusk 6, Moskau 2006, S. 276–304

Bystrova, N.E.: SSSR i formirovanie voenno-blokovogo protivostojanija v Evrope (1945–1955 g.) (Die UdSSR und die Formierung einer militärischen Blockkonfrontation in Europa. 1945–1955), 2 Bände, Moskau 2005

Chavkin, Boris: Moskau und der Volksaufstand in der DDR im Juni 1953, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/2004, S. 139–165

Chlevnjuk, O.V.: L.P. Berija: predely istoričeskoj „reabilitacii“ (L.P. Berija: Grenzen der historischen „Rehabilitierung“, in: Bordjugov, G.A. (Hg.): Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let (Historische Forschungen in Russland. Tendenzen der letzten Jahre), Moskau 1996, S. 139–154

Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej (Der Kalte Krieg 1945–1963. Historische Retrospektive. Eine Aufsatzsammlung), hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003

Čubar'jan, A.O.: Novaja istorija „cholodnoj vojny“ (Die neue Geschichte des „Kalten Krieges“), in: Novaja i novejšaja istorija, 6/1997, S. 3–22

Čurilin, Aleksandr: Wie die „österreichische Frage“ gelöst wurde, in: Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara: Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955, Wien 2005, S. 773–783

Danilov, A.A. / Pyžikov, A.V.: Roždenie sverchderžavy. SSSR v pervye poslevoennye gody (Die Geburt einer Supermacht. Die UdSSR in den ersten Nachkriegsjahren), Moskau 2001

Diedrich, Torsten: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003

Diedrich, Torsten: Die Kasernierte Volkspolizei (1952–1956), in: Diedrich, Torsten / Ehlert, Hans / Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 339–369

Diedrich, Torsten: Die bewaffnete Sicherung des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates bei der Schaffung von Grundlagen des Sozialismus und im Ringen um ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland, Dissertation (A) am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, Potsdam 1989

Diedrich, Torsten / Hertle, Hans-Hermann (Hg.): Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003

Diedrich, Torsten / Ehlert, Hans / Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998

Diedrich, Torsten / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR (Militärgeschichte der DDR 11), hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Berlin 2005

Diedrich, Torsten / Wenzke, Rüdiger: Mit „Zuckerbrot und Peitsche“ gegen das Volk. Die DDR und ihre bewaffneten Kräfte im Krisenjahr 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 439–468

Dockrill, Michael L.: The Cold War, 1945–1963, Basingstoke 1988

Dudek, Antoni: Der politische Umbruch von 1956 in Polen, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 27–42

Egereva, Elena: Pavel Sudoplatov: „Iz menja delali kozla otpuščenija“ (Pavel Sudoplatov: „Man hat mich zum Sündenbock gemacht“), in: Novoe vremja, 39/1996, S. 40–42

Egorova, N.I.: Evropejskaja bezopasnost', 1954–1955 gg. Poiski novych podchodov (Die europäische Sicherheit, 1954–1955. Forschungen von neuen Standpunkten), in: Rossijskaja Akademija Nauk / Institut vseobščej istorii (Hg.): Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja perspektiva. Sbornik statej, Moskau 2003, S. 455–486

Egorova, N.I.: Evropejskaja bezopasnost' i „ugroza“ NATO v ocenkach stalinskogo rukovodstva (Die europäische Sicherheit und die „Bedrohung“ durch die NATO in den Einschätzungen der Stalin-Führung), in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny. Fakty i gipotezy (Das Stalin-Jahrzehnt des Kalten Krieges. Fakten und Hypothesen), hg. vom Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau 1999, S. 56–77

Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe, in: Hilger, Andreas / Schmeitzner, Mike / Schmidt, Ute (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, Dresden 2001, S. 55–64

Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Suckut, Siegfried / Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 51–72

Engelmann, Roger: Ernst Wollweber (1898–1967). Chefsaboteur der Sowjets und Zuchtmeister der Stasi, in: Krüger, Dieter / Wagner, Armin (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 200–204

Engelmann, Roger: „Schild und Schwert" als Exportartikel: die Sowjets und der Aufbau der DDR-Geheimdienste, in: Krieger, Wolfgang (Hg.): Geheimdienste in der Weltgeschichte. Von der Antike bis heute, Köln 2007, S. 297–310

Engelmann, Roger: Lehren aus Polen und Ungarn 1956. Die Neuorientierung der DDR-Staatssicherheit, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 281–296

Engelmann, Roger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005

Engelmann, Roger / Schumann, Silke: BF informiert. Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Abteilung Bildung und Forschung (BF), Berlin 1995

Erler, Hans: Fritz Erler contra Willy Brandt. Demokratie oder Volksfront in Europa, Stuttgart 1976

Evangelista, Matthew: „Why Keep Such an Army?": Khrushchev's Troop Reductions, Cold War International History Project, Working Paper Nr. 19, Washington 1997

Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1993

Fässler, Peter E.: Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949–1958, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/2006, S. 673–700

Filitov, Aleksej: Adenauers Moskaubesuch 1955. Vor- und Nachspiel im Spiegel der internen sowjetischen Berichte, in: Altrichter, Helmut (Hg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 39–56

Filitow, Alexej: Erste Risse im totalitären Weltbild. Die internen Vorlagen und Denkansätze in den sowjetischen Partei- und Staatsgremien am Vorabend der Entstalinisierung, 1953–1956, in: Timmermann, Heiner / Gruner, Wolf D. (Hg.): Demokratie und Diktatur in Europa. Geschichte und Wechsel der politischen Systeme im 20. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 555–566

Filitov, A.M.: SSSR i GDR: god 1953-j (UdSSR und DDR: Das Jahr 1953), in: Voprosy istorii, 7/2000, S. 123–135

Filitov, A.M.: SSSR i germanskij vopros: povorotnye punkty (1941–1961 gg.) (Die UdSSR und die deutsche Frage: Wendepunkte 1941–1961), in: Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej (Der Kalte Krieg 1945–1963. Historische Retrospektive. Aufsatzsammlung), hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003

Filitov, Alexei: Die UdSSR und das Vertragswerk von Bonn und Paris – Vom 10. März 1952 zum 10. März 1952, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 83–95

Filitov, A.M.: Germanskij vopros: ot raskola k ob-edineniju (Die deutsche Frage: Von der Teilung bis zur Wiedervereinigung), Moskau 1993

Filitov, A.M.: Germanija v sovetskom vnešnepolitičeskom planirovanii 1941–1990 / Deutschland in den sowjetischen außenpolitischen Planungen 1941–1990, Moskau 2009

Filitov, A.M. / Domračëva, T.V.: Sovetskaja politika v germanskom voprose (1953–1955 gg.) (Die sowjetische Politik in der deutschen Frage 1953–1955), in: M.M. Narinskij (Hg.): Cholodnaja vojna. Novye podchody, novye dokumenty (Der Kalte Krieg. Neue Ansätze, neue Dokumente), Moskau 1995, S. 240–257

Foitzik, Jan / Künzel, Werner / Leo, Annette / Weyrauch, Martina (Hg.): Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen, Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Potsdam 2004

Foitzik, Jan: Die parteiinterne Behandlung der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag durch die SED, die PVAP und die KPTsch, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 60–83

Foitzik, Jan: Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa. Verlauf, Ursache und Folgen, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 35–60

Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001

Freedman, Lawrence: The Evolution of Nuclear Strategy, New York 1981

Fricke, Karl-Wilhelm / Engelmann, Roger: Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Staatsapparat, Bremen 2003

Fricke, Karl Wilhelm / Engelmann, Roger: „Konzentrierte Schläge". Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998

Fulbrook, Mary: „Entstalinisierung" in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 35–42

Fursenko, A.A.: Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka (Russland und internationale Krisen. Mitte des 20. Jahrhunderts), Moskau 2006

Fursenko, Aleksandr / Naftali, Timothy: Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary, New York – London 2006

Gaddis, John Lewis: We Now Know. Rethinking Cold War History, New York 1997

Gati, Charles: Zur Neubewertung des ungarischen Aufstands 1956, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 127–157

Gehler, Michael: From Non-alignment to Neutrality. Austria's Transformation during the First East-West Détente, 1953–1955, in: Journal of Cold War Studies, H. 4, 7. Jg. (Herbst 2005), S. 104–137

Gibianski, Leonid Ja. / Afiani, Witali Ju. / Stykalin, Aleksandr S.: Zur sowjetischen Außenpolitik im Herbst 1956, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 26–44

Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart – München 2001

Gieseke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit (1950–1990), in: Diedrich, Torsten / Ehlert, Hans / Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998, S. 371–422

Gladkov, Teodor, Lift v razvedku. „Korol' nelegalov" Aleksandr Korotkov, (Der Fahrstuhl in den Geheimdienst. Der „König der Illegalen" Aleksandr Korotkov), Moskau 2002

Göllner, Ralf Thomas: Die ungarische Revolution von 1956, in: Agethen, Manfred / Buchstab, Günter (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i. B. 2003, S. 89–129

Görldt, Andrea: Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser. Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik, Frankfurt/Main 2002

Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 35–40

Gräfe, Karl-Heinz: Die Krise des sowjetischen Imperiums und der Neue Kurs in Osteuropa, in: Kinner, Klaus (Hg.): Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953, Leipzig 2003, S. 91–126

Granville, Johanna: Ulbricht im Oktober 1956: Survival of Spitzbart during Destalinization, in: Journal of Contemporary History, 3/2006, S. 477–502

Grieder, Peter: Eine unabhängige britische Sicht auf die Konflikte im SED-Politbüro 1956–1958, in: Klein, Thomas / Otto, Wilfriede / Grieder, Peter: Visionen, Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Teil II, Frankfurt/Oder 1997, S. 562–619
Grinevskij, Oleg: Berlinskij krizis 1958–59 gg. Zapiski diplomata (Die Berlin-Krise 1958–1959. Aufzeichnungen eines Diplomaten), in: Zvezda, 2/1996, S. 126–156
Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996
Grinevskij, Oleg: Perelom. Ot Brežneva k Gorbačëvu (Die Wende. Von Brežnev zu Gorbačëv), Moskau 2004
Gromyko, A.A. / Ponomarëv, B.N. (Hg.): Istorija vnešnej politiki SSSR (Geschichte der Außenpolitik der UdSSR), Bd. 2, Moskau 1976
Großbölting, Thomas: Entstalinisierungskrisen im Westen. Die kommunistischen Bewegungen Westeuropas und das Jahr 1956, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 233–249
Györkei, Jenö / Horváth, Miklós (Hg.): 1956. Soviet Military Intervention in Hungary, Budapest 1999
Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1983
Hahn, Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996
Hajdu, Tibor: Ungarn und die Tschechoslowakei, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 67–72
Halder, Winfried: Was die Russen wirklich wollten. Zur Bedeutung des Uranerzbergbaus in der SBZ/DDR 1945–1954, in: Mehnert, Elke (Hg.): ...'s kommt alles vom Bergwerk her. Materialienband zum 7. Deutsch-Tschechischen Begegnungsseminar Gute Nachbarn – Schlechte Nachbarn?, Frankfurt/Main 2005, S. 63–89
Hall, R. Cargill: The Truth About Overflights. Military Reconnaissance Missions Over Russia Before the U-2, in: Quarterly Journal of Military History, Frühjahr 1997, S. 25–39
Harrison, Hope M.: The New Course: Soviet Policy toward Germany and the Uprising in the GDR, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?, Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 193–209
Harrison, Hope M.: The bargaining power of weaker allies in bipolarity and crisis: The dynamics of Soviet-East German relations, 1953–1961, Diss. Columbia University 1993, UMI Ann Arbor (Order Number 9412767)
Harrison, Hope M.: Driving the Soviets Up the Wall. Soviet – East German Relations, 1953–1961, Princeton/NJ – Oxford 2003
Harrison, Hope M.: Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, Working Paper No. 5, Cold War International History Project, Woodrow Wilson Center, Washington/DC, May 1993
Harrison, Hope: Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU. Die Verhinderung politischer Korrekturen in der DDR, 1956–1958, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 43–52
Hedeler, Wladislaw: Das Referat Nikita Chruščevs „Über den Personenkult und seine Folgen" auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Vorgeschichte. Betrachtungen im Lichte neuer Quellen, in: JahrBuch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/2006, S. 4–19
Hegedüs, András B. / Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs", 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000
Heinemann, Winfried: Das Krisenjahr 1956 und die Entwicklung der Blockkonfrontation, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 193–218
Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 48), München 1999
Herbstritt, Georg: Ein Weg der Verständigung? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges, Frankfurt/Main 1993

Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen 2000
Hilger, Andreas: Grenzen der Entstalinisierung. Sowjetische Politik zwischen Rehabilitierung und Repression 1953–1964, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 253–274
Hilger, Andreas: Stalins Justiz auf dem Prüfstand? Deutsche „Kriegsverurteilte" zwischen Repatriierung und Rehabilitierung, 1953–2002, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1/2004, S. 123–150
Hoffmann, Dierk: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich 2003
Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie, München 2009
Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003
Holzer, Jerzy: Die Geheimrede Chruschtschows und ihre Rezeption in Ostmitteleuropa, in: Hahn, Hans- Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 13–20
Hoppe, Christoph: Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993
Horn, Harald: Die Berlin-Krise 1958/61, Frankfurt/Main 1970
Horváth, Miklós / Tulipán, Éva: Krisenmanagement in Ungarn während und nach der Revolution von 1956, in: Diedrich, Torsten / Süß, Walter (Hg.), Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010, S. 135–147
Ihme-Tuchel, Beate: Das „nördliche Dreieck". Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994
Ihme-Tuchel, Beate: Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen der SED und der KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 449–465
Ihme-Tuchel, Beate: Die SED und die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zwischen 1949 und 1955, in: Deutschland Archiv, 5/1994, S. 490–503
Jacobsen, Hans-Adolf: Vorwort, in: Janning, Josef / Legrand, Hans-Josef / Zander, Helmut (Hg.): Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987
Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964
Jarząbek, Wanda: „W sprawach niemieckich nasz głos musi mieć swą wagę..." Problem niemiecki w polskiej polityce zagranicznej od października 1956 r. do rozpoczęcia tzw. drugiego kryzysu berlińskiego w listopadzie 1958 r. („In deutschen Angelegenheiten muss unsere Stimme Gewicht haben..." Das Deutschland-Problem in der polnischen Außenpolitik von Oktober 1956 bis zum Ausbruch der zweiten Berlin-Krise im November 1958), in: Dzieje najnowsze, XXXIII (2001), S. 103–129
Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn 1996
Kastner, Jill: The Berlin Crisis and the FRG, 1958–62, in: Gearson, John P.S. / Schake, Kori (Hg.): The Berlin Wall Crisis. Perspectives on Cold War Alliances, New York 2002, S. 126–146
Katzer, Nikolaus: Eine Übung im Kalten Krieg. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1994
Kelleher, Catherine McArdle: Germany & the Politics of Nuclear Weapons, New York – London 1975
Kilian, Werner: Adenauers Reise nach Moskau, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i. B. 2005
Kinner, Klaus (Hg.): Menetekel 17. Juni 1953, Leipzig 2003
Kircheisen, Inge: Die internationale Sozialdemokratie im Jahr 1956, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 142–164

Klein, Thomas / Otto, Wilfriede / Grieder, Peter: Repression und Opposition in der Sicht der SED (1949–1989), Frankfurt/Oder 1997 (2. Aufl.)
Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001 (2. Aufl.)
Kondraschow, Sergej: Die Ereignisse des Jahres 1953 und deren Bewertung von Aufklärungsdiensten, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Juni 1953 in Deutschland. Der Aufstand im Fadenkreuz von Kaltem Krieg, Katastrophe und Katharsis, Münster 2003, S. 26–43
König, Johannes: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, in: Deutsche Außenpolitik, 1/1965, S. 61–69
Koivonen, Pia: The 1957 Moscow Youth Festival: propagating a new, peaceful image of the Soviet Union, in: Ilic, Melanie / Smith, Jeremy (Hg.): Soviet State and Society Under Nikita Khrushchev, London – New York 2009, S. 56–65
Koop, Volker: Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003
Kostyrčenko, G.V.: Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitzm (Die Geheimpolitik Stalins. Staatsmacht und Antisemitismus), Moskau 2001
Kowalczuk, Ilko-Sascha: Zwischen Hoffnungen und Krisen: Das Jahr 1956 und seine Rückwirkungen auf die DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006, S. 15–33
Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die gescheiterte Revolution – „17. Juni 1953". Forschungsstand, Forschungskontroversen und Forschungsperspektiven, in: Archiv für Sozialgeschichte, 2004 (44), S. 606–664
Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. 6. 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003
Kowalczuk, Ilko-Sascha / Mitter, Armin / Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X. 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995
Kozlov, V.A.: Massovye besporjadki v SSSR pri Chruščëve i Brežneve (Massenunruhen in der UdSSR unter Chruščëv und Brežnev), Novosibirsk 1999
Kramer, Mark: Der Aufstand in Ostdeutschland im Juni 1953, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.): Krisen im Kalten Krieg, Hamburg 2008, S. 80–126
Kramer, Mark: Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 17–18/2006, 24. 4. 2006, S. 8–16
Kramer, Mark: Introduction: International Politics in the Early Post-Stalin Era: A Lost Opportunity, a Turning Point, or More of the Same? , in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?, Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. XIII–XXXIII
Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 61–126
Kramer, Mark: The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavals in East Central Europe, in: Journal of Cold War Studies, 1. Jg., H. 1 (Winter 1999), S. 3–55, H. 2 (Frühjahr 1999), S. 3–38, H. 3 (Herbst 1999), S. 3– 66
Kritides, Gregor: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer, Hannover 2008
Krüger, Joachim: Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluss des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4/1992, S. 75–85
Kühlem, Kordula: Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2008
Kusber, Jan: Zwei Lösungen eines Problems. Die Sowjetunion und das Jahr 1956 in Polen und Ungarn, in: Osteuropa, 5/2006, S. 87–96
Küsters, Hanns Jürgen: Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990, München 2000
Küsters, Hanns Jürgen: Die Bedeutung der Entstalinisierungskrise für die Deutschlandpolitik, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 219–232
Küsters, Hanns Jürgen: Keine Weltenwende? Konrad Adenauer und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, in: Altrichter, Helmut (Hg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 23–38

Laboor, Ernst: Der Rapacki-Plan. Realistische Friedensidee oder Kampfplan gegen Bonn? Die Sicht Warschaus, Moskaus und [Ost-]Berlins, Hefte zur DDR-Geschichte 11, Berlin 1993

Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire". Band I:1949–1958, München 2001

Larres, Klaus: Churchill's Cold War. The Politics of Personal Diplomacy, New Haven – London 2002

Larres, Klaus: Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Mißtrauens? (1953–1961), in: Larres, Klaus / Opelland, Torsten (Hg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S. 119–150

Larres, Klaus: Großbritannien und der 17. Juni 1953, in: Kleßmann, Christoph / Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 155–179

Larres, Klaus: Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill postwar foreign policy, in: Journal of European Integration History, Vol. 2, Nr. 1 (1996), S. 5–50

Larres, Klaus: Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage, Göttingen – Zürich 1995

Larres, Klaus: The Road to Geneva 1955: Churchill's Summit Diplomacy and Anglo-American Tension after Stalin's Death, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace? Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 137–155

Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995

Lemke, Michael: Ein Desaster für die SED? Wahrnehmungen, Bewertungen und Folgen der Adenauer-Reise nach Moskau, in: Altrichter, Helmut (Hg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 245–266

Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001

Lemke, Michael: Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille. Divergenzen zwischen den Berlinkonzepten von SED und UdSSR in der Expositionsphase der zweiten Berlinkrise, in: Ciesla, Burghard / Lemke, Michael / Lindenberger, Thomas (Hg.): Sterben für Berlin ? Die Berliner Krisen 1948 : 1958, Berlin 2000, S. 203–220

Lemke, Michael: Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956 bis 1961, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 361–377

Lemke, Michael: Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Mayer, Tilman (Hg.): „Macht das Tor auf". Jakob-Kaiser-Studien, Berlin 1996, S. 171–234

Leugers-Scherzberg, August H.: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin – München 2002

Lippmann, Heinz: Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13. 6. 1956, S. 369–376

Litván, György: Die ungarische Revolution 1956, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 149–162

Loest, Erich: Die Jahrhundertrede, in: Deutschland Archiv, 1/2006, S. 27–34

Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Göttingen 2007

Machewicz, Paweł: Massenbewegung 1956 in Polen, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996

Mählert, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003

Maier, Klaus A.: Die politische Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen, in: Greiner, Christian / Maier, Klaus A. / Rebhan, Heinz: Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949 bis 1959, München 2003, S. 253–326

Malycha, Andreas / Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009
Mastny, Vojtech: The Elusive Détente: Stalin's Successors and the West, in: Larres, Klaus / Osgood, Kenneth (Hg.): The Cold War after Stalin's Death. A Missed Opportunity for Peace?, Lanham – Boulder/CO – New York 2006, S. 3–26
Mastny, Vojtech: The History of Cold War Alliances, in: Journal of Cold War Studies, 4. Jg., H. 2 (Frühjahr 2002), S. 55–58
Mastny, Vojtech: The Launching of the Warsaw Pact and Soviet Grand Strategy, in: Suppan, Arnold / Stourzh, Gerald / Mueller, Wolfgang (Hg.): Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz und nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity, Wien 2005, S. 145–162
Mastny, Vojtech: NATO in the Beholder's Eye: Soviet Perceptions and Policies, 1949–1956, Working Paper Nr. 35, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D.C. 2002
Mastny, Vojtech: Die NATO im sowjetischen Denken und Handeln 1949 bis 1956, in: Mastny, Vojtech / Schmidt, Gustav: Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946–1956, München 2003, S. 381–471
Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VIII: Teile 1–3, Baden-Baden – Frankfurt/Main 1995
Maximytschew, Igor F.: Eine wenig bekannte Seite des 17. Juni 1953, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Juni 1953 in Deutschland. Der Aufstand im Fadenkreuz von Aufstand, Katastrophe und Katharsis, Münster 2003
Mayer, Heinz Heinrich: Kriegsgefangene im Kalten Krieg. Die Kriegsgefangenenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1955, Osnabrück 1998
Medvedev, R.A.: Oni okružali Stalina (Sie umgaben Stalin), Moskau 1990
Melis, Damian van / Bispinck, Henrik (Hg.): „Republikflucht". Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2006
Merl, Stephan: Berija und Chruščëv. Entstalinisierung oder Systemerhalt? in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 9/2001, S. 484–506
Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie, München 2006
Minrath, Axel: Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnisstrategie in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986
Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hg.): Adenauer-Studien III: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974
Mueller, Wolfgang: Die UdSSR und die Römischen Verträge, in: Gehler, Michael (Hg.): Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007 / From Common Market to European Union Building: 50 years of the Rome Treaties 1957–2007, Wien – Köln – Weimar 2009, S. 617–662
Müller, Werner: Karl Schirdewan – ein Stalinist mit preußischer Disziplin, in : Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 20. Jg. (2008), S. 64–91
Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991
Müller-Enbergs, Helmut / Otto, Wilfriede: Wilhelm Zaisser # [erscheint 2010, weitere Angaben folgen später]
Mußgnug, Dorothee: Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946–1990, Berlin 2001
Naimark, Norman M.: Stalins Tod und die Internationale Politik, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2003, S. 13–28
Nakath, Detlef: Zur politischen Bedeutung des Innerdeutschen Handels in der Nachkriegszeit (1948/49–1960), in: Christoph Buchheim (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 221–244
Naumov, V.P.: Bor'ba N.S. Chruščëva za edinoličnuju vlast' (Der Kampf N.S. Chruščëvs um die Alleinherrschaft), in: Novaja i novejšaja istorija, 2/1996, S. 10–31

Naumov, V.P.: Byl li zagovor Berii? Novye dokumenty o sobytijach 1953 g. (Gab es eine Verschwörung Berijas? Neue Dokumente über die Geschehnisse von 1953), in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1998, S. 17–39
Naumov, V.P.: Delo maršala G.K. Žukova (Der Fall von Marschall G.K. Žukov), in: Novaja i novejšaja istorija, 5–6/2000, S. 87–108, 1/2001, S. 71–99
Naumov, V.P.: K istorii sekretnogo doklada N.S. Chruščëva na XX s-ezde KPSS (Zur Geschichte des Geheimberichts von N.S. Chruščëv auf dem XX. Parteitag der KPdSU), in: Novaja i novejšaja istorija, 4/1996, S. 147–168
Naumov, V.P.: Posle smerti Stalina (Nach Stalins Tod), in: Rossija i sovremennyj mir, 4/1995 (9), S. 143–161
New Evidence on the Korean War (contributions by Chen Jian, Evgueni Bajanov, Hyun-su Jeon with Gyoo Kahng, Alexandre Y. Mansourov, Bruce Cumings and Kathryn Weathersby), in: Cold War International History Project Bulletin, 6–7 (Winter 1995/1996), S. 30–122
Niemann, H. / Prokop, S.: Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR, Hefte zur DDR-Geschichte Bd. 28, Berlin 1995
Novik, F.: Sovetskaja politika v otnošenii GDR do i posle 17 ijunja 1953 [po dokumentam Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii] (Die sowjetische Politik in Bezug auf die DDR bis und nach dem 17. Juni 1953 [nach Dokumenten des Außenpolitischen Archivs der Russischen Föderation]). Arbeitspapier für die internationale Konferenz „The Crisis Year 1953 and the Cold War in Europe", Potsdam, 10.–12. 11. 1996
Novik, F.I.: „Ottepel" i inercija cholodnoj vojny. Germanskaja politika SSSR v 1953–1955 gg. (Das „Tauwetter" und das Beharrungsvermögen des Kalten Krieges. Die Deutschland-Politik der UdSSR 1953–1955), Moskau 2001
Novik, F.I.: SSSR i načalo berlinskogo krizisa (Die UdSSR und der Beginn der Berlin-Krise), in: Tupolev, B.M. (Red.): Rossija in Germanija. Rußland und Deutschland, hg. von der Russischen Akademie der Wissenschaften, Institut für allgemeine Geschichte, Band 3, Moskau 2004, S. 331–345
Novik, F.I.: SSSR i sobytija v GDR v ijune 1953 g. (Die UdSSR und die Ereignisse in der DDR im Juni 1953), in: Trudy Instituty rossijskoj istorii [RAN], Vypusk 6, Moskau 2006, S. 305–326
Novik, F.I.: Ustanovlenija diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG (Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD), in: Otečestvennaja istorija, 6/1995, S. 106–119
Nowik, Faina: Die sowjetische Deutschland-Politik 1953–1955, in: Wettig, Gerhard (Hg.): Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 54–61
Novopašin, Ju. S. (Hg.): Političeskie krizisy 50-60-ch godov v vostočnoj Evrope (Politische Krisen der 50er und 60er Jahre in Osteuropa), Moskau 1993
Nünlist, Christian: Die westliche Allianz und Chruschtschows Außenpolitik, in: Diedrich, Torsten / Heinemann, Winfried / Ostermann, Christian (Hg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch, 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 9–26
Olschowsky, Heinrich: Das Jahr 1956 in der literarischen Szene der DDR, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 116–134
Openkin, L.A.: Na istoričeskom pereput'e (Am historischen Scheideweg), in: Voprosy istorii KPSS, 1 (Januar 1990), S. 105–118
Openkin, L.A.: Ottepel': Kak ėto bylo (1953–1955 gg.) (Das Tauwetter: Wie es war 1953–1955), in: Političeskaja istorija XX veka, 4/1991, S. 3–64
Orlov, A.: Tajnaja bitva sverchderžav (Die geheime Schlacht der Supermächte), Moskau 2000
Orlow, Alexander: Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt, in: Heinemann, Winfried / Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 43–57
Ostermann, Christian F. (Hg.): Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest – New York 2001

Ostermann, Christian: Amerika und der Moskaubesuch Adenauers 1955, in: Altrichter, Helmut (Hg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext, Bonn 2007, S. 203–226
Otto, Wilfriede: Ansätze kritischer Geschichtsreflexionen, in: Prokop, Siegfried (Hg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 27–50
Otto, Wilfriede: Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (mit zwei Dokumenten), in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002/II (Mai 2002), S. 4–22
Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000
Otto, Wilfriede / Müller-Enbergs, Helmut: Wilhelm Zaisser: Spanienkämpfer – MfS-Chef – Unperson, Berlin 2009
Paige, Glenn D.: Comparative Case Analysis of Crisis Decisions: Korea and Cuba, in: Charles F. Hermann (Hg.): International Crises. Insights from Behavioral Research, New York 1972, S. 41–55
Pernes, Jiří: Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Kleßmann, Christoph / Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 93–103
Petrov, Nikita: General Ivan Serov – der erste Vorsitzende des KGB, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/1998, S. 159–207
Pichoja, Rudolf: Medlenno tajuščij lëd (Langsam schmelzendes Eis), in: Meždunarodnyj istoričeskij žurnal, H. 7 (Jan.–Feb. 2000), http://history.machaon.ru/all/number_07/analiti4/ice_print/index-html, S. 1–82
Pichoja, R.A.: Moskva, Kreml', Vlast'. Sorok let posle vojny, 1945–1985 (Moskau, Kreml, Macht. 40 Jahre nach dem Krieg, 1945–1985), Moskau 2007
Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964, Bad Godesberg – Lichtenstein 1965
Platoškin, Nikolaj: Žarkoe leto 1953 goda v Germanii (Der heiße Sommer des Jahres 1953 in Deutschland), Moskau 2004
Pöttering, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975
Prokop, Jan: Der polnische Oktober 1956 – Dichtung und Wahrheit, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 135–140
Prokop, Siegfried: Die DDR im Jahre 1956, in: Prokop, Siegfried (Hg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 15–50
Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997
Prokop, Siegfried: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006
Prokop, Siegfried: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003
Prozumenščikov, Michail: Ereignisse, die die kommunistische Welt erschütterten. Zum 50. Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, Berlin 2006, S. 49–65
Prozumenščikov, Michail: Nach Stalins Tod. Sowjetische Österreich-Politik 1953–1955, in: Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955, Graz – Wien – München 2005, S. 729–753
Pyžikov, A.V.: Poslednie mesjacy diktatora (1952–1953 gody) (Die letzten Monate des Diktators 1952/53), in: Otečestvennaja istorija, 2/2002, S. 152–158
Rainer, János M.: Ungarn 1953–1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung, in: Hegedüs, András B. / Wilke, Manfred (Hg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs", 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000, S. 137–142
Rainer, János M.: Der ‚Neue Kurs' in Ungarn 1953, in: Kleßmann, Christoph / Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 71–77
Rauh, Hans-Christoph: Aufbruch und Abbruch, in: Prokop, Siegfried (Hg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 51–87

Reiman, Michal: Malenkov und die deutsche Einheit. Ergänzungen zur Diskussion über die sowjetische Deutschland-Note vom März 1952, in: Deutschland Archiv, 3/1999, S. 456–460
Riklin, Alois: Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus, Köln 1964
Roberts, Geoffrey: A Chance for Peace? The Soviet Campaign to End the Cold War, 1953–1955, Working Paper No. 57, Cold War International History Project, Woodrow Wilson International Center for Scholars, 2008
Ročin, A.A.: Gody obnovlenija, nadežd i razočarovanija, in: Novaja i novejšaja istorija, 5/1988, S. 127–147
Rodovič, Ju. F.: Germanskaja problema v 1945–1955 gg. i pozicija SSSR. Koncepcija i istoričeskaja praktika (Das deutsche Problem 1945–1955 und die Position der UdSSR. Konzeption und historische Praxis), Tula 1997
Röhl, Bettina: So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte „Konkret", Hamburg 2006
Rott, Wilfried: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009
Ruchniewicz, Krzysztof: Entspannung in Deutschland und Europa? Die DDR und der Rapacki-Plan, in: Deutschland Archiv, 4/2002, S. 595–605
Rudolph, Karsten: Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg. Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945–1991, Frankfurt/Main – New York 2004
Ruggenthaler, Peter (Hg.): Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007
Rupieper, Hermann-Josef: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 427–453
Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln 1970
Scherstjanoi, Elke: Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1998, S. 497–529
Scherstjanoi, Elke: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben." Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv, 6/1998, S. 907–937
Schlaga, Rüdiger: Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im Verhältnis zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu unabhängigen Friedensbewegungen im Westen (1950–1979), Münster 1991
Schlarp, Karl-Heinz: Das Dilemma des westdeutschen Osthandels und die Entstehung des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft 1950–1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1993, S. 223–276
Schlarp, Karl-Heinz: Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Ära Adenauer, in: Eichwede, Wolfgang / Golczewski, Frank / Trautmann, Günter (Hg.): Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Münster 2000, S. 133–245
Schmidt, Gustav: Die Römischen Verträge und der Ost-West-Konflikt, in: Gehler, Michael (Hg.): Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007 / From Common Market to European Union Building: 50 years of the Rome Treaties 1957–2007, Wien – Köln – Weimar 2009, S. 85–109
Schmidt, Karl-Heinz: Die Deutschlandpolitik der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995
Schützler, Horst: Der XX. Parteitag der KPdSU und die Konfliktsituation im Lande, in: Prokop, Siegfried (Hg.): Zwischen Aufbruch und Abbruch. Die DDR im Jahre 1956, Berlin 2006, S. 115–156
Schützler, Horst: Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 und seine Vorgeschichte in der Sowjetunion, in: Kircheisen, Inge (Hg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen, Berlin 1995, S. 11–25
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann, Stuttgart 1991

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und Rußland, in: Kroneck, Friedrich J. / Oppermann, Thomas (Hg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechts. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1981, S. 365–389

Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Eine Biographie, Berlin 2009 (2. Aufl.)

Selvage, Douglas: Khrushchov's Berlin Ultimatum: New Evidence from the Polish Archives, in: Cold War International History Bulletin, 11 (1998), S. 200–203

Sergeev, Rostislav: Wie der Durchbruch in der österreichischen Frage erreicht wurde. Erinnerung eines Zeitzeugen der Moskauer Verhandlungen im April 1955 über den Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich, in: Suppan, Arnold / Stourzh, Gerald / Mueller, Wolfgang (Hg.): Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz und nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity, Wien 2005, S. 195–204

Sikora, Stanislav: Die Wirkung der ungarischen Ereignisse auf die Tätigkeit der KPTsch-Führung (Schwerpunkt: Slowakei), in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 73–79

Smith, Jean E.: Der Weg ins Dilemma. Preisgabe und Verteidigung der Stadt Berlin, [West-] Berlin 1965

Soutou, Georges-Henri: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996, Paris 1996

Sowart, Ralph: Planwirtschaft und die „Torheit der Regierenden". Die „ökonomische Hauptaufgabe" der DDR vom Juli 1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1999, S. 157–190

Spanger, Hans-Joachim: Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982

Starkov, Boris: Sto dnej Lubjanskogo maršala (Die hundert Tage des Lubjanka-Marschalls), in: Istočnik, 4/1993, S. 82–90

Steininger, Rolf: Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von Staatsvertrag und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005, S. 127–150

Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003

Stöckigt, Rolf: Direktiven aus Moskau. Sowjetische Einflussnahmen auf die DDR-Politik 1952/53, in: Černy, Jochen (Hg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 81–88

Stykalin, A.S.: Vostočnaja Evropa v sisteme otnošenij Vostok – Zapad (1953 – načalo 1969-ch gg.) (Osteuropa im System der Ost-West-Beziehungen 1953-Anfang 1969), in: Cholodnaja vojna 1945–1963 gg. Istoričeskaja retrospektiva. Sbornik statej (Der Kalte Krieg 1945–1963. Historische Retrospektive. Eine Aufsatzsammlung), hg. von Rossijskaja akademija nauk, Institut vseobščej istorii, Moskau 2003, S. 487–542

Taubman, William: Khrushchev. The Man and his Era, New York – London 2003

Thoß, Bruno: NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006

Timmermann, Heiner (Hg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002

Timmermann, Heiner: Die sowjetische Verhandlungsposition auf der Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kalten Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit, Münster 2003, S. 161–172

Tischler, János: Warschau – Budapest 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 17–18/2006, 24. 4. 2006, S. 16–24

Toptygin, Aleksej: Neizvestnyj Berija (Der unbekannte Berija), Sankt Petersburg – Moskau 2002

Torkunov, A.V.: Zagadočnaja vojna: Korejskij konflikt 1950–1953 godov (Der rätselhafte Krieg: Der Korea-Konflikt der Jahre 1950–1953), Moskau 2000

Trachtenberg, Marc: A Constructed Peace. The Making of the European Settlement 1945–1963, Princeton/NJ 1999

Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958–1962, München 2008

Uhl, Matthias: „Westberlin stellt also ein großes Loch inmitten unserer Republik dar". Die militärischen und politischen Planungen Moskaus und Ost-Berlins zum Mauerbau, in: Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2003, S. 311–330

Varga, György T.: Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956, in: Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001, S. 55–77

Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 127–136

Volkogonov, Dmitrij: Sem' voždej (Sieben Führer [der KPdSU]), Bd. I, Moskau 1995

Wacket, Markus: „Wir sprechen zur Zone". Die politischen Sendungen des RIAS in der Vorgeschichte der Juni-Erhebung 1953, in: Deutschland Archiv, 9/1993, S. 1035–1048

Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte, Berlin 2002

Weathersby, Kathryn: The Soviet Role in the Early Phase of the Korean War, in: Journal of American-East Asian Relations, 2. Jg., H. 4 (Winter 1993), S. 425–458

Weber, Hermann: Warum fand in der DDR kein Schauprozess statt?, in: Foitzik, Jan u. a. (Hg.): Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2004, S. 70–80

Weber, Hermann / Mählert, Ulrich (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998

Wendler, Jürgen: Die Deutschlandpolitik der SED in den Jahren 1952 bis 1958. Publizistisches Erscheinungsbild und Hintergründe der Wiedervereinigungsrhetorik, Köln 1991

Wenger, Andreas: Living with Peril. Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons, Lanham/MD – Boulder/CO – New York – Oxford 1997

Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 72), München 2007

Wentker, Hermann: Bedroht von Ost und West. Entstalinisierungskrise als Herausforderung für die DDR, in: Engelmann, Roger / Großbölting, Thomas / Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung und die Folgen, Göttingen 2008, S. 149–167

Wentker, Hermann: Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze. Herausforderung und Aktionsrahmen für die DDR in den fünfziger Jahren, in: Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre. Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2003, S. 59–74

Werkentin, Falco (Hg.): Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus" in der DDR 1952/53, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Bd. 15, Berlin 2002

Werkentin, Falco: Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002, S. 23–54

Wettig, Gerhard: Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht. Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Stalins Tod, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 12. Jg. (2005), S. 193–202

Wettig, Gerhard: Der Aufstand des 17. Juni in der DDR: Vorgeschichte und Folgewirkungen, in: Agethen, Manfred / Buchstab, Günter (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i.B. 2003, S. 56–88

Wettig, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999

Wettig, Gerhard: Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv, 4/2003, S. 599–614

Wettig, Gerhard: Berijas deutsche Pläne im Lichte neuer Quellen, in: Kleßmann, Christoph / Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – ein Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 49–69

Wettig, Gerhard: Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1989, in: Süß, Werner / Rytlewski, Ralf (Hg.): Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Berlin 1999, S. 157–186

Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006

Wettig, Gerhard: Der außenpolitische Kontext des 17. Juni, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Juni 1953 in Deutschland. Der Aufstand im Fadenkreuz von Kaltem Krieg, Katastrophe und Katharsis, Münster 2003, S. 17–25

Wettig, Gerhard: Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht. Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Stalins Tod, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 12. Jg. (2005), S. 193–202

Wettig, Gerhard: Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Eine Untersuchung auf der Basis neuer Archivdokumente, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 14 (2007), S. 341–352

Wettig, Gerhard: Konrad Adenauers Besuch in Moskau im September 1955: Konsens und Dissens zwischen UdSSR und DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 185–193

Wettig, Gerhard: Der Kreml und die Machtkämpfe in der SED-Führung 1953–1958, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, S. 146–158

Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion und die Krise der DDR im Frühjahr und Sommer 1953, in: Engelmann, Roger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005, S. 92–123

Wettig, Gerhard: Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953, The Harvard Cold War Studies Book Series 7, Lanham – Boulder/CO – New York – Toronto – Plymouth/UK 2008

Wettig, Gerhard: Stalins Aufrüstungsbeschluss. Die Moskauer Beratungen mit den Parteichefs und Verteidigungsministern der „Volksdemokratien" vom 9. bis 12. Januar 1951, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/2005, S. 635–650

Wettig, Gerhard: Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953, in: Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins (Studien zur Deutschlandfrage Bd. 13), Berlin 1994, S. 183–200

Wettig, Gerhard: Die beginnende Umorientierung der sowjetischen Deutschland-Politik im Frühjahr und Sommer 1953, in: Deutschland Archiv, 5/1995, S. 495–507

Wettig, Gerhard: Die Vereinbarungen der Siegermächte über Berlin und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1945, in: Bienert, Michael / Schaper, Uwe / Theissen, Andrea (Hg.): Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt, Berlin 2007, S. 17–29

Wettig, Gerhard: Vorgeschichte und Gründung des Warschauer Paktes, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 64 (2005) H. 1, S. 159–165

Wettig, Gerhard: Empathie – ein grundlegendes Erfordernis internationaler Politik. Zur Interpretation sowjetischer Äußerungen im Zeitalter des Kalten Krieges, in: Sieg, Martin / Timmermann, Heiner (Hg.): Internationale Dilemmata und europäische Visionen. Festschrift zum 80. Geburtstag von Helmut Wagner, Münster 2010, S. 334–340

Wettig, Gerhard: Chruščëv außenpolitisches Weltbild und Handeln", erscheint in: Karner, Stefan /Stelzl-Marx, Barbara et al. (Hg.): Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy–Chruščëv. Beitragsband, Innsbruck – Wien – Bozen 2011

Wilke, Manfred: Die Streikbrecherzentrale. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und der 17. Juni 1953, Münster 2004

Wilke, Manfred / Müller, Hans-Peter: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972, Köln 1990

Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966, Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad Godesberg 1977

Winkler, Christopher: Die U.S. Military Liaison Mission im Vorfeld der 2. Berliner Krise. Der Hubschrauberzwischenfall von 1958, in: Michael Lemke (Hg.): Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln 2006, S. 65–83

Wolle, Stefan: Das MfS und die Arbeiterproteste im Herbst 1956 in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 5/1991, 25. 1. 1991, S. 42–51

Wolle, Stefan: Polen und die DDR im Jahre 1956, in: Hahn, Hans Henning / Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 46–57

Wolle, Stefan: Revolte im Hörsaal. Die Humboldt-Universität im Jahr 1956, in: Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat, 19/2006, S. 3–26

Young, John Wilson: Coldwar Europe 1945–1991, London 1997

Zagladin, Vadim V.: Der erste Erneuerungsimpuls. Eine Betrachtung des XX. Parteitages der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 11–35

Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002

Zubok, Vladislav: „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage..." Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Kleßmann, Christoph / Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 29–48

Zubok, Vladislav M.: Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Bischof, Günter / Dockrill, Saki (Hg.): Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge 2000, S. 55–74

Zubok, Vladislav M.: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill/NC 2007

Zubok, Vladislav: Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–1961, in: Krieger, Wolfgang / Weber, Jürgen (Hg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München 1997, S. 121–143

Zubok, Vladislav: Die sowjetrussische Gesellschaft in den sechziger Jahren, in: Karner, Stefan / Tomilina, Natalja / Tschubarjan, Alexander / Iščenko, Viktor / Prozumenščikov, Michail / Ruggenthaler, Peter / Tůma, Oldřich / Wilke, Manfred (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Bd 1: Beiträge, Köln – Weimar –Wien 2008, S. 823–848

Zubok, Vladislav M.: Khrushchev's Motives and Soviet Diplomacy in the Berlin Crisis 1958–1962, Arbeitspapier für die internationale wissenschaftliche Konferenz „The Soviet Union, Germany, and the Cold War, 1945–1962", Essen und Potsdam, 28. 6.–3. 7. 1994, S. 7

Zubok, Vladislav / Pleshakov, Constantine: Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/MA – London 1996 (deutsche Übersetzung: Subok, Wladislaw / Pleshakow, Constantine: Der Kreml im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1997)

Zubok, V. / Vodop'janova, Z.: Sovetskaja diplomatija i berlinskij krizis (1958–1962 gg.) (Die sowjetische Diplomatie und die Berlin-Krise 1958–1962), in: Narinskij, M.M. (Hg.): Cholodnaja vojna. Novye podchody, novye dokumenty (Der Kalte Krieg. Neue Standpunkte, neue Dokumente), Moskau 1995, S. 258–274

Žukov, Ju.N.: Bor'ba za vlast' v rukovodstve SSSR v 1945–1952 godach (Der Machtkampf in der Führung der UdSSR in den Jahren 1945–1952), in: Voprosy istorii, 1/1995, S. 23–29

Žukov, Ju.N.: Tajny Kremlja. Stalin, Molotov, Berija, Malenkov (Kreml-Geheimnisse. Stalin, Molotov, Berija, Malenkov), Moskau 2002

Abkürzungsverzeichnis

AA – Auswärtiges Amt
AAN – Archiwum Akt Nowych (Archiv der Neuen Akten in Warschau)
AG – Aktiengesellschaft
AVPRF – Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Archiv des russischen Außenministeriums)
BArch – Bundesarchiv
BArch-MilArch – Bundesarchiv-Militärarchiv
BRD – Bundesrepublik Deutschland
CDU – Christlich Demokratische Union Deutschlands
CK – Centralnyj Komitet (Zentralkomitee)
CoCom – Coordinating Committee for Multilateral Export Controls
CSU – Christlich-Soziale Union
DDR – Deutsche Demokratische Republik
DKP – Deutsche Kommunistische Partei
DzD – Dokumente zur Deutschlandpolitik
EGKS – Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EURATOM – European Atomic Energy Community

EVG – Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDJ – Freie Deutsche Jugend
FDP – Freie Demokratische Partei
FRG – Federativnaja Respublika Germanija (Bundesrepublik Deutschland)
FRUS – Foreign Relations of the United States
GB/BHE – Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDR – German Democratic Republic
Gen. – Genosse
HA – Hauptabteilung
HO – Handelsorganisation
KGB – Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KP – Kommunistische Partei
KPČ – Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD – Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPSS – Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza (Kommunistische Partei der Sowjetunion)
KVP – Kasernierte Volkspolizei

LArchB – Landesarchiv Berlin
LDPD – Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MfS – Ministerium für Staatssicherheit
MID – Ministerstvo inostrannych del (Außenministerium der Sowjetunion)
NATO – North Atlantic Treaty Organization
ND – Neues Deutschland
NDPD – National-Demokratische Partei Deutschlands
NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA – Nationale Volksarmee
PA-AA – Politisches Archiv-Auswärtiges Amt
PA-MfAA – Politisches Archiv-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
PZPR – Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
RGANI – Rossijskij gosudarstvenny archiv novejšej istorii (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte)
RGASPI – Rossijskij gosudarstvenny archiv social´no-političeskoj istorii (Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte)
RGW – Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO-BArch – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ – Sowjetische Besatzungszone
SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEPG – Socialističeskaja Edinaja Partija Germanii (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)
SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SŠA – Soedinënnye Štaty Ameriki (Vereinigte Staaten von Amerika)
SSSR – Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
StBKAH – Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
TASS – Telegrafnoe agentstvo Sovetskogo Sojuza (Nachrichtenagentur der Sowjetunion)
U.S. – United States
UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO – United Nations Organization
USA – United States of America
VKP (b) – Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (Bol´ševiki)-Kommunistische Allunionspartei (Bolschewiki)
ZK – Zentralkomitee

Personenregister

Die wissenschaftliche Transkription der russischen Nachnamen wird, sofern sie von deren Wiedergabe im Text abweicht, in eckiger Klammer hinzugefügt.

Abendroth, Wolfgang 89, 92
Adenauer, Konrad 4, 6, 13, 14, 21, 26, 30, 47, 50, 52–59, 79, 80, 83–87, 89–91, 93–105, 110–115, 131, 132, 134, 135, 140, 141, 143, 144, 149, 150, 152, 153, 155, 156, 157
Aristow [Aristov], Awerkij 64

Baade, Fritz 91
Barth, Karl 100
Berija, Lawrentij 6, 7, 10, 18, 19, 22–26, 28, 30, 40, 64
Besymenskij [Bezymenskij], Lew 25
Bischoff, Norbert 152
Brentano, Heinrich von 82, 153
Bulganin, Nikolaj 42, 43, 47, 56, 57, 64, 90, 97, 104, 150

Chruschtschow [Chruščëv], Nikita 1–7, 18, 24, 25, 42–53, 55–57, 60–67, 70, 72, 73, 78–81, 85, 87, 93, 94, 96, 98–101, 104–109, 111, 112, 114, 115, 119–123, 127–130, 132, 133, 135–141, 143, 145–152, 155–157
Churchill, Winston 15–17, 31, 36, 37, 45

Dehler, Thomas 91
Dulles, John Foster 45, 49, 132, 138, 147

Eden, Anthony 45, 46, 48
Eisenhower, Dwight D. 6, 15, 37, 45, 46, 94, 105, 128, 129, 138, 149
Engels, Friedrich 68
Erler, Fritz 88, 89

Falin, Walentin 140
Faure, Edgar 78
Fursenko, Aleksandr 3, 140, 150

Girnus, Wilhelm 91
Gomułka, Władysław 69, 146
Gromyko, Andrej 36, 149, 152
Grotewohl, Otto 143

Hallstein, Walter 58
Harrison, Hope 4, 115
Hayter, William 31
Heinemann, Gustav 6, 14, 53, 100 110
Hitler, Adolf 36, 88, 94, 99, 112, 114

Kaganowitsch [Kaganovič], Lasar 59, 60, 62–64
Kalinin (Vertreter der UdSSR in der Alliierten Luftsicherheitszentrale) 117
Kramer, Mark 18
Kroll, Hans 101, 132, 139, 141, 149, 152, 153
Krone, Heinrich 153

Lemke, Michael 4
Lenin, Wladimir 4, 12, 18, 26, 27, 32, 41, 59, 61–66, 68, 69, 73, 105, 119, 122

Malenkow [Malenkov], Georgij 15, 16, 18, 19, 22, 24–27, 30, 31, 37, 41, 42, 59, 63, 64, 79
Marx, Karl 26, 32, 61, 63–65, 68, 73, 105, 119, 122
Mastny, Vojtech 115
Matern, Hermann 91, 140
Mellies, Wilhelm 110
Menzel, Walter 110
Mikojan, Anastas 59, 61, 63, 65, 73, 84, 111–113, 146, 150
Molotow [Molotov], Wjatscheslaw 11, 13, 17–19, 22–24, 27, 30, 31, 33–39, 42, 48, 49, 56, 57, 59, 60, 62–66, 79, 97, 110
Müller, Vincenz 91

Naftali, Timothy 3, 140, 150
Naumow [Naumov], Pawel 6, 93
Niemöller, Martin 53, 100
Novik, Faina 6

Oelßner, Fred 69, 72
Ollenhauer, Erich 86, 88, 102, 110, 111

Patolitschew [Patoličev], Nikolaj 140
Perwuchin [Pervuchin], Michail 63, 64, 133, 135, 145

Pineau, Christian 78
Pospelow [Pospelov], Pjotr 63, 64

Rapacki, Adam 104
Rodovič, Jurij 6
Röhl, Klaus Rainer 90

Saburow [Zaburov], Maksim 63, 64
Schäffer, Fritz 91
Schepilow [Šepilov], Dmitrij 59, 60, 93
Schumacher, Kurt 88
Schwarz, Hans-Peter 109
Schirdewan, Karl 69, 72, 73, 126, 133
Shukov [Žukov], Georgij 46
Semjonow [Semënov], Wladimir 19, 27, 28
Serow [Serov], Iwan 150, 151
Smirnow [Smirnov], Andrej 92, 109–113, 131, 141, 144, 145, 149, 150
Sokolowskij [Sokolovskij], Wassilij 117
Sorin [Zorin], Walerian 82, 90, 91, 93, 109, 139
Springer, Axel 107, 108
Stalin, Iosif 1, 3, 5, 7, 9, 10–13, 15–17, 24, 33, 39, 41–43, 59, 60, 62–70, 72, 75, 77, 82, 83, 118, 119, 122, 127, 155
Sudoplatow [Sudoplatov], Pawel 25
Suslow [Suslov], Michail 64

Tito, Josip Broz 43, 43 59

Wehner, Herbert 51, 88, 89, 91, 94
Wessel, Helene 6, 14, 53
Wodopjanowa [Vodop'janova], Soja 115
Wollweber, Ernst 73, 126, 133
Woroschilow [Vorošilov], Kliment 24, 63, 64

Zaisser, Wilhelm 28
Zehrer, Hans 107, 108
Zubok, Vladislav 3, 6, 115, 137